



El Salvador: Alles erinnert an Vietnam S.35

# Arbeiterkampf

Jg.10 Nr.191 15.12.80

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 3

Förderpreis DM 8,-

## Droht Polen

### »brüderliche Hilfe«?

Droht Polen das Schicksal der CSSR von 1968? In den westlichen Medien jedenfalls, und in den Reden westlicher Politiker, ist eine sowjetische Intervention schon beschlossene Sache. Detailliert werden Zahlen und Aufmarschgebiete von Divisionen genannt. Man ist nicht kleinlich: Mal eine halbe Million sowjetischer Soldaten, mal eine volle Million soll marschbereit gegen Polen stehen.

Für den „Ernstfall“ drohen jetzt schon die Spitzenpolitiker des Westens: Ein sowjetischer „Einmarsch“ in Polen werde mit Sicherheit das „Ende der Entspannung“ bedeuten und „schwerwiegende Folgen“ haben. Diese westlichen Tiraden klingen freilich recht hohl und hilflos: Tatsächlich hat der Westen schon seit längerem das Zwischenspiel der „Entspannungspolitik“ fast vollständig abgebrochen. Die Nicht-Ratifizierung des SALT II-Abkommens durch die USA, die NATO-„Nachrüstungsbeschüsse“, das Platzenlassen der NATO-„Nachrüstungsbeschüsse“, das Platzenlassen der KSZE-Konferenzen von Belgrad und Madrid sind Ausdruck dieser politischen Wende. Auch propagandistisch setzt sich im Westen mehr und mehr der Trend zum „Kalten Krieg“ durch. Es bleibt die Drohung mit dem Einsatz des Ost-West-Handels zu erpresserischen Zwecken. Auf diesem Sektor hat die westliche Erpressung tatsächlich noch einigen Spielraum – der aber wiederum auch nicht so gewaltig ist, wie oft vorgegeben wird. Der Ost-West-Handel hat auch bisher nicht in erster Linie dem Austausch zwischenstaatlicher Freundschaften und einseitiger Wohltätig-



Polen: KP-Chef Kania hat Unrechtmäßig: Auch Gorbatschow wurde 1968 in Moskau empfangen, bevor der CSSR „brüderliche Hilfe“ zuteil wurde.

keiten des Westens an die Staaten des „realen Sozialismus“, sondern wirtschaftlichen Interessen gedient. Diese Profitinteressen der herrschenden Kreise bleiben diese Profitinteressen der herrschenden Kreise bleiben im Prinzip unabhängig von eventuellen Entwicklungen der sowjetischen Politik gegenüber Polen bestehen.

Die systematisch geschürten Spekulationen in den westlichen Medien über bevorstehende militärische Eingriffe der Sowjetunion in Polen sind selbst Teil einer „Kalten Kriegs“-Propaganda. Dieselben Medien berichten ganz nüchtern und ungerührt über US-amerikanische Überlegungen, demnächst einen militärischen Schlag gegen El Salvador zu führen, um die greifbar nahe Befreiung des Landes von dem Mörder- und Folterregime in letzter Minute zu verhindern, um von allem

eine Entwicklung nach dem Vorbild Nikaraguas oder gar Kubas zu verhindern. Daß die USA jede wesentliche politische Veränderung z.B. auf der arabischen Halbinsel politische Veränderung z.B. auf der arabischen Halbinsel mit einem Einmarsch kontern würden, ist diesen Medien ebenfalls ganz klar, wird z.T. von ihnen direkt propagiert. – Man stelle sich die Verblüffung vor, wenn die sowjetische Regierung jetzt erklären würde: Eine US-Intervention in El Salvador würde „das Ende der Entspannungspolitik“ bedeuten!

In der Sowjetunion und in der DDR wird die Propaganda des Westens über die unmittelbare bevorstehende Intervention in Polen als lächerlich, hysterisch und als „Einmischung in die

Fortsetzung Seite 2

## Brokdorf: Demonstration am 21. Dezember gegen Weiterbau

Es ist wieder soweit: Auf Empfehlung des Bundesinnenministeriums soll das Atomkraftwerk in Brokdorf Anfang des kommenden Jahres weitergebaut werden. Nachdem Bonn „grünes Licht“ gegeben hat, ist kaum daran zu zweifeln, daß die Landesregierung von Schleswig-Holstein die zweite Teilerrichtungsgenehmigung absegnen wird.

Brokdorf soll nach den Plänen der Herrschenden den großen Durchbruch bei der Verwirklichung des weitreichenden Atomprogramms bringen. Gelingt es der Atom-Mafia hier, die Gegner von Atomenergie und Atomrüstung einzuwickeln oder zu schlagen, so werden in schneller Folge weitere „auf Eis“ liegende Bauvorhaben in Gang gesetzt.

Brokdorf – das war aber auch der Ausgangspunkt einer Massenbewegung von Atomkraft-Gegnern, die jetzt wieder aufgerufen sind, Widerstand zu leisten.

KOMMT ALLE ZUM BAUPLATZ IN BROKDORF! SONNTAG, DEN 21. DEZEMBER 1980 UM 13 UHR.

Abfahrt von Süden her über die B5

Treffpunkt in Hamburg: 10 Uhr U-Bahn Feldstraße.

Weitere Treffpunkte:

Heide, 11 Uhr Marktplatz,

Brunsbüttel, 12 Uhr Marktplatz, Koogstraße.



## John Lennon ermordet

Artikel auf Seite 24

Westberlin

## Polizei prügelt für Hausbesitzer

Viele Verletzte und noch mehr Verhaftete

Am Sonnabend, den 13.12. wurde die Westberliner Innenstadt für vier Stunden lahmgelegt. Bis Sonntag morgen um 2 Uhr gingen die Schaufenster und Vitruven von 20 Geschäften zu Bruch. 2000 Demonstranten forderten die Freilassung von Hausbesitzern und Sympathisanten, die am Tag zuvor in Berlin-Kreuzberg festgenommen worden waren.

Am Freitagabend war es zu größeren Straßenschlachten gekommen, nachdem die Bullen die Besetzung des Hauses Frankfurter 48 verhindert hatten. 200 Bullen standen 400 Demonstranten gegenüber.

Insgesamt wurden laut

SFB 57 Demonstranten verhaftet, wobei bis Samstagabend immer noch 30 festgehalten waren, gegen die Haftbefehle beantragt wurde. Ein Kontaktschluss wurde bekannt, daß zwei Demonstranten schwerverletzt worden sind. Ein weiterer Demonstrant wurde von einem Bullenwagen angefahren, wobei ihm beide Beine gebrochen wurden. Laut „Abend“ vom 13.12. sollen 18 Polizisten verletzt sein, am Tag danach waren es in der „Berliner Morgenpost“ schon 66 verletzte Polizisten.

Das, was sich derzeit an Auseinandersetzungen in Westberlin abspielt, ist nur

die Spitze einer immer breiter werdenden Häuserkampf-bewegung, die in allen Teilen der Bundesrepublik zu beobachten ist (wir dokumentieren das auch in dieser Ausgabe des AK wieder auf den Seiten 9 und 10). Die horrenden Mieten (die durch die jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung den Erfordernissen des kapitalistischen Marktes „angepaßt“, sprich: noch mal in die Höhe getrieben werden sollen) und die Wohnraumknappheit haben zu einer Konfliktsituation geführt, die derzeit auch in anderen Städten zu gewalttätigen Konfrontationen (wie jetzt in Westberlin) führen kann.

des Ruhrgebiets  
Bibliothek des ISB  
C 21734 D  
IN DIESER  
AUSGABE:

## Heroin – Zahlungsmittel im afghanischen Bürgerkrieg

Seit dem direkten Engagement der USA für die antikommunistischen Guerillagruppen nimmt die Zahl der Heroinabhängigen in den Staaten wieder zu. Mit den Zusammenhängen beschäftigt sich ein Artikel aus der Zeitschrift »Counter Spys« – eine Woche lang streikten bundesweit Drogenpraktiker und führten Aktionen gegen die aktuellen Drogengesetze und -programme durch. Seite 33

## Laßt die irischen Gefangenen nicht sterben

Sieben Gefangene, Angehörige der IRA befinden sich im berüchtigten KZ »Long Kesh« im Hungerstreik. Sie fordern für alle inhaftierten Freiheitskämpfer den politischen Status. Drei Gefangene wurden wegen akuter Lebensgefahr verlegt. Inzwischen haben sich auch drei Frauen dem Streik angeschlossen. Auch sie haben beschlossen: Anerkennung der Forderung oder Streik bis zum Tod! Soweit darf es nicht kommen! Seite 4

## »Unter dem Banner des Marxismus-Feminismus«

100 Frauen aus der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) trafen sich auf einem Kongress unter obigen Thema. Sie diskutierten über das Verhältnis von Marxismus und Feminismus, über das Verhältnis von Kapitalismus und Patriarchat, über die ökonomische Unterdrückung der Frauen im Kapitalismus und die ökonomische und politische Abhängigkeit vom Mann. Ein ausführlicher Bericht auf Seite 37

## Startbahn West:

### Startbahn West: Besetzer-Dorf in Gefahr

Wieder demonstrierten am 7.12. in Düsseldorf 12.000 Menschen gegen den geplanten Bau der Startbahn West. Das von den Bürgerinitiativen eingerichtete Besetzerdorf ist jedoch in Gefahr. Die Gemeinde, auf deren Boden das Dorf liegt, hat dem Druck der Landesregierung nachgegeben und ihr Grundstück an die Flughafen AG verkauft. Jetzt droht unmittelbar die Räumung durch die Polizei. Ein zweites Gorkien steht damit der Bewegung ins Haus. Seite 12

Über die ehrgeizigen Pläne, in München den größten Flughafen Europas zu bauen und dafür wertvolle Erholungsgebiete zu opfern, berichten wir auf Seite 13

## Gewerkschaftspolitik in der Krise

Die Bundesregierung und die Kapitalistenverbände haben die Ziele abgesteckt: Lohnstopp und rigorose Streichungen bei den Sozialleistungen. Der DGB macht bei diesem Spiel voll mit. Über die Vorbereitungen der nächsten Tarifkämpfe und die Politik der DGB-Führung in der Krise berichten wir auf Seite 17

## »Und willst du nicht ein Deutscher sein...«

4,3 Mio. Ausländer leben in der BRD. Benachteiligung am Arbeitsplatz und im gesellschaftlichen Leben, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zeichnen ihr Leben. Daraus bahnt sich ein neuer Konflikt an. Mit den Versuchen der SPD, dieser »Gefahr« zu begegnen, befaßt sich ein Artikel über die Integrationspolitik Seite 27



# Solidarität mit der »Viererbande« — jetzt und sofort!

I. Es ist soweit:  
Der oberste Volksgerichtshof der VR China hat den Prozeß gegen die „Konterrevolutionären Cliquen um Lin Biao und Jiang Qing“ begonnen. Nach jahrelanger politischer und psychologischer Vorbereitung der chinesischen Öffentlichkeit (sprich: der chinesischen Massen), der kaum ein Tag erspart blieb, an dem die sogenannte „Viererbande“ nicht für „Gott und die Welt“ verantwortlich gemacht wurde – von der Mißerte bis zur wachsenden Kriminalität – begann der Schauprozeß, – ob pardon: „die öffentliche Anklage“. Die beispiellose Hetze, ja Progreßhetze gegen die angeklagten Genossen ist durchaus vergleichbar mit dem deutschen Herbst 1977: die Angeklagten werden schon im Vorfeld des Verfahrens kriminalisiert bzw. als „kriminelle Elemente“ denunziert. Sie haben keine Chance, sich angemessen auf den Prozeß vorzubereiten (die „Viererbande“ erhielt die Anklageschrift erst zehn Tage vor Prozeßbeginn...). Die Urteile sind dann – konsequenterweise – nur noch formal-juristischer Akt. „Im Namen des Volkes“.

Es ist soweit:  
Ost und West handhaben die Klassenjustiz wie zwei Brüder. Und da chinesische Kriminalexperten vor einigen Monaten das BKA in Wiesbaden besucht haben, werden sicher alsbald so manche der diversen Computer – Made in Western Germany – in der Volksrepublik ihr Unwesen treiben. Herolds Herz müßte eigentlich vor Freude hüpfen: Was sind schon 60 Millionen Deutsche im Vergleich zu 1 Milliarde Chinesen – welche Dimensionen eröffnen sich angesichts derartiger Zahlen. 1984 – Strategen aller Bänder – vereinigt Euch zu einem Elektronengehirn!

II. Es ist soweit:  
Jiang Qing, Zhang Chunqiao, Yao Wenyuan, Wang Hongwen, Chen Boda, Huang Yongshen, Wu Faxian, Li Zuopeng, Qiu Huixiao und Jiang Tiejiao (zu ihren Positionen in Partei und Staat s. AK 189) sind angeklagt, durch ihre Aktivitäten „während der zehn Jahre der Kulturrevolution unermessliches Unglück über das ganze Land und die Nation“ gebracht zu haben („Beijing Review“, No. 40, S. 4). Selbstverständlich ist dies mit krimineller Energie bewerkstelligt worden – politische Menschen stehen hier nicht vor Gericht. (Wieder begegnet uns die Parallele zur westdeutschen Klassenjustiz ...) Man/frau darf sich die Anklagepunkte auf der Zunge zergehen lassen (s. dazu wiederum AK 189) – verfolgt werden vorgelacht nur „konterrevolutionäre Verbrechen, die das Strafrecht (criminal law) verletzen“ („BJ“, S. 3). Der geneigte Leser wird unschwer und unverzüglich statuen: sind doch ausnahmslos politische Anklagepunkte (z.B. der geraden abstruse Vorwurf „Errichtung einer faschistischen Diktatur“, der in typisch stalinistischer Manier innerparteiliche Opposition als „faschistisch“ denun-

ziert), die verhandelt werden. Adsin: es dürfte der chinesischen Justiz, ebenso wenig wie der westdeutschen, nicht schwerfallen, den politischen Charakter dieses Prozesses schlicht zu leugnen. Sei noch vermerkt, daß die „anderen Komplizen in diesem Fall getrennt angeklagt werden vom Obersten Gerichtshof, von örtlichen Volksgerichten und Militärgerichten“ („BJ“, S. 4). Diese Prozesse werden, weit ab jeglicher störenden Öffentlichkeit, vermutlich noch reibungslos ablaufen. Über deren Anzahl kann man /frau lediglich spekulieren. Wahrscheinlich darf nicht von einer wahren Prozeßwelle, sondern vielmehr muß von einer Springflut von Prozessen gesprochen werden.

III. Es ist soweit:  
In diesem Schauprozeß geht es nicht um Ausschreitungen, die während der Kulturrevolution passiert sind; es geht auch nicht hauptsächlich um die angeklagten Genossen als herausragende politische Persönlichkeiten; es geht schon gar nicht um den absurden Vorwurf, sie hätten ein „Komplotz geschmiedet“ mit dem Ziel, Mao Tse-tung umzubringen. Nein, hier steht jetzt, und zwar offiziell, die Kulturrevolution als politische Bewegung vor dem Gericht, das von Dengs Gnaden seine Weisungen ausführen hat. Die Kulturrevolution ist angeklagt – mit allen Implikationen, d.h. daß letztendlich auch Mao und seinen Ideen der Prozeß gemacht wird. Auch wenn es lapidar heißt: „Keine Verfolgung wird eingeleitet gegen solche Angeklagte, die tot sind“ („BJ“, S. 3). Der Prozeß gegen die „Viererbande“ als willkommener Vehikel, um „Chairman Mao“ zu demonstrieren, der eben nicht so mahnend/diskreditiert werden kann – weil er ein Symbol der Revolution war und noch ist in der VR China.

IV. Es ist mal wieder soweit:  
Während der Prozeß läuft, schweigt fast die gesamte westdeutsche Linke. (Die bürgerliche Presse überbietet sich eh' in Hetztiraden, siehe z.B. den Artikel im „Stern“, No. 48, S. 104. Die bürgerliche Presse überbietet sich eh' in Hetztiraden, siehe z.B. den Artikel im „Stern“, No. 48, S. 104. In China stehen die Drahtzieher der Kulturrevolution vor Gericht“ oder in der „FR“, 1.12. „Wenn die Viererbande gewonnen hätte“).

Ja, in Teilen der linken Presse werden die frohlockenden, lumpenjournalistischen Kommentare der bürgerlichen Presse sogar noch übertroffen! So geschahen in der „TAZ“ vom 2. 12. Bei der Übersetzung eines Aufsatzes von Jacques und Claude Brolye auf der Magazinsseite müßte so mancher „Spiegel“-Schreiberling noch einiges lernen können. (Zur Erinnerung: C. Brolye antwortet in ihrem Buch „Die Hälfte des Himmels“ ein enthusiastisches Bild von der VR China; einige Jahre später folgte – gemeinsam mit ihrem Mann – in dem Buch „Die zweite Rückkehr aus China“ die hundertfünfzigprozentige Abkehr vom Maoismus.)

Ich weiß nicht, ob die Brolyes inzwischen den „Nouvelles Philosophes“ anheim gefallen sind, derlei

Sphären werden mir wohl auf Ewig verschlossen bleiben. Jedenfalls sprechen die in o.g. Aufsatz von Mao als dem „Ebenbild Stalins“ und von seinem „mörderischen Wahnsinn“, während Deng Xiaoping als „Opfer der Kulturrevolution“ abgefertigt wird. Und – so ganz im Stil bürgerlicher Gazetten – werden angeblich „interne“ und „offizielle Dokumente“ zitiert, wonach „hundert Millionen Chinesen während der Kulturrevolution verfolgt wurden“ oder es „während Millionen Hungertote“ nach dem großen Sprung Ende der fünfziger Jahre gegeben hätte. Als Illustration des Aufsatzes prangt in der Seitenmitte ein Hakenkreuz.

Wir kennen das: „Links gleich Rechts“, die uralte antikomunistische Zauberformel. Und selbstverständlich wird keine Quellenangabe der „Dokumente“ genannt – im Gegensatz zu allen anderen Listen im Text. Wozu auch.

Es tut nösch zur Sache, daß sich viele Linke noch vor zehn Jahren auf die „Maoistengedanken“ bezogen haben. Von wegen Antimperialismus, Befreiungsbewegungen, Metropolen und Peripherien, Revolution an/für sich und die ganze Chose. Aber dann war ja auch langer Marsch durch die Institutionen angesagt und Distanzierung von Gewalt und überhaupt: so mancher/manche hat sich's recht hübsch eingerichtet in diesem unseren Lande – z.B. in der SPD oder einer linken Tageszeitung oder den wohligen Gefilden einer Müßiggangsphilosophie.

Tja, zehn Jahre sind 'ne lange Zeit und das Gedächtnis der westdeutschen Linke läßt schon immer an chronischer Amnesie. Man/frau möge mir den Sarkasmus verzeihen, aber jene „Linken“, die nahezu jeden „Dissidenten“ hochjubeln und demgegenüber den Prozeß gegen die „Viererbande“, die ein Stück ihrer eigenen politischen Sozialisation gewesen ist, ignorieren oder gar beglücken, können mir mal im Mondschein begegnen!

## V. Konkrete Vorschläge zur Solidarität mit der „Viererbande“

### V. Konkrete Vorschläge zur Solidarität mit der „Viererbande“

- 1) Die Vorbereitungsgruppe für die nächste „Sozialistische Konferenz“ möge eine Solidaritätsresolution verfassen, mit der man auf nationaler Ebene Unterschriften sammelt und die man in Form einer Anzeige („TAZ“/„FR“ und in linksradikalen Publikationen wie AK, Z. Heft) veröffentlicht.
- 2) Eine Veranstaltungsrunde, etwa unter dem Themenkomplex „Kulturrevolution und der Prozeß gegen die „Viererbande“, in mehreren Städten der BRD und West-Berlin könnte z.B. von KB/Z. Komitee, ARPO/interremierten Listen und Initiativen bzw. Einzelpersonen getragen werden. Kontroverse Positionen sollten durchaus diskutiert werden; Minimalkonsens muß allerdings sein, dem Prozeß gegen die chinesischen Genossen mit gemeinsamer Solidarität zu begegnen!

Andreas Wrede/Göttingen/3.12.80



## Droht Polen »brüderliche Hilfe«?

Fortsetzung von Seite 1

inneren Verhältnisse“ Polens abgetan. Es wird so getan, als handle es sich bei dieser Propaganda nur um böswillige, feindselige Erfindungen westlicher „Entspannungsfürer“ und Kriegstreiber. Daß diese Spekulationen freilich doch mehr sind als bloße Erfindung, beweist allein schon die Erfahrung der Intervention in der CSSR 1968, die von den Herrschenden des „realen Sozialismus“ ja niemals selbstkritisch behandelt worden ist.

Ginge es nur um böswillige Erfindungen von „Entspannungsfürern“, so müßte es der sowjetischen Regierung doch ein leichtes sein, öffentlich und mit der gebotenen „Feierlichkeit“ zu erklären: „Wir werden uns keinesfalls mit militärischer Gewalt oder anderen Formen erpresserischen Drucks in Polen einschalten.“ Gewiß, es ist nur um böswillige Erfindungen von „Entspannungsfürern“, so müßte es der sowjetischen Regierung doch ein leichtes sein, öffentlich und mit der gebotenen „Feierlichkeit“ zu erklären: „Wir werden uns keinesfalls mit militärischer Gewalt oder anderen Formen erpresserischen Drucks in Polen einschalten.“ Gewiß, es ist nur um böswillige Erfindungen von „Entspannungsfürern“, so müßte es der sowjetischen Regierung doch ein leichtes sein, öffentlich und mit der gebotenen „Feierlichkeit“ zu erklären: „Wir werden uns keinesfalls mit militärischer Gewalt oder anderen Formen erpresserischen Drucks in Polen einschalten.“

Real tut die sowjetische Führung aber genau das Gegenteil: Sie versucht, mit Interventionsdrohungen und Erpressungen gegen Polen Politik zu machen. Die Medien und Politiker der Sowjetunion, der DDR und der CSSR reden über die Vorgänge in Polen in einer Sprache, die ohne weiteres als diejenige zu identifizieren ist, die auch dem Überfall auf die CSSR 1968 voranging. Da ist die Rede von Konterrevolutionären, von subversiven Elementen, die die Kämpfe der Arbeiterklasse auszunutzen versuchen, von imperialistischer Einmischung, von westlichen Radio- und Fernsehstationen usw. Da ist von „Unruhen“ und „Störungen“ die Rede, die nicht mehr hingenommen werden könnten.

Diese Drohungen werden sehr eindeutig und direkt vorgetragen, die Motive werden einprägsam und wirkungsvoll wiederholt. Das taktische Ziel dieser Droh-Politik gegen Polen ist es offenbar, der polnischen Regierung Flankenschutz bei der „Stabilisierung“ und „Normalisierung“ des Landes zu geben. Diese Droh-Politik erhöht die Beliebtheit der Sowjetunion in Polen selbstverständlich nicht. Immerhin kann sie aber als Argument dafür dienen, Streiks und ähnliche Kampfmaßnahmen de facto zu verbieten, die oppositionellen Bewegungen zu „mäßigen“, eine „Pause“ zu erzwingen – alles mit dem Argument, daß diese „Pause“, diese „Normalisierung“ brauche, um die

Sowjetunion und andere „befreundete“ Staaten von einer militärischen Intervention abzuhalten. Erhebliche Teile der Oppositionskräfte – und, wie es scheint, sogar die entscheidenden, führenden Teile – haben auf dieses taktische Kalkül positiv reagiert. So gibt es aus den autonomen Gewerkschaften gewichtige Stimmen, die sich gegen weitere Streiks in nächster Zeit aussprechen. Diese Politik wird zudem auch vom katholischen Klerus Polens unterstützt, der sich von einem langsamen, vorsichtigen Vorrücken der Oppositionsbewegungen offenbar mehr verspricht als von ständiger Unruhe und Draufgängertum, bei dem am Ende das Erreichte mit einem Schlag verlorengehen könnte.

Gewiß sind die sowjetischen Interventionsdrohungen mehr als nur taktisches Kalkül; sie drücken auch eine ernsthafte Bereitschaft zur Intervention aus – falls es sich erweisen sollte, daß bloße Säbelrasseln nicht ausreicht, um die polnischen Oppositionskräfte „zur Reue“ zu bringen. Diese Bereitschaft ergibt sich aus der strategischen Entschlossenheit der sowjetischen Führung, ihren Machtbereich gegen jeden Einbruch zu verteidigen – und zwar ausdrücklich auch dann, wenn die absehbaren politischen Konsequenzen der sowjetischen „Maßnahmen“ katastrophal für die internationale Arbeiterbewegung und für den Friedenskampf sein würden. Denn daß eine sowjetische Intervention in Polen die Bedingungen sozialistischer Politik im Westen noch mehr verschlechtern und den Kriegstreibern beste Propagandamunition liefern würde, ist schwerlich zu bestreiten.

Nicht erst eine eventuelle reale Intervention, sondern schon das jetzige Säbelrasseln gegen Polen demonstriert erneut, daß die sowjetische Führung ihren „Sozialismus“ nicht als Ergebnis freier Entscheidung von Völkern in ihrem eigenen Land begreift. Ihre außenpolitischen Doktrinen rechtfertigen es nach wie vor, den „realen Sozialismus“ einem Volk „nötigenfalls“ auch gegen dessen eindeutig demonstrierten Mehrheitswillen aufzuzwingen.

Mit einer solchen Politik auch nur zu drohen (geschweige denn ihre militärische Realisierung) widerspricht revolutionärer, kommunistischer Politik. Es ist eine Schande, wenn die Arbeiterklasse eines Landes mit Einmarsch-Drohungen einer Großmacht dazu gebracht werden soll, sich wunschgemäß und „stabilitätsgerecht“ zu verhalten.

Schon das Säbelrasseln gegen Polen – unabhängig von Spekulation über dessen konkreten Sinn und Dringlichkeit – muß für jeden Linken und Demokraten unerträglich sein.

Ungeachtet der weltweiten Proteste scheint das südkoreanische Militärregime entschlossen zu sein, den Führer der bürgerlich-demokratischen Opposition des Landes hinhängen zu lassen. Die Friedhofsrube, die seit der blutigen Niederschlagung des Volksaufstands von Kwangschu im Mai dieses Jahres über das Land verhängt wurde, soll auch in Zukunft nicht gestört werden. In verschiedenen „Säuberungskampagnen“ wurden bereits zehntausende von Regimegegnern in sogenannte „Umerziehungslager“ gesteckt. Insbesondere Lehrer, Studenten und Journalisten werden als gefährlich für die Militärs angesehen und vorzugsweise eingesperrt. Zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften mußten ihr Erscheinen einstellen, denn „Südkorea habe zu viele Presseorgane. Dies sei eine unnötige Last für die Öffentlichkeit“ („SZ“, 18.11.80). Damit die Öffentlichkeit nicht noch mehr belastet würde, hatte die Zensur in den Prozessen gegen Kim Dae Chungsung und die anderen Angeklagten bereits verboten, daß deren Äußerungen den koreanischen Lesern bekanntgemacht wurden. Um den gesamten Medienapparat noch besser kontrollieren zu können, soll er jetzt noch stärker zentralisiert werden:

„Neun südkoreanische Zeitungen haben ihr Erscheinen eingestellt. Ende des Monats folgt die Schließung von zwei privaten Rundfunkstationen. Außerdem werden dann die beiden großen Nachrichtenagenturen Hapdong und Tongmyong sowie drei kleinere Agenturen aufgelöst und durch eine einzige große Nachrichtenagentur ersetzt. Vom 1. Dezember an hat Südkorea drei Funkhäuser für Hörfunk und Fernsehen, sechs überregionale Tageszeitungen, zwei Wirtschaftszeitungen, zwei englischsprachige Zeitungen sowie in jeder der neun Provinzen eine Regionalzeitung. Die verbleibenden neun Regionalzeitungen schließen ihre Korrespondentenbüros in Seoul. Die in Seoul erscheinenden überregionalen Zeitungen schließen ihre Büros in den Provinzen. Die „Korrespondentenliste“ soll von der neuen großen Nachrichtenagentur ausgefüllt werden“ („SZ“, 26.11.80). Eine dermaßen gleichgeschaltete Presse wird sicherlich im Sinne der Militärs berichten.

Damit es auch im parlamentarisch-politischen Bereich mit der weiteren „Demokratisierung“ nach Art des Tachon Du Inwan reibungslos vorangeht, wurden inzwischen 835 Politiker mit einem achtjährigen Verbot

der Teilnahme an der aktiven Politik belegt. Unter ihnen befinden sich 210 der insgesamt 231 Abgeordneten des im Frühjahr aufgelösten „Parlaments“ (der Rest arbeitet direkt in der Junta mit). Mit der Ausschaltung Kim Dae Chungsungs soll der Krisenstimmungspunkt der Opposition zerklüftet werden, womit man sich eine weitere Lähmung und Resignation der regimfeindlichen Kräfte erhofft. Allerdings kann die Hinrichtung Kims auch den gegenteiligen Effekt haben.

Die internationale Solidarität In der ganzen Welt hat es bei der Verkündung des Todesurteils Protestaktionen gegeben. Herausragend in der internationalen Solidaritätsbewegung ist Japan. Hier leben etwa 600.000 Koreaner, die auch in der Vergangenheit den Kampf für Demokratie in ihrer Heimat als ihre Sache angesehen haben. Hier wurden mehrere demokratische Organisationen von Auslandskoreanern gegründet, unter anderem auch „Hanmin-tong“, an deren Gründung Kim Dae Chungsung während seiner Zeit im Tokioter Exil aktiv beteiligt war. In Japan hat man



Fortsetzung nächste Seite







# Don't Let The Irish Prisoners Die!

Der Hungerstreik der 7 republikanischen Gefangenen im nordirischen KZ „Long Kesh“ ist in seine kritische Phase getreten: Der physische Zustand von zumindest 3 Hungerstreikenden hat mittlerweile eine derartig besorgniserregende Form angenommen, daß die Verlegung in ein Belfast-Militärkrankenhaus verlangt werden mußte. Sollte einer der Gefangenen den Hungertod erleiden, und dies ist in den nächsten Tagen zu befürchten, nimmt ein weiterer republikanischer Gefangener den unbefristeten Hungerstreik auf. Seit dem 1.12. befinden sich nun auch 3 weibliche Gefangene des Frauengefängnisses Armagh im Hungerstreik auf Leben und Tod. Wie ihren männlichen Genossen in „Long Kesh“ geht es auch ihnen um die Anerkennung als politische Gefangene durch London.

Der „politische Status“ war 1976 wieder abgeschafft worden. Damit verbunden war eine drastische Verschlechterung der Haftbedingungen für die Gefangenen aus der republikanischen Bewegung, die ihrerseits mit einem „Blanket protest“ reagierten. Nur mit einer Wolldecke („blanket“) bekleidet und ständig Folterungen durch das brutalisierte, zumeist protestantische, Wachpersonal ausgesetzt, verharren die Gefangenen in den 2 x 3m großen Zellen der nach westdeutschem Vorbild errichteten Isolationsstrakte. Sämtliche mit dem „politischen Status“ verbundenen „Privilegien“ wurden gestrichen. Den politischen Protest der „blanket men“ beantwortete die Gefängnisadministration mit extremer Härte.

U.a. wurde den Gefangenen der Gang zur Toilette untersagt: stattdessen haben sie ihre Notdurft in eigenen dafür bereitgestellten Kübeln in ihren Zellen zu verrichten. 1978 beschloßen die Gefangenen die Durchführung eines „dirty protest“, d.h. sie verweigerten in der folgenden Zeit jegliche Kooperation mit dem Anstaltspersonal. Das Leeren der Kübel, in den letzten Jahren die einzige Möglichkeit, die Zelle zu verlassen (die jedoch auch nicht für alle bestand), erfolgte fortan in den Zellen selbst.

Die unwürdigen und unhaltbaren Haftbedingungen in den „H-Blocks“ haben in der Vergangenheit wiederholt Proteste seitens Amnesty International und ähnlichen Organisationen hervorgerufen. Nachdem im Oktober dieses Jahres das Scheitern der Vermittlungsgespräche zwischen den kirchlichen Würdenträgern Kardinal O’Fiaich und Bischof O’Daly und dem „Northern Ireland Office“ (britisches Nordirland-Ministerium), von denen sich viele eine akzeptable Verbesserung der Situation in den „H-Blocks“ erhofften, offenkundig war, sahen die republikanischen Gefangenen keine andere Möglichkeit

mehr, als den unbefristeten Hungerstreik auf Leben und Tod zu erklären.

## Protestdemonstration

Sollte auch „nur“ ein republikanischer Gefangener den Hungertod erleiden, und dies ist, lenkt London nicht ein, in den nächsten Tagen zu befürchten, droht eine neuerliche Eskalation des Konfliktes in den 6 Grafschaften Ulsters. Die Verantwortung für das, was sich dann auf den Straßen Nordirlands (aber sicher nicht nur dort) abspielen wird, hat einzig und allein eine britische Regierung zu tragen, die vor der Weltöffentlichkeit nicht akzeptieren will, daß sie sich mit der republikanischen/katholischen Minderheit im Norden im Besonderen und dem gesamten irischen Volk im allgemeinen, in einem Kriegszustand befindet.

Irland erlebt zur Zeit seine zahlreichsten und größten Demonstrationen seit Jahren. Sowohl im Norden, als auch in der südlichen Republik gibt es zur Zeit nur ein politisches Thema: Den Hungerstreik der republikanischen Gefangenen in „Long Kesh“ und Armagh. Am 6. Dezember marschierten 60 000 Menschen zur britischen Botschaft in Dublin. Eine Woche zuvor waren über 20 000 Demonstranten vor das „Leinster House“, dem Sitz des südlichen Parlaments gezogen. Dabei gingen der „Union Jack“ (britische Flagge) sowie zwei Thatcher und Atkins (Nordirlandminister) darstellende Strohpuppen in Flammen auf. Bereits am 4.11., d.h. eine Woche nach Beginn des Hungerstreiks, hatten im nordirischen Belfast 30 000 Menschen demonstriert. Es vergeht nicht ein Tag, an dem nicht irgendwo irgendeine Demonstration zur Unterstützung der republikanischen Gefangenen stattfindet. Der Protest hat mittlerweile auch das kleinste Dorf Irlands erfaßt.

Desweiteren unterstützen fast sämtliche Gewerkschaftsaktionen die 5 Forderungen der Gefangenen, die lauten:

- keine Gefängnisstrafe;
- keine Gefängnisarbeit;
- Vereinigungsfreiheit mit anderen politischen Gefangenen, das Recht auf Schulung und handwerkliche Betätigung, geregelt von den Gefangenen selbst;
- einen Brief, einen Besuch, ein Paket mit Nahrungsmitteln pro Woche;
- Wiederherstellung des Begnadigungsrechts.

Die Unterstützung der 5 Forderungen der zumeist der I.R.A. und I.N.L.A. angehörenden Gefangenen, reicht weit hinein in die Reihen der südlichen Regierungspartei „Fianna Fail“. Auf welche breite Solidarität das Anliegen der Gefangenen trifft, verdeutlichen auch die kürzlich erfolgten



Raymond McCartney, einer der sieben Hungerstreikenden in Long Kesh, nach 4 Jahren H-Block und 18 Tagen Hungerstreik

Nachwahlen in Donsgal. Die bekannte Fianna Fail Politikerin Sila de Valera nahm sich im Wahlkampf der Forderungen der Gefangenen an. Die Regierungspartei konnte einen unerwarteten Zugewinn von 7% für sich verbuchen.

Organisiert und koordiniert wird die Solidaritätskampagne mit den republikanischen Gefangenen durch das „National H-Block Komitee“, das sich am 16.12.79 unter dem Vorsitz von Pádraig Mac Donnúill in Dublin konstituiert hatte. Das Spektrum der im „National H-Block Komitee“ vertretenen Kräfte reicht von den Unterstützern des bewaffneten republikanischen Widerstandes bis hin zu Menschen, deren Motivation zur Mitarbeit primär humanistischer Art ist. An der Gründungskonferenz des Komitees waren seinerzeit u.a. der Europaparlamentsabgeordnete Neil Blaney sowie der Präsident der Irish Transport und General Workers Union, Michael Mullen beteiligt. Blaney war auch einer der Redner auf der Kundgebung am 6.12. vor der britischen Botschaft in Dublin. Die traditionelle Organisation des radikalen Republikanismus, Sinn Féin, die neben den „Relative Action Committees“ (Aktionenkomitees der Angehörigen der Gefangenen) maßgeblichen Anteil am Zustandekommen eines derartig breiten Bündnisses hatte, machte dabei nicht eine bedingungslose Unterstützung des bewaffneten Kampfes der I.R.A. zur Voraussetzung. Sämtliche Versuche, das Bündnis an der Frage der Unterstützung von I.R.A. und I.N.L.A. zu spalten, sind bisher kläglich gescheitert.

## Internationale Solidarität

International zählen zu den Unterstützern der Petition mit den 5 Forderungen u.a. die Charta 77, amnesty international (für irischer Präsident und Nobelpreisträger Sean McBride gehörte selbstverständlich mit zu den ersten Unterzeichnern der Petition), die holländische Sektion von „Pax Christi“, fast sämtliche australischen Gewerkschaften, der revisionistische Weltgewerkschaftsbund, der Stadtrat der amerikanischen Autostadt Detroit, Mitglieder des britischen Unterhauses, Mitglieder des australischen Parlaments, Lord Tony Gifford, George Marchais (KPF-Führer) und viele andere mehr.

Im Vergleich zu den westeuropäischen Nachbarländern, den USA und Australien (hier leben zahlreiche irische Exilanten/Emigranten), nimmt sich die Solidarität in der BRD recht mager aus. Zu den Unterzeichnern der Petition gehören hierzulande u. a. Heinrich Böll, Peter O. Chotjewitz und Jakob Moneta.

Das Westdeutsche Irlandsolidaritätskomitee führt zur Zeit eine zweite Rundreise mit irischen Genossen durch. Auf Einladung des „WISK“ hält sich seit dem 12.12. der ehemalige „blanket man“ Martin Lawlor in der BRD auf.

## Terroranschläge in Nordirland

Die Anti-H-Block-Kampagne wird in Nordirland von einem Anstieg protestantischer/loyalistischer motivierter Terrorakte begleitet. Die „Frankfurter Rundschau“ führt sich angesichts

derartiger Tatsachen zurecht „an die schlimmsten Tage aus der Zeit Anfang der 70er Jahre“ erinnert (10.11.). Die protestantischen/loyalistischen Radikalen hegen zweierlei Befürchtungen: Zum einen eine Wiedergeburt der Bürgerrechtsbewegung, zum anderen ein wie auch immer geartetes Nachgeben der ohnehin mit zunehmendem Argwohn betrachteten Regierung in London. Ohne daß irgendwelche Anzeichen vorliegen, die zur Annahme des letzteren berechtigten würden, starteten die loyalistischen Paramilitärs präventiv eine neuerliche Terrorkampagne, mit dem Ziel, die katholische/republikanische Minderheit frühzeitig von den Straßen und öffentlichen Plätzen zurück in die Ghettos zu drängen sowie London und das „Northern Ireland Office“ auf einen kompromißlosen Kurs gegenüber den Forderungen der Wiedereinführung des „politischen Status“ festzulegen. In seiner Erklärung kündigte die protestantische „Ulster Defence Association“ (U.D.A.) an, „die Provisionals in der H-Block-Bewegung auszumerzen“ und „diejenigen auszumerzen, die eine Gefahr für den Staat Ulster (Nordirland) darstellen“ (nach „AN Phoblacht“, 8.11.80).

Bei ihren Angriffen auf die katholische/republikanische Minorität können die protestantischen/loyalistischen Terrorbanden einmal mehr auf aktive Unterstützung aus den Reihen des „Northern Ireland Office“, der britischen Armee und selbstverständlich

irischen Krimis und Selbstverständlichen der offiziellen sektiererischen nordirischen Sicherheitskräfte bauen.

Es verdichteten sich in den letzten Wochen einmal mehr Vermutungen, daß hinter zahlreichen in der Vergangenheit verübten Attentaten die berüchtigte britische Anti-Terror-Sondereinheit S.A.S. steckt. In der Nacht zum 15.10. wurden in West Belfast mit Ronnie Bunting und Noel Little zwei führende Genossen der Irish Republican Socialist Party und Aktivisten des „National H-Block-Komitee“ ermordet. Es spricht einiges zumindest für eine passive Beteiligung der britischen Armee und der offiziellen Streitkräfte. Buntings Frau, die das Attentat schwerverletzt überlebte, erklärte gegenüber der Presse die S.A.S. als für die Ausführung der Morde verantwortlich. Die irischen Zeitungen „Sunday Times“ und „Hibernia“ äußerten ähnliche Vermutungen.

## Britische Regierung unter Druck

Die britische Regierung hatte wohl zunächst das Ausmaß möglicher Solidarität mit den Forderungen der Gefangenen wohl geringer eingeschätzt. So scheiterten sämtliche Versuche klerikaler und bürgerlicher Kräfte, die Regierung in London zu einem zumindest partiellen Einlenken zu bewegen, an der demonstrativ unsachgelebigen Haltung von Thatcher und Atkins. London machte unmißverständlich klar, daß mit einem wie auch immer gearteten Nachgeben nicht zu rechnen sei. Eher würde man den Tod der Hungerstreikenden in Kauf nehmen!

Es mehren sich mittlerweile die Anzeichen dafür, daß Thatcher und Atkins kalte Füße bekommen, wohl nicht zuletzt unter dem Eindruck der Massendemonstrationen in Dublin. Desweiteren dürfte der wachsende Druck in der Weltöffentlichkeit,

deren Blicks sich mit dem Hungerstreik wieder verstärkt auf Irland richten, dazu zwingen, Kompromissbereitschaft zu signalisieren. Die unflexible „störische“ Haltung Londons provoziert selbst im eigenen Lager in zunehmenden Maße Kritik.

Am Montag nach dem Marsch der 60 000 begab sich Thatcher in Begleitung ihres Schatzmeisters Howe und Außenministers Carrington eilig nach Dublin, um gemeinsam mit ihrem südlichen Amtskollegen Haughey nach einem Ausweg aus der inzwischen höchst prekären Situation zu suchen. Der kollaborationsbereiten südlichen Regierung fällt im Lösungskonzept Londons eine besondere Rolle zu. Es sollte Thatcher, Atkins und Haughey dabei klar sein, daß Scheitern der Verhandlungen, wie sie noch wenige Tage vor Beginn des Hungerstreiks die Haltung Londons bestimmten, kaum zur Beendigung des Hungerstreiks und der Protestbewegung in Irland führen werden.

Bei den Gesprächen zwischen der englischen und der südlichen Regierung geht es dem Vernehmen nach jedoch nicht nur um den Hungerstreik und Möglichkeiten seiner umgehenden Beilegung, sondern um die gesamte Nordirlandpolitik („Ulsterisierung“) Londons. Die britischen imperialistischen Vorstellungen von einem zukünftigen Irland machen eine engere Kooperation mit der katholischen Elite im Norden bzw. der kollaborationsbereiten Regierung im Süden notwendig.

Theoretisch denkbar wäre, daß die Gefangenen analog zu 1972 einen Status eingeräumt bekommen, der inhaltlich einem „politischen“ gleichkommt, jedoch nicht als solcher deklariert wird. Hier stellt sich jedoch die Frage, inwieweit heute noch ein Spielraum für eine derartige Lösung existiert. Die Abschaffung des „Special Category Status“ ist 1976 nicht zuletzt auf Betreiben der BRD-Regierung erfolgt. Verbunden war damit ein partieller Export des westdeutschen Konzepts der „Terrorismusbekämpfung“. Der irische Autor Tim Pat Coogan hat diesen internationalen Zusammenhang in seinem Bestseller „On the blanket“, noch vor Bekanntwerden der Straßburger Entscheidung über die Klage republikanischer Gefangener, aufzeigt. Hätte der Europäische Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg dem Verlangen der I.R.A. und I.N.L.A.-Gefangenen nach Anerkennung als politische Gefangene nachgegeben, wäre dies eine Entscheidung von höchster politischer Brisanz gewesen mit unweigerlich folgenschweren Konsequenzen für andere westeuropäische Regierungen. Gruppen wie die RAF und die Roten Brigaden hätten auf Grundlage einer positiven Entscheidung gleiche Ansprüche anmelden können. Der Befreiungskampf in Irland gefährdet das europäische Modell der vorbeugenden Unterdrückung von Aufbruch.

KB/Gruppe Münster

Das Westdeutsche Irlandsolidaritätskomitee hat eine sehr informative Broschüre zum Hungerstreik veröffentlicht. Sie kostet DM 3,- und ist über folgende Adresse zu beziehen:

Westd. Irlandsolidaritätskomitee  
Postfach 35  
6370 Oberumel 5



## Solidaritätsveranstaltungen

Das Westdeutsche Irlandsolidaritätskomitee (WISK) veranstaltet erneut eine Rundreise, an der auch ehemalige Gefangene aus Long Kesh teilnehmen. Termine nach Erscheinen dieser AK-Ausgabe:

- 16.12. Karlsruhe, Schlachthof, Durlacherallee 64 19 Uhr
- 17.12. Freiburg, Schwarzwaldhof
- 18.12. Straßburg

## Nationale Demonstration

Am 20.12. wird in Frankfurt eine allgemeine H-Block-Demonstration stattfinden, Beginn 11 Uhr, Friedberger Platz.

Kontakt:  
WISK, Tel.: 0671/73212



Nationale H-Block-Demonstration in Dublin



Erich Knapp

## »Scherbengericht über die Z-Fraktion«

Im folgenden drucken wir einen Brief von Erich Knapp, Mitglied im Bundesvorstand der Grünen, ab, der sich kritisch mit den Ergebnissen der Bundeshauptversammlung der grünen Partei vom 29./30.11. auseinandersetzt (vgl. dazu AK 190, S. 1). Erich Knapp war lange Jahre Mitglied der SPD. 1975 enthielt er zusammen mit Günther Wallraff die Beteiligung der SPD an der Abwägung des revolutionären Prozesses in Portugal. Er wurde daraufhin aus dem diplomatischen Dienst (er arbeitete zu dieser Zeit in der bundesdeutschen Botschaft in Kairo) „entfernt“ und erhielt faktisch Berufsverbot. In der letzten Zeit hat er sich vor allem für eine klare anti-militaristische Ausrichtung der grünen Partei stark gemacht.

ERICH KNAPP  
St. Augustin  
3.12.1980

Ich möchte Euch meine Sorgen und Bedenken mitteilen, und ich habe nichts dagegen, wenn Ihr diesen Brief trotz der Unvollkommenheit und mangelnden Systematik der Darstellung mit Freund/inn/en besprucht, falls Ihr wollt. Ich möchte persönliche Impressionen und Schlüsse aus den Bundesvorstandssitzungen seit der Bundestagswahl und nach der BHA-Sitzung in Nürnberg wiedergeben, schon um mit mir selbst ins Reine, evtl. auch um zu einer Aussprache zu kommen.

Die BHA-Sitzung ist fast ganz nach den Wünschen jener verlaufen, die eine Politik verfolgen, wie ich sie in meinem Brief an Hausleiter beschrieben habe: ein Scherbengericht über die „Z-Fraktion“ mit dem Ziel ihrer schließlichen Ausschließung aus den GRÜNEN, ein Abstreifen des institutionellen Fadens zwischen heute und dem Saarbrücker Programm (das Programmkommission aufgelöst, was faktisch heißt: keine Verbesserung und Fortschreibung des Saarbrücker Programms sondern ein neuer „Neubeginn“) und ein saarbrücker Programm sondern ein neuer „Neubeginn“) und ein „Bekenntnis“ (ach diese vergessene Lutherdeutsch!) zur „Friedenspolitik“, zu einem Friedensfest gar – Freude, Frieden, Eierkuchen wollen wir doch alle – ohne die Ursachen der Kriegsgefahr, den weltweiten und grundsätzlichen Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit in den Gesellschaften und der Staatenwelt, ins Auge zu fassen. Die BHA-Sitzung wurde somit zum Signal an Gruhl-Springmann, daß eine „Wiedervereinigung“ mit der Grünen Föderation eine realisierbare Perspektive ist. Daß die GAZ nur noch eine 50-Mann-Partei ist, wird von denen, die diese Politik der Wiedervereinigung treiben, gern camouflierend in den Vordergrund geschoben. Die GAZ ist das ja in der Tat, aber sie ist politisch eben weit mehr. Und alle, die aussprechen, daß es in der BRD keine zwei grünen Parteien nebeneinander geben könnte, haben dies indirekt bestätigt. Wer aber meint, dies sei nicht möglich (hauptsächlich weil es die Wahlausichten jener stören würde, die gern Kultusminister werden möchten), muß den Forderungen Gruhls nachkommen. Das ist die Logik. Gruhl sitzt am längeren Hebel, auch finanziell, weil er mit jenen Kapitalgruppen kooperieren kann, die den Dreck und das Gift wieder entfernen, das andere Kapitalisitalen in die Umwelt bringen. Eine schöne Kreislaufwirtschaft und eine kapitalintensive Ökologie! Der Weg zum Ökofaschismus beginnt an dieser Wegmarke, und der Zustand von Nazis, Faschisten, Xenophoben und Ex-KPDlern vom völkisch-stalinistischen Flügel der aufgelösten Mao-Partei in die Grüne Föderation macht insofern Sinn, ist kein Zufall und nicht vermeinbar.

„Kein Platz für zwei grüne Parteien“ (Georg Ottos wie immer ehrliches Wort) und „Die Menschen können mit unseren Illusionen auf nahende Katastrophen nicht leben“ (M.-L. Beck-Oberdorf, Jo Müller u.a.) und „Die Angst der Arbeiter vor den roten bei den Grünen“ (Hom), „Aufstand der Mitte und grüne FDP und Konzentration auf das Wesentliche“ (Lippelt), „Hinwendung zu den 97% der Wähler statt zu den 3%“ (Beck-Oberdorf) – was „das Wesentliche“ ist, sagt Lippelt in seiner Diplomaten-sprache wohlweislich nicht – : das waren die Kernaussagen derer, die Saarbrücken und Dortmund zu historischen Unfällen der Partei der GRÜNEN uminterpretieren wollten.

Dazu die Illusionen: „Das System bricht ohnehin zusammen“ (Prolis

Scholing), als ob es sich um das des Kapitalismus handeln würde. Das System, das zusammenbricht, ist wieder einmal das der bürgerlichen Demokratie und bald das psycho-physische derer, die von den staatstragenden Kräften gefoltert werden.

Dazu die Illusionen unserer Seminar-Marxologen aus dem Dunstkreis des SB. Die Aufdeckung eines ungenauen Marx-Zitates aus den Marx-Engels-Werken halten sie für Politik, die Ablehnung des Leninismus für eine Entscheidung für unser Überleben! Zugegeben, daß die Lektüre der Werke dieser Unverständlichen wenigstens für mich, befriedigend ist. Wer macht sonst noch so saubere Analysen, so fein ziselierte Unterscheidungen. Aber noch nie haben diese Angestellten des nichtgewalttätigen Teils des Staatsapparates sich klar gemacht, daß ihr Beruf sie hindert, radikal ihre guten Theorien in die Praxis zu tragen. Statt dessen bekämpfen sie jene, die, wenn auch mit größeren Theorien, die richtige praktische Entscheidung gefällt haben: die Ablehnung und Bekämpfung unseres strukturfaschistischen Staates. Die Seminar-Marxologen sichern sich ihre Karriere, die anderen bringen die Opfer. Nun kann niemand von keinem verlangen, daß er sich opfert. Aber keiner, der sich nicht opfern will, hat das Recht, jene zu schulmeistern, die sich ohne Lohn und Erfolgsaussichten existenziell einbringen in die politische Auseinandersetzung.

An dieser Stelle sei gesagt, daß ich nicht auf der Linie der Z-Fraktion liege. Oft ermangelte ihr die Geduld und das Gefühl für das Nichtmarxisten-Zumutbare. Wie kann man die Diktatur des Proletariats fordern, ohne mit Marx zu erklären, daß dies die größte Demokratie bedeutet im Gegensatz zur „demokratischen“ Diktatur des Kapitals! (Kein Wunder, daß dann ein Plagiat der BRD mit ihrer Beamtenrepublik beschlingen kann, sie sei eine Demokratie – mit Fehlern und Schwächen zwar – seit 30 Jahren, mit unabhängiger Justiz, Fehlern und Schwächen zwar – seit 30 Jahren, mit unabhängiger Justiz, nichtverklebter Exekutive-Legislative und ohne Machtverhältnisse, die „nur mit Hilfe von Polizei, Armee und Geheimdienst erhalten werden.“) Wie kann die „Z“ die Vermögensfaktoren auch des Klein- und Mittelkapitals verlangen, wenn diese gerade vom Monopolkapital enteignet werden und das einzunehmen beginnen, wenn nur dies imstand sind, einen Steuerstreik zu machen. Wie kann man die Auflösung der Kleinfamilie fordern, wenn es im Interesse des Monopolkapitals liegt, über eine total atomisierte und kommunikationslose Menschenherde beliebig verfügen zu können. (Wer den Nazistat in einer sozialdemokratischen Kleinfamilie, einer verfolgten, erlebt hat, kennt ihre verkrüppelnden Zwänge, aber auch ihr Potential an Widerstandskraft gegen Staat und Gesellschaft des Monopolkapitals!) – Es gibt zwischen mir und der „Z“ eine ganze Menge von Differenzen, und soweit es die Theorie angeht, halte ich mehr von der, die das SB ausarbeitet. Aber wir stehen in einem entscheidenden Lebenskampf, und da halte ich die „Z“ – zumal sie selbstkritisch ist und im Zusammenhang mit der SOST-Debatte toleriert – für einen unverzichtbaren, anspornenden, zu Sprüngen anspornenden Teil der GRÜNEN. (Wie ich auch die utopischen Sozialisten, wenn auch nicht in ihrem selbstvergessenen Selbstverständnis, für unverzichtbar halte. Und bei der „Z“ wie bei Achberg wie bei den GRÜNEN überhaupt muß der Begriff „qualitatives Wachstum“ erst mal aus der Phase des Bekenntnis und Phrasendreschens herausentwickelt werden!).

Diese BHA-Sitzung war eine böse Regression, wenn dies auch einem Teil der Anwesenden nicht klar war. Was aber eine Minderheit von Wortführern seit dem 6.10. angestrebt hat, muß nun unserer Basis mitgeteilt werden. Dabei fehlen uns die Mittel des Zugangs zur Basis. Diese Rückwendung ist umso schlimmer, als jetzt schon deutlich ein Zustrom endlich enttäuschter SPD-Mitglieder und SPD/FDP-Wähler zu uns einzusetzen beginnt. Eine auf die Grüne Föderation zugehende Partei verschließen sich, weil einige bourgeois Typen sich nicht von ihrer antisozialisierten Korruption freimachen können. Ich halte die regressive Politik dieser typisch deutschen Bourgeoisie für einen Verrat an der kleinen Rettungschance, die wir vielleicht noch haben.

Verrat ist es auch, das Monopolkapital und den Staatsmonopolismus, den strukturellen Faschismus von Gesellschaft und Verfassungswirklichkeit nicht thematisieren zu wollen. Bei der Jugend nimmt die Entloyalisierung gegenüber dem Staatsapparat der BRD immer bewußtere Formen an – die Aktionen bei den Zwangsvereidigungen der Bundeswehr beweisen es – und DIE GRÜNEN könnten dies unterstützen. Statt dessen orientiert man wieder auf die Korruption des Parlamentarismus. Statt dessen will man die „97%“ gewinnen, die sich unvermeidlich als 33% herausstellen werden, sobald die Katastrophe auch durch Zuhalten von Augen und Ohren nicht mehr zu ignorieren ist. Diese Orientierung ist ein Tribut an die Feigheit und Gemeinheit in den Menschen, an dem diese mit uns um so gewisser zugrunde gehen werden.

Eine Bevölkung ohne politische Informiertheit und ohne die Einübung einer eigenständigen und inter-subjektiven Informationsverarbeitung ist unendlich. Mit ihr läßt sich eine Diktatur in den allerersten und demokratischsten Formen aufziehen, in der freie Wahlen nur raffiniert sind als die Volksabstimmungen im Nazireich. Der nie mündig gewordene, durch Kesseln und Hitlers Dramen, durch die Lügen und Neokleriken der SPD und die Zuckerplättchen des Wirtschaftswunders unendlich gehaltene deutsche „Bürger“ scheut die Zugkraft der politischen Freiheit wie das Stalichwein den Fort – und wählt sich seine Metzger selber. Einige GRÜNE wollen nun eine Metzgerkarriere antreten für jene, die hangend-bangend und dennoch mutig, nicht ganz klarbewußt, doch guten Willens dem Staat und Schicksalschmaus entfliehen wollen.

Ich glaube nicht, daß wir, die emanzipatorische und radikalpolitische Minderheit im Bundesvorstand und Bundeshauptversammlung, uns gegen die Karrieristen durchsetzen können – es sei denn, die Basis würde informiert und raffte sich auf, um zu unterstützen. An ihr ist es nun, sich nicht enttäuscht aus der Partei wegzuschleichen („Ich habe ja immer gesagt, daß das so kommen würde“), sondern Zoff zu machen. Letztlich könnten wir, falls wir uns nicht durchsetzen, wenigstens gemeinsam DIE GRÜNEN verlassen.

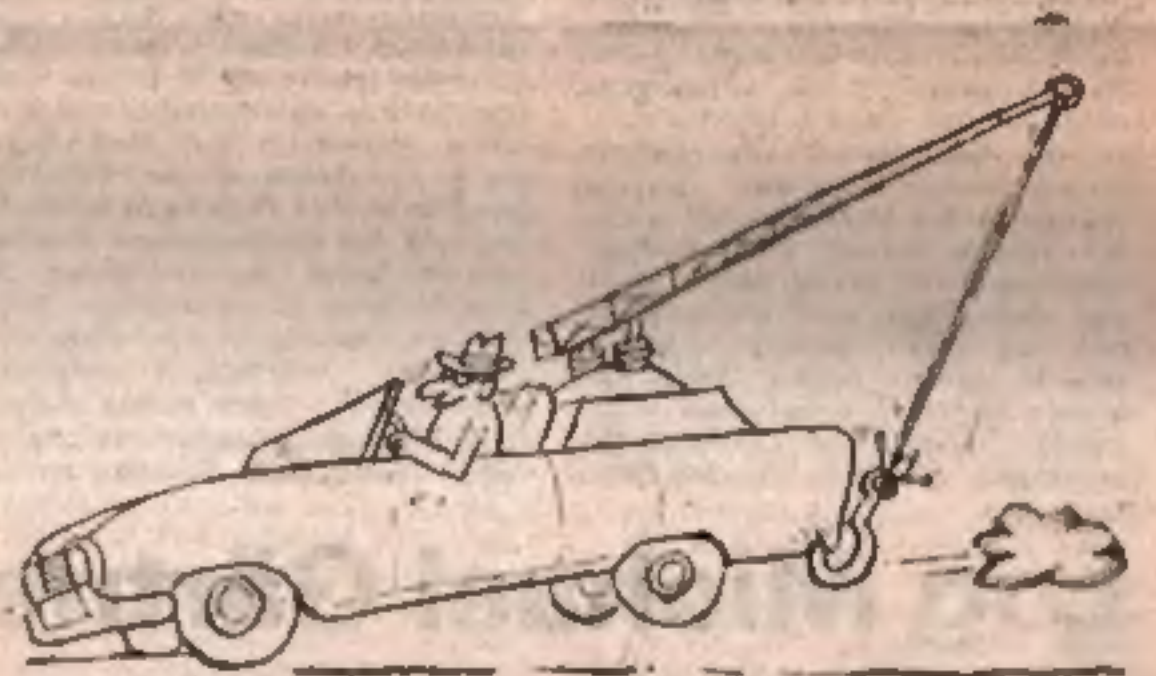
Die Nürnberger BHA-Sitzung hat allerhand links liegen lassen, um Zeit für das geplante Scherbengericht über die Z-Fraktion zu strömen. Liegen blieb die von Roland Vogt und mir vorgeschlagene Friedensbrochure, für die schon eine Bundesvorstandsmehrheit in Stuttgart kein Geld übrig und uns deshalb an den BHA verwiesen hatte. Liegen blieben meine Resolutionsvorschläge für einen sofortigen Austritt der BRD aus der NATO und gegen die Zwangsvereidigungen der Bundeswehr. Erstere hatte ja schon auf der vorhergehenden BuVo-Sitzung in Bonn keine Chance; letztere mit ihrer Betonung der Ungültigkeit dieser Zwangsverpflichtung war ebenfalls in Stuttgart auf Ablehnung gestoßen (u.a. weil meine verbale Darstellung des mörderischen Gewaltsystems der Bundeswehr ihrem „Gewalt“ sei!). Charakteristisch war dann auch, daß Dieters Resolution „Die GRÜNEN weder links noch rechts, sondern ökologisch“ (als ob ökologische Politik nicht auch von einer totalitären Weltkultur, wie die u.a. Gruhl ausmalte, gemacht werden könne; als ob das Ausweichen vor der realen links-rechts-Problematik nicht die typisch deutsche Flucht ins „Unpolitische“, also faktisch doch nach rechts sei; als ob diese fatale deutsche Tradition nicht seit 1945 spätestens ausreichend problematisiert worden sei!) mehrheitlich angenommen wurde gegen meine Definition der GRÜNEN als der „politisch, sozial und ökologisch emanzipativen Partei“.

Dies alles vor dem Hintergrund von den USA geplanten Aggressionskriegen im Nahen/Mittleren Osten und gleichzeitig in Europa (via Wojtyla Polen) zwecks Wiedereroberung der Petroleum-Staaten, Ausbluten der Sowjets mit anschließender Konterrevolution in Osteuropa und Zentralasien sowie der Vernichtung des westdeutschen Marktkonkurrenten. Der Krieg steht uns ins Haus, und DIE GRÜNEN passen sich an, statt den Widerstand gewaltlos zu organisieren! Gewiß, auch die Mehrheit will den Frieden, aber sie artikuliert ihn wie den Wunsch lieber Kinder an St. Nikolaus und ohne Roß (unsere Staaten) und Re-

ter (das Monopolkapital) zu nennen. Nur eine Minderheit in BuVo und BHA der GRÜNEN ist zu konkreter Friedenspolitik bereit.

Für Feiglinge wird die Lage freilich unangenehm. Man muß nämlich jetzt anfangen auszusprechen, daß ein Regierungs- und „Oppositions“-Etablierment, das weiß, daß die BRD nur „um den Preis ihrer totalen Zerstörung“ zu „verteidigen“ ist (Belm. Schmidt im SPIEGEL Nr. 38/77), legal vorhanden und „demokratisch“ legitimiert sein mag, aber unter allen humanen Gesichtspunkten illegitim und sittenwidrig ist. Daß ihm keinerlei Gehör mehr geschuldet ist. Daß die Entloyalisierung der Menschen in Westdeutschland/Westberlin gegenüber dem Staat BRDeutschland mit seiner wahnwitzigen anti-ökologischen kapitalistischen Vergiftungspolitik, mit seiner Erdrosselung der bürgerlichen Demokratie, mit seinen gesamt-deutsch-größenwahnsinnigen Ansprüchen auf andere Staaten und Staatsteile die einzig mögliche Methode der Lebensrettung ist. – Dies ist der Bezugspunkt aller meiner Vorschläge, und mit ihnen allen bin ich gescheitert.

Ich habe nichts davon, wirkungslos in einem Bundesvorstand zu hocken. Dazu habe ich weder genügend Ehrgeiz noch Arbeitskraft noch eine Erfolgsprospektive. Keiner von uns wird noch wirklich Karriere machen können. Keiner von uns wird in einem Geschichtsbuch vermarktet sein, weil niemand mehr solche Bücher schreibt und lesen wird – falls wir es nicht verstehen, der Katastrophe zu entziehen. Das ist mir bewußt. Und ich weiß auch: wir entziehen ihr mit Sicherheit nicht, wenn wir jetzt eine „grüne“ FDP mit einem abwechselnd geduckten und bestochenen Juso-Flügel, der zu Wahlen vorgezogen wird, aufmachen. Da mache ich nicht mit, da weiß ich meine Zeit besser zu verbringen.



## Haußleiter gegen Gruhl

In teilweise sehr scharfer Form hat August Haußleiter Gruhls Polemik gegen das Saarbrücker Programm, „Das alternative Luftschloß“ (vgl. AK 183, S. 7), zurückgewiesen. Gruhl, dessen großer Verdienst es sei, „in seinem Buch „Ein Planet wird geplündert“ vor den Fehlentwicklungen der Wachstumswirtschaft eindringlich gewarnt zu haben“, sei nach einer kurzen Phase während seiner Mitarbeit in der Programmkommission, in der er sich als „jerrnähig“ erwiesen habe, „voll auf seine pessimistische Ausgangslage und auf deren negative Schlussfolgerungen zurückgefallen... Von Gruhl aus gesehen ist das Programm von Saarbrücken in der Tat ein „alternatives Luftschloß“, er würde sich und seiner Weltuntergangsoptik unrein werden, wenn er anders urteilt.“

Gruhl behauptung, das Saarbrücker Programm verstöße gegen das Grundgesetz, zeige, daß er für eine „politische Erstarrung“ eintreite, „die das Grundgesetz selbst nicht will.“ – „Die Grünen kämpfen für die Erfüllung des Grundgesetzes gegen seine Verfälscher; jede andere Behauptung wäre eine Denunziation.“ Insbesondere wendet Haußleiter sich gegen den Vorwurf grundgesetzwidriger Programmforderungen in Zusammenhang mit den Aussagen des Saarbrücker Programms zum § 218 („Die Grünen lehnen lediglich die Strafverfolgung wegen Abtreibung ab“) und zum Antidiskriminierungsgesetz für Frauen. „Hier sieht Dr. Gruhl eine Parallele zur „Methode aller Unrechtsstaaten“, nach der Angeklagte ihre Unschuld beweisen müßten... Eine diskriminierte Frau, die gegen ihre Benachteiligung klagt, auf eine Stufe zu stellen mit

Ich schlage Euch deshalb vor, daß wir entweder über alle möglichen Medien unsere Basis ansprechen und um deren aktive Hilfe bis zum nächsten Bundesparteitag bitten, wo dann ein emanzipativer Bundesvorstand zu wählen ist. Die Basis muß allerdings viel tun, sehr aktiv werden, sehr bewußt arbeiten. Wir können nicht die Retter von Phlegmatikern spielen wollen, weder in der Partei noch außerhalb. Geschieht nichts, sehe ich mich nicht veranlaßt, ein weiteres Mal stellvertretend für andere meinen Kopf hinzuhalten. Das habe ich – unfreiwillig – zweimal tun müssen, unter den Nazis und seit 1975. Das langt! Zu mir braucht keiner zu kommen und sich zu beklagen, wenn dann schief gelaufen ist.

Das heißt: Wenn sich in dieser Partei nichts rührt, wenn sie mit sich rumfahrenden lassen von den Kut-schern in der Partei und in Bonn, wenn sie nicht Citoyens werden wollen, dann können sie auch ... Dann ist mein Rücktritt absehbar!

Dieser Rücktritt könnte dann mein Rückzug von aller Politik sein oder, falls möglich und gewünscht, der Anfang für eine neue gesellschafts-ökologische, d.h. des untrennbaren Zusammenhangs von Ökonomie, Politik und Ökologie bewußte Partei, die weiß, daß die Gattungsfrage eben nicht vor der Klassenfrage lösbar ist, sondern nur gleichzeitig mit ihr, weil das Monopolkapital eher die ganze Menschheit atomisiert, als seine prinzipiell antihumane Politik und Struktur und damit sich selbst aufzugeben.

So steht's also, tut mir leid, daß ich's nicht leichter nehmen kann. Ich hoffe auf viele Reaktionen. Ich möchte mit diesem Brief keinen entmutigen, sondern zu größerer Klarheit in Denken und Tun, zu mehr demokratischer Radikalität, zu mehr Emanzipationswillen, auch zu Emanzipation von Apathie und Furcht, zu radikalerer Mitmenschlichkeit ermuntern.

einem allmächtigen Unrechtsstaat, der Unschuldige verfolgt, ist entweder maßlos übertrieben oder es beruht auf einem Denkfehler.“

Ausführlich widerlegt Haußleiter auch Gruhls Zahlenspielerien, die belegen sollen, daß die Forderungen des Grünen Programms im sozialen Bereich, insbesondere Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich, nicht finanzierbar seien. „Wer durch Rationalisierung Arbeitsplätze vernichtet, muß auch für die daraus entstehenden sozialen Folgen aufkommen“, schreibt Haußleiter. „Insgesamt gehen die Grünen von einem Gesamtkonzept aus, dessen Einsparungen sehr viel höher sind als die Kosten.“ Der reine Verteidigungsetat liegt bei 40 Milliarden, der funktionale Verteidigungsetat, einschließlich der Rüstungsforschung, des strategischen Straßenbaus, des Zivilschutzes, der strategischen Subventionen an NATO-Partner (Türkei und andere) bei über 70 Milliarden. Das sollte ein ehemaliger Bundestagsabgeordneter wissen.“

Zu Gruhls Ausfällen gegen den Programmtitel „Bildung und Forschung“ schreibt August Haußleiter: „Besonders polemisch wirkt es, wenn Dr. Gruhl es als ein Signal für „Klassenkampf“ empfindet, daß die Jugend lernen soll, die den gesellschaftlichen und individuellen Konflikten zugrunde liegenden Interessen zu durchschauen.“ Die Gegenposition könnte nur in der „Geschlossenheit der Nation“ bestehen, wie sie so positiv in Dr. Gruhls Kriterienkatalog gefordert wird, wie sie aber doch wohl ohne totalitäre Staatsordnung und auf dem Boden des Grundgesetzes kaum erreichbar sein dürfte...“



## Landesparteitag der Grünen in NRW

Wenig Konstruktives leistete der Landesparteitag der Grünen in NRW am 6. und 7.12. in Münster. Es wurden weder die für die Linken katastrophalen Ergebnisse der Nürnberger Bundeshauptversammlung verarbeitet, noch gab es irgendwelche Festlegungen über Arbeitsprojekte der nächsten Zeit. Auch der Antrag des Bundesvorstandsmitglieds Erich Knapp, die Forderung „BRD raus aus der NATO“ zur Grundlage grüner Friedenspolitik zu machen, wurde gar nicht ernst behandelt. Ob die auf dem Parteitag eingerichteten Arbeitsgruppen weiterarbeiten und selbstständig konkrete Projekte in Angriff nehmen, kann zur Zeit kaum abgeschätzt werden. Insgesamt zeichnen den Landesverband die gleichen Krisenerscheinungen aus, die auch für die grüne Partei insgesamt gegenwärtig charakteristisch sind. Die „tas“ veranlaßte das zu folgenden leicht satirischen Randbemerkungen: „Ein Großteil der eingetragenen Mitglieder zahlt keine Beiträge mehr, nimmt an der Arbeit nicht teil, macht sich zugleich jedoch nicht mal die Mühe, eine Austrittserklärung zu schreiben. Um diese Leute auszuschließen, ist man bei vielen Kreisverbänden (KV) satzungsgemäß eine 2/3 Mehrheit aller Mitglieder eines KV nötig. Natürlich kommt diese 2/3-Mehrheit mangels Beteiligung an den Mitgliederversammlungen nie zustande. Die Satzung müßte also geändert werden. Hierzu wäre freilich eine 3/4-Mehrheit aller Mitglieder erforderlich.“

Stimmung gab es auf dem Parteitag – wie so häufig bei den Grünen – erst am zweiten Tag beim Tagesordnungspunkt Wahlen. Nachträglich war vom KV Köln beantragt worden, auch die Vertreter für den Bundeshauptauschuß (BHA) neu zu benennen. Konkret ging es dabei vor allem um die Abwahl eines in den BHA nachgerückten KB-Mitglieds, teilweise auch um die Entfernung eines weiteren Linken unter den insgesamt fünf Vertretern des Landesverbandes im BHA. Während einige Verfechter dieser Abwahlanträge es vorzogen, ihre eigentlichen Absichten hinter fadenscheinigen Vorwänden zu verstecken – so sei noch nie über Funktion und Aufgabe der BHA-Mitglieder diskutiert worden –

wurde z.B. von Eckart Strathmann (BUS) und Christiane Schnappertz (Bundesvorstand) kein Blatt vor den Mund genommen. Chr. Schnappertz verwies dabei auch auf die AK-Berichterstattung über die BHA-Sitzung in Nürnberg (vergl. AK 190, S.1), durch die sie sich „in einzigartiger Weise diffamiert“ fühle, und auf die Zitate aus Bundesvorstandsprotokollen in AK 189, die nicht „die wahre Meinung wiedergegeben“ hätten (das wäre allerdings ein Problem der Protokollführung im Bundesvorstand; aus den Protokollen geht eindeutig hervor, daß Christiane Schnappertz und andere sich im Bundesvorstand gegen den Austritt der BRD aus der NATO als Zeug gelegt haben).

Obwohl schon frühzeitig mit deutlicher Mehrheit Nichtbefassung des Kölner Antrags beschlossen worden war, es also keine Neuwahl der BHA-Mitglieder geben sollte, ging die Debatte doch noch stundenlang weiter (was Kenner der grünen Szene nicht verwundern kann). In verschiedenen Variationen brachten nacheinander Martin Schatz (FIU, bisheriger Sprecher des Landesvorstands), mehrere Essener Delegierte (darunter Christiane Schnappertz) und schließlich Eckart Strathmann (BUS) „Nachwahl“ – bzw. offene Abwahlanträge ein. Sie wurden allesamt mehrheitlich abgelehnt – allerdings: aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Auf dem nächsten Landesparteitag soll insgesamt über die BHA-Arbeit beraten werden, der nächste Abwahlantrag kommt also bestimmt.

Zum Sprecher des Landesverbandes wurde schließlich Hans Verheyen von der Bunte Liste Bielefeld gewählt. Stellvertretende Sprecher wurden Werner Vogel (GAZ-Mitglied und Freund der Nürnberger Indianerkommune) und Michael Happe, Unterstützer des Essener Abwahlantrages gegen das KB-Mitglied im BHA. Zu Beisitzern wurden mehrere bisher kaum in Erscheinung getretene Leute gewählt. Einer davon, Axel Braun aus Düren, ist Polizeibeamter und setzte sich in seiner Vorstellungsrede für mehr Verständnis gegenüber seinem Berufsstand ein ...

## Wollen die nicht mehr?

... wird sich auf der Landesmitgliederversammlung der Hamburger Grünen am 12.12. manche/er angesichts des dort von der Gruppe Z vorgeführten „Krisenmanagements“ gefragt haben. Die für die Linken niederschmetternden Ergebnisse der Bundeshauptversammlung in Nürnberg (u. a. Verpflichtung der Gruppe Z, alle ihre Organisationstermine „grünöffentlich“ zu machen) veranlaßten zwar Jürgen Reents zu einer schriftlichen Abrechnung mit der Nürnberger Anti-Z-Koalition (siehe dazu nebenstehenden Artikel). Um eine Zurückweisung der BHA-Beschlüsse durch die Hamburger Landesmitgliederversammlung hat sich die Gruppe Z gar nicht erst bemüht. Ein Z-Mitglied verblüffte vielmehr gleich zu Beginn der Versammlung die annähernd 100 Anwesenden mit dem Antrag, dort keine Beschlüsse zu fassen, da in mehreren Bezirksverbänden (u. a. dem gemeinhin als „Z-Hochburg“ geltenden Bezirksverband

Elmsbittel) „nicht ordnungsgemäß eingeladen“ worden sei. So nahmen die Dinge ihren Lauf: andäus unverbändliche Debatten über dies und jenes, Strukturfragen, den „parlamentarischen Arm“ und die Randbewegung und vor allem über eine neu formulierte rechte Opposition, die nach eigener Aussage dafür sorgen will, „daß künftig auch in Hamburg der Gruppe Z der Wind ins Gesicht bläst“ – das alles unter dem Tagesordnungspunkt „Situation der Grünen nach der Bundestagswahl“. „Die Grüne Partei muß links sein, oder sie wird gar nicht mehr sein“, schrieb Jürgen Reents kurz nach dem 5. Oktober. Auf der Hamburger Landesversammlung deutete alles darauf hin, daß sich die Gruppe Z inwischen für die zweite Alternative entschieden hat.

Ein KB-Mitglied bei den Hamburger Grünen

## Stimmvieh-Mitglieder gegen Linke?

Manchmal steigt auch in der Grünen Partei das Gute, und ein genial ausgedacht politisches Gangsterstück fliegt wegen unvorhersehbarer Pannen auf. Leidtragender eines solchen Mißgeschicks ist gegenwärtig Dietrich Wilhelm Flagemann, Lehrer in Pinneberg, seinerzeit Mitglied im Bundesvorstand der Euro-Grünen und einer der schärfsten Kritiker der Z-Politik in Schleswig-Holstein. Einer seiner Schüler, geschworener Feind „des Kommunismus“ wie Flagemann selbst, schrieb jüngst folgenden Brief an den Schatzmeister des Grünen Kreisverbandes Pinneberg: „Sehr geehrter Herr Inselmann! Ich erhalte soeben eine Beitragsmahnung Ihrer Partei über DM 60 und muß Ihnen wohl erklären, warum ich diesen Beitrag nicht bezahlen werde. Gegen Ende des letzten Jahres 1979 hat unser Biologielehrer – und Ihr Landtagsabgeordneter – Dietrich Wilhelm Flagemann eine euro-grüne und einer der schärfsten Kritiker der Z-Politik in Schleswig-Holstein. Einer seiner Schüler, geschworener Feind „des Kommunismus“ wie Flagemann selbst, schrieb jüngst folgenden Brief an den Schatzmeister des Grünen Kreisverbandes Pinneberg: „Sehr geehrter Herr Inselmann! Ich erhalte soeben eine Beitragsmahnung Ihrer Partei über DM 60 und muß Ihnen wohl erklären, warum ich diesen Beitrag nicht bezahlen werde. Gegen Ende des letzten Jahres 1979 hat unser Biologielehrer – und Ihr Landtagsabgeordneter – Dietrich Wilhelm Flagemann

man eine Unterschriftenliste in Umlauf gebracht, in der wir gebeten wurden, eine vorübergehende Mitgliedschaft in der „grünen Liste“ zu unterschreiben, mit der wir helfen sollten, den kommunistischen Einfluß auf Ihre Parteiorganisation fern zu halten. Über eine Ab- und Ausweisung kommunistischer Elemente aus Ihrer Partei sollte auf einem Bundeskongreß Ihrer Partei seinerzeit abgestimmt werden. Nach diesem Bundeskongreß sollte unsere vorübergehende Parteimitgliedschaft – dieses versicherte uns Herr Flagemann – aufgelöst werden. Weiterhin garantierte Herr Flagemann wörtlich: „Ihr seid nur vorübergehend Mitglied unserer Partei, um uns gegen die Kommunisten zu unterstützen. Nach dem Bundeskongreß wird eure Mitgliedschaft automatisch aufgelöst, ohne daß ihr irgendwelche Folgen (z.B. Beitragszahlungen) zu tragen habt.“ Durch diese Garantie meines

Lehrers und der Überzeugung, gegen kommunistische Einflüsse, egal welcher Art und Weise, anzugehen, habe ich die Unterschriftenliste unterschrieben, mit dem Gedanken, gegen den Kommunismus einmal aktiv etwas getan zu haben. Nun erhalte ich eine Beitragsmahnung und bin, in Anbetracht der eben geschilderten Ereignisse, doch etwas überrascht. Die „regelmäßigen Postsendungen“ der Grünen habe er leider „nicht weiter studiert“; „dies war vielleicht ein Fehler, der eine Reihe von Mißverständnissen aufkommen ließ“. Der Brief endet „mit freundlichen und demokratischen Grüßen“ und der Bitte: „Vielleicht sprechen Sie einmal mit Herrn Flagemann über diese Mißverständnisse.“

Wir sind gespannt, was Herr Flagemann zu den „Mißverständnissen“ zu sagen hat.

ANWISCHUNG DER EINEN GESCHIEDENEN Ereignisse, doch etwas überrascht. Die „regelmäßigen Postsendungen“ der Grünen habe er leider „nicht weiter studiert“; „dies war vielleicht ein Fehler, der eine Reihe von Mißverständnissen aufkommen ließ“. Der Brief endet „mit freundlichen und demokratischen Grüßen“ und der Bitte: „Vielleicht sprechen Sie einmal mit Herrn Flagemann über diese Mißverständnisse.“

Wir sind gespannt, was Herr Flagemann zu den „Mißverständnissen“ zu sagen hat.



## Nanu? Ernst Hoplschek auf vaterländischem Ausflug? ...

Ernst Hoplschek, seinerzeit Mitglied der Programmkommission der „Grünen“ und prominentes Mitglied des „BUS“ („Bund Undogmatischer Sozialisten“) – nunmehr gewähltes Mitglied des „Geschäftsführenden Ausschusses“ der AL/Westberlin – scheint seine Bataillone um das von ehemaligen Teilen der aufgelösten „KPD“ erweitert zu haben. Nicht nur, daß seine neuen Protesen ihm auf der letzten Mitgliederversammlung Beifall zu seiner Wahl spendeten, nein, E.H. sorgte für neuen Schwung.

Als zwei Frauen der AL auf ihre Kandidatur für den „Geschäftsführenden Ausschuß“ der AL verzichteten, weil sie es mit Ernst H. nicht aushalten würden – da bekannte sich Ernst Hoplschek freimütig als Chauvinist, als sehr „markanter“ gar. Aber nicht nur in diesem (privaten) Sinne kehrte E. H. den Chauvinismus heraus: er propagierte gar eine abenteuerlich-sozialchauvinistische Aktion, durch „die mehr bewegt worden wäre, als 100 Anfragen in der Bezirksverordnetenversammlung“ („Mitgliederrundbrief“ Nr. 1) der AL; nämlich das Verteilen von vaterländischen Flugblättern der AL zum „Zwangsumtausch“ auf dem Alexanderplatz (DDR)! In dem Flugblatt versuchte sich die AL u. a. folgendermaßen als „Alternative“ zu den Etablierten zu profilieren: „Den etablierten Parteien in Bonn und im Westberliner Abgeordnetenhaus, die jetzt zu „deutschen“ Worten finden, muß man klar sagen, daß ihr Gezeier nicht viel wert ist. Sie haben ja bereits bisher der DDR-Regierung für jede Selbstverständlichkeit, die dann unter dem Begriff „menschliche Erleichterung“ gehandelt wird, die Millionen hinterher geworfen.“

Tatsächlich gab es innerhalb des alten „Geschäftsführenden Ausschusses“ der AL (Ernst)haft den genialen Plan, die Flugblätter auf dem Alexanderplatz zu verteilen, um damit die restliche AL in eine zweifelhafte Solidarität bei einer noch zweifelhafteren Aktion zu zwingen. Klar auch, daß damit der gemeinsame politische Konsens der AL zerstört worden wäre. Daß man/frau solcherlei Sperrnadeln seitens alter ehemaliger „KPD“-Genoss/innen erwarten bzw. befürchten mußte, liegt auf der Hand.

Vorbild für diese Aktion war offenbar ein ähnliches Unternehmen der „KPD“ am 9.5.1975, eine Kund-

gebung von 30 „KPD“-Mitgliedern gegen den „sozialistischen Sozialismus“ vor dem Ehrenmal für die im Kampf gegen den Faschismus gefallenen Soldaten der Roten Armee in Treptow (Berlin/DDR). Nach der vorübergehenden Festnahme von 18 „KPD“-lern hatten damals Westberliner „KPD“-Mitglieder als „Racheakt“ die sowjetische Fotoausstellung „1941 - 45 - 30 Jahre danach“ veranstaltet.

Daß Ernst Hoplschek solch krumme Touren anhänglich geworden zu sein scheint, ist schon ein Kuriosum. Wenn schon, dann wäre es doch noch gewichtiger, wenn Ernst Hoplschek bei den nächsten Abgeordnetenwahlen zur Volkskammer kandidieren würde und dann eine „Gedenkminute“ einlegen würde. Welch ein Spektakel würde es dann erst geben! ...

Daß Ernst Hoplschek solch krumme Touren anhänglich geworden zu sein scheint, ist schon ein Kuriosum. Wenn schon, dann wäre es doch noch gewichtiger, wenn Ernst Hoplschek bei den nächsten Abgeordnetenwahlen zur Volkskammer kandidieren würde und dann eine „Gedenkminute“ einlegen würde. Welch ein Spektakel würde es dann erst geben! ...

Komitee zur Rettung vaterländischer Traditionen



## Log Michael Gärtner bewußt?

Mitte Oktober hatten vier Mitglieder des schleswig-holsteinischen Landesverbandes der Grünen, darunter Michael Gärtner und Anke Burmester, ihren berechtigten Brief gegen die „Majorisierung durch die Gruppe Z“ veröffentlicht (vgl. AK 188, S. 7). Darin enthalten war auch ein gesonderter Artikel von Michael Gärtner, in dem dieser auf fünf Seiten seine „Erfahrungen mit der Gruppe pZK in Schleswig-Holstein“ in den grausigsten Farben ausmalte. U. a. wird von Gärtner auch „die Sache mit der Wahlplattform“ auf einer Seite abgehandelt, ein besonders schümeiges Beispiel von Gehirnwäsche und Manipulation seitens der Gruppe Z – wenn man Michael Gärtner Glauben schenkt: „Inzwischen hatte der Kreisverband Pinneberg 5.000 Wahlplattformen bestellt. Ein Mitglied aus Pinneberg fuhr nach Kiel, um dort die Bestellung auszugeben. Dort traf es die Landesvorsitzende Uta Wilke (Z; Anm. AK); das Mitglied, welches die Wahlplattform nicht kannte, ließ sich überreden, die Bestellung rückgängig zu machen.“ Auf diese Weise seien nämlich statt 5.000 nur 100 Exemplare der Wahlplattform nach Pinneberg gelangt.

Poch für Gärtner, daß sich die „Sache mit der Wahlplattform“ nachweislich anders abgespielt hat. Dazu Gärtner „Zeugin“ Hilde Kadach, in ihrer Richtigstellung: „Als ich das las, verschlug es mir die Sprache. Ich dachte, ich lese die „Bild“-Zeitung, denn in diesen Behauptungen stimmt so gut wie nichts. Das erwähnte Mitglied aus Pinneberg bin ich.“ Die Einzelheiten des „Tathergangs“ sollen hier ausgelassen werden, klar ist jedenfalls, daß Gärtners Behauptung, ihr sei die Bestellung der Wahlplattformen ausgereicht worden, aus der Luft gegriffen waren. Das wird im übrigen von einem weiteren bei der Sache anwesenden Pinneberger Mitglied bestätigt, das auch Hilde Kadachs Routine dieser

Affäre unterstützt: „Wenn man jedoch mit derartigen Methoden, wie in dem obigen Fall geschildert, ein Mitglied der Z-Gruppe fertigmachen will bzw. mir weiterhin niemals gemachte Äußerungen unterstellt, so widerspricht das ganz massiv meinem Verständnis von Bundesdemokratie... und ich müßte dann für mich persönlich die Konsequenzen ziehen und gegebenenfalls auch meine Mitgliedschaft bei den Grünen neu überdenken.“

Hilde Kadachs Richtigstellung lag der Bundesgeschäftsstelle in Bonn Ende Oktober vor; Geschäftsführer Lukas Beckmann hat sich einen Monat lang strikt geweigert, diesen Brief an die Landesverbände zu verschicken (das gleich Schicksal erlitt übrigens die

Stellungnahme von Uta Wilke, so daß dem Bundeshauptauschuß am 29./30.11. ausschließlich „belastendes“ Material gegen die Z vorlag).

Michael Gärtner und Anke Burmester haben die Vorwürfe gegen Uta Wilke im Zusammenhang mit der Fahrt der beiden Pinnebergerinnen nach Kiel inzwischen zurückgenommen („tut uns leid“), gleichzeitig aber betont: „Diese Richtigstellung ändert nicht das Geringste am Wesensgehalt des Erfahrungsberichts!“

Der Zeuge, auf den sich die gesamte Anklage stützt, sagt das Gegenteil von dem aus, was er aussagen soll; der Anklagevertreter sieht keinen Grund, die Klage fallenzulassen. Das können wir doch irgendwoher?!

## »Höchst unzumutbares Ansinnen« an die GAZ

Auszug aus dem GAZ-Rundschreiben Nr.15 vom 12.11.; Verfasser: Herbert Gruhl:

„... 3. Von besonderer Bedeutung ist, daß diese kommunistische Zentrumsfraktion von der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE GRÜNEN offiziell als Bestandteil der Partei anerkannt wird. Der Geschäftsführer Lukas Beckmann schrieb am 15.10. und am 3.11. d.J. Briefe an:

„Grüne Aktion Zukunft, z.Hd. Herbert Gruhl;  
Grüne Föderation, z.Hd. Olaf Dinne;  
Basisdemokratische Undogmatische Sozialisten, z.Hd. Jan Kuhnert;  
Achtberger Kreis, z.Hd. Wilfried Heide;  
Z-Fraktion, z.Hd. Bettina Hoeltje“

Damit wird die Z-Fraktion mit der GAZ auf eine Stufe gestellt. Der Un-

terschied besteht nur darin, daß die genannte Sprecherin der Z-Fraktion, Bettina Hoeltje, Mitglied des Bundesvorstands der GRÜNEN ist, wegen kein einziges GAZ-Mitglied dem Bundesvorstand angehört.

Der GAZ und der grünen Föderation wird in dem ersten Schreiben zugemutet, daß sie die anderen Gruppen – also auch die Z-Fraktion – zu ihren Treffen einlädt. Im zweiten Schreiben und im Rundbrief Nr.5/80 an alle Mitglieder der GRÜNEN vom 27.10.80 werden nun die „Gruppierungen innerhalb und am Rande der GRÜNEN aufgefordert, ihre Strukturen und Finanzgrundlagen ... offenzulegen.“ Dies sind höchst unzumutbare Ansinnen: Wir sollen allen, also auch der kommunistischen Zentrumsfraktion gegenüber, alles offenlegen und sie zu unseren Sitzungen einladen! ...



## Böhmeckes neue Freunde

Heinz Böhmecke, Vorsitzender der GLU Hamburg, ist 1978 in der alternativen Wahlbewegung durch die von ihm angeführte Späterkandidatur der GLU gegen die Bunte Liste und die offene Duldung von Neonazis in führenden Funktionen der GLU bekannt geworden. Zumindest für die nachgezogene Konkurrenz kandidatur der GLU ist er damals auch von solchen Grünen kritisiert worden, die seinen politischen Anschauungen sehr viel näher stehen als denen der Bunte Liste, u.a. von der erklärten linken antikomunistischen Grünen Liste Nordfriesland und von Helmut Lippelt, heute Mitglied im Bundesvorstand der Grünen und Propagandist eines „Aufstands der Mitte“.

Mit Gründung der grünen Partei kam Böhmecke zu neuen Ehren. Noch wenige Wochen vor dem Karlsruher Gründungsparlament hatte er in einem Brief an den Bundesvorstand der Europa-Grünen die Nichtanerkennung einer Reihe von Hamburger Parteiführungsmitgliedern gefordert, von denen er annahm, sie wären Mitglieder des KB (d.h. der Zentrumsfraktion, damals noch im KB) bzw. der „KPD“. Seinem Brief war eine Namensliste angehängt, hinter den Namen war jeweils die von Heinz Böhmecke vermutete Organisationszugehörigkeit vermerkt. (Die Delegierten wurden schließlich dann doch anerkannt, obwohl der Bundesvorstand Böhmeckes „Anregung“ zunächst denkbar aufgegriffen hatte.) Nach dem Karlsruher Parteitag saß Böhmecke dann zusammen mit einigen der von ihm Denunzierten im Koordinationsausschuß der Hamburger Bezirksverbände der Grünen (dem Vorläufer des Landesvorstands). Auf der Gründungsversammlung des Hamburger Landesverbandes im Mai wurde er mit ganzen 12 Stimmen zum dritten Hamburger Vertreter im Bundesausschuß der grünen Partei gewählt.

Heinz Böhmeckes eigentliche „Rehabilitierung“ erfolgte erst in den letzten Wochen im Zusammenhang mit der innergrünen Kampagne gegen die „Gruppe Z“. Die „Basidemokratischen Undogmatischen Sozialisten“ (BUS), die der Stimmungsmache gegen die Z-Fraktion in der grünen Partei eine Doppelnummer ihres Rundbriefes widmeten, ließen darin auch Böhmecke mit einem eigenen Beitrag zu Wort kommen, in dem er sich gegen die 35-Stunden-Woche und für die Förderung von „Kleingewerbe und

Mittelstand“ ausspricht (Böhmecke ist Bauunternehmer). Der unkommentierte Abdruck dieses Artikels im BUS-Rundbrief sollte offenbar Böhmeckes Beförderung zum „wertkonservativen Ökologen“ dienen, der als Opfer der Z-Politik aus den Grünen gedrängt und zur Grünen Föderation getrieben worden sei; Ernst Hopfsteckers Leitartikel im selben BUS-Rundbrief befaßt sich mit den „Schwierigkeiten der Linken im Umgang mit den Wertkonservativen“, in einem weiteren Artikel zum gleichen Thema rügt Klaus Wolschner Jürgen Reents „Genugtuung über den Abtritt der Wertkonservativen“.

Angesichts von so viel „linker“ Unterstützung erinnerte sich Böhmecke, der sich seit dem Sommer nur noch im Kreise von GLU und Grüner Föderation engagiert hatte, an seinen Posten im Bundesausschuß der grünen Partei. Gerade noch rechtzeitig vor der Bundesausschusssitzung am 29./30.11. (vgl. AK 190, S.1) legte Böhmecke ein Papier zur „Bewertung der Bundestagswahl“ vor, das sogleich über die Bonner Bundesausschusssitzung der Grünen an alle Landesverbände verschickt wurde. Böhmecke will belagern, daß die „Infiltration sich demokratisch gebender Antidemokraten (Z)“ die Wahlunterlage der Grünen herbeigeführt habe, und trägt zu diesem Zweck „Stimmen der Kritik von Mitgliedern des Landesverbandes Hamburg“ zusammen. U.a. wird ein schlimmer Fall von „Wahlkampfbehinderung durch die Z-Fraktion“ „enthüllt“: „In der Nacht vom Montag auf Dienstag klebten Freunde des Achberger Kreises 70 Plakate mit dem Text: 'Weder Kapitalismus noch Kommunismus - wir brauchen neue Wege' (genauer gesagt: sie klebten diese Plakate auf bereits fertige Stellachilder mit den 'offiziellen' grünen Wahlplakaten; Anm. AK), sie sind dabei im Handgemenge von Marion Pein behindert worden und ein noch feuchtes Plakat wurde von M.P. wieder abgerissen. (Marion Pein war die behetzte Spitzenkandidatin!) Hier zeigt sich insbesondere die antidemokratische Haltung der Z-Fraktion.“ Die übrigen „Stimmen der Kritik“ hat Böhmecke kurzerhand aus einem Artikel von zwei ehemaligen Mitgliedern der aufgelösten „KPD“ abgeschrieben. Dieser Artikel „Zur Politik der Z-Fraktion im Hamburger Landesverband der Grünen“ findet sich in der selben Nummer des BUS-

Rundbriefs, in dem auch Gastautor Heinz Böhmecke publizieren durfte. Er ist ähnlich angelegt wie der bundesweit verschickte Brief von Gärtners/Burmester/Madaus zur Z-Politik in Schleswig-Holstein, eine Mischung aus „super“-„basidemokratischen“ Vorstellungen, offenem Antikomunismus und Spießertum. Einige Kostproben der Vorwürfe an die Z (die auch Heinz Böhmecke so gut gefallen haben, daß er sie in sein Papier für die Bundesausschusssitzung aufgenommen hat): „Der Landesvorstand setzte sich aus Leuten aller Richtungen zusammen, aber die Z-Gruppe war eindeutig dominierend, da sich die anderen bald zurückzogen.“ - „Die Aufstellung der Kandidaten wurde dann auch nach Auffassung des Landesvorstands ganz „pluralistisch“ durchgeführt: Platz 1: ein Schwuler, Platz 2: eine Frau, Platz 3: ein Gefangener. Sämtliche drei Spitzenkandidaten kamen aus der Bunte Liste, politische Unterschiede zwischen ihnen waren den Mitgliedern nicht bekannt.“ - „Auch aus dem Hamburger Wahlkampf sollten nach den Vorstellungen führender Leute „obskure Ökologie-Vorstellungen“ möglichst ganz herausgehalten werden. So versuchte Jürgen Reents bis zuletzt zu verhindern, daß eine Veranstaltung mit Holger Strohm von den Grünen durchgeführt werden konnte.“ - „Die Wahlplattform war drei Wochen vor der Wahl angeblich „vergriffen“. Hintergrund: Die Vertreter der Z-Fraktion wollten in Hamburg lieber mit dem Saarbrücker Programm arbeiten!“

Mittlerweile geht die Zusammenarbeit zwischen Böhmecke und der „KPD“-BUS-Strömung schon über gegenseitige geistige Anleihen hinaus. Auf der Hamburger Landesvorstandssitzung, auf der Böhmecke sein Papier vorstellte, hielt einer fest zu ihm: der Mitverfasser des von Böhmecke abgeschriebenen Artikels im BUS-Rundbrief. Er kritisierte Böhmecke allein dafür, daß er in seinem Papier die Zitatangaben „vergessen“ hatte. Unklar ist auch, ob er Böhmeckes Schlussfolgerung „Die Gruppe Z sollte von sich aus die zu wenig geliebten Grünen verlassen“ mittrifft. Es sollte uns aber nicht wundern, wenn bei der von Böhmecke und der Grünen Föderation für die Bürgerschaftswahl 1982 angepöbelten dunkelgrünen Liste auch ehemalige „KPD“-Mitglieder mit von der Partie wären.

## Good old Jimmy ... Ein Grüner weint um Carter

JIMMY CARTER geht DIETER PLAGEMANN bleibt vorerst noch. Er ist Mitglied der Grünen Partei in Schleswig-Holstein. Hervorgetan hat er sich dort bisher fast ausschließlich als unermüdlicher Vorkämpfer gegen die links „Gruppe Z“. Plagemann ist außerdem Mitarbeiter der BUS-Fraktion („Basidemokratische Undogmatische Sozialisten“) in der Grünen Partei und bezeichnet sich selbst als „ökologischen Sozialisten“.

Gestritten hat Plagemann im schleswig-holsteinischen Landesverband bisher für ein Ende des wirtschaftlichen Wachstums - die Prognosen der neuen/alten Bundesregierung dürften ihm da sehr entgegenkommen - und für einen Verzicht der Bevölkerung auf Teile ihres Lebensstandards. Im Mitgliederrundbrief Nr. 6 des Landesverbandes bricht er nun auch eine Lanze für Jimmy Carter und dessen „geochelerten Versuch, die verkrustete Politik der nationalen Stärke in den USA zu überwinden“. „Verkrustet“ gilt in alternativen Kreisen als schickes Wort, obwohl es gar keinen Sinn ergibt (Brotkruste? Erdkruste? Blutkruste?).

Die Wahl Reagans nimmt Plagemann zum Anlaß eines wehmütigen Nachrufs auf Carters Außenpolitik. Die war nämlich - neben Großmachtpolitik, versteht sich - auch bestimmt von dem Versuch, „andere Prioritäten zu setzen und sich nach übergeordneten Zielen, wie Einhaltung der Menschenrechte oder Förderung von Demokratisierungsprozessen auszurichten“. In vielen Fällen habe sich in Carters Politik „eine humane Alternative angebahnt“. Im einzelnen führt Plagemann folgende Beweise für seine erfreulich originalen, überhaupt nicht verkrustete These an:

- An die Adresse Südafrikas habe Carter „eine klare Absage an den Rassismus“ erteilt. „Die Folge war eine erhöhte weltweite Achtung der Apartheidspolitik.“

Außerdem habe Carter „den Verhandlungsweg mit gemäßigten islamischen Staaten beschritten“. Nämlich mit Ägypten, das so gemäßigt ist, daß Sadat der NATO Militärstützpunkte in seinem Land offeriert.

- Carter habe im Falle der Neutronenbombe „Mut zum einseitigen Verzicht“ bewiesen. Dabei habe er „die Unmenschlichkeit dieser Waffe zu seiner Entscheidungsgrundlage gemacht“.

- Besonders lobenswert habe Carter sich gegenüber dem Iran verhalten: „Erst habe er durch Druck den Schah „zum Verlassen des Landes veranlaßt (des Iran-Anm. AK), um Blutvergießen zu vermeiden.“ Die „islamischen Fanatiker“ haben ihm das übel vergolten: „Jimmy Carter hat sich ihnen als Mann gestellt, mit dem man reden kann. Sie aber demütigten ihn und haben damit die Bahn frei gemacht für alle, die sagen, daß man die Länder der 3. Welt hart anfaßen müßte, damit sie nicht verrotten.“ Und trotzdem habe unter Carter „die mächtigste Regierung der Welt in der Geiselnahme eine wirklich beispielhafte Entagung von Gewalt gezeigt“.

- Auch in Nicaragua zeigte Carter „Einblick in die Fehler der Vergangenheit“. Er „unterstützte die Somoza-Diktatur nicht, sondern förderte die Demokratisierung durch die Sandinisten und vermittelte dadurch unter anderem einen vielleicht jahrzehntelangen Bürgerkrieg“.

nach dieser Revolte usw. scheiden demnach frei erfunden gewesen zu sein).

Als Fazit dieser Beispiele einer „humanen Alternative“ schreibt Plagemann: „Als Grüner hätte ich Jimmy Carter gern ein paar Jahre mehr gegönnt, um dem langen mühsamen Prozeß des Umdenkens in den mächtigen Nationen eine Chance mehr zu geben.“ „Denn die Verwirklichung unserer Ziele muß in der Weltpolitik als Alternative zum Durchbruch kommen und da kommt den USA natürlich eine Schlüsselrolle zu“.

Wenn man Plagemanns Artikel als ernstgemeint interpretiert - und nicht, außer der allerding verdächtigsten Nähe zum 11.11., deutet auf einen Scherz hin - tun sich Perspektiven grüner Politik auf, an deren Präsentation sich bisher nicht einmal der unerschrockene Herbert Gryhl herangetraut hat: Die Politik des „kleinen Übels“ im Weltmaßstab. Plagemann gibt sich dabei schon mit Weilem recht zufrieden. Wer den Terror des südamerikanischen Regimes als Ausdruck einer „humanen Alternative“ in der US-Außenpolitik interpretiert, will nicht bloß kleine Brötchen backen, sondern frist zur Not auch Scheiße. Unklar bleibt bei der Plagemann nicht konsequent, warum er (noch?) nicht konsequent genug ist, auch der außenpolitischen Vernunft Helmut Schmidts ein paar Kränze zu flechten. Sollte sich über Schmidt etwas weniger Gutes sagen lassen als über Carter? Hat Helmut Schmidt nicht Vernunft gezeigt, als er sich beispielsweise dem Ansehen von - sorry, Herr Plagemann! - Jimmy Carter widersetzte, einen NATO-Flottenverband unter bundesdeutscher Beteiligung in den Perischen Golf zu schicken?

Jimmy Carter ist gegangen. Helmut Schmidt ist vorerst noch geblieben. Zeit für öko-sozialistische Annäherung an diesen Mann und seine Bundesregierung, um dem langen mühsamen Prozeß des Umdenkens in den mächtigen Nationen noch eine Chance mehr zu geben! Vielleicht schon im Mitgliederrundbrief Nr. 7?

# WAHLBEWEGUNG

## Westberlin:

## Der letzte »Schwarze Kreis« soll fallen

Es gibt in Westberlin kaum ein Thema von derzeit größerer politischer Brisanz als die Wohnungsbaupolitik des sozialliberalen Senats. Dies gilt vor allem seitdem der Bundestag die Aufhebung der Mietpreisbindung für 1983 und damit die Einführung des Weissen Kreises beschlossen hat. Einführung des Weissen Kreises heißt nach offizieller Sprachregelung: Es gibt keine Wohnungsnot mehr. Die reale Wohnungsmot in Westberlin jedoch liegt auf der Hand. Es ist kein Zufall, daß gerade in dieser Stadt, vornehmlich im Bezirk Kreuzberg, eine ganz beträchtliche Anzahl von leerstehenden Wohnungen und Häusern instandbesetzt worden ist. Die Instandbesetzungen durch zumeist jugendliche Wohnungssuchende ist nichts anderes als aktive Selbsthilfe angesichts der Tatsache, daß Tausende Altbauwohnungen jahrelang und jahrzehntelang von Hausbesitzern bewußt verrotten lassen worden sind.

Nach den Äußerungen von Polizeipräsident Hübner (Hausbesitzer seien „Terroristen“) oder von Bau-senator Ristock (Instandbesetzungen seien „illegal“) sind die Instandbesetzer auf das schlimmste - sprich: gewalttätige Räumung durch die Polizei - gefaßt.

Selbst die Kapitalisten bejammern - freilich aus ganz anderen Gründen - die Wohnungsbaupolitik des Senats. So stellt der „Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer“ für 1979 fest, daß sich der „Berliner Wohnungsbau in einer überaus desolaten Verfassung“ befinde. „Die Zahl der Wohnungssuchenden mit anerkanntem dringendem Wohnungsbedarf beträgt weiterhin 17 000; Wohnungssuchende, deren Einkommen über den Förderungsgrenzen des sozialen Wohnungsbau liegen, finden nur nach langen und intensiven Bemühungen angemessenen Wohnraum; das Angebot an Wohnungen, die durch Lage und Ausstattung hohen Ansprüchen gerecht werden, ist gering, was den Zugang von dringend gezielten Führungskräften der Wirtschaft zunehmend beeinträchtigt; die Mieten im sozialen Wohnungsbau sind infolge der Steigerungen der letzten Jahre für Zuwanderer, die Anspruch auf eine Sozialwohnung hätten, kaum mehr attraktiv; Eigenheime und Eigentumswohnungen werden zu Preisen angeboten, die vor allem für kinderreiche Familien nicht akzeptabel sind; die Wohnsubstanz alter, besonders vor der Jahrhundertwende erbaute Mietshäuser, befindet sich vielfach in einem Zustand, aufgrund dessen sie trotz festgeschriebener Altbaukosten oft nicht einmal mehr von sozial schwachen Gruppen der Bevölkerung in Anspruch genommen werden“ („Jahresbericht“ der IHK, 79, S.71).

Wenn beide Pole der Klassengesellschaft die Westberliner Wohnungsmisere beklagen, so muß es schon recht katastrophal zugehen. Werfen wir deshalb einen Blick auf die Wohnungsbaupolitik, die Hintergründe und den Clinch um die Einführung des Weissen Kreises, um zu verdeutlichen, warum so viel Sprengstoff in dieser Frage und somit in den Auseinandersetzungen der Betroffenen mit Senat und Hauseigentümern steckt.

### 170 000 Abriss ...

In Westberlin gibt es 1,1 Millionen Wohnungen. Knapp 512 000 Wohnungen sind Neubauten (nach 1948 erbaut). Der Bestand an Altbauwohnungen (vor 1948 gebaut) liegt derzeit bei etwa 570 000. Die Neubauwohnungen sind im Rahmen des „sozialen Wohnungsbau“ errichtet worden - rund 89% aller Neubauwohnungen nennen sich „Sozialwohnungen“, deren Grundmieten von 3,85 DM pro qm aufwärts liegen. Dabei sind die rund 242 000 Sozialwohnungen älteren Ursprungs noch relativ „billig“ (zwischen 3,85 und 4,20 DM pro qm) gegenüber den neueren Sozialwohnungen (Quadratmeterpreis von 5,- DM an aufwärts). Nach Aussagen des Senats befinden sich 428 000 Sozialwohnungen auf Standard, gelten also im großen und ganzen als gut bewohnbar (alle Wohnungen mit Bad, Zentralheizung).

Von den rund 570 000 Altbauwohnungen sind 145 000 bereits modernisiert worden. Von den übrigen sollen 170 000 abgerissen werden. 200 000 Wohnungen sollen

mit öffentlichen Mitteln modernisiert, die restlichen 100 000 privat und über steuerliche Abschreibung auf „Standard“ gebracht werden. Von den 570 000 Altbauwohnungen unterliegen rund 430 000 - das sind rund 40% aller Wohnungen! - der Mietpreisbindung. Im Durchschnitt liegen die Mietpreise bei Altbauwohnungen zwischen 1,80 und 4,- DM pro qm.

Es liegt von daher auf der Hand, daß ein Großteil der Westberliner Bevölkerung auf die Existenz von (noch) billigen Altbauwohnungen angewiesen ist. Rund 445 000 Rentner/innen, über 100 000 Arbeitslosengeld- und Sozialhilfeempfänger, die in die Tausende gehende Anzahl vornehmlich türkischer Arbeiter und Arbeiterfamilien und last not least auch die rund 70 000 Studenten, nicht gerechnet Jungarbeiter/innen, Lehrlinge und Schüler können sich alles andere als sogenannte „Sozial“-wohnungen leisten. Im eigentlichen Sinne sind also die mieterpreisgebundenen Altbauwohnungen noch einigermaßen erschwingliche Sozialwohnungen.

Diese Problematik scheinen auch einige wenige etablierte Politiker erkannt zu haben. So machte der FDP-Abgeordnete Vetter von sich reden, als er den Vorschlag unterbreitete, die vorgesehene Mietpreisbindung zu splitten; nur die großen Altbauwohnungen sollen unter den Weissen Kreis fallen, während kleinere 1- oder 1 1/2-Zimmer-Wohnungen ausgenommen werden sollen. Auch das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Außerdem hat dieser Vorschlag nicht die geringste Chance, ernsthaft als Kompromißlösung in Erwägung gezogen zu werden. Der Vetter-Plan löst auch nicht das Problem, daß Hausbesitzer ihre Altbauten weiterhin verkommen lassen, und somit wiederum die Alternative Abriss oder Modernisierung - auf alle Fälle also eine erhebliche Steigerung der Mieten! - übrig bleibt.

Obendrein haben Untersuchungen gezeigt, daß 27% aller Westberliner Haushalte wohngeldberechtigt sind, aber nur 11,5% Wohngeld in Anspruch nehmen. 1979 waren 331 000 Haushalte (32%) nicht in der Lage, die Kaltmiete für Sozialwohnungen zu bezahlen. Auch das wären also auf billigeres Wohnen angewiesen.

Bevor genauer auf die Auseinandersetzungen um die Aufhebung der Mietpreisbindung eingegangen wird, muß noch kurz auf die besondere politische Rolle Westberlins eingegangen werden.

In der Tat hat es in den letzten beiden Jahren eine Diskussion seitens der Herrschenden darüber gegeben, wie Westberlin „attraktiv“ zu machen sei. Bildung zeichnet sich diese „Attraktivität“ dadurch aus, daß die Anzahl der industriellen Arbeitsplätze in den letzten 20 Jahren um über die Hälfte infolge von Betriebsabschließungen bzw. Rationalisierungen zurückgegangen ist. Westberlin geht tendenziell immer mehr den Weg einer gigantomanischen Dienstleistungsmetropole, einer Kongressstadt einerseits und einer Produktionsstätte auf sehr hohem technischem Niveau andererseits. Abwanderungen vieler Arbeiter und Familien waren die Folge. Diesem Trend wirkte der Senat dadurch entgegen, daß die Abschreibungs- und Steuervergünstigungen zur Industrieansiedlung in den letzten beiden Jahren erheblich ausgebaut wurden.

Zur „Attraktivität“ Westberlins gehört natürlich auch, daß die benötigten Führungskräfte des Industriekapitals und vor allen Dingen die Facharbeiter sich „wohl fühlen“. Genau aus diesem Grunde kritisiert die Industrie- und Handelskammer auch die Wohnungspolitik des Senats (siehe Zitat eingangs des Artikels). Die IHK hat in dem schon erwähnten Jahresbericht weiterhin festgestellt, daß „Gründe, die mit der Wohnungsverorgung und der Wohnungsbau zusammenhängen, die Abwanderungsentscheidungen wesentlich beeinflussen“ (S.74). In einem acht-Punkte-Forderungskatalog schlägt die IHK gar vor, „im Hinblick auf die Attraktivität des Wohnangebots für Zuwanderer das Mietniveau im öffentlich geförderten Wohnungsbau zu überprüfen“ (S.72).

Natürlich hat sich die IHK, hat sich das Industriekapital nicht expli-



## Der letzte »Schwarze Kreis« soll fallen

Fortsetzung von vorheriger Seite

zeit gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung ausgesprochen. Dennoch kollidierten die Interessen des Kapitals mit denen der Hauseigentümer und dem Senat, zumal letzterer sehr eng mit den Hausbesitzern verflochten ist – und zwar aus zwei Gründen. Einmal geht es den Industriekapitalisten darum, daß tatsächlich Facharbeiter angeworben werden können und in Westberlin auch annehmbaren Wohnraum vorfinden, der noch vom Lohn finanzierbar ist.

Zum zweiten haben die Kapitalisten ein Interesse daran, das Lohnniveau möglichst niedrig zu halten; ergo dürfen die Mieten nicht in allzu astronomische Höhen klettern.

### Der Clinch um die Mietpreisbindung

Der Westberliner Bausenator Ristock meint, daß die bestehenden mieterpreisrechtlichen Regelungen den Verfall Berlins beschleunigen würden. Parteigenosse Pfeiffer, Wohnungsbauexperte der SPD, pflichtete bei, daß die Mietpreisbindung wie ein »Karott« zur Verringerung der Instandsetzungsausgaben wirke, denn nur durch Verringerung der Ausgaben ließen sich in diesem System die Gewinne erhöhen (»Berliner Stimme«, 15.3.1980, SPD-Parteizeitung).

Mit anderen Worten: Es seien Mieterhöhungsspielräume notwendig, um die Kapitalchwäche im Altbau zu abzubauen und die Instandsetzungsbereitschaft der Hauseigentümer zu erhöhen. Ergo: An sich seien die niedrigen Mieten und die staatliche Mietpreisbindung an allem schuld.

Das stellt die Tatsachen natürlich auf den Kopf, denn bereits in den letzten Jahren sind gesetzliche Mieterhöhungen vorgenommen worden, die teilweise sogar mit einigen Instandhaltungsarbeiten verbunden waren. Das heißt: Es geht im Grunde genommen um nichts anderes als den »Verteilungskampf«, um die allerhöchsten Renditen der Hauseigentümer. Instandhaltungen sind für sie unnötige Kosten, die sie gar nicht erst aufbringen wollen. Und wenn – dann nur, wenn ihnen einige Jahre später höhere Rendite garantiert werden. Schon ohne Aufhebung der Mietpreisbindung könnten die Hauseigentümer im Rahmen der sogenannten »privaten Modernisierung« ganze 11 % der Modernisierungskosten auf die Mieten abwälzen.

Obendrein ist es sehr entlarvend, daß die Hauseigentümer nicht ein einziges Mal das gesetzliche Recht für sich in Anspruch nehmen, Mieterhöhungen mit der Begründung vorzunehmen, daß die Instandhaltungskosten höher als die Mieteinnahmen liegen würden. Für die Inanspruchnahme dieser Regelung müßten die Hauseigentümer ihre Bücher offenlegen. Daß dies nie erfolgte, spricht für sich.

Mit der Aufhebung der Mietpreisbindung in Westberlin wird also alles das nie erfolgte, spricht für sich.

Mit der Aufhebung der Mietpreisbindung in Westberlin wird also alles andere als eine bessere Instandhaltung von Häusern erreicht. Ziel der Einführung des »weißen Kreises« ist es vielmehr, den Marktpreis der Altbauwohnungen dem »Niveau« der Neubau- und »Sozial«-Wohnungen anzupassen. Das – und nicht die Wohnraumbesserung – steht im Mittelpunkt bei Einführung des »Weißen Kreises«. Das Mittel dazu ist das »freie Spiel der Kräfte«, d. h. die Außerkraftsetzung der Mietpreisbindung für Altbauwohnungen.

Um diese Politik durchzusetzen, wird durch Häuserabschüsse das Wohnungsangebot noch weiter reduziert. Ein weiterer Grund zur Regulierung der Wohnpolitik besteht darin, daß bei den viel zu teuren sogenannten »Sozial«-Wohnungen bereits Vermietungsschwierigkeiten auftreten. Durch Altbauwohnungsverknappung und -verteuerung wird so versucht, einen Teil der Mieter in Sozialwohnungen zu treiben, weil ihnen schon gar nichts anderes mehr übrig bleibt.

Klar ist, daß die Mieter bei Einführung des »Weißen Kreises« um 50 bis 100 % höhere Mieten zu zahlen haben; das ist der Preis des »freien Spiels der Kräfte« ...

### Das Geschäft mit der Wohnungsnot: Verdienen tun die Hauseigentümer und Banken!

Die Herrscher des Westberliner Wohnungsmarktes sind an einer Hand abzuzählen. Da gibt es einerseits die Banken im Zusammenspiel mit der Senatsbauverwaltung, der Wohnungsbaukreditanstalt (WBK) und der Finanzverwaltung, die über die öffentlichen »Förderungsstellen«, sprich das notwendige Kapital, verfügen. Wer über Kapital verfügt, hat auch die Macht über die Verteilung.

Und dann gibt es noch die Schicht der parasitären Hauseigentümer. Auf-

geteilt in die immer kleiner werdende Zahl von »klassischen« Hausbesitzern im Stile des 19. Jahrhunderts und den raffgierigen sogenannten »gemeinnützigen« Wohnungsbaugesellschaften, die bereits über 265.000 Wohnungen (= 24 % des gesamten Wohnbestandes) verfügen. Letztere sind die eigentlichen Nutznießer, sollte der »Weiße Kreis« eingeführt werden.

Werfen wir einen kurzen Blick in die Geheimnisse des »sozialen« Wohnungsbaus und seinen Folgen für die Mieter. Nehmen wir an, ein Hausbesitzer möchte insgesamt zehn »Sozial«-Wohnungen à 80 qm bauen. Es würde im Durchschnitt nach Berechnungen der Wohnungsbaukreditanstalt (WBK) insgesamt 2,16 Mio. DM kosten – eine Wohnung also 216.000 DM. Der Bauherr selbst braucht nur 15 % (= 324.000 DM) der Gesamtkosten aufbringen, die restlichen 85 % nimmt er als Kredit bei der Bank auf. So kann das Haus erst einmal gebaut werden. Nun hat der Bauherr natürlich noch Zinsen zu zahlen (bei den Banken derzeit 9,25 %) und er kann für sein Eigenkapital ebenfalls Zinsen nehmen (runde 4 %). Und genau diese Zinsen werden direkt auf die Mieten umgelegt. Bei dem obigen Beispiel betragen die Baukosten pro qm 2.700,- DM. Der Bauherr trägt pro qm 15 % von 2.700,- DM, also 405,- DM. Diese 405,- DM mit 4 % Verzinsung macht eine jährliche Belastung von 16,20 DM, pro Monat also 1,35 DM. Der zweite Teil der Baukosten beträgt 2.295,- DM (= 85 %), was einer monatlichen Belastung von 17,69 DM pro qm entspricht. Macht zusammen bereits 19,04 DM Kapitalkosten pro qm. Hinzu kommen noch runde 4,- DM sogenannten »Bewirtschaftungskosten«, die in entsprechenden Gesetzen genau festgelegt sind. Das macht eine monatliche Belastung von ca. 23,- DM pro qm und wird als sogenanntes »Kostenmiete« bezeichnet. Diese 23,- DM sind ein von der WBK festgelegter und regelmäßig erhöhter Normbetrag, der dem durchschnittlichen Preis einer »Sozial«-Wohnung pro qm entspricht.

Macht bei unserem Beispiel eine Miete für eine 80 qm Wohnung von sage und schreibe 1.840,- DM ohne Heizkosten. Da jede so teure »Sozial«-Wohnung leer stehen würde, zahlt der Mieter derzeit runde 5,24 DM pro qm, die restlichen 17,76 DM legt die WBK dem Bauherrn dazu. Klar ist, daß der Bauherr versucht, möglichst nahe an die 23,- DM Kostenmiete heranzukommen, denn die hohe Miete wird je gut von der WBK aus Steuermitteln subventioniert. So weit, so gut, für den Hausbesitzer. Untersuchungen wir nun die Miete etwas genauer, die ja bei 5,24 DM pro qm lag. Unser Mieter wird nicht viel Freude daran haben, denn die 5,24 DM sind nur die sogenannte »Einstiegsrente«. Sie wird jährlich um 0,17 DM erhöht und – denn die 5,24 DM sind nur die sogenannte »Einstiegsrente«. Sie wird jährlich um 0,17 DM erhöht und damit werden proportional die Subventionen um diesen Betrag verringert. Das geht genau 15 Jahre lang so, dann hören die Subventionszahlungen ganz auf und die Mieter von »Sozial«-Wohnungen können die gesamte Miethöhe bleichen. Auch dann, wenn die Zinszahlungen an die Bank entfallen, denn kein Hausbesitzer wird den Mietern freudestrahlend eine Mietsenkung anpreisen, sondern freut sich eher auf die höhere Rendite.

Nebenbei bemerkt, hat die oben geschilderte Abwicklung des »sozialen« Wohnungsbaus über die Bank zu einer wahren Kosten- und Preisexplosion geführt und zu einer Monopolisierung auf dem Wohnungsbausektor. Denn es liegt auf der Hand, daß erst bei höherem Kapitaleinsatz die Zinsen etwas einbringen. Auf der anderen Seite haben sich auch die Hauseigentümer zusammengefunden, sich Abschreibungsgesellschaften usw. gebildet, weil sich steuerliche Abschreibungen erst bei höheren Summen wirklich lohnen. Bis 1968 etwa wurde ja der »soziale« Wohnungsbau noch direkt staatlich subventioniert.

So entspricht die oben geschilderte »Privatisierung« des »sozialen« Wohnungsbaus durchaus dem herrschenden Trend, staatliche Sparpolitik zu betreiben und den Gang der Dinge mehr den Banken und Hausbesitzern selbst zu überlassen. Mit den entsprechenden Folgen ...

### Altbauomodernisierung ...

Rund 470.000 Altbauwohnungen, also rund 40 % aller Wohnungen in Westberlin, sollen künftig entweder abgerissen (170.000 Wohnungen) oder modernisiert (300.000 Wohnungen) werden.

Da die Hauseigentümer verschiedene materielle »Anreize« brauchen, um überhaupt zu modernisieren, gibt

es einige »bewährte« Modernisierungsprogramme.

– Soz. h. die »freie Modernisierung« verbunden mit steuerlichen Abschreibungen. Diese Art der Modernisierung erlaubt eine Umlage der Modernisierungskosten pro Jahr auf die Miete bis zu 11 %. Das heißt, daß eine Grundmiete von 2,50 DM pro qm für eine 80 qm Wohnung, die mit einem Aufwand von 30.000 DM modernisiert wird, um 3,44 DM auf 5,94 DM pro qm monatlich steigt! Oder anders ausgedrückt: von 200,- DM monatlicher Kaltmiete auf 475,- DM! Das ist jedoch nur die eine Seite. Der modernisierende Hausbesitzer kann nach dem § 14 b Berlinförderungsgesetz innerhalb von acht Jahren die gesamten Modernisierungskosten abschreiben. Also hat der Hauseigentümer gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen.

– Von 1980 bis 1983 sollen mit dem neuen »Landesmodernisierungsprogramm« (LAMOD) des Westberliner Senats rund 6.750 Wohnungen plus 500 Modellvorhaben im Rahmen der »Internationalen Bauausstellung« (IBA) modernisiert werden. LAMOD ist dabei das auslaufende »ZIP-Programm« (»Zukunfts-investitionsprogramm«) ab, bei dem bis zu 70 % der Modernisierungskosten von der »öffentlichen Hand« übernommen wurden.

Bei LAMOD beträgt der Anteil an Eigenkapital der Hausbesitzer rund 15 %, 25 % muß sich der Bauherr bei Banken leihen und die restlichen 60 % kommen aus den Steuergeldern. So jedenfalls die offizielle Version des Senats. In der Praxis sieht das jedoch anders aus. Nehmen wir an, die Baukosten pro Wohnung belaufen sich auf 100.000 DM. So setzen sich die Modernisierungskosten nach LAMOD wie folgt zusammen:

Eigenkapital des Hauseigentümers:	15.000 DM (15%)
Anleihen bei Banken:	25.000 DM (25%)
Baukostenzuschuß vom Senat:	45.000 DM (45%)
Abrisprämie:	15.000 DM (15%)

Außerdem zahlt der Senat blanko für »grundstücksobergreifende« Maßnahmen 3.000 DM und hinzu kommt die Inanspruchnahme der steuerlichen Abschreibungen nach § 14 b – das sind nochmals runde 10 bis 20.000 DM.

Bei Baukosten in Höhe von insgesamt 105.000 DM beträgt der Anteil aller Subventionen insgesamt mindestens 100.000 DM pro Wohnung! Da wäre es einfach bürokratischer und ehrlicher, wenn der Senat das LAMOD-Programm gleich in ein Schenkungsprogramm für Hauseigentümer deklariert, denn etwas vermieterefreundlicheres kann es bald nicht mehr geben!

Außerdem muß angemerkt werden, daß häufig der Unterschied zwischen »Modernisierung« und »Instandhaltung« verwischt und verschleiert wird.

Erfahrungsgemäß ergibt sich aus beidem ein Verhältnis von 40 zu 60. Das wiederum heißt, daß beim LAMOD-Programm der Senat die vollen Instandsetzungskosten übernimmt, während die eigentliche Modernisierung vom Mieter zu tragen ist. Das bedeutet, daß der Staat die sogar gesetzlich fixierte Pflicht des Hausbesitzers, für eine Instandhaltung und -setzung des Hauses zu sorgen und dafür aufzukommen, voll und ganz in die Hand nimmt und damit den Hausbesitzern recht einträgliche Rendite garantiert. Die Folgen für die Mieter sind katastrophal.

Bei LAMOD versucht der Senat, die Modernisierungen schmuckhaft zu machen. Der Quadratmeterpreis liegt nämlich anfangs um 0,90 DM unter der Bewilligungsmiete des »sozialen« Wohnungsbaus. Bei 4,34 DM pro qm. Eine jährliche Mietsteigerung von 0,17 DM pro qm monatlich führt nach 10 Jahren zu einer Endmiete von 5,87 DM pro qm und entspricht somit voll und ganz dem üblichen, vom Senat heraufgesetzten Mietpreismarktniveau.

Dabei wird noch unterschlagen, daß in der Übergangszeit zum »Weißen Kreis« die Grundmieten zusätzlich erhöht werden dürfen, denn der Übergang zur Aufhebung der Mietpreisbindung erfolgt in kleineren Schüben:

1. Am 24.7.79 wurde per Gesetz die sogenannte Stichtagsmiete erhoben, das heißt, daß ab 1.12.80 die letzte vor dem 1.1.79 vertraglich vereinbarte Miete auch dann zulässig sein soll, wenn dieser Mietpreis nach der damals geltenden Rechtslage unzulässig war – was sehr häufig der Fall ist. Beachtenswert darf man/frau sich zwar bei den Mietpreistellen der Bezirksämter bis zum 30.11.81, aber nur, wenn die kantierte Miete mehr als 5% über der zulässigen ge-

## Und der Haifisch der hat Zähne



legen hat. Mit Einführung der Stichtagsmiete rückwirkend vom 1.1.79 – übrigens eine Maßnahme, die zuvor Anno 1914 durchgeführt wurde – wird somit eine Berechnungsgrundlage, eine Feststellung kommender Mietpreisberechnungen geschaffen, die sich in Zukunft katastrophal auswirken soll. Weiterer Nachteil der Mieter/innen: Haben sie tatsächlich bislang überhöhte Mieten gezahlt, so haben sie rechtlich nur noch Nachforderungen für 12 Monate. Vor Einführung der Stichtagsmiete gab es keine solche Begrenzung.

2. Ab 1.1.81 dürfen die Mieten um 5% steigen.

3. Am 1.1.82 steigen die Mieten nochmals um 5%.

4. War ab 1983 in eine Altbauwohnung zieht, muß die Miethöhe mit dem Vermieter schon »frei« ausgehandelt. Es herrscht also de facto ab 1983 für einen Teil dieser Altbaumieter schon der »Weiße Kreis«.

Zusätzlich können die Mieten 1983 und 1984 um 10% erhöht werden schon der »Weiße Kreis«.

Zusätzlich können die Mieten 1983 und 1984 um 10% erhöht werden.

5. Ab 1.1.85 dann »Weißer Kreis«.

Außerdem sind bei LAMOD die Mietsubventionen des Senats, die etwa nur 10% der Gesamtkosten betragen, auf 10 Jahre begrenzt. Danach heißt es also auch: Freie Marktwirtschaft!

Durch das umfassende Modernisierungsprogramm sowohl seitens des Staates (LAMOD) als auch privat oder durch Umwandlung modernisierter Altbauwohnungen in teure Eigentumswohnungen wird praktisch die Einführung des »Weißen Kreises« schon jetzt betrieben!

### Verwirrspiel der Sozialdemokraten

Und in der Tat ist das von den zahlreichen Mietergruppen und -initiativen, dem »Berliner Mieterverein«, der AL usw. erkannt worden, so daß sich die bürgerlichen Parteien zur Durchsetzung des »Weißen Kreises« einige Verwirrtaktiken einfallen ließen.

Allen voran wieder mal die Sozialdemokraten. Es war Bausenator Ristock, der eine neue Form des »Weißen Kreises« vorschlug: Die sogenannte Tabellenmiete. Die Westberliner SPD gibt diese Tabellenmiete als »Kompromiß« zwischen Schwarzem und Weißem Kreis aus – doch die Tabellenmiete ist alles andere als das. Nach Ristocks Vorstellungen sollen die Altbauwohnungen je nach »Standard« in 7 Klassen eingeteilt werden. Je besser die Wohnungsausstattung, je höher der vom Senat festgelegte Mietpreis. Bei gut ausgestatteten Wohnungen liegt die Tabellenmiete bereits um 10% über den Sätzen des »sozialen« Wohnungsbaus, selbst schlecht ausgestattete Altbauwohnungen liegen klar über den derzeitigen Mietpreisen. Doch die eigentlichen Kaalbonbons kommen erst noch.

– So können die Vermieter nach Herrn Ristock sämtliche Betriebskosten auf die Mieter abwälzen, d. h. es handelt sich um Kosten, die ohnehin Bestandteil der Miete sein sollten.

– Außerdem kann der Vermieter auch noch Geld für Verrottungen der Häuser kassieren. Er kann sämtliche Instandsetzungskosten auf die Miete abwälzen und die festgesetzte Tabellenmiete obendrein noch um 30% überschreiten! Der Vermieter ist also gar nicht mehr verpflichtet, Instandsetzungen aus der laufenden Grundmiete zu bestreiten, sondern kann das Haus solange verfallen lassen, bis ein Betrag angefallen ist, der die 30%ige Überschreitung der Tabellenmiete zuläßt. Faktisch kommt das einer Aufforderung an die Hauseigentümer gleich, die Häuser verrotten zu lassen, um dann – bei erfolgter Instandsetzung – wesentlich höhere Mieten abzukassieren. Das wäre der zweite Grund zur Freude aller Hauseigentümer.

– Der dritte Grund liegt darin, daß »ein« »Verrottung«-Betrag »zwei« »Hausbesitzer« ...

– Der dritte Grund liegt darin, daß ein Hauseigentümer, der sein Haus modernisiert hat, nicht nur in höhere Kategorien der Tabellenmietenskala hinaufklettert, sondern die Tabellenmiete ebenfalls um 30% überschreiten darf.

Was Ristock hier als »Kompromiß« angeboten hat, entpuppt sich als nichts anderes als eine andere Form der Aufhebung der Mietpreisbindung – freilich mit mehr bürokratischem Aufwand, der ja gerade eingespart werden soll. Es ist nicht einmal sicher, ob die Tabellenmiete nicht fast noch verheerender für die Mieter/innen wäre, als der übliche »Weiße Kreis«. Insofern hat die »Berliner Mieterzeitung« des Westberliner »Mietervereins« vollkommen recht, wenn sie zur Tabellenmiete feststellt, daß es sich um »eine verschleierte Einführung des Weißen Kreises« handelt (Nr. 9/80).

In den letzten drei Jahren fielen rund 60.000 Altbauwohnungen aus dem derzeit noch relativ preiswerten Altbauwohnungsmarkt heraus. Durch zusätzliche Abrisse und Wohnungsverknappung wird bereits jetzt stillschweigend der »Weiße Kreis« eingeführt, so daß mit Fug und Recht davon ausgegangen werden kann, daß die erst im 5 Jahren geplante Aufhebung der Mietpreisbindung nur noch ein gesetzmäßiger Akt sein wird, der den schon geschaffenen Tatsachen entspricht. Wenn also gegen Einführung des »Weißen Kreises« gekämpft wird, so handelt es sich um eine hochaktuelle Tagesforderung. In 5 Jahren ist – salopp gesagt – bereits alles gelaufen. (Alle wesentlichen Fakten wurden aus einer 6-teiligen Serie über die Wohnungsproblematik der Westberliner Zeitschrift »Zitty« sowie der »Berliner Mieterzeitung« des Westberliner »Mietervereins« Nr. 7, 9 und 10/1980 entnommen.)

Drei Westberliner Kommunalarbeiter



## Zoff in Kreuzberg

Am Sonnabend, den 13.12. wurde die Westberliner Innenstadt für vier Stunden lahmgelegt. Bis Sonntag morgen um 2 Uhr gingen die Schaufenster und Vitrinen von 20 Geschäften auf dem Ku-Damm zu Bruch. 2.000 Demonstranten forderten die Freilassung von Hausbesetzern und Sympathisanten, die am Tag zuvor in Berlin-Kreuzberg festgenommen worden waren.

Am Freitagabend war es zu größeren Straßenschlachten gekommen, nachdem die Bullen die Besetzung des Hauses Frankfurter 48 verhindert hatten. 300 Bullen standen 400 Demonstranten gegenüber.

Insgesamt wurden laut SFB 57 Demonstranten verhaftet, wobei bis Samstagabend immer noch 30 festgehalten waren, gegen die Haftbefehl beantragt wurde. Im Redaktionschluss wurde bekannt, daß zwei Demonstranten schwerverletzt worden sind. Ein weiterer Demonstrant wurde von einem Bullenwagen angefahren.

ren wobei ihm beide Beine gebrochen wurden. Laut „Abend“ vom 13.12. sollen 18 Polizisten verletzt sein, am Tag danach waren es in der „Berliner Morgenpost“ schon 66 verletzte Polizisten.

Nachdem das Frankfurter 48 gegen 18 Uhr besetzt worden und gegen 19 Uhr schon wieder geräumt worden war, sammelten sich die Besetzer und Sympathisanten in den umliegenden Straßen und begannen mit dem Bau von Straßensperren. Dabei wurde eine Wanne (Polizeifahrzeug) umgekippt, und ein Bauwagen wie auch anderes Material auf die Straße gestellt. Unmittelbar daraufhin erfolgte ein Polizeieinsatz, bei dem die Demonstranten von knüppelnden Bullen in Richtung Kottbusser Tor getrieben wurden. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurden mehrere Demonstranten festgenommen. Nach ca. einer halben bis einer Stunde sammelten sich Demonstranten am Kottbusser Tor, wo dann im Laufe des Abends die Scheiben mehrerer Ban-

ken sowie von Filialen größerer Konzerne zu Bruch gingen und aus den Auslagen Greifbares eingesteckt wurde. Kleinere Geschäfte wurden verschont. Während sich die größere Gruppe am Kottbusser Tor aufhielt, sorgten kleinere Gruppen von Demonstranten in der Nähe des geräumten Hauses für „Entlastung“. So waren die Bullen gezwungen, ihren Aufenthaltsort zu wechseln. Teils war dies sicher auch „Zermürbungstaktik“ der Polizei, plötzlich am Kottbusser Tor zu erscheinen, um dann genauso schnell wieder zu verschwinden. Anfangs drangen die Bullen bis dicht zum Kottbusser Tor vor (dahinter befinden sich die meisten der besetzten Häuser).

Ab ca. 21.30 Uhr begann dann von Seiten der Bullen ein Kesseltreiben im Gebiet der besetzten Häuser gegen diejenigen, die sich noch auf der Straße aufhielten. Wenn irgendwo mehrere zusammenstanden, kamen die Bullen mit mehreren Mannschaftswagen angefahren und versuchten Festnahmen zu machen oder einfach die Leute zusammenzuschlagen. Dabei wurde auch reichlich Tränengas eingesetzt. Teilweise wurde auch einfach in die Gruppen hineingefahren, wobei mehrere Demonstranten verletzt wurden. Gegen 24 Uhr zogen sich die Demonstranten in einen Mieterladen zur Beratung zurück. Prompt fuhren die Wannen auf und diejenigen, die vor der Tür standen, wurden überfallen, teils gegen die Scheibe gedrückt, die zerbrach, und wiederum wurden Festnahmen gemacht.

Laut Morgenpost vom 14.12. zogen sich die Auseinandersetzungen bis 4.30 morgens hin. Während der Auseinandersetzung wurde auch wieder eine Kneipe mit Tränengas eingekesselt, weil die Bullen dort angeblich eine Festnahme machen wollten, was sie aber dank zahlreicher Proteste unterließen.

Ein Westberliner Genosse

Wann & woher? ... was sie aber dank zahlreicher Proteste unterließen.

Ein Westberliner Genosse

## Westberlin: Prozeßwelle gegen Hausbesetzer

Fünf Tage nach dem 4. Juni 1980 war das Haus Chaminopolis 3 besetzt gewesen. Dann wurde das Haus von der Bullen gewaltsam geräumt. Dabei kam es zu einigen Rangeläufen. Danach waren 14 Leute verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt worden.

Im ersten von insgesamt 14 Verfahren wurde nun einer der vermutlichen Hausbesetzer zu 400 DM Geldstrafe verurteilt, und dies lediglich, weil er im Haus festgenommen worden war, was beweise, „daß er sich dort widerrechtlich aufgehalten habe. Möglicherweise könne seine dortige Anwesenheit jedoch durchaus ehrenwerte Motive gehabt haben. Dies sei

jedoch nicht feststellbar gewesen, da der Angeklagte dazu geschwiegen habe. Daß er bereits am ersten Tag der Besetzung dabei gewesen sei, könne ihm nicht nachgewiesen werden“ („Spandauer Volksblatt“, 3.12.80). 400 DM also alleine dafür, daß man sich in einem besetzten Haus aufhält! Is wohl ein bißchen teuer ... Man darf gespannt sein, was in den 13 anderen um e i n e Hausbesetzung herauskommen wird, und wie die Justiz gegen die anderen Instandbesetzer aus mittlerweile 40 besetzten Häusern vorgehen wird!

Keine Kriminalisierung der Hausbesetzer!



## Der trojanische LKW

In Göttingen ist wieder ein Haus besetzt. Unterstützung bekamen die

## Der trojanische LKW

In Göttingen ist wieder ein Haus besetzt. Nach der Räumung der besetzten Augenklinik wurde damit die eingelegte „Denkpause“ beendet und wieder zu Taten geschritten.

Die Hausbesetzung war sorgfältig vorbereitet worden. Am 12. Dezember fuhr gegen Mittag ein LKW vor, und über eine Leiter stiegen 45 Leute direkt in den ersten Stock des seit vier Monaten leerstehenden Hauses.

Nach der Öffnung der Eingangstür wurden über eine Telefonkette einige Hundert Unterstützer mobilisiert. Eine Stunde später wurde ein benachbarter Gebäudekomplex gleich mit besetzt. Das zunächst besetzte Wohnhaus sowie die ehemalige Handelsschule sollen einem Appartement-Klotz der Firma Orbi (Wiesbaden) weichen. Die Besetzer wollen stattdessen in der Schule ein Kulturzentrum einrichten mit Räumen für Werkstätten, Initiativen, Musik- und Theatergruppen. Die Polizei blieb zunächst ruhig, behauptete jedoch die Unwissen-

ständig. Unterstützung bekamen die Besetzer nicht nur von der Linken Bündnisliste der Uni, den Grünen und der DKP, sondern auch von der Bevölkerung, die ihnen Möbel anbot und Geld spendete.

Samstag vormittag wurde eine gemeinsame Demo zum Oberstadtdirektor organisiert, der auf einem karitativen Erbsensuppenessen angetroffen wurde. In einem Brief wurde die Legalisierung der Besetzung gefordert. Derartig in seinem sozialen Engagement gestört, flüchtete der Oberstadtdirektor vor den Demonstranten quer durch die Innenstadt - die 200 Demonstranten im Sturmschritt hinterher - begleitet von einem Pulk Pressefotografen. Über Megaphon wurde die stunende Bevölkerung informiert, daß dies die erste Göttinger Demo ist, die von einem Oberstadtdirektor angeführt wird. Erst nach rund zwei Kilometern Manich gelang es dem Oberstadtdirektor, sicheres Gebiet im Rathaus zu erreichen.

ANZEIGE

EVEN GEDULD  
DEZE STRAAT IS  
GERAAKT ♂



Am 29. Februar 1980 wurde in der Amsterdamer Vondelstraat ein Haus besetzt. Angreifende Mobile Einheiten wurden zurückgeschlagen. Drei Tage lang lebte die „Freie Vondel-Republik“ von hohen Barrikaden geschützt. Dann kamen die Panzer ...

Der Amsterdamer Verlag „Lont“ hat eine 80seitige Bild- und Textdokumentation über die Kämpfe in der Vondelstraat herausgebracht, wir haben eine vollständige Übersetzung angefertigt, die als Faltschrift beiliegt.

80 Seiten mit über 140 Fotos, mit Berichten und Dokumenten

8,- DM

Bezug über: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative  
Lerchenstr. 75  
2000 Hamburg 50

## Endlich auch in Kiel: Hausbesetzung

Seit Anfang Dezember haben etwa 50 Wohnungslose (Arbeitslose, Schüler und Studenten) ein seit fünf Jahren leer stehendes Haus in der Nähe des Bahnhofs besetzt. So etwas war längst überfällig. Seit sechs Jahren kauft die „Teure Heimat“ rund um den Bahnhof systematisch jedes Grundstück auf. Den Bewohnern wurde gekündigt, ohne daß in Kiel Wohnraum geschaffen wurde, den sich Leute ohne Spitzeneinkommen noch leisten können. Einige Häuser sind bereits abgerissen, in anderen wohnen noch ein bis zwei Familien oder Wohngemeinschaften. Damit wird der menschenfeindliche Sanierungskurs der Stadtverwaltung weiter fortgesetzt. Wohnen 1939 in der Kieler Innenstadt noch einige Zehntausende, sind es heute nur noch ungefähr 2.000. Wohnen in der Innenstadt fällt bei der Stadtplanung denn auch unter die Kategorie „city-untypische Nutzung“, die anscheinend ausgemerzt gehört. Entsprechend spekuliert die gemeinnützige „Teure Heimat“ auf etwas, was für die Stadt Gewerbesteuer abwirft. Was genau, das wissen bisher weder Stadtverwaltung noch der DGB-eigene Konzern. Der Bebauungsplan wurde mehrfach geändert, da Interessenten wie z.B. ein Kaufhauskonzern immer wieder absprangen und bis heute kein Bauträger gefunden ist. Allerdings gekündigt und abgebrochen wird weiter. Der Skandal wird noch größer, wenn man berücksichtigt, daß seit einigen Jahren ein

etwa 10.000 qm großes, planiertes Grundstück, das ehemalige Schlachthofgrundstück, ungenutzt herumliegt.

Die „Teure Heimat“ reagierte auf die Besetzung mit einem Schreiben, in dem sie auf die Unrechtmäßigkeit der Besetzung aufmerksam machte. Gegenüber dem Lokalblatt „Kieler Nachrichten“ stellte sie heraus, daß der Bebauungsplan (eigentlich wohl besser Abrißplan) rechtskräftig sei. Ein starker Trost für Kiels Wohnungslose. Allerdings hat sie den Besetzern zugesichert, solange keine Bullen zur Räumung zu schicken, wie die Verhandlungen zwischen Besitzern und Besetzern andauern. Die üblichen Schikane der Bullen wie Razzien nach Shit oder nach entlaufenen Jugendlichen blieben bisher aus.

Schon jetzt kann man feststellen, daß diese Diskussion frischen Wind in die Diskussion um die Wohnraumverknüpfung gebracht hat. An der Uni und anderswo finden Solidaritätsveranstaltungen statt. Viele Leute, gerade auch solche, die man bisher noch nicht auf linken Veranstaltungen gesehen hat, beteiligen sich an der Info-Arbeit, sammeln Unterschriften und verteilen Flugblätter. Selbst der Stadtrat sieht sich bemüßigt, das Problem der Wohnraumknappheit inklusive Hausbesetzung auf seiner nächsten Sitzung zu verhandeln.

Ein Kieler Genosse

## Räumung des Grote Wetering

Die Bilanz dieses Jahres sieht für die Amsterdamer Krakbewegung gar nicht mehr gut aus: Nach der Schlacht in der Vondelstraat, mit der ein besetztes Haus zumindest erfolgreich verteidigt werden konnte, mußten die Kraker der immer massiver auftretenden Staatsgewalt bei den Kämpfen um den Vogelstruis und die Prins-Hendrik-Kade weichen (wir berichteten jeweils im AK). Im November wurde, nach sonderbar viel Räumungsdrohungen, der Grote Kelder, das Symbol der Krakbewegung, von der Stadt Amsterdam aufgekauft, um den Wohnraum zu erhalten.

Am 3.12. jedoch zeigte sich die Staatsmaschine wieder in voller Pracht: 2.000 Polizisten, zum größten Teil die berühmten Mobilen Einheiten (ME), Wasserwerfer, Reiterstaffeln, Hundetruppe, Tränengas, Bulldozer, hydraulische Kräne, Container und ein kleines Heer von Zivilbullen war aufgeboten worden, um 30 Kraker



aus ihren Wohnungen im Grote Wetering zu vertreiben. 2.000 Polizisten, um einem stadtbedingten Spekulant den Abriss des Grote Wetering zu ermöglichen und den Neubau von Bürohäusern (von denen derzeit in Amsterdam Gebäude mit etlichen tausend Quadratmetern schon seit Jahren leerstehen).

Gegen Mittag des 2.12. wurde der weite Umkreis des Grote Wetering hermetisch abgeriegelt, der Verkehr brach für Stunden zusammen. Mit Panzerwagen wurden die Türen des Grote Wetering gerammt und große Löcher in die Wände gebrochen; ME wurde in Containern mit hydraulischen Kränen auf das Dach gehievt. Unmittelbar nach der „Eroberung“ begann der Abriss.

Aus einem Fenster des Grote Wetering flatterte ein Transparent: „Amsterdam bluet“. (Ein „Augenzeugenbericht“ folgt im nächsten AK).

Friederiksz-Kommunisten



## Knast besetzt

Die katastrophale Wohnungssituation in Marburg (Anfang des Wintersemesters 500 wohnungslose Studenten im Erstsemester, Wuchermieten, fehlende Räume für Initiativen) veranlaßte Wohnungslose und Initiativmitglieder am 4.12. zur Besetzung des alten Marburger Knasts. Anders als bei einer vor wenigen Wochen stattgefundenen „demonstrativen Besetzung“ eines Hauses geht es den Besetzern darum, den Knast zu besetzen und für die Marburger Initiativen Räume zu schaffen.

Der Knast, seit 1972 nicht mehr als solcher genutzt, befindet sich seit ca. drei Jahren in Unversitteltbesitz. Obwohl das Gebäude im Bebauungsplan für Wohnzwecke vorgesehen ist, und die Uni vor drei Jahren eine Kinderinitiative aus dem Gebäude vertrieben mit der Begründung, es solle zu einem Studenten- oder Schwasternwohnheim umgebaut werden, läßt es sie seitdem verrotten und benutzt Teile davon als Archiv und Abstellraum für Museumsstücke.

So ist es den Besetzern bis jetzt nur möglich, vier Räume, Bad und Toilette zu benutzen. Hinzu kommt, daß es sich bei den Akten um datenschutzpflichtiges Material (Krankheitsblätter der Uniklinik) handelt. Dies scheint der Unileitung einiges an Kopfschmerzen zu bereiten. So sah

sie sich veranlaßt, noch am ersten Tage der Besetzung die neuen Bewohner aufzusuchen. Den Besetzern wurde mit sofortiger Räumung gedroht, falls den Akten etwas zustößen sollte. Im Einvernehmen mit diesen wurde sodann der Zellentrakt des Hauptgebäudes, in dem sich die Akten befanden, verriegelt.

Während dies für die ersten vier Tage der Besetzung die einzige Reaktion der Unileitung blieb - ein von den Besetzern angebotener Lokaltermin wurde ignoriert - zeigten die Medien lebhaftes Interesse: Bis auf die Artikel in einer Lokalzeitung („Oberhessische Presse“) überwiegend wohlwollende Berichterstattung im Regionalprogramm des Fernsehens, im Hessischen Rundfunk und in der „FR“.

Mittlerweile hat sich die Unileitung doch noch „herabgelassen“, einen Verhandlungstermin wahrzunehmen, nicht ohne die Besetzer kurz zuvor über die oben erwähnte „OP“ zur Räumung aufzufordern. Dabei wurde den Forderungen der Besetzer nach Entfernung der Akten, Übernahme der Kosten für Umbau und Renovierung des Gebäudes u.a. kein Entgegenkommen gezeigt: Man habe zwar Verständnis für das Anliegen der Besetzer (Schaffung eines Wohn- und Kommunikationszentrums), aber

leider verfüge die Uni weder über Geld noch Räumlichkeiten zur Umlagerung der Akten.

Um ihrer Forderung nach Verlegung der Akten Nachdruck zu verleihen, haben die Besetzer inzwischen den hessischen Datenschutzbeauftragten eingeschaltet. Er soll die Zulässigkeit der Art der Lagerung dieser Akten überprüfen. Das Ergebnis seines Berichtes wird wohl das weitere Vorgehen der Uni mitbestimmen. Sollte er zu der Einschätzung kommen, daß der Schutz der Daten durch die Anwesenheit der Besetzer nicht gewährleistet ist, so würde er damit das Hauptargument des Unipräsidenten für eine Räumung stützen. Hält er hingegen die Lagerung der Akten in diesem Gebäude generell für unzulässig, so müßte der Forderung der Besetzer nach Entfernung der Akten nachgegeben werden.

Klar ist: die Besetzer werden bleiben und sich wohllich einrichten, unterstützt erfreulicherweise von vielen Leuten aus der Bevölkerung, insbesondere den in der Nähe wohnenden Menschen, die nicht nur der Besetzung positiv gegenüberstehen, sondern auch materielle Unterstützung (Möbel, Essen, usw.) gegeben haben.

KB - Gruppe Marburg

## Verleihung der »Goldenen Krücke«

Am 19.11. wurde zum dritten Mal im Frankfurter Schauspielhaus die „Goldene Krücke“ verliehen.

Die „Goldene Krücke“ ist eine Auszeichnung für Personen, Gruppen oder Gemeinschaften, die sich durch Wort, Schrift, Ton oder Bild besonders behindertenfeindlich hervorgetan haben. Sie wird seit 3 Jahren jährlich von dem VHS-Kurs „Bewältigung der Umwelt“ (Ffm) in Zusammenarbeit mit Mitgliedern des Schauspielensembles verliehen.

Wer der Preisträger der diesjährigen „GK“ werden würde, war wohl ein offenes Geheimnis: Richter Otto Tempel, Vorsitzender der 24. Zivilkammer des Landesgericht Ffm.

Sein Name ist durch das berühmte Behindertenurteil, welches er zu verantworten hat (s. AK 187), bekannt geworden.

Leider erschien Herr Tempel nicht persönlich zur Preisverleihung (obwohl, per Einschreiben eingeladen), sodaß wir mit einem Foto von ihm, dafür aber in überdimensionaler Größe, Vorlieb nehmen mußten. Dies nahm sich aber auf der Bühne auch recht hübsch aus.

Im Gegensatz zu den vorhergehenden Jahren, war dieses Mal keine Preisrede vonnöten. Richter Tempel hielt sich selbst eine blamable Lobrede, in Form einer Tonbandaufnahme der Pressekonferenz, auf der er den Urteilspruch begründete.

Während im Urteilstext noch die Rede von „körperlich und geistig Behinderten“ war, vernahm Tempel die in Griechenland Urlaub machenden Behinderten mit Bezeichnungen wie „eine Gruppe von 25 schwer geistig Erkrankten“ und „zwei psychisch schwer kranker Menschen“.

Ob Richter Tempel heute weiß, welche Art von Behinderung er mit diesen Bezeichnungen krampfhaft

versucht hat zu umschreiben, nämlich „Spastische Lähmung“, hat er bisher noch nicht eindeutig zu erkennen gegeben.

Die Preisverleihung war natürlich nicht das Einzige, was dem Zuschauer geboten wurde. Viele authentische Szenen wurden gespielt bzw. in „Nachrichten aus Rolland“ verlesen; wie z.B. eine Szene über den alljährlichen Sonnenzug. Mit ihm profilieren sich Politiker, Pfaffen und Anstaltsleiter, indem sie mit Behinderten aus Heimen einmal im Jahr mehrere Städte abklappern. Jeder Roll wird dabei mit einer Nummer und einem Bundeswehrsoldaten ausgestattet.

Oder es wurden die Reaktionen der NB-Menschen (Anm.: Nicht-Behinderte) auf Krüppel in Kneipen, auf der Straße und auf Reisen dargestellt.

Eine Szene, in der das Behindertenurteil umgekehrt wurde, indem eine Spastikerin ein Reiseunternehmen verklagt, weil ihr Reisegepäck durch die behindertenfeindliche Behandlung im Urlaubshotel erheblich beeinträchtigt wurde, hätte vielleicht selbst einem Richter Tempel die Augen geöffnet.

Zum Abschluß wurde das UNO-Jahr der Behinderten eingekläut und als Beitrag der Film „Affenliebe“ gezeigt. Der Film zeigt ein Pärchen im Zoo vor einem Affenkäfig und im Anschluß daran Bundespräsident Carstens, wie er Behinderte begrüßt, wobei die erste Szene mit dem O-Ton der zweiten Szene vertont ist.

Obwohl während der Vorführung der 2. Szene der Ton ausfiel, blieb den Zuschauern die verdächtige Ähnlichkeit dieser beiden Begrüßungen dennoch nicht verborgen.

KB/Gruppe Frankfurt

## Trotz Wohnungsnot in Hamburg: Über 100 Häuser stehen leer

90 000 Wohnungssuchende gibt es schätzungsweise in Hamburg - trotzdem stehen über 1000 Wohnungen z.T. schon seit Jahren in der Hansestadt leer! Verantwortlich für diesen Skandal ist in erster Linie die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft SAGA, der die Mehrzahl der Häuser gehört. Und Aufsichtsratsvorsitzender der SAGA ist kein geringerer als der Hamburger Beauftragte Volker Lange.

Die neugegründete Selbsthilfeorganisation „Mieter helfen Mietern“ veröffentlichte vor kurzem eine Liste von über 100 leeren oder teilweise leerstehenden Häusern und forderte die Verantwortlichen auf, die noch bewohnbaren Wohnungen sofort zu vermieten. Wenn man eine gewisse Dunkelziffer einschätzt, könnte auf diese Art und Weise für über 5000 Hamburger die Wohnungsnot etwas gemindert werden. Stattdessen stehen diese Wohnungen z.T. schon seit Jahren leer und drohen zu verfallen. Hamburger Mieterinitiativen befürchten, daß die Baubehörde so das Wohnraumzweckentfremdungsverbot umgehen und die bald wirklich unbewohnbaren Häuser abreißen lassen will.

Die SAGA reagierte sofort auf die Veröffentlichung von „Mieter helfen Mietern“: Zwei Stunden nach der Pressekonferenz der Initiative lud sie selbst die Journalisten ein und versuchte zu dementieren - was ihr nur schwerlich gelang. Sie sprach von 500 leerstehenden Wohnungen, mit denen sie aber natürlich nicht spekulieren wolle, sondern bei denen die Planung noch nicht abgeschlossen sei. Der SAGA-Sprecher bestätigte, daß es oftmals Jahre dauere, bis die endgültige politische Entscheidung über ein Haus falle. In dieser Zeit aber könne ein Haus soweit verfallen, daß nur noch der Abriss bleibe.

Diese Praxis der SAGA und der Baubehörde führt dazu, daß normalerweise über 50% der Bevölkerung aus einem Sanierungsgebiet vertrieben werden. In ihrem ersten Informationsblatt belegt „Mieter helfen Mietern“ diese Tatsache mit Auszügen aus einem bisher unveröffentlichten GEWOS-Gutachten, das diese Forschungsgruppe (die zur „Neuen Heimat“ gehört) im Auftrage des Wohnungsbauministeriums geschrieben hat.

So unter Druck geraten verspricht die SAGA, juristisch zu prüfen, ob die leeren Wohnungen wenigstens zwischenzeitlich von Wohnungssuchenden belegt werden können - wie es die Mieter gefordert hatten.

Es ist zu hoffen, daß die „juristische Prüfung“ nicht dazu führt, daß die SAGA als erstes die Wohnungen durch ihre Zerstörungstruppe völlig unbewohnbar macht, wie es bisher meist Praxis dieses „gemeinnützigen“ Unternehmens war.

Da sicher noch weit mehr Wohnungen leer stehen, als es bisher bekannt



Hamburger Mieterverein e.V.

ben werde. In ihrem ersten Informationsblatt belegt „Mieter helfen Mietern“ diese Tatsache mit Auszügen

ben werde. In ihrem ersten Informationsblatt belegt „Mieter helfen Mietern“ diese Tatsache mit Auszügen aus einem bisher unveröffentlichten GEWOS-Gutachten, das diese Forschungsgruppe (die zur „Neuen Heimat“ gehört) im Auftrage des Wohnungsbauministeriums geschrieben hat.

So unter Druck geraten verspricht die SAGA, juristisch zu prüfen, ob die leeren Wohnungen wenigstens zwischenzeitlich von Wohnungssuchenden belegt werden können - wie es die Mieter gefordert hatten.

Es ist zu hoffen, daß die „juristische Prüfung“ nicht dazu führt, daß die SAGA als erstes die Wohnungen durch ihre Zerstörungstruppe völlig unbewohnbar macht, wie es bisher meist Praxis dieses „gemeinnützigen“ Unternehmens war.

Da sicher noch weit mehr Wohnungen leer stehen, als es bisher bekannt

ist, haben Hamburger Mieterinitiativen eine „Merkliste für leere Wohnungen“ eingerichtet und bereiten

ist, haben Hamburger Mieterinitiativen eine „Merkliste für leere Wohnungen“ eingerichtet und bereiten eine Dokumentation hierüber vor. Zusätzlich soll ggf. Anzeige wegen Zweckentfremdung erstattet werden.

Nachdem die örtliche Presse und der NDR recht wohlwollend berichtet hatten, meldeten sich sofort zahlreiche Bürger, um bisher unbekannte leere Wohnungen mitzuteilen.

Kontakt:  
„Mieter helfen Mietern“  
Hamburger Mieterverein e.V.  
Wahlwillestraße 11  
2000 Hamburg 4  
Tel.: 31 65 68

Der Verein gibt auch Mietrechtsberatung, und zwar mittwochs und donnerstags, 17.30 - 19.30 Uhr.

Wohnungskommision

## Obdachlosen droht Tod durch Erfrieren

Während der Kältewelle zu Anfang November fand ein Mitbürger ohne Unterkunft beim Schlaf unter freiem Himmel den Tod. Ein erschütterndes Ergebnis sozialdemokratischer „Sozialpolitik“ in Bremen.

Als vor Jahren die menschenunwürdigen Obdachlosenunterkünfte abgeschafft wurden, wurde kein Ersatz geschaffen. Seit einiger Zeit steigen nun die Zahlen der Obdachlosen, weil immer mehr in den hoffnungslosen Kreislauf von Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit hineingeraten. Wer einmal seine Wohnung verloren hat, hat keine Möglichkeit, einen ordentlichen Arbeitsplatz zu finden; wer arbeitslos ist, findet keine Wohnung. Die überhöhten Mieten für größere Wohnungen machen sie für Familien mit mehreren Kindern unerschwinglich. Sie sind gezwungen, in viel zu

kleinen Wohnungen zu leben. Dadurch ist wiederum die Wohnungsknappheit für Alleinstehende verschärft.

Die Zahl der registrierten Obdachlosen beläuft sich in Bremen auf 450. Die Dunkelziffer liegt sicherlich weit höher. Erschreckend ist der zunehmende Anteil der Jugendlichen, der sich auf offiziellen Zahlen schon heute auf 25 % beläuft. Besonders schlimm sind Leute dran, die aus dem Knast entlassen wurden und ohne Unterkunft bleiben.

Protestaktionen der „Beratungsstelle für alleinstehende Wohnungslose mit besonderen sozialen Schwierigkeiten“, anderer Hilfsorganisationen und der Betroffenen selbst haben zumindest erreicht, daß Öffentlichkeit und Behörden ein wenig aufgerüttelt wurden. Nachdem ein Offener Brief

nichts anderes als ein „Geschenk“ von 50 wärmerdichten Schlafsäcken zur Folge hatte, errichteten 35 der Obdachlosen ein Zeltlager in den Wallanlagen. Daraufhin mahnte sich das Sozialamt genötigt, doch noch Wohnraum ausfindig zu machen. Elf Personen leben nun in zwei Räumen ohne sanitäre Anlagen, als einziges Mobiliar mit den Schlafsäcken ausgestattet. Weitere Unterbringung wurde zumindest in Aussicht gestellt. Außerdem bekundete der Sozialsenator Verständnis für die „Schlafsäckebewohner“. Wie wenig Perspektive diese Maßnahmen haben, zeigt allein schon die Tatsache, daß am selben Tag durch die polizeiliche Räumung eines besetzten Hauses erneut 16 Personen obdachlos wurden.

KB Gruppe Bremen

## Fahrpreiserhöhungen in Bonn

Am 27. November beschloß der Rat der Stadt Bonn, gegen die Stimmen der SPD und FDP, eine Fahrpreiserhöhung. Und zwar eine saftige. Bus und Bahn sollen bis zu 76 % teurer werden. Wegfallen sollen u.a. der Hausfrauen tariff, der für die vorkehrschwachen Zeiten angeboten wird, und die verbilligten Schüler- und Studentenkarten.

Damit soll das 20-Millionen-Loch der Stadtwerke zur Hälfte gestopft werden.

Für Studenten soll der Bonn-Ausweis eingeführt werden. Der berechtigt aber nur zu einer verbilligten Fahrt zwischen Wohnung und Uni. Und die, die wegen der Wohnungsmisere außerhalb von Bonn wohnen, sollen ab 1.3.81 den vollen Fahrpreis bezahlen.

Am Rande der Ratssitzung ergab sich dann auch ein ungewöhnliches Bündnis. So waren DKP und SdJ anwesend und Bonns „notorische Schwarz- und Radfahrer“ drohten auf einem Transparent damit, immer mehr zu werden. SPD-Stadtverordne-

ter Dieter Witte: „Busse und Bahnen fahren in Bonn fast zu 90% leer. Aber anstatt sie durch eine grundlegende Änderung des Linienkonzepts zu füllen und Millionen einzusparen, fällt der CDU nichts anderes ein, als die Preise zu erhöhen.“ (nach „Bonner Rundschau“, vom 28.11.80).

Aber nicht nur im Sitzungssaal der Stadt kam es zu Protesten. Gegen 17 Uhr besetzten über 100 Menschen den Busbahnhof. Es wurde eine kurze Rede gehalten, in der zum Ausdruck kam, daß Schüler, Studenten und sozial Schwache mal wieder die Hauptleidtragenden einer solchen Erhöhung sind. Nach ca. einer halben Stunde kam es dann zu einem massiven Polizeieinsatz, in deren Verlauf es zu Schlägen, Tritten und dem Einsatz der „chemischen Keule“ kam. 14 Demonstranten wurden vorläufig festgenommen. Alle 14 sollen eine Anzeige wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz bekommen.

uj, Bonn





# Kampf den Atomkraftwerken

## Fessenheim-Analyse (II) Die Taktik der Atommafia

### Neues von der hessischen WAA-Front

Ende November, so äußerte sich Kary noch vor wenigen Monaten, sollten die hessischen WAA-Standorte bekanntgegeben werden. Inzwischen scheint der hessische Landesregierung das Eisen zu heiß geworden zu sein:

„Angesichts der Kontroversen um den Ausbau des Frankfurter Flughafens und der damit verbundenen Belastungsprobe der Wiesbadener Koalitionregierung scheint die Neigung in der Landesregierung nicht sehr groß zu sein, sich durch die Vorlage eines Standort-Kriterienkatalogs für die Anlage vor den hessischen Kommunalwahlen im März nächsten Jahres einen zweiten Konfliktstoff zu schaffen.“ („FAZ“, 2.12.80)

Die Herausgabe des „Hessischen Kriterienkatalogs“ verzögert sich mit dem Argument, es sei noch ungeklärt, wie „engmaschig“ die Kriterien fest geschrieben werden sollen.

Die DWK zeigt sich verzögert über dem „Auslenkungsgründen“ mit der man Zeit gewinnen möchte“ („FAZ“, 2.12.80). Sie hat nämlich bereits eine von der hessischen Landesentwicklung- und Treuhandgesellschaft (HLT) im Auftrag der DWK ausgearbeitete Standortliste vorliegen, darf die Standorte aber erst benennen, wenn der Kriterienkatalog vorliegt.

Trotz der Geheimhaltung seitens der DWK zeichnet sich immer mehr ab, wo die WAA hin soll. „FR“ und „FAZ“ wissen übereinstimmend zu berichten, daß der endgültige Standort auf jeden Fall in Nordhessen liegen soll. Laut „FR“ vom 29.11.80 haben sich „4 oder 5 Kreisgemeinden aus Nordhessen auf der Bewerberliste eingetragen“. Die „LA“ vom 2. Dezember 80 meldet sogar: „Große Chancen werden aufgrund der Rahmenbedingungen der Gemeinde Volkmarzen eingeplant.“ In der Tat schließt Volkmarzen (Kreis Waldeck-Frankenberg, westlich von Kassel) als Standort der engeren Wahl zu gelten. Am 29. November nahm der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion Wilke in einem ausführlichen Interview mit der „Waldeckischen Landeszeitung“ („WLZ“) zur WAA-

Hessen Stellung. Darin spricht er sich sehr vehement für eine WAA im Landkreis Waldeck-Frankenberg aus (Wilke stammt selbst aus dem Landkreis).

Volkmarzens Bürgermeister Vervoort bezeichnete noch Ende August, als Volkmarzen erstmalig für eine WAA ins Gespräch kam, entsprechende Nachrichten als „völlig überraschend und unfaßbar“ („HNA“, 28. August) und als „eine reine Ente“ („WLZ“, 28. Aug.) Inzwischen haben Vertreter von SPD, CDU und FDP die Karlsruher Versuchsanlage besichtigt. „Bei den Fahrtteilnehmern bestand aufgrund der in Karlsruhe dargestellten Ungefährlichkeit einer solchen Anlage die einhellige Meinung, daß man dem Projekt adhärieren müßte, wenn die hessische Landesregierung Volkmarzen als Standort benennen würde“, teilte der Bürgermeister mit („WLZ“, 3. Dezember 80).

Eine „breite Diskussion“ über den Standort hält Vervoort allerdings für „verfrüht“. Dem „wäre die Bevölkerung nur unnötig in Unruhe versetzt“, (nach „WLZ“, 3. Dezember).

Laut Vervoort erwäge der Magistrat jedoch, die Landesregierung zu bitten, ihm anerkannte Wissenschaftler zu benennen, die die Bevölkerung objektiv über eine Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffe unterrichten können. Auch werde die Möglichkeit geprüft, für interessierte Bürger eine Besichtigungsfahrt zu einer in Betrieb befindlichen Anlage zu organisieren“ („WLZ“, 3. Dez.). Allerdings dürfte Karlsruhe hierfür nicht in Betracht kommen, denn die Anlage liegt nach wie vor still.

Was die Unruhe angeht, die Bürgermeister Vervoort so gern verhindern möchte, hat sie schon um sich gegriffen. So hat sich vor wenigen Monaten eine Bürgerinitiative im Volkmarzen gegründet, die ihrerseits für eine breite öffentliche Diskussion sorgt. Eine erste größere Veranstaltung hat schon stattgefunden, 500 Besucher, darunter viele Landwirte, lassen auf große Unruhe in der Zukunft hoffen.

KB/Gruppe Marburg

Für die Stilllegung des AKW Fessenheim und für bessere Katastrophenschutzmaßnahmen fanden im Winter 79 und im Frühjahr 80 eine ganze Reihe von Aktionen statt — Höhepunkt war zweifellos der Streik und die Demonstration von 10 000 Schülern in Freiburg im Mai 1980. Um nicht nur Angriffslinien zu bieten, sondern auch zur Einschärfung des Widerstands beizutragen, folgte daraufhin die Veröffentlichung der Katastrophenschutzpläne (die für Fessenheim schon vor drei Jahren durch die Umweltschützer bekanntgemacht worden waren); in Propagandaschriften wurden weiter hohle Versprechungen verbreitet.

Baden-Württembergs Staatssekretär Ruder erhoffte sich dadurch „die Versöhnung der Diskussion“. Vom „Schritt nach vorn“ war die Rede bei dieser Gelegenheit. „Wandlung der Informationspolitik“ (1), die Fessenheim nicht im geringsten sicherer macht.

Im Oktober hatte die Landesregierung für sämtliche AKWs die Katastrophenschutzpläne veröffentlicht, nachdem sie jahrelang wie Staatsgeheimnisse gehütet worden waren. Auch diesmal blieb der „genaue Alarmplan“ geheim, „um den Schutz sicherheitsempfindlicher, personenbezogener Daten zu gewährleisten“ (1). Die Untauglichkeit des gesamten Planes wird selbst von berufenen staatlichen Stellen nicht bestritten: „Wenn hier ein großer kerntechnischer Unfall passiert, meine Damen und Herren, dann ist es nicht möglich, die Sache durch einen Katastrophenschutzplan wegzuschieben“, erklärte der Katastrophenschutzbeauftragte des Landratsamtes Freiburg, Rotberg, auf einer Veranstaltung (2). Dies war auch von den AKW-Oegnern in den letzten Jahren erschöpfend und detailliert nachgewiesen worden (3). Die Tauglichkeit der Pläne bei einem Reaktorunfall rechnete beispielsweise eine Expertengruppe in der „Heidelberger Rundschau“ (4) vor — das Ergebnis war niederschmetternd:

Bei durchschnittlichen Windgeschwindigkeiten und -richtungen würden im Umkreis von 20 km 6 110 Menschen getötet werden. Die Evakuierung soll teilweise erst 4 Stunden nach dem Eintreffen der radioaktiven Wolke stattfinden. Die Einwohner der 6 km-Evakuierungszone um Fessenheim sollen in die Städte Möhlheim und Bad Krozingen gebracht werden, die selbst kaum weiter vom Reaktor entfernt sind (s. Skizze 1).

Die Einwohner Freiburgs (30 km entfernt) sollen überhaupt nicht evakuiert werden, obwohl nach Aussagen des Kernphysikers Dr. Jan Beyea „die meisten gesundheitlichen Spätfolgen in dem Bereich zwischen 30 und 50 km vom Reaktorgebiet entfernt auftreten“ (5) (s. Skizze 2). Angesichts solcher Tatsachen hält es selbst Regierungspräsident Nothelfer für seine Pflicht, vor „der Enttäuschung gewachter Hoffnungen“ (auf Überlebenschancen) zu warnen (6). Nothelfer will „übersteigerte Erwartungshaltungen“ (6) korrigieren, Katastrophenschutz könne lediglich „die Folgen einer Katastrophe nur mindern“ (7).

### Propagandabroschüre der Landesregierung

Mit 500 000 Auflage wurde vom Innenministerium gleichzeitig eine Hochglanzbroschüre „Strichwort Kernenergie: Versorgung — Sicherheit — Katastrophenschutz“ verteilt. Daß es sich dabei kaum um amtliche Information zum Katastrophenschutz, sondern um politische Propaganda handelt, wird schon dadurch deutlich, daß die Hälfte der Broschüre aus AKW-Propaganda

besteht. Für die Schulen als besonders heißes Pflaster ist ein gesonderter Teil aufgenommen, Kostprobe: „... der Schulleiter hat ... dafür zu sorgen, daß Fenster und Türen geschlossen und Lüftung und Klimaanlage ausgeschaltet werden“.

### Schöne Worte ...

Doch auch sonst sind die verantwortlichen Politiker besorgt. Im Juni wurden in Fessenheim die Reaktorrisse untersucht. Obwohl M. Leblond, der Fessenheimer Direktor, erklärte, daß die Auswertung der gesammelten Daten noch einige Monate dauern werde (8), wollte er schon wenige Tage später Beweise für die absolute Ungefährlichkeit der „Mini-Risse“ (Werksleitung) gefunden haben. Kein Wunder, denn das verwendete Ultraschall-Verfahren konnte eine genaue Inspektion sowieso nicht leisten (9).

Die CDU hat plötzlich ihr Herz für den Schutzraum ausgedockt und betont, „daß sie mit der Inbetriebnahme von Fessenheim schon mehrfach nachgefragt habe, was für die Sicherheit der Stadt getan werden kann“ (11). Mit der Veröffentlichung dieser Stellungnahme in der BZ dürfte dieser Vorstoß seinen Zweck erfüllt haben, denn „die Kostenituation ist völlig offen“, d.h. die Sache sei sich nicht finanzierbar.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert weiterhin gemeinsame Übungen bei grenznahen Reaktoren, einen „weitere Ausbau“ der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Was da „weiter“ ausgebaut werden soll, ist nicht ganz klar, bisher hatte z.B. die französische Seite BRD-Behörden Pannen vorsichtshalber erst gar nicht gemeldet.

Auf höherer Ebene wurde mit großem Getöse ein Abkommen zwischen Bonn und Paris verabredet (12). Die SPD-Landtagsabgeordneten Schrempf und Nicola feierten das ganze als „vertrauensbildende Maßnahme“ (14) und keineswegs als Schutzmaßnahme, was angesichts der Tatsache logisch ist, daß „nicht einmal ein Sicherheitsbeauftragter für Fessenheim ... politisch durchsetzbar“ war, sondern lediglich eine Kommission in dem Abkommen vorgesehen ist, in der Kommunalpolitiker und Bürger über sicherheitstechnische bedenkliche Er-

eignisse beim Betrieb von Kernkraftwerken unterrichtet werden“ sollen (12,13).

Ebenso bescheiden läuft der Katastrophenschutz jetzt im Markgräflerland (südlich von Freiburg) an. Dort trafen sich mehrere Bürgermeister zur Erprobung von „Ortsrufanlagen“. Dabei konnte die wichtigste Frage bedauerlicherweise nicht geklärt werden, ob die Ortsrufanlage, die von einem erhöhten Punkt aus die ganze Ortschaft beschallen soll, auch dann noch hörbar ist, „wenn die Leute im Keller sitzen“ (15). Dennoch meint der Bürgermeister, daß diese Anlage dem „Schutz bedürftig“ der Bevölkerung Rechnung trage.

Dieselben Bürgermeister wollen auch ein Fernüberwachungssystem für AKWs, wie es in Bayern mit Glanz und Gloria eingeführt worden ist. Meßsonden sollen kontinuierlich in eine Zentrale außerhalb des AKWs die Radioaktivitätswerte liefern und damit verhindern, „daß bei einem Störfall das AKW aus rein wirtschaftlichen Erwägungen weiterbetrieben wird, ohne daß die zuständige Aufsichtsbehörde davon erfährt“ (16).

Prof. K.-H. Lindacker, der Notfallschutzexperte des TÜV Rheinland, bestritt den Nutzen dieser Anlage: „Seiner Meinung nach würde bei einem schweren Störfall oder Unfall womöglich so viel Radioaktivität frei, daß jedes Spürgerät in der bisherigen Auslegung versagen würde“ (5). Nach Lindacker (in der Fernsehsendung „Evakuieren oder Beten“) könne „das System ... Unfälle nicht erfassen, es ist nicht in der Lage dazu“. Inzwischen hat sich nichtsdestotrotz auch der Wirtschaftsausschuß des Landtages dem Wunsch nach „Fernüberwachung“ angeschlossen.

### ... und die Taten!

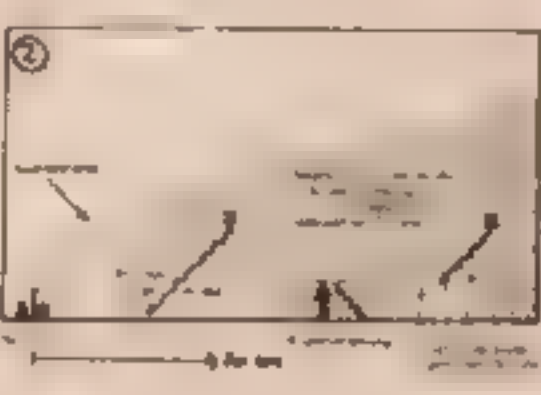
Wie ernst diese Vorschläge zu nehmen sind, zeigt ein Blick in die politische Wirklichkeit:

- Der Wirtschaftsausschuß des Landtages lehnte mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD den Antrag der Grünen auf Stilllegung Fessenheims ab (17).
- Fessenheim soll um weitere 2 Blöcke (auf insgesamt 3600 MW) erweitert werden (18).
- Am 2.10. führte die Polizei eine Aktion gegen den Widerstand der Radio Verte Fessenheim durch, zwei Personen wurden vorläufig festgenommen, umfangreiches technisches Gerät wurde beschlagnahmt (19).
- Eine Aufhebung des Baustopps in Wylt ist nach der letzten Prozedur in Mannheim in greifbare Nähe gerückt. Kein Wunder, daß sich die Atombetreiber vor diesem Hintergrund nichts sehnlicher wünschen, als eine „Verschönerung der Diskussion“!

JÜ. und Ma./Freiburg

### Anmerkungen

- 1 „Badische Zeitung“ (BZ), 21.10.80
- 2 „Zeit“, 8.2.80
- 3 z.B. Katastrophenschutzabrechnung 3. zu bestellen bei Umweltschutzbüro, Hebelwegstr. 9, 7800 Freiburg
- 4 „Heidelberger Rundschau“ 22/80
- 5 Koch/Vahrenholt, im Ernstfall hilflos? Kleppner & Witsch 1980
- 6 BZ, 21.10.80
- 7 Offener Brief von Nothelfer, 20.10.80
- 8 „Aha“, 8.8.80
- 9 nach einem Flugblatt der bad. ev. Bürgerinitiativen zum AKW Fessenheim
- 10 entfällt
- 11 BZ, 7.10.80
- 12 BZ, 29.9.80
- 13 BZ, 18.10.80
- 14 BZ, 13.10.80
- 15 BZ, 17.10.80
- 16 BZ, 18.10.80
- 17 BZ, 15./16.11.80
- 18 BZ, 17.10. und 18./19.10.80
- 19 BZ, 3.10.80



## 8000 gegen Atommüll-Lager in Mitterteich

In einem Überraschungsangriff veränderte die bayerische Staatsregierung der Bevölkerung im Stiftsland (so wird der südliche Teil des Fichtelgebirges genannt) die Errichtung einer großen Atommülldeponie in der Nähe von Mitterteich. Hier sollen schwach- und mittelaktive Abfälle aus Medizin und Atomkraftindustrie gelagert werden. Unzweifelhaft für die Regierung regte sich breiter Unwille bei der Bevölkerung. Ein erster Höhepunkt war die Demonstration am 13.12. in Mitterteich gegen den Bau der Atommülldeponie, an der rund 8 000 Menschen teilnahmen. Wenn Frau/man bedenkt, daß Mitterteich selbst ca. 9 000 Einwohner hat und

das Fichtelgebirge zu den dünnbesiedelten Gebieten der BRD zählt und nicht über die Grenzen des Stiftslandes hinaus mobilisiert worden ist, so muß diese Demonstration als Kampfansage betrachtet werden. Die Bevölkerung gegen die Pläne der bayerischen Staatsregierung angewiesen werden.

Auf der Kundgebung sprach als Hauptredner ein Vertreter der BI gegen das Atommüllager Neureuth bei München. Die Bürgermeister der umliegenden Gemeinden solidarisierten sich mit dem Widerstand. SPD-Mandatarer profitierten sich als „radikale“ Atomkraftgegner. Der Landrat verkündete unter Pfiffen

man solle „die Staatsregierung bitten, ihre Pläne noch einmal zu überdenken“ und ansonsten das Genehmigungsverfahren abwarten. Insgesamt gab die Kundgebung nicht annähernd die Stimmung in der Bevölkerung wieder. Als Skandal am Rand wurde bekannt, daß die Demonstrationsleitung sich gemeinsam mit einem Polizeioffizier vorbereitet hatte und der Forderung der Polizei bereitwillig nachgegeben war, die Demonstration nicht am Hause des CSU-Landtagsabgeordneten Dietz — der das Atommüllager nach Mitterteich geholt hatte — vorbeiziehen zu lassen.

Eine Genossin aus Bamberg

## Plutonium in Hanau

Der Welt größtes Plutonium-Lager wurde am 3. Dezember bei der Alkem in Hanau-Wolfgang in Betrieb genommen. In der auf fünf Tonnen (1) Lagerkapazität ausgelegten Anlage wurden zunächst 460 kg Plutonium eingelagert (bereits 1 kg dieses gefährlichen radioaktiven Stoffes reicht bekanntlich, um die gesamte Menschheit zu verrichten). Die Anlage hat vor allem Bedeutung für die vom Bund gewollte Inbetriebnahme des Schnellen Brütters in Kalkar. Etwa 40 % des Betriebsstoffes für diesen Schnellen Brüter würde die Alkem aus Hanau-Wolfgang liefern. Deshalb hat der Bund auch 80 % der Baukosten (allein der Plutonium-Bunker kostet 22 Mio DM) übernommen. Angeblich ist die Anlage gegen Erdbeben, Flugzeugabstürze und „Eingriffe von außen“ gesichert. Von denartigen Aussagen ist allerdings wenig zu hal-

ten, zumal wenn sie ausgerechnet auf Auflagen der hessischen Wirtschaftsminister Kary beruhen. Die Einrichtung dieser Anlage ist so sehr in das Visier der hessischen und frankischen Atomkraftgegner gekommen, obwohl hier sicher ein dem Betrieb von AKWs vergleichbares Gefahrenpotential gegeben ist, abgesehen von der militärischen Nutzbarkeit. Bei der Planung der Anlage vor mehreren Jahren (und noch vor Entstehen einer breiteren Anti-AKW-Bewegung) hatten die Betreiber auch soziologische Untersuchungen vor Ort durchführen lassen, mit dem Ergebnis, daß Hanau-Wolfgang vom Protestpotential her ein besonders günstiger Standort wäre. Diese Rechnung ist leider bisher aufgegangen.

KB/Gruppe Frankfurt





Startbahn 18 West

# Besetzer-Dorf in Gefahr

Mit zweifelhafte Finanzmanipulationen und schließlich dem Einsatz von Polizeikräften erreichten die Landesregierung und die Frankfurter Flughafen AG (FAG) einen wichtigen Einbruch, der ihre tatsächliche Position in der Auseinandersetzung um den Bau der Startbahn West beträchtlich verbessern könnte. Die Gemeinde Flörsheim, neben Bischofsheim und Rüsselsheim im Besitz des für die Startbahn benötigten Waldgeländes, hat ihren Anteil an die FAG verkauft. Bereits jetzt deutet sich an, daß auch die Bischofsheimer Stadtwälder wankelmütig werden. Als der Rüsselsheimer Oberbürgermeister hat erklärt, seine Stadt werde nicht freiwillig verkaufen, sondern das eingeleitete Enteignungsverfahren anfechten.

Auf dem Gebiet des (ehemaligen) Flörsheimer Stadtwaldes liegt jedoch das Waldhüttendorf, das von der Bürgerinitiative gegen die Flughafenverlängerung errichtet wurde, um den Fortgang der im Oktober begonnenen Rodungen zu verhindern. Da das Gelände nun der FAG gehört, besteht ab sofort die Gefahr einer brutalen Räumung nach Gorbien-Manner durch die Polizei und den BGS.

„Denn wenn wir uns FAS genügt, besteht ab sofort die Gefahr einer brutalen Räumung nach Gorbien-Manner durch die Polizei und den BGS.“

Die BI ruft deshalb alle dazu auf, „Wichtig ist es jetzt, auf der Hut zu sein, und wenn die dort anrücken, müssen wir so schnell wie möglich an Ort und Stelle sein, um die Räumung des Dorfes zu verhindern.“

Diese Entwicklung zeigt erneut, was von der sog. „Denkpause“ zu halten ist, die die SPD den Bürgern als Beruhigungspause verkaufen will – denn gäbe es wirklich ein „Umdenken“, hätten die Spitzenpolitiker nicht mit aller Macht daran gearbeitet, daß der Flörsheimer Verkauf zustande kommt. So verwundert es kaum, daß auch das Landtags-Hearing, das im nächsten Februar zu dieser Problematik stattfinden soll, in der öffentlichen Darstellung allmählich einen anderen Charakter erfährt. Hier die SPD zunächst bevorzugen, es geht um eine gänzlich uneingeschränkte, „neue Prüfung“ aller Fakten, die für oder gegen die Flughafenverlängerung sprechen würden, so wird jetzt immer offener zum Ausdruck gebracht, Ziel der Anhörung sei es, die Notwendigkeit des Ausbaus besser als bisher gesehen, zu begründen.

Die Umstände, unter denen die Waldtransaktion unter Dach und Fach gebracht wurde, lassen sich mit dem Stichwort „Amerikanisch“ treffend beschreiben. Von den insgesamt 200

ha, die (nach offizieller Darstellung) für die neue Startbahn benötigt werden, entfallen auf Flörsheim 34 ha, auf Bischofsheim 68 ha und auf Rüsselsheim 98 ha. Alle drei Gemeinden besitzen freilich rechts und links dieser geplanten Trasse noch erhebliche weitere Waldbestände. Ende November wurde bekannt, daß die Gemeindeverwaltung Flörsheim mit der FAG einen Vertrag ausgehandelt hatte, nach dem die insgesamt 211 ha Wald zu einem „lukrativen Preis“ verkauft, also über die 34 ha (auf denen auch das Besetzerdorf liegt) hinaus weitere 177 ha, die an den Flughafen angrenzen, aber angeblich gar nicht benötigt werden, und die nach Auskunft des Flörsheimer Bürgermeisters Wolf (CDU) „nicht gerodet werden dürfen“ („FR“, 29.11.). Als Verkaufserlös war zu diesem Zeitpunkt eine Summe „zwischen 16 und 19 Millionen Mark“ im Gespräch, wie die „FR“ meldete.

Bürgermeister Wolf erklärte, die Gemeindeverwaltung (CDU-Mehrheit) sei zwar nach wie vor gegen den Startbahnbau, man habe aber aus der Situation das Beste machen wollen gemäß der Devise „In beiden Fällen sind wir auf der sicheren Seite.“ Das

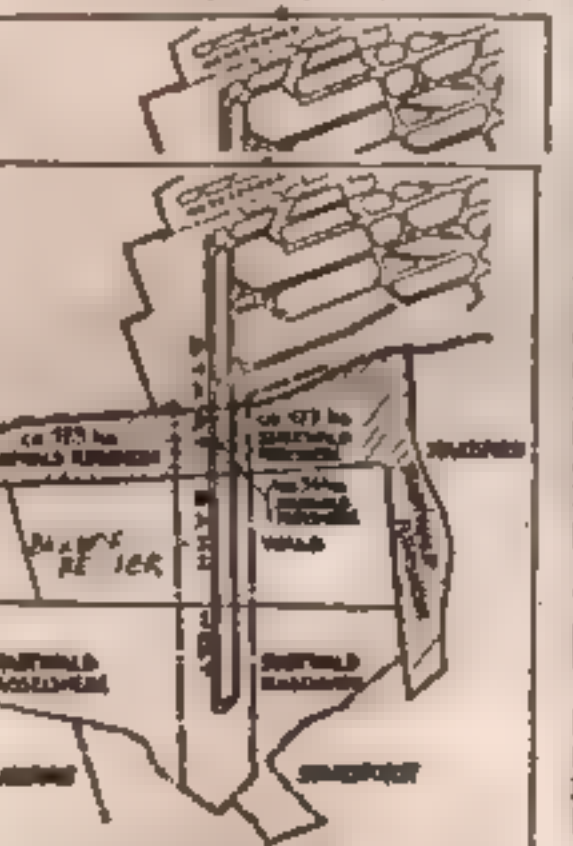
bahnbau, man habe aber aus der Situation das Beste machen wollen gemäß der Devise „In beiden Fällen sind wir auf der sicheren Seite.“ Das

keine Rodungen vor dem Hearing des Hessischen Landtages über den Startbahnbau durchzuführen... ein gleichgroßes Waldgelände an anderer Stelle zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung zu stellen... daß der Wald an Flörsheim insgesamt zurückfallen müsse, wenn die Startbahn 18 West nicht gebaut werde“ (Zitat aus „FR“, 29.11.).

Diese Nachricht lief bei den Bischofsheimer und Rüsselsheimer Kollegen größten Ärger hervor – weniger allerdings, weil der Kampf zur Verhinderung der neuen Startbahn durch diesen Schritt geschwächt wird, sondern weil sich diese beiden Gemeindeverwaltungen hinter Licht geführt fühlen. So kam die markwürgende Spekulation auf, bei einer Zwangsentwässerung würden die zwei Städte möglicherweise nicht mit barem Geld, sondern mit Ersatzwald entschädigt werden – eben jenen 177 ha, die Flörsheim (angeblich) völlig uneingeschränkt verkaufen darf. Der Rat hätten dann allein die Flörsheimer gemacht. Daß die FAG mit jenen 177 ha vielleicht noch andere Zwecke im Sinn haben könnte, kam ihnen bei ihrem Protest anscheinend gar nicht in den Sinn.

Doch weiter im Dschungel südhessischer Kommunalpolitik. Eine Woche später gab die Flörsheimer CDU-Mehrheitsfraktion Einverständnis über das große Geschäft bekannt. Wenn der Bau der Startbahn, hieß es nun, bis zum 31.12.81 nicht begonnen sei, werde der Verkauf wieder hinfällig. Flörsheim erhalte seinen Wald, die FAG ihre Millionen zurück. Die bis dahin angekauften Zinsen (angeblich 1,5 Mio. DM) würde die Gemeinde aber auf alle Fälle einbehalten dürfen. Just mit diesem Betrag sei der Bau einer Großsperthele abzudecken. Insgesamt belaufe sich der Verkaufserlös auf 20,35 Mio. DM. Dieser Betrag schließe sich wie folgt auf:

- 34 ha Wald zum Quadratmeterpreis von 10,50 DM (= 3,57 Mio. DM),
- 177 ha zu 4 DM pro qm (= 7,08 Mio. DM),
- 2 Mio. DM für den Baumbestand;
- 6,2 Mio. DM als „Prämie“ wegen der Vermeidung eines Enteignungsverfahrens (nach „FR“, 3.2.6.12.).



Am oberen Rand der Grafik das heutige Flughafen-Gelände – darunter die geplante Trasse der Startbahn West und die (derzeitige) Aufteilung des Waldes im Besitz der Gemeinden Flörsheim, Bischofsheim und Rüsselsheim. Die FAG bemüht sich jedoch, nicht nur das für die Startbahn ausgewiesene Gelände, sondern den gesamten angrenzenden Wald aufzukaufen.

Zusammengerechnet hat dies anscheinend niemand. Denn nach Adam Riese ergeben sich daraus lediglich 18,85 Mio. DM. Wofür die FAG weitere 1,5 Mio. DM zahlt, ist bislang unbekannt. Abgesehen davon ist die Begründung für die überaus großzügige „Prämie“ natürlich ein Hohn. Denn jedermann geht davon aus, daß ein förmliches Enteignungsverfahren für die Gemeinden weitaus schlechtere Verkaufskonditionen erbringen würde, also „günstiger“ für die FAG enden würde. Weßhalb die FAG also noch eine „Prämie“ draufgibt, kann so jedenfalls nicht erklärt werden.

Der Aufsichtsrat der FAG stimmte dem Vertrag in der ersten Dezemberwoche zu und bestätigte die Kaufsumme von 20,35 Mio. DM („FR“, 9.12.).

Nun war nur noch die Zustimmung der Flörsheimer Stadtverordnetenversammlung vorzulegen, die für den Abend des 11.12. in der Stadthalle angesetzt war.

„Auf Euch sollte man die Bluthunde hetzen!“

Dieser fromme Spruch eines anwesenden CDU-Kreisstadtdirektors an die Adresse der Startbahngegner gibt sehr hübsch die Atmosphäre wieder, die an diesem Abend herrschte. So wohl die Bürgerinitiative gegen die Flughafenverlängerung als auch die CDU hatten Anhängen aus dem Kreis mobilisiert, die CDU darüberhinaus zahlreiche Polizisten in Uniform und Zivil.

Zunächst gab die SPD (Minderheit)

einige interessante Tatsachen bekannt, die den mit der FAG abgeschlossenen Vertrag in einem völlig anderen Licht erscheinen lassen.

1. Keineswegs erhält die Gemeinde den Wald zurück, wenn der Bau der Startbahn bis Ende nächsten Jahres noch immer nicht begonnen wurde, sondern nur dann, wenn der FAG-Vorstand bis zum 31.12.81 endgültig gegen den Bau der Startbahn entschieden hat. Dies ist total unwahrscheinlich.
2. Keineswegs ist sicher, daß Flörsheim Ersatzwald erhält. Die FAG „verpflichtet“ sich lediglich, „Sonnenscheinungen“ dazu zu unternehmen.
3. Ebenso wenig ist die Zustimmung über die vorläufige Ausmessung der Waldrodungen wert. Im Vertragstext heißt es lediglich, daß der FAG-Vorstand „nach gegebenem Stand der Dinge“ nicht vor Herbst 1981 roden lassen werde.

Tatsächlich handelt es sich in keinem der Punkte um echte vertragliche „Verpflichtungen“ der FAG, sondern lediglich um vage Zusagen, deren Einhaltung faktisch im Belieben der Flughafenbetreiber steht. Umgekehrt beweist der Vertrag, daß die Flughafenverlängerung für die FAG absolut beschlossene Sache ist, die zum frühestmöglichen Zeitpunkt vorantreiben gehen soll. Was ebenfalls bekannt wurde: Bürgermeister Wolf war noch am Morgen desselben Tages von Ministerpräsident Börsen und Finanzminister Reitz höchstpersönlich empfangen worden, wo ihm von der Landesregierung weitere „Geschenke“ unterbreitet worden sind.

Wie geknallt: In allen Kontrollen Fragen wird eben per großer Koalition regiert, in diesem Fall die sozialliberale Landesregierung mit den Kommunalpolitikern der CDU.

Als das Stadtparlament zur Abstimmung schreiten wollte, war ein „geordneter“ Ablauf – angesichts wütender Proteste der Startbahngegner nicht mehr „sicherzustellen“. Die Polizei griff mit Gewalt ein, nachdem es schon vorher zahlreiche Provokationen der Uniformierten gegeben hatte. Bürgerinitiativen wurden genauso wie die oppositionellen SPD-Abgeordneten zurückgedrängt, setzten sich aber zur Wehr, indem sie zum Schutz Flasche zusammenrückten. Die CDU-Abgeordneten flüchteten in einen Nebenraum, um ihr Werk unter Polizeibegleitung zu führen. Einmal begehrenden SPD-Stadtverordneten wurde der Zutritt verweigert.

Wir hatten die heimische Landesregierung ja gewarnt. Spätestens seit Erscheinen des AK 189, ab wir die Sorgen heimischer Bürger offen zum Ausdruck gebracht hatten („besoffen, betrunken oder bekloppt“), hätten die Politiker in Wiesbaden begreifen müssen, daß die Lage ernst ist. Doch im Kabinett gilt weiter die unheilvolle Devise des Regierungschefs „Alles denken nach – wir nicht!“

Wie Börsen Richtlinien für zeitige Spätpolitik markiert, demonstrierte er ebenfalls der Ausrichtung des letzten Ministerpräsidenten Treffens, welches im hessischen Kronberg stattfand im flüchtigen Gefolge von 88 Personen – natürlich einschließlich der gnädigsten Frau Gemahlinnen – besuchten die Landesherren die „Fledermaus“, besichtigten ein nahegelegenes Schloss und verkehrten einige „nobel ausgestattete Essen“ gemeinsam aber auf Kosten des Landes. Hieran in dessen Staatsratel sich angeblich eine derart gähnende Leere auftrat, daß 1981 nie mehr laßt bzw. laufen soll. „Flott geht, mit Damen gefolgt und getafelt, es komme es nicht darauf an“, bemerkte

Nachdem das Stadtparlament auf diese Weise von der Opposition „gereinigt“ worden war, was freilich nicht unbedingt den „Großflugenheltes westlicher Demokratie“ entspricht, geben die CDUler ihre Zustimmung zu dem Vertrag. Der Verkauf ist damit perfekt – es sei denn, die SPD-Stadtvorordneten haben mit der von ihnen angekündigten gerichtlichen Anfechtung dieses Beschlusses Erfolg.

Flörsheimer SPDler waren es auch, die nicht nur das sog. „Prämie zur Vermeidung eines Enteignungsverfahrens“ als Schmiergeld für die Stadt bezeichneten, sondern auch unwidersprochen behaupteten, daß die CDU-Stadtvorordneten selber geschmiert worden seien. Wenn dem so ist, dann sitzt die Quelle dieses munteren DM-Sprudels mit hoher Sicherheit in ihrer eigenen Partei.

Der Affäre Flörsheim wird sich nun wahrscheinlich eine Affäre Bischofsheim anschließen, die gewiß nicht weniger stinkt. Von sich (!) hat die dortige Gemeindeverwaltung bereits Kontakte mit der FAG aufgenommen, um auszuloten, welche weiteren „lukrativen Angebote“ möglicherweise vorhanden sind. Und wie die die FAG hat, den gesamten Bischofsheimer Wald in der Nachbarschaft des Flughafens (eine Fläche von 374 Hektar!) aufzukaufen. „Dafür sind 20 bis 30 Millionen im Gespräch“ („FR“, 11.12.). Benötigt werden für die Startbahn West angeblich jedoch nur 68 ha aus dem Bischofsheimer Besitz.

Dies ist gleich in zweifacher Hinsicht ein Skandal. Neben den diesem Geschäftspraktiken, die in diesem Land offenbar gang und gäbe sind, beweist dieses neue Angebot der FAG, daß die 177 ha „zusätzlich“ bzw. „unnötig“ von Flörsheim erworbenen Waldgebiete jedenfalls nicht dem Zweck dienen sollen, bei eventuell auftretenden Zwangsentwässerungen als Ersatzwald an die Gemeinden zurückgegeben zu werden. Wo sonst noch einmal über 300 ha Wald „unnötig“ erworben? Sondern die FAG kauft in großem Stil das gesamte Waldgelände rund um die Startbahn auf. Daß dies nicht gerade aus Liebe zur Natur geschieht, ist wohl klar.

Wer heute noch daran glaubt, daß die geplante Flughafenverlängerung einzig und allein aus dem Bau einer zusätzlichen Startbahn besteht, der muß mit Blindheit geschlagen sein. KR/Gruppe Frankfurt

## »Nehmt den Börner auf die Hörner«

Über 12.000 Menschen demonstrierten am 7.12. erneut in Rüsselsheim gegen die Startbahn West. Zu der Kundgebung auf den Rhein-Wiesen hatten die Blind der BBU aufgerufen. Der BBU verlegte seine Jahreshauptversammlung an diesem Wochenende aus Solidarität nach Mörfelden-Walldorf. Ein „Bundesweiter Sternmarsch“ wie von den Veranstaltern geplant wurde es allerdings nicht. Gekommen waren wiederum hauptsächlich die Leute aus den anliegenden Gemeinden, die wenige Tage später erneut ihre Kampfbereitschaft unterstrichen, als 5.000 in einem Fackelzug gegen den Waldverkauf der Gemeinde Flörsheim demonstrierten.

Interessante Redner auf der Kundgebung waren der stellvertretende Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Rüsselsheimer Opel AG, Rudi Müller und der alte BBU-Vorsitzende Schumacher. Rudi Müller wandte sich klar gegen den Bau der Startbahn und warf der Landesregierung vor, mit Hoffnungen auf neue und Angsten um vorhandene Arbeitsplätze Politik zu machen.

„Diesem makabren Spiel treten wir entschieden entgegen“, sagte Müller und erklärte weiter: „Wir meinen, daß der Bau der Startbahn West den gewerkschaftlichen Forderungen nach einem qualitativen Wachstum widerspricht, da er die Lebensqualität im Rhein-Main-Gebiet negativ beeinflusst.“

Schumacher griff Börner und die heimische Landesregierung immer wieder scharf an und forderte die Bürger auf, Börners Herrschaft zu würgen. „Wer handelt, ohne zu denken“, sagte er in Anspielung auf eine der typisch arroganten Äußerungen des Regierungschefs, „soll seinen Hut nehmen“. Sollte Börner dieser Forderung zum Rücktritt nicht nachkommen, sei es Sache der Bevölkerung ihn zu Fall zu bringen.

„Nehmen Sie Herrn Börner auf die Hörner“, rief Schumacher den Kundgebungsteilnehmern zu und forderte sie auf, Wählergemeinschaften zu den im Frühjahr anstehenden Kommunalwahlen zu bilden. Hierin liegt die Forderung auf offene Ohren.

## Börner zecht, Karry stolpert

te der hessische Steuerzweck da zu. Ein Wunder bleibt es bei diesem strapaziösen Programm, daß es den Ministerpräsidenten in einigen freien Minuten doch noch gelang, die vorgeordnete Tagesordnung (gemeint die politische...) zu absolvieren, was allerdings nur noch „reine Formache“ gewesen sein soll („FR“ 4.12.). Der gefällige Beschluß – Pilotprojekte für das Kabelfernsehen – wird den Un-terzeichnern sicher noch weitere rauchende Feste bescheren. Laufen die Projekte erst einmal in der gewünschten Weise an, dürfte sich die Werbebranche kaum lumpen lassen.

Doch jede Party zu ihrer Zeit. Zunächst einmal traf sich ein Teil der Runde am 10.12. im Frankfurter Römer wieder, um danelbst den 60. Geburtstag des Beinahe-Kollegen Dregger („Django“) zu begießen. Börner – „Hoch die Tassen“ – war natürlich wieder dabei. Trinkfest, wie er kraft Amtes geworden ist, gelang es ihm dabei augenscheinlich, den CDU-Vorsitzenden persönlich abzuholen. Kuhl, der Dregger als einen „Wertkonservativen“ (!!) würdigte

Fortsetzung nächste Seite





# Großflughafen München II oder:



Fortsetzung von vorheriger Seite

betonte die Zugehörigkeit des Subjektiv zur Kriegsgeneration, um schließlich ins Mikrophon zu treten: „Niemand hat das Recht, der kommenden Generation das zu verweigern, was uns als Geschenk überkommen ist“ (Hess, Rundfunk, 10.12.). Böse Zungen behaupten, Dregger, eine Reagan-Piktore am Revers, habe vor Bogenstellung einen Colt gezogen und in die Decke geballt, doch Gastgeber Wallmann ließ dementieren: Der Knall sei beim Entlocken einer Sektflasche entstanden...

So erzeugt man Stilleverdrossenheit. Doch noch schlimmer scheint der Schaden zu sein, den der hessische Wirtschaftsminister, Heinz Herbert Karry, in der öffentlichen Meinung durchsetzt. Karry treibt es vorzugsweise mit Bauunternehmern, eine Branche, die in Hessen den Vergleich mit ihren sizilianischen Kollegen jedenfalls nicht zu scheuen braucht.

Diese Herren haben sich in einer Weise betätigt, die man selbst „Werbewerbestöße“ nennt. Baut z.B. die Stadt Frankfurt ein U-Bahn-System, so sprechen die Firmen untereinander ab, wer welches Teilstück übernimmt, aber nicht nur das, sondern auch die diesbezüglichen Preise. So teilt das städtische Revisionamt Frankfurt fest, daß die Stadt beim U-Bahnbau auf diese Weise bis zu 25% überhöhte Preise zahlen dürfte, bei einem Kostenvolumen von 100 Mio. DM immerhin 40 Mio. („FR“, 10.12.) So was fällt dann einigen Beamten, die damit beschäftigt sind, auf, und in ihrer grenzenlosen Naivität helfen sie die dafür vorgesehenen gesetzlichen Schritte ein. In diesem Fall war es der Kartellbeauftragte Karry (das Landeskartellamt ist dem Wirtschaftsministerium untergeordnet), der Verdachtsmomente bei 120 (vorwiegend hessischen Bauunternehmen sammelte, Durchsuchungsbefehle beim Wiesbadener Amtsgericht einholte, das Bundeskartellamt zwecks Hilfe bei der Aktion einschaltete und das Landeskriminalamt samt 300 Polizisten mobilisierte. Doch mit seinem eigenen Chef hatte er nicht gerechnet. Karry blieb die Durchsuchungsaktion zum Erlausen aller Beteiligten in letzter Minute ab. Angesichts des Ärgers mit dem Flughafenbau wollte er sich nicht noch „mit weiteren Problemen beschäftigen“. Eine menschlich verständliche, aber rechtlich wenig stichhaltige Argumentation. Deshalb erklärte Karry drei Tage später, er habe „prüfen“ müssen, ob die „Verdachtsmomente“ gegen einige der beschuldigten Unternehmen „ausreichend begründet sind“ („FR“, 9.12.). Nun war die Justiz muer. Denn wenn ein unabhängiger Richter die Durchsuchungen ausnahmsweise schon mal für rechtmäßig hält, dann läßt man sich nicht gern von einem Wirtschaftsminister belahren. Das klingt ja grade so, als ob die deutsche Justiz unternehmerfeindlich wäre! Also gab Karry als dritte Version zum Besten, der verdächtige Kartellbeamte habe ihm die Akte zu spät hereingereicht. Doch der Sündenbock fühlte sich ungerecht behandelt. Eine ganze Woche lang lag die Akte bei Karry und seinem Staatssekretär gelegen, ihm sei es „rätselhaft“, weshalb der Minister erst im letzten Moment und nicht schon früher „die Ampel auf Rot schaltete“ („FR“, 10.12.).

Karry hingegen tat leider nichts, um des Rätsels Geheimnis zu lüften. Klar ist nur soviel: Der verantwortungsvolle Kartellbeamte soll gefeuert werden (Hess, Rundfunk, 11.12.). Ob das wohl der letzte Akt in diesem dramatischen Loyalitätskonflikt ist, in dem sich der Minister befindet, Eisernte „Pflege“, andererseits „Pflege“ der Wirtschaft sein zu müssen. Da kann einem schon mal die Bestimmung der Hauptseite danebengehen.

K.N./Gruppe Frankfurt

## Wie Bayern versucht, Anschluß an die »große weite Welt« zu bekommen

Luftverkehr ermöglichte die Anbahnung und Fortführung der hierzu erforderlichen Geschäftskontakte. Schließlich trage der neue Flughafen auch zum Ausgleich bestehender Standortnachteile der bayerischen Wirtschaft bei.“ (SZ, 3.11.80)

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch ein Kommentar in der „FAZ“ vom 15.11., der als Haupttriebfeder des Luftverkehrs „die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft, vor allem die wachsende Ausdehnung neuer Tochterunternehmen im Ausland“ anführt.

### Der Trick mit der Standortwahl

1963 setzte der frühere bayerische Wirtschaftsminister Otto Schedl eine Kommission unter dem Vorsitz des damaligen Arbeitsminister Oechsle ein, um Standortuntersuchungen vornehmen zu lassen. Unter den 20 überprüften Standorten rangierte das Erdinger Moos aufgrund schlechter Wetterbedingungen ganz hinten an.

anwesend war Als dieser mit den Worten „jetzt hab ich genug Schmarren gehört“ aus dem Festzelt ausstieg, entstand ein Tumult, bei dem Ertl leicht verletzt wurde.

1971, nach dem Beschluß des Münchner Stadtrats, Riem aufzulösen, zogen die Moos-Bauern nach Riem und machten mit Sprechchören auf sich aufmerksam. 7000-10.000 Menschen schlossen sich protestierend ihrem Marsch durch München an. 1972 kam es zum Aufstellen des bekannten „Maibums von Acherding“, dessen Spitze mit einem Totenkopf und gekreuzten Knochen verziert und mit Särgen behängt war, die die Namen der Minister des damaligen bayerischen Kabinetts trugen (Goppel, Hansauer...).

„Die Särge hier oben die hängen noch still für den der trotz Nebel den Flughafen will. Luftgetrocknet in Ewigkeit für Fehler, die kein Gott verzeiht.“ Diese Aktionen wurden begleitet

von dann den Planfeststellungsbeschlüssen, was einer Baugenehmigung für München II gleichkam. Als die FMG am 8.1.80 trotz eines Stillhalteabkommens mit dem Gericht damit begann, im Erdinger Moos Bäume zu roden, besetzten 100-150 Flughafengegner die Zufahrt zu dem bedrohten Waldchen. Sie befürchteten, daß die FMG mit dem vorzeitigen Bau beginnen und vollendete Tatsachen schaffen wollte. Denn das gesamte Gelände wurde derzeit neu vermessen, Baumaßnahmen abgesteckt und es wurde gebohrt, sogar auf Gelände, das sich noch gar nicht in Besitz der FMG befand. Sie hatte weder eine Rodungsgenehmigung, noch waren die dafür zuständigen Behörden informiert worden.

Drei Tage später, am 12.1., sogen etwa 200 mit Schaufeln, Pickel und Spaten bewaffnete Menschen zu einer von der FMG ausgeschütteten Straßentrasse, um diese wieder zuzuschaffen und Bäume darauf zu pflanzen. Ein Radladerfahrer, der ihnen



1966 kam München in Zeitdruck. Die Stadt hatte sich damals als Austragungsort der Olympischen Spiele 1972 beworben und wollte natürlich bis dahin mindestens eine der vier geplanten Startbahnen fertiggestellt haben. Außerdem spielte ein weiterer Faktor eine Rolle. In Erwartung der baldigen Stilllegung Riem hatten die Wohnungseigentümer nämlich fette Beute gewittert und rund um die einzige Start- und Landebahn die Hochhäuser wie Pilze aus dem Boden schießen lassen. („Mainpost“, 29.4.) Dadurch wurde nicht nur das Gefahrenpotential um ein Vielfaches erhöht, sondern auch die Zahl der fluglarmgeschädigten Bürger, die natürlich auf eine baldige Stilllegung der Lärmquelle drängten.

Am 18.10.66 wurde für den Hofoldingen Forst, der bisher als dritter Standort für den neuen Großflughafen galt, ein Raumordnungsverfahren eingeleitet. Dieser Standort wurde bald aufgegeben. Angeblich wollte man das dortige Waldgebiet nicht zerstören! Doch genügt hatten wohl eher die besseren Leute von München-Süd unter dem Vorsitz solch einflussreicher Persönlichkeiten wie dem ehemaligen Präsidenten des bayerischen Landtags, Rudolf Hansauer. Hansauer war es auch, der mit einem mysteriösen anonymen Gutachten Erding als geeigneten Flughafenstandort ansprach, obwohl ein zur gleichen Zeit erstelltes Gutachten des deutschen Wetterdienstes für das Erdinger Moos 60% mehr Nebeltage als in Riem errechnet hatte.

Der Widerstand flammt auf Als 1967 das Standortverfahren für das Erdinger Moos eingeleitet wurde, gründete sich eine „Schutzgemeinschaft Erdinger Moos“, die mit spektakulären Aktionen den Kampf um ihre bauerliche Heimat aufnahm. In Freising und Erding wurde mit Fahrzeugkolonnen der Verkehr lahmgelegt, was eine Anzeige wegen Landfriedensbruch zur Folge hatte. Im Juli 69 veranstaltete die Schutzgemeinschaft auf einem Volksfest in Pulling im Bezirk eine Kuchengabe bei der auch Landwirtschaftsminister Ertl

von einer regen Öffentlichkeitsarbeit. Es wurden 40.000 Unterschriften gesammelt, tausende von Plakaten geklebt. Mit Erfolg: 27.000 Einsprüche gegen das Projekt wurden registriert, die damals auf 123 Terminen

### Der Glaube an den Rechtsstaat

Danach blieb es jahrelang ruhig im Erdinger Moos. Anstelle der Bauern, die mit hohen Entschädigungssummen zum Verkauf ihrer Grundstücke bewegt worden waren, waren in der Schutzgemeinschaft aus hauptsächlich noch Eigenheimbesitzer, also Mittelständler und Selbständige vertreten, die sich darauf vorbereiteten, den verwaltungsrechtlichen Weg zu beschreiten, sobald der Planfeststellungsbeschluss durch die Regierung von Oberbayern veröffentlicht werden sollte. Sie gaben sich der Hoffnung hin, daß der Beschluß „fällt“. Geschürt wurde diese Hoffnung besonders von deren Vorsitzenden Oskar Vincenti, zweiter Bürgermeister von Eitingen und CSU-Kreisrat. Auch Käthe Winkelmann, Exbürgermeisterin von Neufahrn, die heute für die Grünen im Rennen geht, meinte: „Da glaube ich eben doch noch an den Rechtsstaat. Da kann nichts schiefgehen“ („FR“, 27.9.).

Weniger optimistisch gab sich Franz Leutner, Sprecher einer der vielen örtlichen Bürgerinitiativen, die sich mittlerweile gebildet hatten. Er, der sich selbst als „roter Grüner“ bezeichnet, erklärte:

„In den Verfahren wird mühsam der Schein der Rechtmäßigkeit aufrecht erhalten. Wir begreifen das Spiel schon als gelauert. Es ist relativ klar, was am Ende dabei herauskommen muß.“ Er und andere Mitglieder der Erdinger Aktion setzen eher auf den aktiven Widerstand und bemühen sich dabei um eine Zusammenarbeit mit den Frankfurter und Stuttgarter Anti-Flughafen-BI's (nach „FR“).

### Vorzeitiger Baubeginn

Im Sommer letzten Jahres veröffentlichte die oberbayerische Regie

dabei behilflich war, wurde später zu einer Geldstrafe von 1250 DM verurteilt. Die ganze Aktion war nämlich von Zivilunfällen beobachtet und gefilmt worden (dieses und alle vorhergehenden „historischen“ Informationen aus „ID“, 29.8.). Mit Spannung sah man dem Prozeßbeginn ins Auge.

### Der Prozeß

Gesamt 5724 Klagen waren eingereicht worden. Der Prozeß gegen den Großflughafen München II sollte zum größten Prozeß werden, den die BRD je erlebt hatte. So hofften zumindest die Flughafengegner. Doch es sollte ganz anders kommen.

Angeichts der Flut von Klagen hatte das Verwaltungsgericht entschieden, nur einen Teil der Klagen (12 Gemeinden und 28 Privatpersonen) als sogenannte „Musterklagen“ zuzulassen. Es folgte damit dem Beispiel des Verwaltungsgerichts Schleswig, das ebenfalls unter Umgehung der Verwaltungsgerichtsordnung, das Musterverfahren gar nicht vorzucht, beim Verfahren über den Flughafen Hamburg-Kaltenkirchen aus 1331 Klägern 44 Musterklagen machte.

Diese „Radikalkur“ sollte denn auch Gegenstand des ersten Prozeßes werden. Nur 120 Sitzplätze standen zur Verfügung. Der Saal und seine Umgebung waren gesichert „wie sonst nur bei Terroristenprozessen“ („FR“, 30.4.). Sailer, einer der Rechtsanwältin der Flughafengegner, schon bekannt aus früheren „Umweltschutz-Prozessen“, erhob gegen diesen Willkürakt der Justiz Verfassungsklage. Wesentliche Argumente der 5684 übrigen Kläger wurden ungehört bleiben. „Sie sollen erst dann zum Zug kommen, wenn das Verfahren durch möglicherweise drei Instanzen abgeschlossen ist. Sollten die Musterklagen unterliegen, sind zum Zeitpunkt ihrer eigenen Verhandlungen für die anderen Kläger längst null und nicht einmal mehr eine akute mündliche Angelegenheit, sondern schlichtweg eine lächerliche!“

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

(„Münchner Merkur“, 18.3.). Die Verfassungsklage Sailer wurde vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe damit quittiert, daß den 153 Mandanten Sailer eine „Mißbrauchsgebühr“ von je 100 DM auferlegt wurde, da sie „offensichtlich“ nur eine Verzögerung des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens erreichen wollten („SZ“, 1.4.).

Die beschämende Reaktion des Bund Naturschutz auf diese Entscheidung lautete: „Wenn überhaupt noch ein Erfolg möglich ist, dann in Bonn.“ (der BN besitzt ein drei Quadratkilometer großes Spargrundstück auf dem zukünftigen Baugründe und hatte sich schon beschwert, daß er nicht vor Gericht geladen worden war).

## Den Rechtstest beordigt

Wesentlich erfreulicher reagierten die Vereinten Bürgerinitiativen. Am Karfreitag, dem 4. April, trugen sie den Rechtstest zu Grabe. Während eines symbolischen Trauergottesdienstes kündigte man eine Bauplatzbesetzung im Falle des Baubeginns an. Diese Form des gewaltfreien Widerstandes sollte jedoch zuvor in der Öffentlichkeit diskutiert werden („NN“, 5.4.). Visconti (CSU), Sprecher der „Schutzgemeinschaft“ kloppte damals noch große Sprüche: „Wir werden bis an die Grenze des geistlich Erlaubten gehen“ („Mainpost“, 9.4.).

Um Geld für die Mißbrauchsgebühr zu bekommen, führte die BI Freising-Pullach eine Blutspende-Aktion durch, deren Erlös man den sozial schwachen Käufern zur Verfügung stellte („Augsburger Allgemeine“, 24.4.).

## Worum geht's beim Prozeß?

Eine Schilderung des weiteren Prozeßverlaufs will ich mensch nicht vorantreiben, aber ersparen. Die Einwände der Flughafengegner und hauptsächlich ökologische als auch verkehrswirtschaftliche. Es geht um die Zerstörung von 2600 Hektar Natur. Bayerns größtes Trinkwasserreservoir geht vor die Hunde, die Landwirtschaft, insbesondere Gewürz- und Tobaakbau (20% der BRD), wird zu nichts gemacht, den Landwirten ihre Existenzgrundlage entzogen, ebenso den vielen vom Aussterben bedrohten Vogelarten, die die FMG beachtet, „Mit Hilfe von Fallen oder durch Vergiftung“ zu reduzieren. Das

Tobaakbau (20% der BRD), wird zu nichts gemacht, den Landwirten ihre Existenzgrundlage entzogen; ebenso den vielen vom Aussterben bedrohten Vogelarten, die die FMG beachtet, „Mit Hilfe von Fallen oder durch Vergiftung“ zu reduzieren. Das solle man jedoch laut FMG von „Umwelt- und Tierschutzgruppen... so geheim wie möglich halten“ (aus: „Airport Forum“, Heft 4/76; zitiert in „ID“, 28.8.).

Die Verfechter des Großflughafens, die Regierung von Oberbayern, die FMG, Politiker von CSU bis SPD und natürlich vor allem die bayerischen Kapitalisten wollen trotz vieler ernstzunehmender Bedenken mit der Holzhammermethode das Wohnlandschaftsprojekt durchziehen. Gerechtigkeit wird dies mit Prognosen über einen Anstieg des Flugverkehrs. Die Tatsache, daß die BRD das dichteste Flugverkehrsnetz aller Länder hat, ist wohl eher darauf zurückzuführen, daß der Flugverkehr gehört aus der Bundeskasse subventioniert wird, indem die Mineralölsteuer erlassen wird. Sonst wären die Flugpreise um 35 % höher. Außerdem sind 80 % der inländischen Flugpreise Geschäftsreisen, die der Steuerzahler indirekt über die Produktpreise mitzubezahlen hat („Neue“, 12.8.).

Völlig unbelegt nimmt die Filzkarte aus Staat und Kapital ebenso die Tatsache hin, daß laut Aussage eines Meteorologen das Erdinger Moos noch wesentlich schlechteres Wetterbedingungen aufweist als Riem und damit zum Flughafen mit der ungünstigsten Wetterlage der BRD werden würde.

Die Frage des Lärmschutzes der betroffenen Bevölkerung wurde kurzweilig aus der Beurteilung des Planfeststellungsbeschlusses ausgeklammert, nachdem sie zuvor wochenlang Verhandlungsthema war („SZ“, 3.11.).

## Strauß spricht ein Mechtwort

Die FMG drängte darauf, endlich mit dem Bau beginnen zu können. Nachdem der für den 1. August festgesetzte Baubeginn wegen der Verzögerungen im Prozeß (Hofangenhaltungsgegenüber und Richter, Verfassungsbeschwerden usw.) nicht durchgeführt werden konnte, wurden nun alle Hölzer in Bewegung gesetzt, die Sache in die Gänge zu bekommen.

Schließlich verursacht jedes Jahr Verzögerung Mehrkosten in Höhe von 150 Millionen Mark („SZ“, 3.11.).

Franz Josef Strauß persönlich regte schließlich laut glaubwürdigen Gerüchten auf einer internen Ministerstabsitzung einen Baubeginn nach den Bundestagswahlen an („SZ“, 27.6.). Und prompt wurde der endgültige Baubeginn auf den 3.11. verschoben. Und dann ging's Schlag auf Schlag.

Die eigentlich von Anfang an zum Prozeß eingeladenen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland, zu 26 % in der FMG vertreten, meldeten sich erstmals zu Wort, als es darum ging, Bedenken auszuräumen, daß der benachbarte Militärflugplatz Erding durch den geplanten Großflughafen in seinem Flugbetrieb gestört werden könnte, was natürlich nicht der Fall ist. Wer das Interview mit dem Frankfurter Flughafen-Gegner im AK 189 bis zum Ende gelesen hat, der weiß, daß der Flugbetrieb von Militärmaschinen durch Großflughäfen ganz sicher nicht behindert wird, im Gegenteil.

Dampf machte auch SPD-Stadtrat Mammel, bezeichnenderweise Vorsitzender der „Aktionsgemeinschaft gegen den Flughafen München-Riem“, der die berechtigten Interessen der larmgeschädigten Riemer Bürger gegen die Interessen der zukünftig larmgeschädigten Erdinger Bürger auf niederrichtige Weise ausspielt. Durch die Bauverzögerungen würden die Leiden hunderttausender larmgeschädigter Münchner unnötig verlängert („Münchner Merkur“, 11.7.).



## Kriminalisierung der Flughafen-Gegner

Gleichzeitig setzte eine wahre Kriminalisierungswelle gegen die Flughafengegner ein. Schon zu Prozeßbeginn gab es unerträgliche Sicherheitsvorkehrungen, die den Eindruck erweckten, es handle sich um einen „Terroristenprozeß“ (so die „FR“ vom 30.4.).

Schon am 21. Januar dieses Jahres hatte eine Polizeikolonne vor der Kirche in Franzheim stattgefunden, die dem geplanten Großflughafen zum Opfer fallen soll. Eifrige Beamte hatten im Auftrag des Innenministers Tandler die KFZ-Kennzeichen von Gottesdienstbesuchern notiert, um möglichen „Straftaten“ vorzubeugen. Tandler stellte einen Zusammenhang zwischen den „Brenner Krawallen“ und dem Kampf gegen den Flughafenbau her und meinte, „allein dem Einsatz der Polizei sei es zu verdanken gewesen, daß dort blutige Auseinandersetzungen bislang vermieden worden wären“ („SZ“, 3.6.).

Der örtliche evangelische Kirchenvorstand, der im Gegensatz zur katholischen Kirche hinter den Flughafengegnern steht, beauftragte den Pfarrer von Neufahrn, Ralf Guggenmoos, gegen die „totalitären Praktiken der Staatsmacht“ zu protestieren („SZ“, 3.6.).

Der Zweck der „vorbeugenden Maßnahmen“ ist klar. Ein Gorleben im Erdinger Moos soll von vornherein verhindert werden, was Riem, Chef der FMG, hält die bayerische Bevölkerung für „weniger geeignet“ (in: „Schaufeldstellungen“). In der Wendland. Derartige Überlegungen könnten letztlich auch nur von „offiziellen Stellen“ ausgehen, so Tandler (stern, 4.9.). Woher wir sehen, ob der Spitzplatz auf fruchtbaren Boden fiel.

## Offizieller Baubeginn

Als am 31. Oktober vom Gericht der sofortige Baubeginn so mir nichts dir nichts einfach für zulässig erklärt wurde, kam es denn auch zwangsläufig zu den altbekannten Auseinandersetzungen über die Form des Widerstands. Die BI in den betroffenen Gemeinden haben in den vergangenen Monaten andere Vorstellungen von einem effektiven Abwehrkampf entwickelt als die zunächst der CSU angehörenden Dorf-Politiker bereit sind mitzuwirken, trotz der großen Sprüche, die vorher geklopft wurden. Während die BI aus dem Grundgesetz das Recht zum Widerstand ableiten, distanzieren sich die Herren CSU-Politiker von dieser Interpretation des Artikels 20, Absatz 4. Die rechtsstaatliche Ordnung sei durch den Baubeginn „in keiner Weise“ gefährdet, hieß es da plötzlich.

Im Gegensatz zur Distanzierung der Politiker schien die Haltung der evangelischen Kirche recht erfreulich zu sein. Pfarrer Guggenmoos sagte seine Teilnahme an der für den 4.11. geplanten unstrittenen Demonstration im Erdinger Moos zu. Am Tag der Demonstration wurde dann leider deutlich, daß der Spitzplatz sich der Person des Pfarrers bemächtigt hatte. Vor 2000 Menschen, die sich trotz Nebels (!) und eisiger Kälte am Bauplatz eingefunden hatten, rief er dazu auf, den „Weg der Gewaltlosigkeit“ zu gehen. „Wir haben entschieden, daß wir ihnen, den Bauherren, die Zufahrtsweg nicht versperren, daß wir ihnen nicht die Scheuflur von den Baggern montieren (was hat das mit Gewalt zu tun? Anm. d. Verf.) und daß wir dieses Land nicht durch spektakuläre Aktionen zusätzlich erschrecken.“ Man dürfe schließlich nicht riskieren, als „Cholera, Systemveränderer und Kommunisten“ abgestempelt zu werden („NN“, 5.11.).

Trotz dieser traurigen Abgrenzung liegt es in seiner Einschätzung unserer sich so freibewilligen Bundesrepublik goldrichtig: „Der Staat hat uns die Fresse der Diktatur gesetzt.“ Seinen Aufruf zur Gewaltlosigkeit begründete er damit, daß die „uns mit uns unteren Frauen und Kindern niederknüppeln“ würden („MM“, 5.11.).

Gar nichts begriffen hatte der Sprecher vom Bund Naturschutz. Er drohte: „Hoffentlich die Polizei zu Hilfe zu rufen“, wenn die Bagger der FMG anrückten würden!

## FMG sorgt für vollendete Tatsachen

Doch diese sind mittlerweile schon mit Volldampf dabei, im Moos vollendete Tatsachen zu schaffen. Es

## FMG sorgt für vollendete Tatsachen

Doch diese sind mittlerweile schon mit Volldampf dabei, im Moos vollendete Tatsachen zu schaffen. Es wurde bereits damit begonnen, den Grundwasserspiegel zu senken, im Februar soll ein 3-Bahn-Tunnel gebaut werden, und im Oktober wird dann die Passagierabfertigungshalle in Angriff genommen. Spätestens 1986 soll der Flugbetrieb aufgenommen werden. Auch Gedanken über die Sicherheit des Fluglärms werden schon gesponnen. Falls man die 1800 zusätzlichen Polizisten nicht zusammenbekommt, würden „Schwarze Sheriffs“ für den „Objektschutz“ vorrücken sein („SZ“, 13.8.).

Außerdem gibt es schon jahrelang Planungen der Luftkassen, einen Teil ihres Betriebs nach München zu verlegen (AK 189, S. 37).

Auf der Grundlage dieser weitreichenden Überlegungen wird der derzeit laufende Prozeß zur reinen Farce. Auch wenn die Diskussion, „wie sie in diesem Land selten geführt worden ist“, im Gange ist, wenn sich die evangelische Landeskirchensynode mit München II beschäftigt, wenn die evangelische Jugend in Bayern sich gegen das Projekt ausgesprochen hat und die Wortradikalität der wütenden Flughafengegner durch nichts mehr zu übertreffen ist... Wenn nicht endlich etwas Wirkendes für den Objektschutz im Erdinger Moos getan wird, dann wird die Wut bald der Resignation weichen.

Eine Genoa in Nürnberg

## Letzte Meldung: WAA in Regensburg?

Wie „Die Woche“ v. 10.12.80 berichtet scheint sich die Zusage der bayerischen Landesregierung unter Franz Josef Strauß, „zu prüfen, ob ein geeigneter Standort für eine Wiederaufbereitungsanlage in Bayern vorhanden ist“ zu konkretisieren. Im Raum Schwandorf-Wackersdorf (in der Nähe von Regensburg) soll laut Planung für 7 bis 10 Mrd DM eine Wiederaufbereitungsanlage errichtet werden. Obwohl das zuständige Umweltministerium heftig demotiviert, und - in „Die Woche“ bereits Geowissenschaftler bereits dabei, den Boden genauer zu erkunden.

## Sind Demonstranten Freiwild?

Oldenburg: Am 14. Sept. 1979 hatten etwa 120 AKW-Gegner anlässlich der beginnenden Tiefbohrungen in Gorleben die Bahngleise besetzt. Kurz vor dem Ablauf der Aktion - die AKW-Gegner wollten die Gleise freieräumen - griff die Polizei mit Hunden und Chemical Mace ein. 23 AKW-Gegner wurden festgenommen und erkrankungsdienlich behandelt. In bisherigen Verfahren erhielten die AKW-Gegner wegen „Nötigung“ Geldstrafen zwischen 450 und 1000 DM. Einer der Gleisbesitzer, Ingo H., soll zusätzlich ein Berufsverbot, ja sogar Studiumsverbot bekommen. Er wird als „Rädelsführer“ beschuldigt, weil er vor Ort die Beschlüsse der BI öffentlich bekanntgemacht hatte. Die Bezirksregierung wollte ihm ein Praktikum an einer Schule verweigern, was im Oldenburger Studiumspflichtgesetz zu absolvieren ist. Er habe „keinen guten Leumund“, außerdem sei eine Einstellung nach dem Beamtengesetz nicht möglich, „wenn der Student wegen einer vorzeitigen Tat zur Frei-

heitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wurde“. Da scheint sich die Bezirksregierung sehr sicher, denn das Gerichtsverfahren gegen Ingo H. hat noch gar nicht stattgefunden!

Aufgrund des Protestes der Studenten intervenierte auch der Uni-Präsident gegen diesen Berufsverbot, daß „die Gefahr in sich berge, entweder die Bereitschaft zum Engagement für das Gemeinwesen zu schwächen oder aber die Polarisierung zu verstärken“.

Dies könne auch nicht „im Interesse eines demokratischen Staates“ liegen. Auf der letzten Uni-VV wurde bekanntgegeben, daß die Bezirksregierung das Berufsverbot gegen Ingo H. erst einmal zurückgezogen hat. Dies ist ein schöner Erfolg der Solidarität. Doch damit dürfte die Sache keineswegs ausgestanden sein. Allein vier Gerichtsverfahren stehen für die Gleisbesitzer noch aus. Darüber insbesondere das Verfahren gegen Ingo, bei dem die Landesregierung jetzt schon eine Verurteilung von einem Jahr Gefängnis vermutet.

## Berufsverbot gegen AKW-Gegner

In schöner Regelmäßigkeit sind bayerische AKW-Gegner vor nationalen Großaktionen an den bayerischen Grenzen von der Polizei festgesetzt worden. Zwei Nürnberger AKW-Gegner stellten daraufhin Anzeige wegen Freiheitsberaubung. Der erste Prozeß (anlässlich der 3. Brokdorf-Demo) wurde bereits verloren, im zweiten (anlässlich der Kalkar-Demo) ist die Verhandlung abgeschlossen, das Urteil steht jedoch noch aus.

Briaant ist an diesem Fall, daß es sich um eine genehmigte Großaktion handelte (im Gegensatz zu Brokdorf III). Immerhin waren aber rund 20.000 Demonstranten wegen der Polizeizektionen gar nicht nach Kalkar gekommen. Die bayerische Polizei machte es sich noch einfacher. Sie ließ die Demonstranten erst gar nicht weiterfahren.

Man konnte also gespannt sein, wie die Polizei ihr Vorgehen rechtfertigen würde. Die Staatsanwaltschaft hielt die Eröffnung des Prozesses für ungerechtigt, da es schon im Brokdorf-Fall ein Urteil gesprochen worden war (für sie gibt es also nicht einmal einen Unterschied zwischen genehmigten und nicht genehmigten Demonstrationen). Dann legte sie umfangreiches Material aus den Polizeikolonne vor. Danach sind alle Bürgerinitiativen minutiös ausplündert

worden. Untermischt wurden dann auch noch einige „Inten“ des VS über zu erwartende „Gewalttaten“. Andererseits existiert auch ein Rundschreiben, in dem Dr. Ziegler vom bayerischen VS mittelt: „Gewaltakte sind offenbar nicht geplant.“ Der Richter unterstellte dies als wahr und lehnte eine Beweisaufnahme als überflüssig ab. Damit enthielt er sich der unangenehmen Aufgabe, die Spitzel- und Polizeipraktiken genauer unter die Lupe zu nehmen.

Der Staatsanwalt geht davon aus, daß das Vorgehen der Polizei rechtmäßig gewesen sei. Sie müsse das Recht haben, bei jeder großen Versammlung präventiv (vorbeugend) einzugreifen, um damit die Friedfertigkeit garantieren zu können. Danach darf die Polizei vor jeder Demonstration mögliche Demonstranten festsetzen. Sie braucht dann dafür nicht einmal einen konkreten Anlaß. Nicht zu bestreiten ist, daß sich die Polizei dieses Recht herausnimmt. Interessant wäre jedoch, ob diese Liquidierung des Demonstrationsrechts auch noch gerichtlich bestätigt werden soll.

Die Entscheidung dieses Gerichts steht in einigen Wochen an. Wir werden dann weiter berichten (Nach Prozeßberichten).

AKW-Nein-Kommission

sonst auch noch gerichtlich bestätigt werden soll.

Die Entscheidung dieses Gerichts steht in einigen Wochen an. Wir werden dann weiter berichten (Nach Prozeßberichten).

AKW-Nein-Kommission

# GÖRLEBEN

AKTUELL

## Atommülllager: Entsorgung gesichert?

**Schwerpunktthema über die derzeitige „Entsorgung“ strategien der Bundesregierung, sowie zur Auseinandersetzung um das Atommülllager Gorleben. Ferner Bundeskonferenz Bremen, Lingen-Nachlese, Aktion der Gorleben-Frauen u. v. m.**

Preis DM 2,- (36 Stk.), ab 10 Exempl. 1,80 DM über G. Harms, Bültenweg 67, 2120 Lüneburg







# »MRCA – Tornado« Geplante »Mißwirtschaft« der Rüstungsfanatiker

Auf einer Sitzung des Bundeskabinetts in der kommenden Woche soll über die Finanzierung des Mehrzweckkampfflugzeugs (MRCA) »Tornado« diskutiert werden. In der jüngsten Zeit ist mit viel Lamento und (geplante) Entsetzen eine »Finanzierungsücke« entdeckt worden, die allein in diesem Jahr 333 Mio Mark ausmacht, 1981 werden es schon 800 Mio Mark sein. Diese zusammen 1,3 Milliarden sind im Bundeshaushalt 1980 nicht vorgesehen, und jetzt wird sich Gedanken gemacht über das Stopfen des Lochs und über die Hintergründe der Misere. Letzteres ist natürlich umstritten. CSU-Landesgruppen-Chef Zimmermann wirft der SPD eine generell feindliche Einstellung zur Bundeswehr vor, und der CDU-Militarist Wörner hält Kriegsmilitarist Apol für voll verantwortlich. Im Hause Apol müssen nach der denkwürdigen Aussage des Ministers »Ich bin doch kein Schwein« (»Welt«, 10.12.) drei hohe Beamte ihre Sessel räumen.

Der »Tornado« sollte 1967, zu Zeiten der Grundsatzzurückweisung für dieses Projekt, rund 10 Mio. Mark kosten, inzwischen liegt der Preis bei etwa 70 Mio, und der Zeitpunkt ist absehbar, an dem die 100 Millionen-Mark-Grenze erreicht ist. Alle Preise gelten natürlich pro Stück (322 »Tornados« sollen in die BRD geliefert werden) – sind verschlungen Millionen.

Die Aufregung, die jetzt über die immense gestiegenen Kosten für den »Tornado« in der Öffentlichkeit dargestellt wird, ist vorgetäuscht. Denn seit Jahren gibt es Warnungen sozialdemokratischer und liberaler Kritiker dieses Projekts, die schon damals genau die heute gültigen Preise für den »Tornado« errechnet hatten! Aber diese Warnungen z.B. der SPD-Bundestagsabgeordneten Schlaga, Hansen und Horn, die bereits 1974 eine solche Entwicklung vorausgesehen ... hatten, waren damals nicht ernst genommen worden! (»FR«, 6.12.). Eine Anfrage von MdB Horn im Frühjahr 1974 über den Sinn des »Tornados« angesichts der absehbar steigenden Kosten beantwortete der damalige Kriegsmilitarist Leber »nur ausweichend. Sein Fraktionskollege Schlaga, der die Systemkosten für einen »Tornado« auf rund 60 Mio Mark hochrechnete (der Preis ist, wie gesagt, inzwischen auf 70 Mio geklettert), mußte sich von dem Chef der bundesdeutschen MRCA-Bauer, Ludwig Boelkow (MBB), anpöbeln lassen: »Alles, was über den Preis von 20 Mio Mark hinaus gesagt wurde, waren Zahlen aus der Märchenwelt!« (»FR«, 6.12.).

Das Interesse der Rüstungsbauer MBB an derartig falschen Zahlen ist, wie wir gleich sehen werden, nur allzu durchsichtig. Im Sommer 1976 ließ sich Leber das »Tornado« Projekt im Verteidigungsausschuß absegnen. Die Abgeordneten Hansen, Reiser, Schlaga (alle SPD) und Möllemann (FDP) wiesen in einer Presseerklärung die Fehler der offiziellen Berechnungen nach. Zusammenfassend schrieben sie: »Bereits zu Beginn der Auslieferung (1979, Anm. AK) kostete ein »Tornado« also mehr als 60 Mio DM. Die Erfahrung zeigt, daß MBB jährliche Preissteigerungen für seine Geräte zwischen 7 und 10 Prozent »voranschlag« und akzeptiert bekam« (»Neue«, 16.12.).

Heute, nachdem diese Warnungen Wirklichkeit geworden sind, bedankt sich SPD-Fraktionschef Wehner auf seine Weise. Er unterstellt, wohl als Rechtfertigung für diese so unerklärliche »Finanzierungsücke«, den Parlamentariern pauschal, sie hätten bei der Beschlußfassung des Projekts geschlafen.

Bundeskanzler Schmidt trug noch seine eigenen Erfahrungen als ehemaliger Kriegsmilitarist bei: »Jedes Rüstungsprojekt auf der Welt werde teurer als ursprünglich angenommen« (»Welt«, 10.12.).

Zahlen für dieses gigantische Rüstungsprojekt und für die Profite der Rüstungskonzerne soll jetzt natürlich der Steuerzahler. Wie die »FAZ« aus »zuverlässigen Kreisen« erfährt, wird aus ein Bankkredit aufgenommen (»FAZ«, 6.12.). Die Kosten dafür trägt die Bundesregierung, d.h. der Steuerzahler. Und dafür soll dann der Nachtragshaushalt 1981 in puncto »Verteidigungsausgaben« so erhöht werden, daß der Kredit wieder abgelöst werden kann. Solche »Finanzskandale« sind also geradezu geeignet dafür, den »Verteidigung«-etat in die Höhe zu schrauben. Schließlich muß sich die Bundesregierung ja auch noch bemühen, ihre »Bündnispflichten« zu erfüllen, und den Etat, wie von den USA gefordert, um 3 % erhöhen.

Zufrieden sind die beteiligten Rüstungsbauer. »So hatte die Kölner Maschinenbaufirma Klockner-Humboldt-Deutz kurz vor dem Erstflug einen höheren Preis für ein Bauteil mit der Drohung durchgesetzt, sonst die Entwicklung einzustellen – kein Einzelfall ...« (»Stern«, 27.11.).

Zufrieden sind auch die Militärs. Sie bekommen mit dem »Tornado« eine weitere gefährliche Waffe in die Hände. Als Nachfolger des »Starfighter« sollen 108 der 322 bundesdeutschen »Tornados« Atombomben tragen.

Mark hinaus gesagt wurde, waren Zahlen aus der Märchenwelt!« (»FR«, 6.12.).

## Kurzmeldungen

### Proteste gegen Rekrutenvereidigung

Lippstadt. Gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung am 12. November demonstrierten 2 - 300 Anunitaristen. Das ist für die örtlichen Verhältnisse eine beträchtliche Anzahl. Die Demonstrationen aus Lippstadt, Paderborn und Soest zogen geschlossen zum Platz der Vertheidigung, der von Feldjägern und Bullen nicht sehr massiv abgeriegelt worden war.

...

In der Bundeswehrstadt Soltau reichten »behördliche Erkenntnisse« über angebliche Gewalttaten aus, um für die öffentliche Vertheidigung am 12. November 300 Bullen aufzubieten. Bei rund 40 Gegendemonstranten immerhin ein Verhältnis von fast acht Bullen auf einen Demonstranten. Hinzu kamen noch einige Auflagen, bestimmte Gebiete nicht zu betreten. Für die Einhaltung dieser Gängelungen sorgten die Bullen mit mehrfachen Aufforderungen. Als Antwort konnten sie sich den blanken Achtern einiger Demonstranten ausliefern.

...

### Parteiordnungsverfahren gegen SPD-Frauen

Der Oldenburger SPD-Vorstand hat in einer vertraulichen Sitzung beschlossen, Parteiordnungsverfahren gegen die frühere Ratscherrin Dr. Heidi Kna-

ke-Werner (seit 11 Jahren SPD-Mitglied) und gegen die Oldenburger ASF-Vorsitzende Irmlene Schachtelbender (13 Jahre in der SPD) einzuleiten. Der ASF-Vorsitzenden wird vorgeworfen, sich trotz SPD-Verbots an einem Aktionsbündnis mit der DKP gegen die öffentliche Rekrutenfeier in Oldenburg beteiligt und auf der Kundgebung des Bündnisses eine Rede gehalten zu haben. Da die Jusos und der Ortsvorstand Mitte zu dieser Kundgebung ebenfalls aufgerufen hatten, aber jetzt gezielt gegen die Frauen vorgegangen wird, liegt der Eindruck nahe, daß die örtlichen SPD-Matadoren an den beiden Frauen, die zum linken Flügel gehören, ein Beispiel statuieren wollen (nach »NWZ«, 24.11.).

### Bullen gegen Heilbronner Stadtzeitung

Nachdem einige Leute am 18.11. Flugblätter in Heilbronn gegen die Rekrutenvertheidigung in Stuttgart verteilt hatten, machten 5 Staatschützer und 2 Bullen eine Hausdurchsuchung bei ihnen. Gezwungen, und leider auch gefunden, wurden »verunglimpfende« Plakate zur Rekrutenvertheidigung. Zusätzlich wurde die gesamte Auflage des Titelblatts der »Heilbronner Stadtzeitung« beschlagnahmt. Den (hergesuchten) Grund lieferte ein Hakenkreuz, das inmitten einer Collage gegen die Kriegsvorbereitungen die zunehmende Faschisierung des Staatsapparates symbolisieren sollte (nach einer Erklärung der Betroffenen aus Heilbronn vom Ende November).

# Trotz des »Wunderofens« von Munster Kriegsgiftbehälter verrotten im Heideboden

120 t Giftgas, darunter ca. 50 t am Bestandes von Stolzenberg sollen in den kommenden Jahren in der Kampfstoffverbrennungsanlage von Munster verrotten werden. Diese Anlage untersteht ausschließlich der bundeswehrbezogenen »Wehrwissenschaftlichen Dienststelle für ABC-Schutz« und mußte bereits während der ersten Erprobungsphase aufgrund ständig neuer Störfälle mehrfach abgeschaltet werden. Am 24.11. begann der Betrieb mit Kampfgas. Trotz vielfältiger Vorproben wurde durch das Verteidigungsministerium der Bau dieses Ofens jahrelang verschleppt. Inzwischen ist die Situation mehr als brenzlich: zahlreiche Kampfgasbehälter sind heute schon völlig durchgerostet. Durch Ausfall der Wasserkühlung könnte es jederzeit aufgrund der Hitzeentwicklung im Kampfstofflager zu einer Katastrophe kommen. Im übrigen dient dieser »einzigartige« Ofen auf absehbare Zeit ausschließlich der Beseitigung von »Zufallsfunden«. Bis heute weigern sich die Verantwortlichen, die in ihrem ganzen Ausmaß noch unbekannten Mengen von Kampfgasbehältern (vorwiegend gefüllt mit Senfgas und Arsen) aus dem Gelände um Munster zu bergen.

## Ein total versauhtes Gebiet.....

Während des 1. Weltkrieges diente der heutige Truppenübungsplatz Munster als Versuchs- und Produktionsstätte für chemische Kampfstoffe.

1919 folgte aufgrund eines Unfalls die gesamte Anlage in die Luft – über 1 Mio. Giftgasgranaten wurden in die Gegend geschleudert.

Im Rahmen fünfjähriger Aufräumarbeiten kam es zu unsicheren Kampfstoffvergiftungen – dennoch konnte nicht alles beseitigt werden.

Die Nazis bauten gleichfalls erneut eine Produktionsstätte für chemische Kampfstoffe und führten geheime Probestöße von Giftgasbomben durch. 1945 hinterließen sie hochgiftige Kampfgasbestände in einer Größenordnung von mehreren zehntausend Tonnen. Man überließ es gänzlich unerfahrenen Privatfirmen, diese Nazihinterlassenschaft im Heideboden zu vergraben – keiner weiß jedoch, wo und wieviel so eingescharrt wurde.

Bis heute wurden erst 70 (!) Tonnen gefunden – ein Bruchteil des tatsächlich vorhandenen Bestandes. »Die Granaten rosten seit mehr als dreißig Jahren und können auslefen; die Zünder rosten, aber auch die Sicherungsschäfte gegen ungewollte Zündung. Ein Maulwurf kann ein ganzes vergessenes unterirdisches Depot in die Luft jagen«, schrieb der »Stern« im Oktober 79. Die »Sicherungsschäfte« gegen ungewollte Zündung. Ein Maulwurf kann ein ganzes vergessenes unterirdisches Depot in die Luft jagen«, schrieb der »Stern« im Oktober 79.

Bis 1975 wurden 12 (z w 61 f!) Bundeswehrsoldaten für die Suche nach den Kampfstoffen aufgegeben. Die Sammelstelle wurde bis dahin von »zwei zivilen Wachmännern und einem Schäferhund« bewacht. Erst der vorgetauchte Diebstahl mehrerer Flaschen mit dem Kampfstoff Lost durch einen Bundeswehrangehörigen brachte 1975 diesen Skandal ans Tageslicht – auch die internationale Öffentlichkeit reagierte entsetzt. Daraufhin begann die Bundesregierung den Suchtrupp auf 20 (!) aufzustocken und den Bau einer Verbrennungsanlage für Kampfgas in Aussicht zu stellen.

Dennoch konnte auch nach diesem Vorfalle der Zynismus der Verantwortlichen in Bonn keine Grenzen.

»Ob in Munster Nord, wo in einem 130 Hektar großen Gelände eine unbekannte Menge giftiger Kampfstoffe (z.T. noch aus wilhelminischer Zeit) liegt, eine totale Räumung derselben erfolgen wird und überhaupt möglich ist, gilt nach den Worten von Ministerialrat Werner Günter Voigt aus dem Verteidigungsministerium keineswegs als abgemacht. Nicht wenige Experten vertreten die Ansicht, man sollte nicht daran rühren und das Waldgebiet für ewig absperrt lassen.« Die systematische Abtragung des Erdbodens »ist riskant und langwierig. Der Ministerialrat setzte dafür 10 bis 15 Jahre an. So spricht manches dafür, daß man sich beschränken wird, »Zufallsfunde« zu bergen, zunächst einzulagern und, wenn der »Hochofen« fertiggestellt ist, zu verbrennen« (»Lüneburger Landeszeitung«, 12. vom 28.9.75). Das Hoffen auf den Zufall hat bereits in den ersten 10 Nachkriegsjahren zu 14 Todesopfern und 384 schweren Kampfstoffvergiftungen in der Zivilbevölkerung geführt (»LZ«, 14.11.76). Seitdem ist kein Jahr ohne entsprechende graue »Zufälle« abgelaufen.

Im Mai 76 stießen Bauarbeiter auf 100 beschädigte Giftgasbehälter, schwere Verätzungen waren die Folge (»LZ«, 19.5.78).

Im Herbst 79 entdeckten Kinder beim Spielen in Munster 129 Giftgasbehälter, die als in einem als Erhebungsgebiet ausgewiesenen Gelände fanden. Zur Bergung der verrotteten Funde herrschte in Munster über zwei Tage hinweg ein Ausnahmezustand, Hausarrest, Fenster und Türen hatten geschlossen zu bleiben, Stadtteile wurden abgesperrt usw. (s. auch AK 160, S. 13).

Eine völlige Sperrung der gefährlichen Gebiete für die Zivilbevölkerung wird seitens der Fremdenverkehrsorganisationen sowie der lokalen Gemeindeverwaltungen kategorisch abgelehnt, da man den giftversauhten Heideboden weiterhin als »attraktives Erhebungsgebiet« verkaufen will (»Stern« ist überall, Fischer 80, S. 246).

Die Landesregierung hat ihrerseits unmißverständlich deutlich gemacht, daß nicht sie, sondern die lokalen Gemeinden »die zuständigen Behörden der Gefahrenabwehr« seien. Im übrigen würde »auch auf Hinweise aus der Bevölkerung gehofft« (Pressemittteilung vom 26.10.79). Grundsätzlich geändert werden soll nichts – geht doch auch das niedersächsische Innenministerium davon aus, daß »der langsame Zerfall der Munition in dem sandigen Gelände möglicherweise zu günstigeren Ergebnissen als die weitere Bergung solcher Munitionsteile« führen würde (»Stern« ist überall, S. 246).



Die Spitze des Eisberges: Arsen im Grundwasser!

## Die Spitze des Eisberges: Arsen im Grundwasser!

Während die Behörden die Hände in den Schoß legen, tickt die Zeitbombe, was hier am Beispiel der »Dethlinger Teiche« bei Munster illustriert werden.

1943 wurden hier mehrere Tonnen Giftgas und Sprengmunition in eine 40m tiefe Grube geworfen – anschließend kam Bauschutt und Sand darüber.

Um jede Gefahr einer Grundwasserverseuchung rechtzeitig zu erkennen, hat das Land Niedersachsen (als Eigentümer des Geländes) Meßbrunnen zur Wasserentnahme gebaut, die sinnigerweise höchstens 20m tief sind. Bereits seit 1968 wurde durch diese Brunnen Arsen im Grundwasser festgestellt – nach jüngeren Proben hat sich der Arsengehalt auf 0,5 Milligramm pro Liter erhöht, womit die gesetzliche Höchstgrenze schon bei diesen völlig unzulässigen Meßmethoden um das Vierfache überschritten ist! »Das Landwirtschaftsministerium vermutet, daß die Kampfstoffbehälter inzwischen durchgerostet sind und ihr Inhalt mit dem Grundwasser in Berührung gelangt ist.« – so der seelenruhige Kommentar aus Hannover. Man erwäge ein Gutachten im Auftrag zu geben, »das Hinweise darüber ergeben soll, ob und wenn die Giftstoffe beseitigt werden können.« Es ließe jedoch, die Bergungsaktion sei sehr kostspielig und personalaufwendig. Vorläufig sei auch aus Kostengründen nicht an eine Beseitigung der Giftgasbehälter zu denken. (»HAZ«, 21 und 26.7.79).

Im übrigen solle der Bodenkörper sehr gute Filtereigenschaften aufweisen. »Akute Gefahren für die Umwelt sind aus den vorliegenden Erkenntnissen nicht gegeben.« Erklärung der Landesregierung vom 26.10.79). Es sei am Ende vor-

merkt, daß eine plötzliche Arsenvergiftung nach 2 1/2 Stunden »legende Atmung, Erbrechen, brennender Durst, Schüttelfrost, schwere Harnverfärbung« sowie nach 2 bis 6 Tagen den Tod zur Folge hat. »Die chronische langdauernde Arsenvergiftung äußert sich in Verdauungsstörungen, Dunkelgefärbung der Haut, Kopfschmerzen und Lähmungen« (div-Lexikon).

Hierbei ist zu bedenken, daß rein zufällig die Dethlinger Teiche als Giftmülldeponie bekannt sind, während mindestens 40.000 weitere Tonnen an Kampfstoff an unbekannter Stelle im Umkreis von Munster in Grundwasserläufe freigesetzt sein dürften.

## »Mut zur Zukunft« – ohne daß die Kriegsschäden beseitigt würden

Erst nach dem Stolzenberg-Skandal veröffentlichte die Bundesregierung ein als »Verschlußsache« – Nur für den Dienstbereich – deklariertes Schreiben an die Landesinnenministerien, in dem erstmalig (!) die Produktions- und Lagerstandorte der Nazis für Kriegsgifte aufgelistet waren.

Diesem Papier zufolge hinterließen die Nazis 70.000 Tonnen ungenutzter chemischer Kampfstoffe. Bei Kriegsende wurden diese Gifte z.T. noch von den Nazis verscharrt und die Unterlagen über den Verbleib vernichtet. Als niedersächsischen Lagerstätten wurden in diesem Papier neben Munster noch Walsrode und Oerrel (bei Soltau), Bodenteich (bei Uzen), Hänigsen und Immensen (bei Hannover), Duderstadt und Lehre (bei Braunschweig) aufgeführt (»HAZ«, 8.11.79). Allein, daß diese Angaben über 30 Jahre hinweg ver-

tuscht werden konnten, kennzeichnet die Skrupellosigkeit, mit der auf diesem Gebiet »Vergangenheitsbewältigung« betrieben wird. Daß 35 Jahre nach Kriegsende für ganze 16 Mio. DM eine erste Beseitigungsanlage mit einer maximalen Jahreskapazität von 44(!) Tonnen in Betrieb gehen soll (wobei aufgrund der bereits einkalkulierten Störfälle auch die Betreiber längst nicht mehr von dieser Kapazität ausgehen), wirft ein weiteres Schlaglicht auf die diesbezüglichen Anstrengungen der Bundesregierung. Eine vertrauliche Studie des Verteidigungsministeriums schätzt ein, daß die Entseuchung allein des Geländes um Munster bis zum Jahre 2000 dauern und etwa 100 Mio. DM kosten wird (»Stern«, 2.10.79). Abgesehen davon, daß in 20 Jahren das ganze Gebiet vollends vergiftet sein dürfte, bedeutet dies, daß pro Jahr ganze 5 Mio. für die Beseitigung der Kriegsschäden um Munster eingeplant sind, 5 Millionen, ein einziger »Tornado«, von dem die Bundesregierung 320 anschafft, kostet bereits 14mal soviel!

Und was besonders makaber ist: Bereits seit 1958 wird Munster weiterhin als militärische Giftküche verwendet. Bereits 1971 umfaßte die ABC-Erprobungsstelle (»E 53«) 53 Mitarbeiter, darunter Physiker, Chemiker, Veterinäre und technisches Personal in modernen Labortoren, Klimakammern und anderen Versuchsanlagen wird erneut mit chemischen Kampfstoffen herumexperimentiert (s. DDR-Lehrbuch der Militärchemie, I, S. 60 und I, Z v. 26.5.71). Die Tradition der Nazis, die in Munster herumexperimentierten ohne zuvor die Granaten aus dem 1. Weltkrieg zu beseitigen, wird also treu fortgesetzt mit dem nicht unerheblichen Unterschied, daß sich mittlerweile das Gift aus zwei Weltkriegen im Boden ausbreitet.

Ein Genosse aus Lüneburg



Die Arbeitsteilung in der sozialliberalen Koalition klappt vorzüglich. Schritt für Schritt gibt die SPD den Forderungen ihres kleinen Koalitionspartners FDP nach, fügt sich ins „Unvermeidliche“, denn jeder weiß unter einer CDU-Regierung war es noch nicht immer gekommen. Und einer nutzt dies weidlich aus. Graf Lambdorff, lauterster Sprecher für das Kapital, den die CDU bisher vergeblich versucht hat, rechts zu überholen. „In einem Land, in dem Übergewicht die verbreitetste Krankheit ist, kann es keine Katastrophe sein, wenn man den Gürtel ein Loch enger schnallen muß“ („Hamburger Morgenpost“, 28.11.80) spricht er und streicht sich seinen Nadelstreifen-Anzug glatt. Den „Mißbrauch der Sozialleistungen für Arbeitslose ohne Tabu über Lösungsansätze zu besetzen“, fordert er donnernd unter dem Beifall der Creme der westdeutschen Kapitalistenklasse, die sich zur Jahresversammlung der „Bun-

desvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ versammelt hatte. Wer sollte ihm auf dieser Versammlung widersprechen, wo er die Kapitalisten aufforderte, „mitzuhelfen, Arbeitsunwillige festzustellen“ („FR“, 11.12.80). Die Tendenz der Zeit, wenn es nach dem Willen dieser Herren geht, ergänzte Kapitalistensprecher Esser: „er fordert „das Prinzip der Subsidiarität, nach dem der einzelne zunächst einmal für zumutbare Risiken des Lebens selber in freier Entscheidung und Verantwortung aufkommen soll“ (ebenda) — kein Problem, bei so viel Millionen im Rücken. Dieser kackfresche Lambdorff eignet sich vorzüglich zur Zischelbe und als Blitzableiter für verbale Empörung der Gewerkschaften. Diese Arbeitsteilung ist wohl auch gewollt. Doch wenn's dem Grafen mal zu viel wird, dann weiß er frech: wieso, was wollt ihr denn, zwischen Schmidt und mir gibt es keine wirtschaftspolitischen Differenzen. Und recht hat er.

### „Sozialer Dialog“ statt „Konzertierter Aktion“

Die DGB-Gewerkschaften spielen dieses Spiel brav mit. Als Lambdorff Kapitalisten und Gewerkschaftsführer zum „wirtschaftspolitischen Gespräch“ zu sich einlud, sagten letztere verärgert ab. Mit der FDP wolle man nicht an einem Tisch sitzen, vor allem wegen ihrem Affront gegen die Gewerkschaften in der Mitbestimmungsfrage, lag DGB-Chef Vetter. Also Aufkündigung der Zusammenarbeit mit der Regierung? Klassenkampf statt „Sozialpartnerschaft“? Keine Angst. Der gleiche Vetter saß 2 Wochen vorher argum zum Frühstück beim FDP-Vorsitzenden Genscher, 2 1/2 Stunden, wo der „Spiegel“ zu berichten weiß (11.12.80). Dieses Gespräch war vertraulich und geheim. Und als der „Kompromiß“ zur Mitbestimmung ausgehandelt war, beriet die SPD-Spitze sich umgehend mit Vetter und den Mitbestimmern der IG Metall (Judith) und der IG Bergbau (Adolf Schmidt). Fast war, daß nicht mehr drin ist. Prompt reagierte die DGB-Führung, indem sie „das Ringen“ um einen Kompromiß lobte, die verbale Kritik blieb der IG Metall vorbehalten.

Während Buhmann Lambdorff die erwartete Absage erhielt, hatte die „Konzertierte Aktion“ schon längst stattgefunden: am 13.11.80 trafen sich die Führer der beiden großen Kapitalistenverbände, Rodenstock und Esser, mit Vetter, Kluncker (ÖTV), Keller (Gewerkschaft Textil), Pfeiffer (DGB-Bundvorsitz, Abt. Wirtschaft) sowie dem Chef der Bank für Gemeinwirtschaft Hesselbach beim Bundeskanzler — „sozialer Dialog“ nannte Schmidt dieses vertrauliche Treffen. Als weitere Regierungsmitglieder waren bei diesem Treffen von Staat, Kapital und Gewerkschaften noch die

Minister Ehrenberg, Matthöfer und — man höre und staune, Lambdorff, anwesend, der Lambdorff, mit dem auch die DGB-Führer nicht an einen Tisch setzen wollten. Schönes Theater!

Kapitulation bei der Mitbestimmung. Krise in der Textilindustrie — die Gewerkschaftsführer rufen zum „Generalstreik“ auf, mit Unterstützung der Unternehmer. Automobilkrise — IG Metall-Chef Loderer fährt für das Kapital nach Japan. Gewerkschaftstag der IG Chemie und der IG Bergbau — auf keine der gestellten Fragen eine Antwort. Allein die bevorstehende Lohnrunde verspricht einiges an Zündstoff.

Ohne Konzept, eingebunden in die „Sozialpartnerschaft“, stehen die DGB-Gewerkschaften vor der jüngsten Krisenentwicklung. Auf Sparpolitik, Sozial- und Lohnabbau haben und geben sie keine Antwort. Die nachstehenden Artikel dokumentieren dies.

## Tarifrunde 1981

Die Kapitalisten haben für die Lohn-tarifrunde 1981 einen harten Kurs vorgeplant. Orientierung der Brutto-lohnabstufung an der Steigerungsrate für die Produktivität (Arbeitsleistung), die übereinstimmend im „Sachverständigen“-Gutachten und dem Wirtschaftsjahresbericht der Bundesregierung mit 2,5 - 3 % geschätzt wird. Nur so, wird argumentiert, könne eine erwünschte Preissteigerung mit einer drei vom Komma erreicht werden. Genannt wird dies: „Sicherung des Reallohns.“

Wie nicht es aber real aus? Selbst nach Rechnung der Kapitalisten ergibt sich ein Anstieg des Reallohns von 1-3 %, zieht man vom Brutto-lohn Sozialleistungen und Preissteigerungen ab. Dabei ist dies gut gerechnet, denn die Schätzungen der Preissteigerungen liegen immer unter der wirklichen Entwicklung (im Sachverständigen-Gutachten des letzten Jahres geschätzte 4 % für 1980, voraussichtlicher Durchschnitt: 5,6 %).

Die Gewerkschaften haben im Grundsatz anerkannt, daß es angesichts gebremsten Wachstums „verengte Verteilungsspielräume“ gibt. Die IG Metall hat dabei auch in diesem Jahr den Vorreiter gespielt. Der Vorstand hat folgende Lohnformel bekanntgegeben:

### IG Metall: Gesamtvolumen 8 %

— Erreicht werden soll ein Gesamtvolumen von 8 % (wobei noch unklar ist, ob darin auch Nebenforderungen enthalten sind, die genaue Festlegung der Tarifforderungen erfolgt erst in der nächsten Woche).

ob darin auch Nebenforderungen enthalten sind, die genaue Festlegung der Tarifforderungen erfolgt erst in der nächsten Woche).

Zusammengesetzt wird diese Lohnformel aus:

— 3 % Preissteigerung (damit folgt die IGM nicht dem „Sachverständigen“-Gutachten)

— 3 % Produktivitätssteigerung.

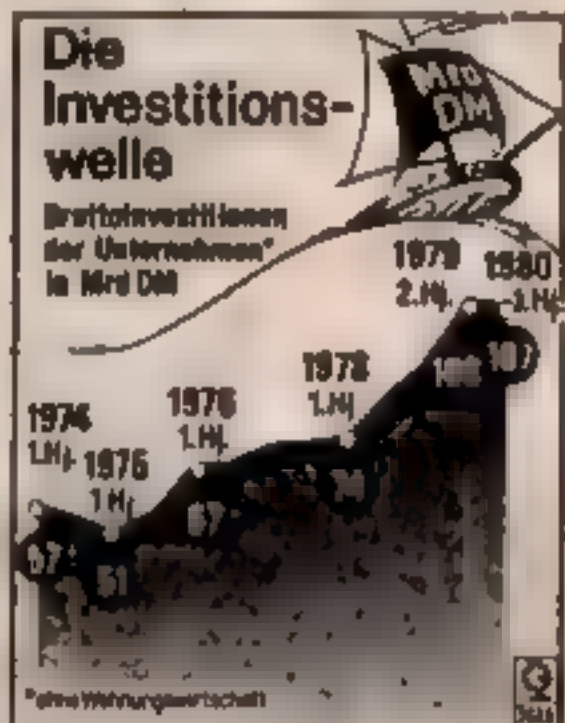
Angesichts prognostizierten Nullwachstums für 1981 wird bei der Forderung auf einen „Umverteilungsbeitrag“ verzichtet.

So weit, so hoch. Angesichts des seit Wochen anhaltenden Trommel-feuers für 2,5 %, höchstens 3 % Erhöhung, erscheint die Forderung von 8 % hoch. Alle Erfahrungen der Tarif-politik zeigen allerdings, daß in der Forderung von vornherein eine Verhandlungsspanne eingebaut ist, die Bereitschaft zum Abschluß von um die 5 % erhöhten 1981, was auch die Aussage des NGG-Vorsitzenden Böding, 4-5 % werden's 1981 wohl werden, zeigt. 5 % aber wären unter Abzug der Preissteigerungen und der zusätzlichen sozialen Belastungen ein weiterer Real-lohnabbau (1980: 0,6 % Reallohn).

So steht für die Tarifrunde 1981 zu erwarten, daß die Auseinandersetzung darum geführt wird, wie stark der Reallohnabbau ist. Selbst die anvisierten 5 % dürften nicht auf massiven Widerstand der Kapitalisten stoßen, die die Kunst der Spar-Stunde nutzen wollen, die Umverteilung zu ihren Gunsten nachhaltig durchzuführen. „Was wir brauchen, ist eine radikale Neuorientierung der Lohnpolitik mit dem Ziel der Kostenstabilisierung“ (Kirchner, Chef von Gesamtmetall, in der „FAZ“ vom 11.11.80).

## Welche Daten sind wichtig für die Tarifrunde?

Die Kapitalisten behaupten, daß sie mehr Geld für Investitionen brauchen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Graphik zeigt einen stetigen Anstieg der Investitionsentwicklung seit der Krise 1974/75:



Hat sich die Arbeitslosigkeit entsprechend verringert? Die nachfolgende Aufstellung der offiziellen Arbeitslosen zeigt, daß es zwischen den Krisen einen festen Sockel von derzeit 800 000 - 900 000 gibt, der in der Krise 1980/81 ansteigen wird und vermutlich nach der Krise noch höher sein wird als zwischen den beiden Krisen.

1974: 556.876  
1975: 1.006.554  
1976: 808.912

1974: 556.876  
1975: 1.006.554  
1976: 808.912  
1977: 911.257  
1978: 864.243  
1979: 736.690  
1980: 900.000 (geschätzt)  
1981: 1.200.000 (geschätzt)

Die nachfolgende Graphik zeigt, daß der größte Teil der „Investitionswelle“ für die Rationalisierung (41 %) verwendet wird und weitere Arbeitsplätze vernichtet.



Die Produktivität schätzt das „Sachverständigengutachten“ für beide Jahre 1980 und 1981 auf +2,5 %.

Die Preissteigerung 1980 wird mit 5,6 % geschätzt, während für 1981 4 % erhofft werden.

Die folgende Graphik verdeutlicht die Anpassung von Löhnen und Renten an sinkende Wachstumsraten — „verengte Verteilungsspielräume“ genannt.



Die Lohnpolitik der Gewerkschaften hat sich 1980 weitgehend dem „Vorreiter“-Abschluß der IG Metall angepaßt. 6,8 % ist der Durchschnitt.

Wirtschaftsbereiche	Lohn +%	Gehalt +%
Land u. Forstwirtschaft	7,2	6,8
Bergbau u. Erzeugnisse	7,2	7,0
Grundstoff Prod. Güter	6,9	7,0
Investitionsgüter	6,8	6,8
Verbrauchsgüter	6,5	6,5
Nahrungsmittelindustrie	6,6	6,6
Bau u. Ausbaugewerbe	6,7	6,9
Handwerk	6,7	6,5
Handel, Banken, Versich.	6,9	7,0
Verkehr, Nachrichten	6,2	6,4
Dienstleistungen	7,0	6,4
gesamte Wirtschaft	6,8	6,8

Quelle: WSI, imu 801008

### Etwas komplizierter

Die folgende Graphik des IMSF-Instituts der DKP (aus „U2“ v. 14.11.80) verdeutlicht die Tendenz zur Lohnsenkung. Der Reallohn (Spalte 4) errechnet sich aus dem Nettolohn (Spalte 3) abzüglich der Preissteigerung (Spalte 1). Der sogenannte „Nachholbedarf“ errechnet sich aus Preissteigerung plus Produktivität / Arbeitsleistungsentwicklung abzüglich der Nettolöhne. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik der Vergangenheit hatte zum Ziel, durch die Formel Inflation plus Produktivität an der kapitalistischen Entwicklung teilzuhaben. Die Tabelle zeigt, daß die Entwicklung der Nettolöhne seit 1975 (Ausnahme 1977) die der Nettolöhne übertrifft.

Jahr	1. Preis- höhung <sup>b)</sup>	2. Produktivität <sup>c)</sup>	3. Netto- löhne <sup>d)</sup>	4. Nettolohn- entwicklung <sup>e)</sup>	5. Nachhol- bedarf <sup>f)</sup>	6. Tarifabsch-lüsse Metallverabtei- lung
1975	7,0 %	4,6 %	8,2 %	+ 3,2	+ 1,2	- 3,4 %
1976	7,0 %	2,4 %	8,8 %	+ 0,3	+ 2,8	+ 0,4 %
1977	6,0 %	1,6 %	7,2 %	+ 8,2	+ 1,3	- 0,3 %
1978	4,3 %	6,3 %	6,3 %	+11,2	- 0,0	+ 6,3 %
1979	3,7 %	2,9 %	5,6 %	- 0,4	+ 1,9	- 3,0 %
1980	2,7 %	2,3 %	6,2 %	+13,0	+ 3,5	+ 3,0 %
1981	4,3 %	2,1 %	6,8 %	+10,9	+ 1,7	- 1,4 %
1982	5,6 % <sup>h)</sup>	3,0 %	5,0 % <sup>i)</sup>	+ 6,5	- 0,6	+ 3,6 %
1983 <sup>j)</sup>	4,5 %	3,0 %	"	"	"	"

## Das Ende der Mitbestimmung?

## Das Ende der Mitbestimmung?

Der Mannesmann-Konzern gab im Frühjahr dieses Jahres das Startsignal: er wollte sein Unternehmen aus dem Geltungsbereich der weitestgehenden gesetzlich verankerten Form der Mitbestimmung — der Montanmitbestimmung — rausziehen. Durch die Eingliederung der stahlproduzierenden Hüttenwerke in die Mannesmann-Röhrenwerke sollte dies realisiert werden. Das war vor der Bundestagswahl. Ein „Erdbeben“ schien die Bundesrepublik zu erschüttern. Selbst Strauß versuchte den Wählern (die's größtenteils gar nicht interessiert), man werde die Montanmitbestimmung sichern und bekräftigen. Die Gewerkschaften nach der Wahl, FDP-Graf Lambdorff nahm den Mannesmann-Ball auf und setzte in den Vereinbarungen mit der SPD eine Regelung durch, die übereinstimmend von der FDP und der IG Metall als „Auslaufgerät“ für die Montanmitbestimmung beurteilt wird. Danach will die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf vorlegen, der zwei nennenswerte Änderungen gegenüber der alten Regelung vorseht:

Erzielt ein Unternehmen weniger als 50 % seines Umsatzes aus der Produktion von Kohle, Eisen oder Stahl, so fällt es aus der Montanmitbestimmungsregelung heraus (selbst Strauß hatte sich vor der Wahl für eine Produktionsgrenze von 30 % ausgesprochen). Statt der verbindlichen Mitbestimmung tritt dann das 1976 verabschiedete Mitbestimmungsgesetz in Kraft, das

eindeutig die Kapitalseite im Aufsichtsrat in der Mehrheit sieht.

Der Regierungsplan sieht allerdings vor, daß noch für eine Übergangszeit von 6 Jahren nach Inkrafttreten der Bedingung die Montan-Regelung weitergilt.

Geändert worden ist auch das für den DGB wichtige Verfahren für die Wahl der Gewerkschaftsvertreter im Aufsichtsrat. Bisher wurden diese von den DGB-Betriebsräten auf Vorschlag der zuständigen Gewerkschaft gewählt, waren also sicher. Jetzt sollen sie zwar weiterhin von der Gewerkschaft vorgeschlagen werden, aber von allen Beschäftigten des Betriebes gewählt werden. Da es sich bei den Gewerkschaftsvertretern meist um betriebsfremde DGB-Führer handelt, wird von einem solchen Verfahren eine Schwächung des DGB-Einflusses in den Aufsichtsräten erhofft, weil rechte Gewerkschaften oder sogenannte „unabhängige“ Kandidaten aus den jeweiligen Betrieben gegen die „Betriebsfremden“ häufig mit größeren Chancen antreten.

### Mannesmann: Raus aus der Montanmitbestimmung

Wie wenig „parteilich“ allerdings die parteiliche Montanmitbestimmung wirklich ist, bewies die entscheidende Aufsichtsratswahl des Mannesmann-Konzerns wenige Tage nach dem Regierungskompromiß mit 11 gegen 10 Stimmen der Beschäftigtenvertreter und der IG Me-

tall beschloß der Aufsichtsrat, die Hüttenwerke (den stahlproduzierenden Sektor) in die Röhrenwerke zu überführen. Damit fällt Mannesmann aus der Montanmitbestimmung am 1. Juli 1981 raus. Hat die Bundesregierung bis dahin ihr angekündigtes Gesetz nicht verabschiedet, unterliegt ab diesem Zeitpunkt der Konzern dem Mitbestimmungsgesetz von 1976. Tritt das neue Gesetz vorher in Kraft, ersicht die Montanmitbestimmung 1987.

Den Ausschlag für die Entscheidung gab der „neutrale“ 11. Mann, ein Sozialdemokrat der Vorstandsvorsitzende der Westdeutschen Landesbank, Johannes Völling. Nicht zu Unrecht, John Völling der Regierung vor, daß sie ihm mit ihrem kurz zuvor verabschiedeten Kompromiß elegant den Weg für diese Entscheidung ebnete.

Wie wenig die Mitbestimmung mit realer Interessenvertretung zu tun hat, belegt die Mannesmann-Entscheidung. Die Kapitalisten begründeten die Konzern-Umwandlung betriebswirtschaftlich mit einer möglichen Einsparung von 50 Millionen DM. Der IGM-Vorsitzende Loderer, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender, erklärte ausdrücklich, daß die IGM „die Notwendigkeit einer Kosteneinsparung... nie bestritten (habe) und bereit ist, bei einer Lösung mitzuwirken“ (FAZ, 11.12.80). Zu keiner Zeit ist von der IGM ins Spiel gebracht worden, daß der Mannesmann-Konzern im Stahl-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

werk Dülburg-Hückingen 3500 Beschäftigte (von 10.000) entlassen will, was liegt da näher als die Vermutung, daß die „Mitwirkung bei Kostenersparungen“ in der Duldung von Massenentlassungen besteht? Wie schon im Fall Hoechst/Dortmund droht jetzt ein Massen-Exodus von Arbeitsplätzen in der Stahlstadt Dülburg, wo auch die dort ansässigen Konzerne Krupp und Thyssen nachziehen wollen. Die Mitbestimmung war noch nie ein Schutz gegen kapitalistische Unternehmenspolitik (siehe auch die Entwicklung im Bergbau in den 60er Jahren).

**»Es gilt nun, im Geist von Konrad Adenauer und Hans Böckler neue gesetzliche Möglichkeiten zu schaffen, um die beste deutsche Mitbestimmung endgültig zu erhalten«**

**Adolf Schmidt**  
Vorsitzender der IG Bergbau und Energie am 25.11.80

Vielmehr handelt es sich hierbei um einen gesellschaftspolitischen Konflikt. Die Montanmitbestimmung von 1951 war zum einen ein Zugeständnis an die Arbeiterbewegung. Sie war auf der anderen Seite der Köder, mit dem die Führungen der Gewerkschaften für die Erhaltung des kapitalistischen Systems gekauft wurden. Über die Position in dem Aufsichtsräten durften sie am System teilhaben, sogar seine Geschicke mitlenken. Es entspricht der Situation eines schärferen Kurses gegen die Lohnabhängigen, daß das Kapital heute auch dieser Möglichkeit der gewerkschaftlichen Mitbestimmung

in der „sozialen Marktwirtschaft“ einschneidet. Die SPD hat dabei zur Kenntnis nehmen müssen, daß ihr mehr noch als in der Vergangenheit die Möglichkeit der Ausgestaltung einer sozialdemokratischen Politik für das Kapital genommen ist. Während die FDP die Regierungsbeteiligung zur Mitbestimmung als Anfang vom Ende der Montanmitbestimmung begriff (das 1987 kommen soll), spricht die SPD davon, Luft für „neue Überlegungen“ geschaffen zu haben und hofft (?) bei den Wahlen 1984 durch andere Mehrheiten die Montanmitbestimmung retten zu können.

Also das Ende der Mitbestimmung? Es ist zumindest absehbar. Die IG Metall schlüpft und droht. Sie signalisiert, daß sie viele Preise zu zahlen bereit ist, wenn nur die Montanmitbestimmung erhalten bleibt. Immerhin hat sie Posten und Positionen sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik zu verteidigen. Niemand sollte sich wundern, wenn doch noch ein „Kompromiß“ zustande kommt, bei dem auf der einen Seite die Stahlkapitalisten Wohlverhalten für Rationalisierung und Massenentlassungen in der Stahlindustrie erkaufen - auf der anderen Seite die IGM weitere Jahre in den „Genuß“ der Montanmitbestimmung kommt. Eine Gefahr für die Marktwirtschaft war dies nie und wird es nie sein.

Die andere Seite der Medaille gewerkschaftlicher Politik signalisiert bereits die DGB-Führung. So, wie sie vor der Bundestagswahl einem möglichen Kanzler Strauß eine Zusammenarbeit anbot, so signalisiert sie auch gegenüber der Mitbestimmungsentwicklung. Stillschalten. Der DGB begrüßt den erklärten erkennbaren Willen der Bundesregierung, sich über alle Unterschiede der Koalitionspartner hinweg auf eine gesetzliche Sicherung der Montanmitbestimmung einigen zu wollen“ (FAZ, 3.12.80), heißt es im Wortlaut zur Regierungsvereinbarung zwischen SPD und FDP. Und der Vorsitzende einer Montan-Gewerkschaft, Adolf Schmidt von der IG Bergbau, erklärte einen Tag nach der Regierungsvereinbarung: „Es gilt nun, im Geist von Konrad Adenauer und Hans Böckler neue gesetzliche Möglichkeiten zu schaffen, um die beste deutsche Mitbestimmung endgültig zu erhalten“ (FAZ, 26.11.80).

Kapitulation war schon immer die höchste Tugend sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer.

Kommission Betrieb &amp; Gewerkschaft

## Textilstreik: Eine neue »Einheitsfront«

Strukturkrisen in der Textilindustrie seit Anfang der siebziger Jahre: die Investitionsgüterindustrie der BRD macht dicke Profite beim Aufbau von Produktionsstätten in Billiglohnländern, ein Prozeß, der durch die Wirtschaftspolitik gefördert wird. Massenproduktionsstätten vor allem in Hongkong, Südkorea und Taiwan werden aufgebaut. Die für die in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter zuständige Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) sieht mehr oder weniger talentlos zu, wie sich auf der einen Seite dieser strukturelle Wandel vollzieht, auf der anderen Seite im Lande Rationalisierung und Konzentration in der Branche vorangetrieben werden. Ergebnis bis heute: Ein Drittel der Beschäftigten, 200.000, werden entlassen und wegrationalisiert (in ganz Westeuropa: 700.000), von 1650 Textilbetrieben 1970 sind heute noch 800 verblieben.

2. Dezember 1980: die GTB tritt in den „Kampf“. Zwischen 11 Uhr und 12 Uhr findet europaweit ein „Generalstreik“ statt, meist in Form von Betriebsversammlungen. Organisiert wurde das Ganze vom GTB-Vorsitzenden Keller und seinem Vorgänger in der GTB, Buschmann, heute Präsident des Europäischen Gewerkschaftsausschusses. Beide schufen eine neue Form der „Einheitsfront“. Mit von der Partie beim Streik waren die Textilkapitalisten, die die Aktion herzlich unterstützten und großzügig für Bezahlung aufkamen.

Grund dieses „Streiks“: die Gewerkschaften wollten der Bundesregierung und der EG-Kommission in Brüssel unmißverständlich deutlich machen, daß sie mit deren laischer Verhandlungsführung bei der Verlängerung des Welttextilabkommens (WTA) nicht einverstanden sind. Das WTA regelt den Handel zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern. Es sieht vor, daß jährlich die Textilimporte um ca. 6 % steigen dürfen.

Allerdings handelt es sich dabei nicht um echte Sperren. So beklagt die GTB, daß in diesem Jahr die Einfuhr um 20 % gestiegen sei. Die Bundesregierung ist bei einer schärferen Kontrolle zurückhaltend. Aber nicht etwa weil die „Entwicklungsländer“ (ein Begriff, der wohl kaum auf die Hauptimporteure Südkorea, Hongkong und Taiwan anwendbar ist) hiervon profitieren würden, sondern die großen Konzerne, die in diesen Ländern inve-

stiert haben. Die GTB fordert nun, die Importsteigerungen den geschätzten Steigerungen des Verbrauchs (+ 1,5 %) anzupassen.

Wie obstmächtig diese „sozialpartnerschaftliche“ Gewerkschaftspolitik ist (und wie sehr sie in diesem Fall den Interessen eines Teils der Kapitalisten, der Textilkapitalisten, entspricht), dürfte daran deutlich werden, daß eine Konsequenz einer solchen Gewerkschaftshaltung sicher wäre: die Preise

für Textilien und Bekleidung würden in die Höhe schießen, betroffen wären davon allerdings die Verbraucher — Arbeiter und Angestellten. Allerdings dürfte sich die GTB mit ihrer Forderung sowieso nicht durchsetzen, da sie nicht weiter tut, als widersprüchliche Interessen verschiedener Gruppen des Kapitals gegeneinander auszuspielen. Die Bundesregierung und die EG-Kommission werden hierbei bestenfalls ein wenig des „Wildwuchs“ beschneiden.



Von der Gewerkschaftsführung für sinnlosen Warnstreik mobilisiert: Textilmitarbeiter in Aachen

## IG Chemie Gewerkschaftstag 2. Teil Alles klar für Hauenschild, damit nichts mehr läuft

Nach dem schweren innergewerkschaftlichen Kontroversen auf dem IG Chemie-Gewerkschaftstag im September (Stichworte: Plumeyer, Patschkowski, betriebliche Vertrauensleute), wurde der Gewerkschaftstag Ende November fortgesetzt, um die im ersten Teil liegebliebenen Anträge zu den gewerkschaftspolitischen Zielen der IG Chemie zu behandeln. Fazit: die Hauenschild-Mafia hat die Zägel straffer denn je in der Hand, die Unternehmen der Chemieindustrie werden auch weiterhin auf „ihre“ Gewerkschaft bauen können und die innergewerkschaftliche Opposition muß sich darauf einstellen, ihre gewerkschaftliche Arbeit noch stärker als bisher am Apparat vorbei und in Konfrontation zu dessen Politik zu betreiben.

### Nach Plumeyers Abschuß Vitts Entmachtung

Nachdem im September die linkssozialdemokratische Strömung in der IG Chemie um Plumeyer, Kreischa und Patschkowski mit der rechten Mehrheit auf dem Gewerkschaftstag abgeschmettert wurde und zudem — trotz etwa ein Drittel Anhängerschaft unter den Delegierten — Plumeyer aus dem Gewerkschaftsvorstand gekantet wurde, ist im Zuge der weiteren Machtsicherung von Hauenschild und seines neuen Stellvertreters Hermann Rappe (rechter SPD-Bundestagsabgeordneter) eine weitere Rechtswendung im IG Chemie-Apparat eingeleitet worden. Werner Vitt, Mitglied im erweiterten Parteivorstand der SPD, bekam die Quittung für sein Lavieren zwischen der Hauenschild-Mafia und der Oppo-

sition (Vitt hatte sich bei Maßnahmen gegen Plumeyer und Patschkowski mehrfach der Stimme enthalten). Im Zuge der Neuverteilung der Ressorts ist Vitt als Hauenschilds Stellvertreter entmachtet. U.a. wird er diesen zukünftig nicht mehr im DGB-Bundesvorstand vertreten. Gleichzeitig ist aus Vitts Ressort im Vorstand, Hauptabteilung VI „Betriebsräte, Mitbestimmung“ das Tarifrecht aus der Rechtsabteilung ausgegliedert worden und der tarifpolitischen Abteilung des Hauenschild-Gefolgsmanns Mettke zugeschlagen worden. Vitt ist damit herabgedegradet worden und seine einstmalige erwogene Nachfolge für Hauenschild aus dem Spiel. Stattdessen wird nach Rücktritt Hauenschilds 1982 Hermann Rappe, rechter Flügelmann in der IG Chemie, voraussichtlicher Nachfolger.

Bezeichnend für die Situation in der IG Chemie war die Diskussion auf dem zweiten Gewerkschaftstag um einen Antrag, der Funktionsträger der IG Chemie aufforderte, ihr Mandat ruhen zu lassen, wenn die Wahlmandate wahrnehmen. Die Anspielung auf Hauenschilds (mittlerweile niedergelagten) Amt im Europarat und Rappe im Bundestag ist wohl nicht zu übersehen. Die ganze rechte Mafia sprang in die Bait und pöbelte los; selbst das Wort „Berufsverbot“, sonst in diesen Kreisen verpönt, machte die Runde. Aber keine Angst, bei nur vier Fürstimmungen wurde der Antrag abgelehnt.

### Stillstand in der Tarifpolitik

Wie wenig an realer Interessensvertretung die IG Chemie wirklich zu bieten hat, zeigte die Diskussion um die Tarifpolitik. In der Lohnpolitik gibt es

schon seit Jahren Stillstand. Höhepunkt war dabei die Tarifrunde 1979, in der die IG Chemie auf eine eigene Forderung verzichtete und ein Angebot der Kapitalisten entgegennahm. Alternativ dazu wird eine „qualitative Tarifpolitik“ angeboten, die unter dem Stichwort „Entgelttarifvertrag“ seit mittlerweile elf Jahren ausgehandelt wird.

Das Konzept für solche „Entgelttarifverträge“ sieht eine „Arbeitsplatznahe“ und „leistungsgerechte“ Bewertung der Arbeitsplätze vor. Es ist nicht mehr mit gewerkschaftlichen Kampfmitteln durchsetzbar, sondern muß betriebsnah ausgehandelt werden. Es entspricht der von den Kapitalisten geforderten Anpassung an die technologische Entwicklung und anerkennt beispielsweise die „Analytische Arbeitsplatzbewertung“ als wissenschaftliche Berechnungsgrundlage für die Entlohnung (eine ausführliche Darstellung zu diesem Konzept steht in Arbeiterkampf 147/1979).

Real hat die IG Chemie-Tarifpolitik zu Stillstand bei den Löhnen und zu kleineren Fortschritten beim „Entgelttarif“ geführt. Der Unmut darüber artikuliert sich auf dem Gewerkschaftstag. Es wurde schließlich vom Vorstand ein „Umsetzungskonzept“ gefordert, das Wege der Durchsetzung von Forderungen, der Intensivierung der gewerkschaftlichen Betriebsarbeit und der vorbereitenden Mobilisierung der Mitglieder für Streiks erarbeiten soll. Soweit hat der Vorstand seinen Auftrag bekommen, aber schon auf dem Gewerkschaftstag hat die mächtige Lobby der Großbetriebe Bayer und Hoechst in der IG Chemie gebremst und zu erkennen gegeben, daß eine aktive Gewerkschaftspolitik nur gegen sie

durchsetzbar ist. Diese Lobby wiederum beherrscht auch den Vorstand der Gewerkschaft, so daß klar sein dürfte, was bei diesem Auftrag des Gewerkschaftstags an den Vorstand rauskommen dürfte!

Der Gewerkschaftstag der IG Chemie hat das derzeitige Dilemma in der Gewerkschaftspolitik offensichtlich gemacht: da wurden artig klingende

Forderungen nach der 35-Stunden-Woche und nach „Neuregelung der Schichtarbeit“ verabschiedet, ohne daß irgend jemand sagen konnte, wie mit einer solchen Gewerkschaft diese Forderungen durchgesetzt werden können.

Kommission Betrieb &amp; Gewerkschaft

## IG Bergbau: Das Schmidt-Festival

Nachdem uns das Buch „Der March der DKP durch die Institutionen“ mit erschreckender Deutlichkeit bewußt gemacht hat, wie weit die „schleichende Machtergreifung“ der DKP im DGB schon gediehen ist, ist es ermutigend zu sehen, daß es im DGB auch noch Kräfte gibt, die sich der „hochgerüsteten, arbeitssteil organisierten und disziplinierten Truppe“ (S. 206) der DKP mutig entgegenstellen. Der IG Bergbau, von der hier die Rede ist, kommt nicht nur das Verdienst zu, das Anti-DKP-Buch in ihr Schulungspaket aufgenommen und in ihrer Zeitung wohlwollend rezensiert zu haben, sie hat sich schon in den 50-er Jahren des Problems der kommunistischen Unterwanderung konsequent entledigt. Heute leistet diese Gewerkschaft Vorbildliches gegen das „haßerfüllte sowjetmarxistische Zerrbild des Sozialdemokratismus“ (S. 175). In zwei Ausgaben ihrer Zeitung „Einheit“ hat sie in Beiträgen zur Gewerkschaftsgeschichte aufgezeigt, daß die Einheitsgewerkschaft nach dem Kriege nicht mit, sondern gegen die Kommunisten geschaffen wurde. In ihrer Ausgabe vom 12.8.80 nimmt die „Einheit“ eine Ehrenrettung des bedeutenden Gewerkschaftsführers Carl Longynauski und Wortradikalität

wandte und dafür einer „beispiellosen Hetz- und Schmähkampagne“ der Kommunisten ausgesetzt war. Die „Einheit“ folgt damit einer Anregung der Autoren des Anti-DKP-Buches, die die „diskreditierende Behandlung von Gewerkschaftsführern wie Carl Legien“ (S. 195) bemaßregelt hatten.

Überhaupt ist die IG-Bergbau heute Vorkämpfer gegen die „Zerstörung sozialdemokratischer Bindungen“. Auf dem im November in Aschen abgehaltenen 12. Kongreß dieser Gewerkschaft konnte Herbert Wehner unter dem tosenden Beifall der Delegierten feststellen: „Wir Sozialdemokraten werden niemals kapitulieren“. Als der Beifall nicht enden wollte ergänzte Wehner: „Sehen wir so aus? Sehen wir so aus?“ Wehner wandte sich mit dieser Bemerkung übrigen gegen eine Polemik des IG-Metall-Vorstandesmitgliedes Judith, der der Regierung vorgeworfen hatte, sie hätte in der Mitbestimmungsforderung der FDP kapituliert. Darfuge Frochthagen erlaubte sich der Gewerkschaftstag der IG BE: an dem fast das gesamte Kabinett des nordrhein-westfälischen Landesregierers, Kanzler Schmidt sowie zahlreiche weitere

Fortsetzung nächste Seite



# Kampfschrift für eine sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft

Mit der Veröffentlichung des Taschenbuchs „Der Marsch der DKP durch die Institutionen“ durch die Professoren Ossip K. Flechtel und Wolfgang Rudel, das Mitglied der Grundwertekommission der SPD, Fritz Vllmar, sowie den Geschäftsführer der GEW-NRW, Manfred Wilke, hat die seit zwei Jahren andauernde Debatte über die Unterwanderung der Gewerkschaften durch die DKP ihren „theoretischen“ Unterbau bekommen. Könnte man bei oberflächlicher Betrachtung des „Oberursel-Papiers“ vom Oktober 1978 noch den Eindruck haben, daß sich hier einige Linke ihren Ärger über die DKP-Praktiken in den Gewerkschaften von der Seele geschrieben haben und daß dieses Papier dann von den Rechten im DGB für eine antikomunistische Kampagne mißbraucht wurde, so wird jetzt offensichtlich, daß es sich hierbei um eine linke getarnte sozialdemokratische Kampagne handelt. „Linke“ ist an dem jetzt veröffentlichten Buch nur noch das Image der Autoren und der Klappentext, wo es heißt: „Da die Autoren selbst der demokratisch-sozialistischen Linken zugehören, kann niemand, der nicht auf allen simplen Wegen der fälligen Auseinandersetzung auszuweichen versucht, dieses ebenso kritische wie sachliche Buch als „Antikomunisten“-Beitrag bezeichnen.“ Schlägt man das Buch auf, so stellt man fest, daß sich die Autoren explizit zum „Antikomunismus“ (S. von „Antikomunismus und Anti-Stalinismus“; S. 185) bekennen.

Von den Fakten her bietet das Buch wenig Neues. Nahezu lückenlos eingearbeitet wurde das „Oberursel-Papier“, zurückgegriffen wurde auf die Polemiken gegen die Marburger „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, auf eine Dokumentation zu Austritten und Ausschlüssen aus der DKP-Bochum, einen bereits in der Zeitschrift „Kritik“ veröffentlichten Beitrag des aus dem DGB ausgeschiedenen Arbeiters Karl Ludwig, einen in der „Roten Fahne“ der KPD veröffentlichten Artikel über DKP-Pressepolitik in ihrem Bündnisbereich und auf Veröffentlichungen der Bundeszentrale für Politische Bildung über den Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Zum Abschluß wird dann noch die Stellungnahme der SPD/FDP-Bundesregierung zur DKP im Wortlaut und kommentarlos abgedruckt. Zur Krönung des Ganzen gibt es noch eine Tabelle „Zeitschriften und Verlage der DKP und ihrer (z.T. kritisch gewordenen) Freunde“, die an VS-Praktiken erinnert. Ob der Verfassungsschutz allerdings auch derart undifferenziert die „Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus“ und den „VSA-Verlag“ (Zeitschrift und Verlag der Sozialistischen Studentengruppen) der DKP eingeschlagen hätte, sei noch dahingestellt.

## Immer offensiveres Auftreten der DKP im DGB?

Zentrale These des Buches ist die vom zunehmenden Einfluß der DKP im DGB, vom „immer offensiveren Auftreten sozialistischer Strategien und Ideologien seit 1977“ (S. 21), ja gar davon, daß seit Herbst 1979 in drei Gewerkschaften (HBV, GEW, IG Metall) die Anhänger der DKP „zum Angriff übergegangen“ (S. 35) seien.

Die Autoren bringen dies auf die grifflige Formel von der „schleichenden Machtergreifung“ (S. 209). Zum Beleg ihrer These verweisen sie auf die DGB-Bundesjugendkonferenz im Dezember 1977, auf der die Befassung mit einer Solidaritätsresolution für Rudolf Bahro abgelehnt worden war. Zustimmung zitierten die Autoren hier das DGB-Vorstandsmitglied Karl Schwab, der dies auf die „Kaderpolitik der DKP“ zurückführte, und lobte dessen „offene Worte“ (S. 24) über diese Konferenz. Zitiert werden diese offenen Worte jedoch nicht, deshalb holen wir dies an dieser Stelle nach: Karl Schwab hatte festgestellt, es sei erschütternd, daß die Mehrheit der Delegierten „nicht davon zu überzeugen war, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Unrechtsstaat sei, daß die sogenannten Berufsverbote nicht die Tagespreise sind, daß die Einschränkungen der politischen Freiheiten nicht Tag für Tag mit Millionenfein vorangetragen wird“ (zitiert nach AK 154, S. 5). Es ist also offensichtlich, daß es

Schwab darum ging und geht, den Einfluß kritischer Strömungen zurückzuführen, die er der Einfachheit halber unter den Oberbegriff „DKP“ subsumiert, die „linken“ Autoren spielen dieses Spielchen mit.

Ganz ähnlich wird bei dem zweiten Beleg für den zunehmenden Einfluß der DKP verfahren, bei den Auseinandersetzungen um den „Antikriegstag 1979“, als Heinz Oskar Vetter in der Dortmunder Westfalenhalle ausgepfiffen wurde. Hierbei habe es sich um einen „von der SDAJ inszenierten Eklat“ (S. 224), um „SDAJ-Anhänger“ (S. 228) gehandelt. Angesichts der großen Anzahl von Jugendlichen, die Vetter einen heißen Empfang bereitet hatten, scheint dies ja auf einen beachtlichen Einfluß der DKP hinzudeuten. Der Trick dabei: Zitiert wird aus der Vetter-Rede nur die Passage, in der er auf den Hitler-Stalin-Pakt eingegangen war. Nicht erwähnt werden die provokatorischen Äußerungen Veters über Strauß, die jeden demokratisch denkenden Jugendlichen in Rage bringen mußten: „Jeder, der den Nationalsozialismus mit seinem Terror miterlebt hat, wird bestätigen: Wer Strauß einen Faschisten nennt, macht es sich zu leicht, liegt falsch. Ihr pfist, aber ich sage dennoch: Man verdammt es, die wirklichen Gefahren zu bekämpfen, wenn man sich falsche vorstellt.“

An anderer Stelle seiner Rede hatte Vetter festgestellt: „Der brennende Sumpf muß ebenso trockengelegt werden wie die sich links gebildende Gewaltstrategie“ (zitiert nach AK 162, S. 9).

Ebenfalls verschweigen die Autoren, daß das Verbot der Broschüre der Gewerkschaften gegen den Antikriegstag zu den Protesten beigetragen hatte. Die Umfaltung der be-

rechtigten Proteste vieler Jugendlichen in einen „von der DKP inszenierten Eklat“ muß folgerichtig dazu führen, daß die Gewerkschaften die DKP als „Antikriegspropaganda“ beschönigen oder gänzlich fertig werden. Und richtig: Zum Verbot der Antikriegsbroschüre schreiben die Autoren: „In ihr war weder vom Hitler-Stalin-Pakt die Rede noch stand ein Wort darin zum sowjetischen Militarismus und zu Ereignissen wie Ungarn 1956 und Prag 1948 und 1968“ (S. 371). Eine Kritik am Verbot dieser Broschüre findet sich in dem Buch nicht.

Ebenso ist die Sicht der Dinge zu der Entlassung des DGB-Bundesjugendsekretärs Haverhuth, der angeblich der „DKP-Fraktion“ nicht entschieden genug entgegengetreten war. Zu den Protesten gegen diese Entlassung bemerken die Autoren: „Der Höhepunkt der Auseinandersetzung über die Jugendpolitik im DGB wird nicht etwa durch – dringend notwendige – Sach- und Zieldebatten markiert, sondern durch die öffentliche Diskussion über die Funktionseinstellung der DGB-Bundesjugendsekretäre herbeigeführt; sie wird als „Diffamierungskampagne“ charakterisiert. Mit diesem Aufhänger ist die eigene DKP-unterwanderte Jugend- und Bildungspolitik der kritischen Diskussion entzogen“ (S. 38). Es ist unglücklich, die Repression der Gewerkschaftsführung gegen DKP-nahe oder Stamokap-Juso-Kollegen wird, wenn es auf Proteste stößt, als Beleg für den zunehmenden Einfluß der DKP im DGB ausgegeben.

In einem Buch über den „Marsch der DKP durch die Institutionen“, das sich vor allem mit dem DKP-Einfluß im DGB beschäftigt, sollte man eigentlich erwarten, daß die Beispi-

elbeben der Deutschen Postgewerkschaft und der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, nach denen DKP-Mitglieder keine Funktionen im DGB übernehmen dürfen, zumindest erwähnt werden. Dies ist jedoch nicht der Fall. Stattdessen werden unüberprüfbar Stories aufgeschichtet wie diese: „Im Landesbezirk Nordrhein-Westfalen der GEW stand die Übernahme des Landesbezirks durch das fortschrittliche Bündnis auf der Tagesordnung. Durch eine bemerkenswerte Koalition zwischen unabhängigen Linken und Sozialdemokraten gelang es, dies zu verhindern“ (S. 36). Dieser Unsinn (die GEW-NRW wird ungeachtet von der GEW-Rechten (Ile Bruns) geführt) wurde inzwischen in der GEW-NRW als „fahrlässig und töricht“ („Neue Deutsche Schule“ 19/80) öffentlich zurückgewiesen.

Ebenso vorgefallen haben sich die Autoren, wenn sie die Kündigung des Oldenburger HBV-Sekretärs Albers wegen seiner gerichtlich bestätigten Zusammenarbeit mit der DAG als „vorläufige letzten Gipfelpunkt“ erfolgreicher DKP-Einflussstrategien im DGB“ (S. 43) charakterisieren.

## Für oder gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber der DKP?

Mehrfach betonen die Autoren, daß sie gegen einen „administrativen Ausschlussprozeß“ (S. 14) gegenüber DKP-Anhängern seien. Die oben belegte Rechtfertigung oder Beschönigung repressiver Maßnahmen der Gewerkschaftsführung läßt uns diese Aussage mit Skepsis aufnehmen.

Noch skeptischer muß man werden, wenn man die Begründung für die Ablehnung von Unvereinbarkeitsbes-

## Hohelied auf die Sozialdemokratie

## Hohelied auf die Sozialdemokratie

Die Autoren verschweigen nicht, in welche Richtung eine Umorientierung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit und eine Festschreibung gewerkschaftlicher Grundpositionen zu geschehen habe. Sie wenden sich gegen jene, die „die demokratische Verfassungsordnung als „bürgerliche Demokratie“ geringschätzen“ (S. 12) und fordern, daß die gewerkschaftliche Theorie und Bildungsarbeit die „Verfassungsordnung der parlamentarischen Demokratie“ als „unbedingbare Grundlage jeder Gesellschaftsreform und Gewerkschaftspolitik bewusst machen“ (S. 213) muß.

Weiter wenden sie sich gegen die „Zerstörung sozialdemokratischer Bindungen“. Begründung: „In Wahrheit aber werden die derart „bindungslos“ gewordenen – insbesondere jungen – Gewerkschafter und Sozialdemokraten lediglich in ein politisches Abseits und in die Grauzone der Halblegalität hineingetrieben“ (S. 108). Um sozialdemokratische Bindungen zu erhalten oder neu zu schaffen, fordern die Autoren eine Neuformulierung der Gewerkschaftsgeschichte, bei der die Sozialdemokratie für ihre Verantwortung für die großen Niederlagen der deutschen Arbeiterbewegung (1914, nach 1918, 1933, nach 1945) eingewichen werden soll und stattdessen festgelegt werden soll, daß „die kommunistische Spaltpolitik in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung seit 1920 und insbesondere aufgrund der Bekämpfung der Sozialdemokratie als „Sozialfaschisten“ vor 1933 entscheidend zur Schwächung der Linken im antifaschistischen Kampf beigetragen hat“ (S. 183).

Zweifelloso stoßen sie mit dieser Forderung bei der DGB-Führung auf offene Ohren, wie die Durchführung der „Wissenschaftlichen Konferenz zur Geschichte der Gewerkschaften“ im Herbst 1979 in München beweist (die Protokolle dieser Tagung liegen jetzt als Buch vor, wir werden uns damit demnächst auseinandersetzen). Dennoch formulieren die Autoren in provokativer Weise: „Und was hindert eigentlich den DGB und seinen Bund-Verlag, der sozialistischen Gewerkschaftsgeschichte endlich mit Hilfe kompetenter Historiker (wie Beier, Grebing, Mommsen, Scharrer) eine wahrheitsgemäße Darstellung gegenüberzustellen?“ (S. 228).

Mit dem vorliegenden Buch dürfen sich die Autoren dafür quäl-

tern haben, in die Liste der „kompetenten Historiker“ aufgenommen zu werden. An Anerkennung mangelt es nicht: Die IG-Bergbau, die man als Rechtsaußen im DGB bezeichnen muß, hat das Buch über den „Marsch der DKP“ in ihr Bücherpaket für die Schulungsarbeit aufgenommen und in einer Besprechung in ihrer Zeitung „Einheit“ gebührend „Endlich (...) Ein wichtiges Buch ist erschienen (...) Überhaupt besteht die schonungslose Offenheit, mit der die Autoren diese Thematik behandeln“ („Einheit“, 1.12.80).

## Das SB darf nicht schweigen!

Es dürfte nach den bisherigen Ausführungen klargeworden sein, daß die von den Autoren geforderte antikomunistische Ausrichtung des DGB nicht nur die DKP, sondern auch alle anderen Linke von der Sozialdemokratie stehenden Kräfte treffen würde. Die Autoren betonen ausdrücklich, daß es ihnen darum geht, einen „Unabhängigen Linken Block“ als „Altern-

ativen zur „sozialistischen“ „Unabhängigen Linken Block“ als „Alternativen zu den sozialistischen, machtkräftigen oder anarchistischen kommunistischen Gruppen“ (S. 223) zu organisieren.

Auch ihre Gleichsetzung der DKP mit der KPD vor 1933 deutet dies an, indem die Autoren fast ausschließlich die DKP angreifen, machen es sich den Umstand zunutzen, daß diese Partei durch ihre bedingungslose Loyalität zur Gewerkschaftsführung bei vielen unabhängigen Linken verhaßt ist, daß sie sich durch ihre Rechtfertigung der sowjetischen Politik und ihren großwahnsinnigen Anspruch, die Partei der Arbeiterklasse zu sein, unglaubwürdig gemacht hat.

Die Kritik, die hier aber an der DKP geübt wird, kommt eindeutig nicht von links, sondern wird in konzentrierter Aktion mit rechten Tönen der Gewerkschaftsführung vorgetragen. Die Linke ist hier gefordert, Stellung zu beziehen. Das Sozialistische Büro hat sich bisher um eine Stellungnahme zu der Kampagne um die „Unterwanderung des DGB durch die DKP“ herumgedrückt. Teile des SB (u.a. Oskar Negt) haben die Oberurseler Jugenddebatte des DGB, die nach der Veröffentlichung des „Oberursel-Papiers“ der Kritik ausgesetzt war, verteidigt. Ossip K. Flechtel, einer der Autoren des vorliegenden Buches, steht dem SB zumindest nahe und hat noch in der November-Ausgabe der SB-Zeitung „Express“ einen Beitrag veröffentlicht. So ist es besonders pikant, daß die Autoren vom SB fordern, daß es in ihrer Sache Stellung bezieht: „Die Linke in der BRD (darf) gespannt sein, ob sich das SB, im Sinne einer teilweise fast schon religiösen Vertiefung sozialistischer und reformsozialistischer Politik und Theorie seitens einiger seiner führenden Theorieproduzenten, dazu hinreißt, zu der hier und heute wichtigsten innersozialistischen Auseinandersetzung zu schweigen – oder ob es einen öffentlich wirksamen und hilfreichen eigenen (nicht zuletzt gewerkschaftspolitischen) Beitrag leistet zur Unterbrechung eines freiheitlichen Marxismus von einem Sowjetmarxismus“ (S. 218).

Auch wir meinen, daß das SB zu dieser Auseinandersetzung nicht länger schweigen darf, sonst macht es sich daran mitschuldig, daß die Autoren noch länger mit einer linken Turnkappe herumlaufen und noch mehr Unheil verbreiten können.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft



Manfred Wilke, Geschäftsführer der GEW-NRW



## Senkung des Krankenstandes: Hauptproblem der Personalabteilungen



„Zunehmende Fehlzeiten infolge von Krankheit, Unfall und sonstigen Gründen stören den Arbeitsablauf, beeinträchtigen die Rentabilität des Unternehmens und belasten das Betriebsklima. Gesamtwirtschaftlich können Fehlzeiten die Wettbewerbssituation der Wirtschaft, die Produktion und die Beschäftigung negativ beeinflussen. Die Eindämmung der Fehlzeiten ist deshalb zu einem Hauptproblem der betrieblichen Personalarbeit geworden“ („Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft“, 49/80).

Immer häufiger hatten wir im Arbeiterkampf über immer stärker werdende betriebliche Repressionen gegen kranke Kolleginnen und Kollegen berichtet. Das „Institut der deutschen Wirtschaft“ veröffentlicht in seinem Informationsdienst („iwd“) vom 3.12. eine Repräsentativ-Erhebung über „Fehlzeitenquoten“. Damit wird dem „Hauptproblem der betrieblichen Personalarbeit“ ein Ziel aufgezeigt. Wer fehlt am häufigsten in welchen Betrieben?

Nach dem „iwd“ steigen die Fehlzeiten mit der Größe der Betriebe und sind abhängig vom Wirtschaftszweig. Daß sie dabei in der Eisen- und Stahlindustrie und im Baugewerbe am höchsten sind, akzeptiert der „iwd“ aufgrund der dort über dem Durchschnitt

liegenden Zahl von Arbeitsunfällen. Daß in größeren Betrieben der Anteil der kranken Arbeiter und Angestellten höher ist, liegt nach Ansicht der „iwd“-Forscher mit an der „Anonymität“ der Großbetriebe. Kein Wort davon, daß Rationalisierung und Arbeitssetzung in Großbetrieben am perfektsten organisiert sind.

Ganz schlimm sieht es nach dem „iwd“ bei den Frauen aus: In allen Unternehmen sind die Fehlzeiten der Frauen höher als die der Männer. Unfälle sind noch zu akzeptieren als unvermeidliche Fehlzeiten an gefährlichen Arbeitsplätzen, Mutterschaft aber ist ein erhöhter Fehlzeitenquoten.

Die Studie des „iwd“ endet mit einem internationalen Vergleich. Etwas unter den Tisch gekehrt wird dabei, daß die BRD mit 151 Fehlstunden jährlich bereits die niedrigste westeuropäische Quote hat. Aber dem „iwd“ erscheint es nur der Vergleich mit den USA (66 Fehlstunden) und Japan (44 Fehlstunden) wichtig.

Und dann rechnet der „iwd“ alles zusammen. Tarifliche Arbeitszeit ohne Urlaub, Feiertage minus Fehlstunden, teilt das Ganze durch 52 und in der „FAZ“ und der „Welt“ steht am nächsten Tag: „Der deutsche Arbeitnehmer arbeitet effektiv nur 31,6 Stunden in der Woche“.

einem internationalen Vergleich. Etwas unter den Tisch gekehrt wird dabei, daß die BRD mit 151 Fehlstunden jährlich bereits die niedrigste westeuropäische Quote hat. Aber dem „iwd“ erscheint es nur der Vergleich mit den USA (66 Fehlstunden) und Japan (44 Fehlstunden) wichtig.

Und dann rechnet der „iwd“ alles zusammen. Tarifliche Arbeitszeit ohne Urlaub, Feiertage minus Fehlstunden, teilt das Ganze durch 52 und in der „FAZ“ und der „Welt“ steht am nächsten Tag: „Der deutsche Arbeitnehmer arbeitet effektiv nur 31,6 Stunden in der Woche“.

## Dortmund: Statt »Stahlwerk jetzt« ein AKW

Einige Anmerkungen zum HOESCH-Artikel in AK 190

1. Der AK nennt — in Überstimulierung mit der bürgerlichen Presse — die Zahl von 70.000 Menschen, die am 28.11. auf dem Dortmunder Neuen Markt für den „Erhalt der Stahlbasis“ in Dortmund eingetroffen seien. Diese Zahl ist falsch.

Tatsächlich werden zwischen 20.000 und (optimistisch geschätzt) 30.000 Menschen dort gewesen sein. Auch war es längst nicht (selbst wenn es 70.000 gewesen wären) die größte Nachkriegsdemonstration in Dortmund. In der Zeit des Mißtrauensvotums wurden von Willy Brandt weit mehr Menschen angezogen. Mit dem Hochjubiläum der Zahlen seitens der Stadt/SPD wurde versucht, die Hoesch-Kollegen einzuhüllen.

2. In der Tat fand am 28.11. kein „Generalkongress in Dortmund“ statt. Es gingen selbst aus der von Hoesch beschriebenen Menschenmenge ausserhalb der meisten Kollegen nach Hause anstatt zur Kundgebung. In den meisten anderen Dortmunder Betrieben waren es zumeist nur die Vertrauensleute oder Delegationen, die frei gekommen hatten. Noch seltener kam es vor, daß es den Beschäftigten freigestellt wurde, auf eigene Kosten zwei Stunden eher zu gehen, um an der Kundgebung teilzunehmen.

In den meisten Betrieben außerhalb des IGM-Bereichs kamen die Unterschriften für die Resolution „Stahlwerk jetzt“ erst acht bis zehn Tage vor Abschluß der Kundgebung an die vier Wochen vorher bereits im Umlauf waren. Nur im Bereich der

ÖTV gab es eigene Unterschriftenlisten/aktionen.

3. Wie im AK richtig berichtet, orientierte die Dortmunder SPD-Spitze (im trauten Eintracht mit der CDU sowie der Industrie- und Handelskammer) wenige Tage vor dem 28.11. weit stärker auf den Bau eines Kernkraftwerks, denn auf ein neues Stahlwerk. Dies blieb vor, am und nach dem 28. November nicht ohne Proteste. So beschränkte sich die Bürgerinitiative „Stahlwerk jetzt“ bei Oberbürgermeister Samtlebe wegen dieser Spaltung (ohne sich allerdings zur Problematik des AKWs zu äußern); Teile der BI (insbesondere Pastoren, die sich stark in Umweltfragen engagierten) blieben demonstrativ der Kundgebung fern, auf der Kundgebung selbst waren Transparente mit der Aufschrift „Arbeitsplätze ja — Kernkraftwerk nein“ zu sehen. Diese Haltung trug den Kernkraftgegnern und der BI den Vorwurf der Doppelzüngigkeit in der örtlichen Presse ein. In den kommenden Tagen, so wurde gehetzt, werde sich die Spreu vom Weizen trennen: diejenigen, die es ernst meinten mit den Arbeitsplätzen und andererseits diejenigen, die eben so ziemlich gegen alles seien.

### Und jetzt?

Nach der „Großen Kundgebung“ findet der Kampf um das Stahlwerk vorwiegend in Aufsichtsrats- und Stadtratsitzungen statt.

In der Aufsichtsratsitzung von Hoesch am 4.12. präsentierte der Vorstand sieben „Denkmodelle“. Davon beinhalten zwei eine Konzeption mit fünf dagegen eine ohne ein neues Stahlwerk. Stattdessen soll der Schwerpunkt auf der Konzentration auf die Weiterverarbeitung liegen. In jedem Fall — also selbst bei Neubau des Stahlwerks — ist mit der Wegrationalisierung von mindestens 10.000 Arbeitsplätzen bei Hoesch zu rechnen. Die Frage ist, ob die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat (und mit ihnen Betriebsräte/IGM/SPD), die die Denkmodelle als unannehmbar bezeichneten und die Sitzung am 4.12. verließen, bei ihrer ablehnenden Haltung bleiben werden und wie sie sich zur Frage des Arbeitsplatzabbaus generell stellen werden.

Pläne über weitere Kampfmaßnahmen der Belegschaft bei Hoesch und/oder der BI „Stahlwerk jetzt“ existieren nicht. Wie nötig diese wären, zeigt die Marschrichtung der Herrschenden. Sowohl auf der Stadtratsitzung am 12.12. als auch auf der „Dortmunder Konferenz“ (Kapitalisten, Parteienvertreter, Gewerkschaften etc.) wird weniger der Kampf ums Stahlwerk im Mittelpunkt stehen als vielmehr die „Verbesserung der Standortbedingungen des östlichen Ruhrgebietes“. Das und im wesentlichen: Bau des Hochtemperaturreaktors Hamm-Uentrop, Ausbau der Schleuse Henrichenburg sowie des gesamten Datteln-Hamm-Kanals, Neubau einer Autobahn.

## MBB schluckt VFW — Bremer Arbeitsplätze bedroht

Nach mehrjährigem Gezängel und Gefeiße kommt es nunmehr zu dem von der Bundesregierung seit langem betriebenen Zusammenschluß der beiden größten westdeutschen Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie. Die Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) mit Hauptsitz in München (mit 40 Prozent Anteile der in Bremen ansässigen Vereinigten Flugtechnischen Werke VFW. Die bisherigen VFW-Anteilseigner Krupp (62 %) und das Land Bremen (38 %) werden an MBB mit insgesamt zehn Prozent beteiligt. Grundlage der Übernahme ist ein Werkstättenkonzept, das in Bremen voraussichtlich 400 bis 700 Arbeitsplätze allein in der Verwaltung und Entwicklung kosten wird und deshalb von den Belegschaften der Bremer Werke und dem Betriebsrat bis zuletzt abgelehnt wurde. Der Bremer Senat, von dessen Zustimmung die Übernahme zuletzt abhing, gab wenige Tage vor Ablauf eines von der Bundesregierung gestellten Ultimatums nach massiven finanziellen Presionen aus Bonn schließlich sein Einverständnis.

„Wir haben den Kampf verloren, das Technologie-Zentrum in Bremen wird zerstört.“ Mit diesen Worten gab der VFW-Betriebsratsvorsitzende Ludwig Heitlage am Tag vor der abschließenden Senatsentscheidung vor Journalisten seine Einschätzung der weiteren Zukunft der Bremer Werksanlagen und der dort beschäftigten Kollegen bekannt. In dem Konzept, das im wesentlichen vom bayrischen Staatsminister Streibl für MBB und Bremens Wirtschaftsminister Wulms für VFW ausgearbeitet wurde, heißt es zwar vage, daß die „technologische Substanz an allen Standorten“ gewährleistet werden soll, jedoch werden keinerlei konkrete Angaben über das Wie gemacht. Zudem werden wichtige Produktionszweige künftig von Hamburg und München aus geleitet. So etwa die „Flugzeugbezogene Fertigung“, die vom Hamburger MBB-Werk verwaltet werden soll; die Raumfahrt-Tochter von VFW, ERNO, wird zunächst leistungsfähig in den entscheidenden Funktionen Entwicklung, Fertigung und Personal nach Ottobrunn verlagert. So geben die Bremer Betriebsräte denn auch davon aus, daß die Bremer Fertigungsstätten letztlich nur „Blockschmiede“ für das Hamburger MBB-Werk verkommen. Und genau dagegen hatte sich die Belegschaft jahrelang gewehrt.

Im Hintergrund: Strategische Interessen des westdeutschen Imperialismus

Wie keine zweite Branche war die westdeutsche Luft- und Raumfahrt Industrie von Anfang an eine „politische“ — und das heißt hier vor allem: militärische — Industrie. Die Wiederaufnahme der Produktion nach dem Zusammenbruch des Faschismus stand im Jahre 1946 ausschließlich im Zeichen der von den Westalliierten und der Adenauer-Regierung betriebenen Wiederaufrüstung. Die ersten Produkte

waren rein militärischer Art, vornehmlich Lizenzbauten amerikanischer Kampfmaschinen.

Als 1978 die Fusion MBB-VFW auf die Tagesordnung gesetzt wurde, lebte die Branche zu ca. 80 % von öffentlichen Aufträgen, davon wiederum 80 % Rüstungsaufträge. Angesichts dieser Zahlen liegt es auf der Hand, daß die Entscheidungen über die Branchenentwicklung ganz eindeutig in Bonn getroffen werden. Und diese fielen eindeutig gegen VFW aus. Während MBB seinen Rüstungsanteil ebenso wie die übrigen Branchen-Riesen Dornier und MTU bis 1977 auf knapp 80 % steigern konnte, wurde VFW kurzgehalten und sank von 52 % (1975) auf 26 % (1977) herunter. Zusätzlich schwer gebeutelt wurden die Bremer durch den wirtschaftlichen Mißerfolg des von ihnen entwickelten ersten westdeutschen Zivilflugzeugs, des Kurzstrecken-Jets VFW 614, dem die Bundesregierung schließlich die notwendige finanzielle Unterstützung entzog. Zu dieser Zeit war auch MBB mit seinem zivilen Airbus noch nicht der Durchbruch gelungen — auch hier wurde die Produktionseinstellung erwogen. Inzwischen ist der Airbus zum großen Renner geworden, mit dem erstmals ein Einbruch in den ansonsten fast völlig von amerikanischen Firmen beherrschten Markt für Zivilflugzeuge gelungen ist.

Die Bundesregierung hatte zunächst einen Zusammenschluß von Flugzeugbau-Firmen auf westeuropäischer Ebene angestrebt, war mit diesem Konzept aber nur mühselig vorankommen. Unter Federführung des Staatssekretärs Grüner (FDP) wurde schließlich ein Plan ausgearbeitet (sog. „Grüner-Plan“), der vorrangig die Konzentration der westdeutschen LRI auf nationaler Ebene zum Ziel hatte. Hiernach war vorgesehen, die Militärproduktion im süddeutschen Raum (MBB, Dornier, MTU) zusammenzufassen und die zivile Produktion weitgehend im Norden (MBB-Werk Hamburg, VFW Bremen) zu betreiben. Alles, was dazwischen lag, wie etwa das VFW-Werk Speyer, hatte nach diesem Plan keine Zukunft.

Bei der Verwirklichung des Grüner-Plans ist die Bundesregierung nunmehr um einen erheblichen Schritt vorangekommen. Nachdem sich in den beiden letzten Jahren die Machtverhältnisse zwischen MBB und VFW ganz eindeutig zugunsten von MBB geklärt hatten, half das Schmidt-Kabinett schließlich zum einem finanziellen Erpressungsmanöver nach. Bis zum 10. Dezember dieses Jahres verlangte es von den beiden Firmen ein klares Ja für die angestrebte Fusion; andernfalls sollten bereitgestellte Gelder in Höhe von 300 Mio DM, die hauptsächlich die Entwicklung eines kleineren Airbus-Modells sicherstellen sollten, nicht zur Auszahlung kommen. Dies brach schließlich den letzten zögernden VFW-Anteilseigner, den Bremer Senat, zur Raison; da VFW an der Airbus-Fertigung ebenfalls beteiligt ist, würden auf den Bremer Senat noch in diesem Jahr 65 Mio DM aus Bürgerschaftsverpflichtungen zukommen, weitere 165 Mio DM 1981.

Druck hallo der alleinregierende SPD-Senat freilich auch von anderer Seite bekommen. Schon vor zwei Jahren waren VFW-Kollegen mehrfach in Warnstreiks und Demonstrationen gegen den Erhalt ihrer Arbeitsplätze eingetreten. Noch wenige Tage vor der Senatsentscheidung mußte sich Bürgermeister Koschuk auf einem Landesparteitag der Bremer SPD heftiger Vorwürfe erwehren VFW Betriebsräte unter den Delegierten forderten zumindest einen Drei-Monate-Aufschub des Bonner Ultimatums sowie eine Freigabe der Airbus-Gelder. In den drei Monaten, so hofften die VFW-Louie, könne das Werkstatt-Konzept noch zugunsten von Bremen „aufgebeutert“ und konkretisiert werden. Man einigte sich schließlich stattdessen auf einen hilflosen Brief an den Oberbürgermeister Schmidt. In einer Resolution wurde er an sein vor der Wahl gegebenes Versprechen erinnert, die VFW-Arbeitnehmervertretung an der Abstimmung des Werkstättenkonzepts zu beteiligen und für ein „regional ausgewogenes Konzept“ zu sorgen. Auch wenn von Delegierten die weitere Glaubwürdigkeit der SPD in Frage gestellt wurde, waren die Würfel in Bonn doch längst gefallen.

um einen erheblichen Schritt vorangekommen. Nachdem sich in den beiden letzten Jahren die Machtverhältnisse zwischen MBB und VFW ganz eindeutig zugunsten von MBB geklärt hatten, half das Schmidt-Kabinett schließlich zum einem finanziellen Erpressungsmanöver nach. Bis zum 10. Dezember dieses Jahres verlangte es von den beiden Firmen ein klares Ja für die angestrebte Fusion; andernfalls sollten bereitgestellte Gelder in Höhe von 300 Mio DM, die hauptsächlich die Entwicklung eines kleineren Airbus-Modells sicherstellen sollten, nicht zur Auszahlung kommen. Dies brach schließlich den letzten zögernden VFW-Anteilseigner, den Bremer Senat, zur Raison; da VFW an der Airbus-Fertigung ebenfalls beteiligt ist, würden auf den Bremer Senat noch in diesem Jahr 65 Mio DM aus Bürgerschaftsverpflichtungen zukommen, weitere 165 Mio DM 1981.

Druck hallo der alleinregierende SPD-Senat freilich auch von anderer Seite bekommen. Schon vor zwei Jahren waren VFW-Kollegen mehrfach in Warnstreiks und Demonstrationen gegen den Erhalt ihrer Arbeitsplätze eingetreten. Noch wenige Tage vor der Senatsentscheidung mußte sich Bürgermeister Koschuk auf einem Landesparteitag der Bremer SPD heftiger Vorwürfe erwehren VFW Betriebsräte unter den Delegierten forderten zumindest einen Drei-Monate-Aufschub des Bonner Ultimatums sowie eine Freigabe der Airbus-Gelder. In den drei Monaten, so hofften die VFW-Louie, könne das Werkstatt-Konzept noch zugunsten von Bremen „aufgebeutert“ und konkretisiert werden. Man einigte sich schließlich stattdessen auf einen hilflosen Brief an den Oberbürgermeister Schmidt. In einer Resolution wurde er an sein vor der Wahl gegebenes Versprechen erinnert, die VFW-Arbeitnehmervertretung an der Abstimmung des Werkstättenkonzepts zu beteiligen und für ein „regional ausgewogenes Konzept“ zu sorgen. Auch wenn von Delegierten die weitere Glaubwürdigkeit der SPD in Frage gestellt wurde, waren die Würfel in Bonn doch längst gefallen.

Druck hallo der alleinregierende SPD-Senat freilich auch von anderer Seite bekommen. Schon vor zwei Jahren waren VFW-Kollegen mehrfach in Warnstreiks und Demonstrationen gegen den Erhalt ihrer Arbeitsplätze eingetreten. Noch wenige Tage vor der Senatsentscheidung mußte sich Bürgermeister Koschuk auf einem Landesparteitag der Bremer SPD heftiger Vorwürfe erwehren VFW Betriebsräte unter den Delegierten forderten zumindest einen Drei-Monate-Aufschub des Bonner Ultimatums sowie eine Freigabe der Airbus-Gelder. In den drei Monaten, so hofften die VFW-Louie, könne das Werkstatt-Konzept noch zugunsten von Bremen „aufgebeutert“ und konkretisiert werden. Man einigte sich schließlich stattdessen auf einen hilflosen Brief an den Oberbürgermeister Schmidt. In einer Resolution wurde er an sein vor der Wahl gegebenes Versprechen erinnert, die VFW-Arbeitnehmervertretung an der Abstimmung des Werkstättenkonzepts zu beteiligen und für ein „regional ausgewogenes Konzept“ zu sorgen. Auch wenn von Delegierten die weitere Glaubwürdigkeit der SPD in Frage gestellt wurde, waren die Würfel in Bonn doch längst gefallen.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

## Gewerkschaftspolitik in der Krise



Menach Adoff, nun schief du nicht auch noch ein — mich hat vorhin schon ein Journalist gefragt, ob hier ein christlicher Männerverein seine Jahresmeditation abhält

Fortsetzung von vorheriger Seite

Persönlichkeiten teilnahmen, nicht auf dem fünftägigen Kongress sprachen 15 eingeladene Politiker, aber nur 14 Delegierte zum Geschäftsbereich. Von denen äußerte nur einer eine leichte Kritik am IGBF vorstehenden war IGBF-Chef Schmidt (der übrigens von 98 % der Delegierten wiedergewählt wurde) mit den Worten quittierte: „Er hat jedenfalls den Mut gehabt und das ist (...) schon sehr beachtlich.“ Da nicht mehr Kollegen den Mut aufbrachten, mußte der Gewerkschaftstag vier Stunden früher als geplant beendet werden. Von „Verneuerung sozial-liberaler und reformorientierter

Politik“ war auf diesem Gewerkschaftstag nichts zu spüren. Im Gegenteil, Schmidt (der Vorsitzende, nicht der Kanzler) erklärte daß man „die prinzipiell richtige Energiepolitik der Bundesregierung mit Zähnen und Klauen verteidigen“ („FAZ“ 20.11.3) werde.

Die Herzen der Autoren des Anti-DKP-Buches werden auch höher geschlagen haben, als das IGBF-Vorstandsmitglied Meyer feststellte: „Vorwärts es immer neu ankommt, ist junge Kolleginnen und Kollegen anstrebend zu machen für vernünftige kommunistische Strategie und Taktik in der Gewerkschaftsjugend“ („Die Neue“ 27.11.)

Kommision Betrieb & Gewerkschaft



Disastermännchen in der Rüstungsindustrie: Vorbereitung auf gigantische Projekte: MBB-Projekt „TKF“, das „Waffenwunder der 90er Jahre“



# GEW und Unvereinbarkeitsbeschlüsse: Wiederaufnahme von Klaus Knöss abgelehnt

Nur 25 Tage nachdem der Hauptvorstand der GEW vom Gewerkschaftstag aufgeföhrt worden war, sich beim DGB für die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse einzusetzen, hat eben dieser Hauptvorstand gezeigt, was er von derartigen Beschlüssen hält. Auf der HV-Sitzung am 29. 11. wurde mit großer Mehrheit ein Antrag des Landesverbandes Hessen auf Wiederaufnahme von Klaus Knöss in die GEW abgelehnt. Dem Vernehmen nach sollen überhaupt nur vier HV-Mitglieder für diesen Antrag gestimmt haben. Klaus Knöss war bis zu seinem Ausschluss 2. Vorsitzender des Bezirksverbandes Frankfurt der GEW, der sich immer gegen diesen Ausschluss gewehrt hatte. Der Fall Knöss offenbart ein erschreckendes Zusammenwirken zwischen staatlichen Behörden und den UVB-Praktikern der Gewerkschaftsführung.

Drei Wochen nachdem Knöss wegen seiner engagierten Tätigkeit am Frankfurter Abendgymnasium von der Behörde strafversetzt wurde, wurde er (im Februar 1978; vgl. dazu ausführlich AK 123, S. 17) wegen angeblicher Unterstützung des KBW aus der GEW ausgeschlossen. Dies rief wiederum die Behörde auf den Plan. Mit der Begründung, Knöss habe „in verschiedenen GEW-Infos und in Anträgen auf einer Vertreterversammlung des GEW-Landesverbandes Hessen Forderungen vertreten, die solche des KBW seien“, wurde er im März 1980 suspendiert. Gegenwärtig läuft sein Entlassungsverfahren, für das er natürlich die politische und juristische Unterstützung der GEW benötigt. Als aber die Frankfurter GEW zur Unterstützung der juristischen Auseinandersetzung eine Geldsammelung organisierte, wurde sie vom GEW-Landesvorsitzenden Harnischfeger (offensichtlich im Auftrag Fristers) zurückgepfiffen; mit Ausgeschlossenem dürfte es keine Solidarität geben.

Der Fall Knöss wäre also ein guter Anlaß gewesen, dem vom Gewerkschaftstag in seinem UVB-Beschluß beklagten Verlust der Glaubwürdigkeit

der GEW etwas entgegenzusetzen; der Hauptvorstand hat deutlich gemacht, daß er die ablehnende Haltung der Mehrheit der Delegierten zu den UVBs glatt ignorieren will.

## Frister droht mit dem Ausschluss der GEW aus dem DGB ...

Zweifellos rächt sich hier die Halbherzigkeit, mit der der Gewerkschaftstag gegen die UVBs vorgegangen war. Da die Delegierten sich nicht mit ausreichender Mehrheit zu einer Satzungsänderung durchsetzen konnten, hat der Hauptvorstand weiterhin das Recht, über Wiederaufnahmen zu entscheiden und hierbei die UVBs anzuwenden. Knöss hatte gegen seinen Ausschluss erfolglos vor Gericht geklagt. Das Gericht begründete die Rechtmäßigkeit des Ausschlusses mit der Existenz der UVBs.

In dieser Frage kann es keinen Kompromiß mit der Gewerkschaftsführung geben. Dies hat auch Erich Frister in seiner Auswertung des Gewerkschaftstages („Erziehung & Wissenschaft“ 12/80) deutlich gemacht, in der er sich zu einer unglaublichen Publikumsbeschimpfung hinreißen ließ. Da ist davon die Rede, daß die Delegierten mit ihrem UVB-Beschluß „der autoritären Sehnsucht freien Lauf“ ließen, daß sie dafür stimmten, „daß künftig die Tätigkeit für die SPD oder die Unterstützung dieser rechtsextremistischen Partei vereinbar sein soll mit der Mitgliedschaft in der GEW“ (als wäre auch nur ein Richter aufgrund der UVBs aus der GEW ausgeschlossen worden und als hätte es nicht hunderte von Linken getroffen). In anderen Gewerkschaften und im DGB hätte das Verhalten der Delegierten „nur Kopfschütteln oder das Föhren des Zeigefingers an die Schläfe hervorgerufen“.

Noch schärfer polemisiert Frister gegen den Weiterberufung Antrag auf Satzungsänderung, der leider nicht die erforderliche Mehrheit bekommen hat.

„Wäre der Satzungsändernde Antrag angenommen worden, so wäre dies ein Verstoß gegen die Pflichten aus der DGB-Satzung und damit ein Grund für den Ausschluss der GEW aus dem DGB gewesen“.

## ... und kündigt satzungswidriges Verhalten an

Frister verfolgt mit diesen wüsten Drohungen die Absicht, die Kollegen einzuschüchtern, daß niemand mehr nachzudenken wagt, welche Folgen der Beschluß des Gewerkschaftstages denn haben wird. Zweifellos ist der Mainzer Beschluß nicht gerade von hoher Verbindlichkeit. Nach wie vor können Kollegen aufgrund der UVBs ausgeschlossen werden, nach wie vor kann ausgeschlossen werden, die Wiederaufnahme verweigert werden. Nur in einem Punkt ist der Beschluß verbindlich: Er verpflichtet den Hauptvorstand, sich im DGB-Bundsvorstand für die Aufhebung der UVBs einzusetzen. Vertreter der GEW im DGB-Bundsvorstand ist Erich Frister. Man kann also sagen, daß der Beschluß des Gewerkschaftstages nur für ein Mitglied, nämlich Erich Frister, unmittelbare Folgen hat. Von dieser einfachen Tatsache soll das Gift, das Frister verspritzt, ablenken. Wenn Frister schreibt, daß sich „in der Sache nichts verändert“ habe, daß dies ein „Beschluß ohne Folgen“ sei, so kündigt es damit an, daß er dem Auftrag des Gewerkschaftstages nicht nachkommen will. Frister schreibt: „Was es gewerkschaftspolitisch bedeutet, wenn der Hauptvorstand beim DGB einen Antrag stellen soll, der die GEW dem Zweifels der Begründung gewerkschaftsfeindlicher Gruppen aussetzt, diese Überlegung wurde ein Opfer der Diskussionsunterdrückung“.

Auch wenn sich Frister die Nackenhaare sträuben, er muß sich beim DGB für die Aufhebung der UVBs einsetzen — oder zurücktreten.

Kommunisten Betrieb & Gewerkschaft



Militär marschiert vor einer katholischen Kirche — dem Streikzentrum der Automobilarbeiter — auf: Gewerkschafts-„rechts“ in Brasilien und bei VW!

## Wahlen bei VW do Brasil: 7.000 Arbeiter stimmten für eine Symbolfigur

Letzten Monat fanden bei VW do Brasil die ersten Wahlen für eine von der Firma vorgeschlagene „Belegschaftsvertretung“ statt. Die Metallarbeitergewerkschaft von São Bernardo (bei São Paulo) lehnte diese ungeordnete Belegschaftswahl ab. Ihr Wortführer, Luis Inacio da Silva (genannt Lula) bezeichnete die Wahl als „uma palhada“, als eine Gaukelei und rief zur Wahl einer Symbolfigur auf. „João Ferrador“ Dimer fiktive „João Ferrador“ bekam mit 7000 Werten die meisten Stimmen, während der meistgewählte Kandidat nur 900 Stimmen erhielt. Im Hauptwerk in São Bernardo (mit 38.000 Beschäftigten) gab es für dieses kapitalistische Delegiertenmodell nur 388 gültige Stimmen, während die meisten Kollegen neben „João Ferrador“ auch Lula oder andere bekannte Namen (Fußballspieler) auf ihre Zettel schrieben und viele auch einfach einen weißen Zettel abgaben. In den anderen beiden kleineren VW-Betrieben war die Opposition allerdings lange nicht so stark.



Der Gewerkschaftsführer Lula wurde beim Streik im Frühjahr von den Militärs verhaftet.

Seit 1977 kämpfen die brasilianischen Arbeiter für Gewerkschaftsdelegierte in den Betrieben. Für je 1000 Beschäftigte ein Delegierter. Auch im großen Automobilarbeiterstreik in diesem Frühjahr war dies neben den Lohnforderungen eine der Hauptforderungen. Das Militärregime setzte damals nach einem Streikverbot des Gerichts den Gewerkschaftsvorstand kurzerhand ab.

## VW-Vorschlag zur Schwächung der Gewerkschaften

Am 10. September legte der VW-Generaldirektor Wolfgang Sauer einen Beschluß über ein „System der Belegschaftsvertretung“ vor. Dieses System soll die „gemeinsamen Interessen der Firma und der Beschäftigten“ besser ausgleichen, den „konstruktiven Dialog“ fördern, die „Wirksamkeit und Schnelligkeit von Entscheidungen erleichtern“ und die „Verständigung von Verwaltung und Mitarbeitern verbessern“, so steht es im ersten Absatz des Beschlusses. Das brasilianische Militärregime hat den Plänen von VW zugestimmt, da solche Belegschaftsvertreter a la VW mit den von den Gewerkschaften geforderten Vertrauensleuten nichts zu tun haben. Die gewählten Belegschaftsvertreter (23 für 46.000 Beschäftigte) dürfen Vorschläge machen und über Arbeitsbedingungen diskutieren, Ausbildungsbedingungen, Sozialwesen usw. und über die

Beschlüsse der Geschäftsleitung. Das sind ihre Aufgaben und Rechte, für die sie 50 Stunden im Monat freigestellt werden. Um gleich bei der Kandidatenaufstellung kämpferische Kollegen abbildern zu lassen, ist vorgeschrieben, daß jeder Kandidat mindestens fünf Jahre im Betrieb sein muß. Gerade in der Automobilindustrie ist es an der Tagesordnung, daß massenhaft Arbeiter entlassen werden — bis zu einem Drittel im Jahr — und Neue werden dafür eingestellt. Außerdem dürfen nur die Hälfte der „Belegschaftsvertreter“ Gewerkschaftsmitglieder sein, obwohl die Mehrheit der Automobilarbeiter die Gewerkschaftsbewegung unterstützt (auch wenn nur 26% eingeschriebene Mitglieder sind).

Aber die VW-Geschäftsleitung hat sich noch weiter abgesichert. Sie kann mit Hilfe einer Begleitkommission, in der die Unternehmensleitung eine 4 zu 3 Mehrheit besitzt, jederzeit einen Belegschaftsvertreter absetzen, der „seine Position für andere als für die in diesem Beschluß vorgesehenen Ziele ausübt“.

Und wenn das alles nichts hilft, gilt der §15: „Die Firma kann zu jedem Zeitpunkt die Bestimmungen dieses Beschlusses ändern oder ergänzen.“

diese Beschlüsse ändern oder ergänzen“

Die Ablehnung dieser „Belegschaftsvertretung“ durch die Gewerkschaften ist einhellig. Selbst die regierungstreuen Staats-Gewerkschafter („pelegos“) lehnten das System ab. Und Lula rief zunächst auf, das neue System zu boykottieren. Es handelte sich um ein „Mittel“, die Arbeiter zu spalten und die gewerkschaftlichen Positionen noch weiter zu schwächen.

Die IG Metall, deren Vorsitzender Eugen Loderer stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei VW ist, begrüßte das VW-Modell grundsätzlich und kritisierte lediglich die Nichtinbeziehung der Gewerkschaften und die Aufteilung in Gewerkschafter und Nichtgewerkschafter.

Während der Aufstellung der Kandidaten im Betrieb und der Diskussion darum, änderten die kämpferischen Gewerkschafter ihre Boykottparole und warben für einen fiktiven Kandidaten „João Ferrador“. Obwohl Lula unter den Arbeitern großen Einfluß hat, wollten sich dennoch 170 Kollegen für die Kandidatur zur Verfügung. Da aber nur wenige Kollegen bereit waren, die Kandidatenvorschläge zu unterschreiben, wurde noch schnell die im Statut festgelegte Zahl von 50 Unterschriften auf zwei gesenkt. Im Hauptwerk wurden bei der Wahl 38 Prozent gültige Stimmen abgegeben. Offensichtlich haben doch viele Beschäftigte eine Chance in dieser „Belegschaftsvertretung“ gesehen.

Die Gewerkschaften im Industriegürtel von São Paulo sind immer noch stark geschwächt, da ihre Vorstände immer noch abgesetzt sind und ein Regierungsvertreter als Verwalter eingesetzt ist. Wenn auch die 7000 Stimmen für „João Ferrador“ eine gute Grundlage sind, bleibt doch abzuwarten, ob die „pelotes“ (staatstreue Gewerkschafter) nicht doch noch auf diese oder ähnliche Modelle abfahren und damit die Kraft der Automobilarbeiter im Kampf um wirkliche Arbeitervertreter geschwächt werden könnte (Nach Lateinamerika- und Brasilien-Nachrichten).

Kommunisten Betrieb & Gewerkschaft

## Arbeitsdirektor für HDW: Ein Staakes Stück

Wie leicht war es doch noch vor einigen Jahren: 1974 bekam der IGM-Betriebsleiter und SPD-Bürgerschaftsgeordneter Heinz Scholz das lukrative Angebot, Arbeitsdirektor der HDW zu werden. Für ein entsprechend dotiertes Gehalt sagte er zu und durfte an den für die Arbeiter wichtigen Entscheidungen mitwirken und sie durchsetzen helfen, wie Einstellung des Schiffneubaus in Hamburg, Süllegung des Werkes Dietrichsdorf in Kiel und des Werkes Reihersleg in Hamburg.

Seit etwa einem Jahr scheint Scholz aber einigen Plänen des Vorstands im Wege zu stehen. Offensichtlich war er nicht bereit, den Kurs weiter zu stützen, den der bundeseigene Salzgitterkonzern mit der HDW fahren will. Jetzt, nachdem er in Ungnade gefallen ist und sich der Vorstand eine Kronkronschicht ausgesucht hat, gestaltet sich die Nachfolge als schwierig.

Im ersten Kandidatenturnier der IGM für den neuen Arbeitsdirektor, das mehr Intern ausgefochten wurde, siegte der Hamburger Betriebsratsvorsitzende der HDW, Werner Peters, gegenüber seinem Kieler Kontrahenten Otto Böhm. Werner Peters, 59 Jahre alt, ist eigentlich für diesen Posten wie geschaffen, er versteht sich gut mit dem Vorstand und könnte für sein nahendes Rentnerdasein einige Hunderttausend Mark wohl noch gut gebrauchen.

Daß es vielleicht doch etwas nervig und hektisch zugehen könnte, bekam er auf einer Hamburger Betriebsversammlung im Oktober zu spüren. Dort wurde der Antrag an den Betriebsrat gestellt, sich gegen Peters als Arbeitsdirektor auszusprechen. Hoffnung, daß bei der Abstimmung sich die versammelte HDW-Belegschaft doch noch für Peters aussprechen würde, hatte er nicht, deshalb würgte der Versammlungsleiter die Abstimmung ge-

gen den Protest der Kollegen ab. Diese Betriebsversammlung, die es in dieser Radikalität nicht vorher gab, hat dazu beigetragen, daß die Kür zum Arbeitsdirektor nicht so glatt wie geplant über die Bühne ging. Wenige Tage später erklärte Werner Peters, er stehe als Kandidat nicht mehr zur Verfügung. Noch nicht gewählt und schon verschlossen.

Die nächsten Vorschläge waren dann ein Mann aus Salzgitter und der ~~Werner Peters~~ und Papier aus Bremen. Auch die zogen ihre Kandidatur nach kurzer Zeit zurück.

Völlig überraschend wurde dann von der IG Metall der SPD-Landesvorsitzende und Ex-Innensenator von Hamburg, Werner Staak, präsentiert. Die Vertrauenskörperleitungen gaben sich große Mühe, den Mann als „Arbeitnehmer“ zu verkaufen. Gar nicht so einfach, da Staak als Innensenator schließlich verantwortlich war für die Bespitzelung von Betriebsräten und anderen Kollegen durch den Verfassungsschutz in den Hamburger Betrieben. Es erschienen Hochglanzfotos von Werner Staak, auf denen hinten der Lebenslauf draufstand: Gewerkschafter, Tischler usw.

Werner Staak braucht einen Job, um seine Brötchen zu verdienen. Zur Zeit bekommt er nämlich „nur“ ein Übergangsgeld von 15.000 DM monatlich und nach drei Monaten für die nächsten zwei Jahre „nur“ noch die Hälfte. Während ein HDW-Vorstandsmitglied laut Geschäftsbericht durchschnittlich 344.000 DM im Jahr, das sind monatlich mehr als 28.000 DM, verdient.

Auch linke Sozialdemokraten in der Vertrauenskörperleitung agitierten für Staak, da er als Hamburger SPD-Vorsitzender sich nach ihrer Meinung nicht leisten könne, an weiterer De-

montage Hamburger Betriebsstelle mitzuwirken und sich deshalb „für Hamburg“ einsetzen werde.

Aufsichtsratssetzung kam es dann offensichtlich zu einem Unentschieden: zehn Stimmen für und zehn gegen Staak. Damit war er abgelehnt. Da zu den zehn Vertretern der Kapitalseite Staaks Stellvertreter in der Hamburger SPD-Hierarchie Stinner gehört, der sicherlich für Staak votiert hat, wird vermutet, daß ein Schleswig-Holsteiner Belegschaftsvertreter gegen ihn gestimmt hat. Dem hatte wohl die Argumentation der Hamburger VK-Leitung eingeuchtet, daß ein Hamburger SPD-Vorsitzender sich vor allem „für Hamburg“ (d.h. die Politik des Hamburger Senats) einsetzt.

Die IG Metall ist enttäuscht, daß es ihr nicht mal gelang, einen Ex-Innensenator als Arbeitsdirektor zu verkaufen. Einen weiteren dieser Güte hat die IGM nicht anzubieten und wartet jetzt dem Vorschlag der Kapitalisten ab. Und die SPD sucht weiter einen Managerposten für Staak. Was bei anderen Ex-Senatoren (wie z.B. Kern als HHLA-Vorstandsvorsitzender) vorzüglich klappte, wird wohl auch bei Staak möglich sein.

Die Kapitalvertreter im Aufsichtsrat haben Staak vermutlich deshalb abgelehnt, weil in Hamburg ein radikaler Eindruck bei HDW stattgefunden wird. Am 16. Dezember läuft der letzte Neubau von Stapel und Anschlußaufträge sind nicht in Sicht. Staak wurde als Hamburger Parteichef bei einzelnen denden Maßnahmen „möglichst“ nicht unbefangenen votieren können.

Für die Beschäftigten bei den HDW stellt sich dabei auch die Frage, was haben die mit uns vor, wenn sie bereits solche Leute wie Staak ablehnen.

HDW-Betriebsrat



# Massenproteste gegen Kürzung von Bildungsmitteln in Hessen

Das war eine eindeutige Reaktion der von den Sparmaßnahmen im hessischen Bildungsbereich Betroffenen auf Mittelkürzungen von 74,2 Mio. DM 35.000 Schüler, Studenten, Lehrer und wissenschaftliche Hilfskräfte demonstrierten in mehreren Orten Hessens. Auf zwei zentralen Großdemonstrationen in Wiesbaden und Kassel demonstrierten allein 15.000 und 10.000. Ein Überblick über die Protestaktionen im Einzelnen fällt schwer. An zu vielen Schulen, Unis und Fachhochschulen kam es zu Streiks, Boykottmaßnahmen, „Aktionstagen“, Kundgebungen etc. Sogar man von den Grundschulen ab, dürfte es eher schwierig sein, Bildungseinrichtungen zu finden, an denen keine Protestmaßnahmen stattgefunden haben.

An den hessischen Universitäten und Fachhochschulen sollten vor allem die Mittel für Tutores und wissenschaftliche Hilfskräfte um 35 % gekürzt werden. Auswirkung dieser Mittelkürzung wäre es gewesen, daß die letzten Relikte fortgeschrittlicher Unireformen eingestellt worden wären.

An den Schulen sollen bis 1985 3.000 Lehrerstellen abgebaut werden, bis 1990 sind nach Aussagen des Kultusministers sogar Einsparungen von insgesamt 10.000 Lehrern zu erwarten. In diesem Jahr wird – bei nach wie vor gestiegenen Schülerzahlen – erst einmal eine Entlassung von 70 angestellten Lehrern erfolgen.

Nun ist Geld durchaus noch wie vor vorhanden, der hessische Landeshaushalt umfaßt sogar 4 - 5 % mehr als 1980. Allerdings wird im Bereich der Leistungsverwaltung und der Versorgungsinteressen der Bevölkerung kräftig gespart. Die Bildungspolitik soll die Hauptlast tragen, Einsparungen im Kindergartenbereich, die Schließung mehrerer Krankenhäuser in Nord- und Mittelhessen bieten einen lebhaften Kontrast zum weiteren Ausbau des Polizei-, Justiz- und Knastapparates (für Knastneubauten sollen bspw. 11 Mio. neu investiert werden).

Und auch die geplante Startbahn-Weet, die hessische WAA, der Block C in Biblis etc. wollen ja finanziert werden.

den. So kam es zu Protestmaßnahmen im Bildungsbereich, wie wir sie seit Jahren nicht mehr kennen.

In Marburg fand am 1. und 2.12. die Aktion „Uni dicht“ statt. Sämtliche Fachbereiche hatten zuvor Protestkürzungen verabredet, in der Woche vor dem Streik hatte eine VV und sogar der Uni-Konvent eine solche Aktion beschlossen. 2.000 Studenten und 250 Schüler führten nach Wiesbaden zur Demo. An einer Reihe von Schulen kam es spontan zu mehrstündigem Unterrichtsboykott. Der Stadtschülerrat will sich, falls sich nicht umgehend Verbesserungen in der miserablen Schulsituation ergeben, Anfang Februar an einem landesweiten Unterrichtsboykott beteiligen.

In Darmstadt wurde der Protest vor allem von den Studenten der TH und der FH-Darmstadt getragen. Hier fanden vom 1.12. - 5.12. Aktionstage statt, an denen die Studenten unter großer Beteiligung VVs und Öffentlichkeitsaktionen durchführten, um auf die bis zur Existenzbedrohung gehenden Studienbedingungen hinzuweisen. Unter dem Motto „Wenn das so weitergeht, müssen wir auf der Straße studieren/unterrichten“ schleppten 400 Studenten ca. 50 Tische, ebensovielen Tische, Stühle und Stellwände in die Innenstadt und hielten Vorlesungen ab. Bei einer symbolischen „Beerdigung der Bildung“ wurde insbesondere auf die in Milliardenhöhe betriebene Unterstützung der Militärdiktatur in der Türkei verwiesen. Insgesamt hatten sämtliche Mittelschulen in Hessen mit militäristischen Parolen, die die Sparpolitik im Bildungsbereich genau der extensiven Rüstungspolitik gegenüberstellten. Parolen wie „Statt Panzer und Raketen – für Bildung mehr Monaten“ oder „In der Rüstung sind sie fix – für die Bildung tun sie nix“ zierten mindestens zwei von drei Transparenten.

In Kassel trugen 10 - 12.000 Schüler den im wesentlichen antimilitaristisch orientierten Protest totaler Unterrichtsboykott über mehrere Stunden und eine der größten Demonstrationen in der Geschichte Kassels.

In Frankfurt ketteten sich Schüler im Schulamt des CDU-Rechts-Außen-Dezernats. Mehrere aus Heizungsrohr an. In der Ernst-Reuther-Schule besetzten die Schüler zusammen mit ihren Lehrern die Schule und übernachteten dort. Viele GfW-Lehrer führten mit ihren Klassen zur landesweiten Demo nach Wiesbaden am 2.12. Auch Berufs- und Realschulen wurden bestreikt.

An der Uni Frankfurt kam auch – erstmalig seit den HHG/HRG-Streiks im Dezember 1977 – wieder etwas Leben in die Diskussion. Die Studentenschaft aller Fachbereiche diskutierte über geeignete Maßnahmen zur Verhinderung der Kürzungen. Dabei blieb die Diskussion nicht bei den Mittelkürzungen stehen. Besonders als sich Uni-Präsident Kelm scheinbar an die Spitze des Protestes zu

setzen versuchte, erinnerte man sich, daß es gerade dieser Präsident war, der noch vor kurzem verschärfte Prüfungsbedingungen am WiWi-Fachbereich mit dem tagelangen Einsatz mehrerer Züge Bereitschaftspolizei durchsetzte, der noch im Frühjahr wohnungslose Studenten aus einem noch heute leerstehenden Haus durch die Polizei herausprügelte und der kaltblütig Dozentenkürzungen mitzettelte, der in einer miefigen Feier erstmalig nach zehn Jahren dem umweltschädlichen Hoechst-Böß-Sammel und vier anderen Großkapitalisten die „Ehrensenatorenwürde“ antrug. Es war der Verdienst des Asa, darauf hinzuweisen, daß mit dem Kampf gegen Mittelkürzungen für Tutores und wissenschaftliche Hilfskräfte auch Fragen wie die unzureichende Wohnsituation der Studenten, die Kürzungen im Mensa-Bereich und anderer Leistungen und neben der Zurückweisung der Sparmaßnahmen auch Studieninhalte etc. kritisiert werden müssen. Es ist Kelm aber wahrscheinlich, weitgehender als heute absehbar, gelungen, die Asa-Leute als Nörgler am Rande und Störer der

universitären Einheitsfront im Kampf gegen die Mittelkürzungen zu isolieren. Dieses Vorgehen wurde Kelm dadurch erleichtert, weil der Asa zwar 1 m VVs einberief, aber konkret zu wenig organisierte, um die Aktionstage an der Frankfurter Uni nach außen wirksam werden zu lassen. So wurde eine Kundgebung des Präsidenten der Öffentlichkeitswirksamkeit (Lou der Aktionstage bei der Beteiligung von 4.000 Studenten). So wurden die studentischen Aktionstage zwar zu guten Diskussionsterminen unter den Studenten, verpufften in ihrer Auswirkung nach außen aber.

Das wurde überall deutlich. Diese Aktionstage, Streiks und Demonstrationen wurden von einer neuen Studenten- und Schulergeneration getragen, die sich gegen Sparmaßnahmen in der Bildung und gegen Rüstung engagierten, während es sonst kaum möglich ist, Leute für die Asa-Arbeit zu finden. Das läßt hoffen!

KB-Unitgruppe Frankfurt mit Unterstützung von Darmstädter, Marburger und Schüler-Genossen



# »Hochschultage« — Eine neue Kampfform?

## Erfahrungen im Kampf gegen Sparmaßnahmen an der Hamburger Uni

Seit Beginn des Wintersemesters hat es an vielen Hochschulen der BRD wieder Protestaktionen gegeben; die in der Regel die materielle Situation der Studentenschaft zum Inhalt hatten. In der Tat gibt es allen Grund, auf die Barrikaden zu steigen. Dies sei einmal am Beispiel Hamburg an ein paar Zahlen deutlich gemacht: Die Universität hat eine räumliche Kapazität von höchstens 25.000 Plätzen; es studieren jedoch 35.000, d.h., es besteht eine Überbelegung von 40 %.

Dabei muß sogar noch bedacht werden, daß selbst die Berechnung von 25.000 Plätzen schon hoch angesetzt ist. Ähnlich sieht es bei den Kapazitäten der Ausbildungskräfte aus. Die Planstellen für Professoren und Dozenten werden nach der offiziellen Kapazität (25.000 Plätze) berechnet, so 1980 heute allein 150 wissenschaftliche Ausbildungskräfte fehlen. D.h. konkret, daß 10.000 Studenten mal so eben mit durchgezogen werden müssen, ohne daß dafür Räume und Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

Weiter geht es in der gleichen Weise in der Wohnraumfrage. In Hamburg gibt es insgesamt 3800 Studentenwohnheimplätze. Das sind selbst nach den offiziellen Berechnungsgrundlagen (die Studentenzahl) 1700 zu wenig. So müssen sich die Studenten, vor allem die 5000 Erstsemester, mit 60.000 anderen Wohnungsuchenden um die

wenigen billigen Wohnungen streiten.

Hinzu kommt dann noch, daß auch in diesem Jahr wieder einmal die Erhöhung des Stipendienatzes (BaFoG) ausgesetzt worden ist, sodaß die Preissteigerungsrate voll zu Lasten der Studenten geht!

Der jetzt erreichte Zustand soll auch für die nächsten Jahre bundesweit festgeschrieben werden. So rechnet die Bundesregierung mit einem Anstieg der Studentenzahlen auf insgesamt 1,3 bis 1,4 Mio. Es werden aber nur Kapazitäten (Räume und Ausbildungskräfte) für 900.000 Studenten zur Verfügung gestellt. Schon jetzt wurden 220 Mio. DM für den Hochschulausbau gestrichen (20 % der 1979 aufgewendeten Summe). Die Wohnraumfinanzierung für Studenten soll schrittweise ganz gestrichen werden.

Diese Art der Sparpolitik wird also noch einige Jahre für Zündstoff innerhalb der Studentenschaft sorgen.

**Die „neuen“ Kampfformen der Studentenschaft**

Diese Situation hat innerhalb der Studentenschaft eine Welle des Unmuts hervorgerufen. Dies drückt sich vor allem in den Teilnehmerzahlen an den Vollversammlungen (VV) aus, auf denen über Maßnahmen diskutiert wird. So kamen zur ersten Uni-VV über 3000

Studenten, ein großer Teil davon Erstsemester. Beschlossen wurde auf Vorschlag des ASIA (Jusos/MSB/SHB), einen eintägigen „Wahrstreik“ durchzuführen. Konkret lief dieser ab, wie seit Semesterbeginn bekannt: Eine Durchsetzung des Streiks wurde gar nicht erst versucht, stattdessen wurde unverbindlich zum Boykott aufgerufen. Die Beteiligung an dieser Form des Streiks ist auch wie vor gering. Voll war es dagegen wiederum auf einer am Streiktag angesetzten Podiumveranstaltung mit dem Wissenschaftssenator Sinn und Uni-Präsident Fischer-Appelt. Wieder hörten sich 3000 Studenten an, daß der Senat 1 Mio. DM mehr bewilligen würde als geplant (bei einem 12-Mil.-Haushalt), was jedoch von allen studentischen Sprechern als Tropfen auf dem heißen Stein bezeichnet wurde. Fischer-Appelt Rede wurde mit einem minutenlangen „bla-bla-bla“ begleitet, da außer Phrasen über die Verantwortung der Generationen keine konkrete Frage angesprochen wurde.

Der ASIA zog daraus den Schluß, „jetzt nachzusetzen“. Er schlug für die nächste Uni-VV vor, einen einwöchigen Streik zu beschließen. Ein Streikkalender, in dem die einzelnen Aktivitäten schon genau vorgeschrieben waren, sollte gleich mitbeschlossen werden. Soweit war dies nichts Neues, da das gleiche Ritual in jedem Semester abläuft. Konkret wäre dieser Streik so abgelaufen, daß einige unermüdete MSBler Info-Arbeit übernommen hätten, während die Masse der Studenten zu Hause geblieben wäre.

Diesmal kam es jedoch ganz anders. Denn der Uni-Präsident schlug vor: „Zur Vermeidung von Konfrontation und um Interesse der gemeinsamen Forderungen könnte man statt eines Streiks einen gemeinsamen Hochschultag und die Demonstration zusammen durchführen“ (ASIA-Info Nr. 14).

Der ASIA begrüßte diesen Vorschlag, knüpfte seine Zustimmung jedoch an drei Bedingungen: 1. Es dürfe keine Absprache an den Forderungen geben, 2. „Der politische Druck und die Öffentlichkeitswirksamkeit müssen deutlich über die bisherigen Aktionen

hinausgehen“. 3. Es müsse ausreichend Raum für Diskussion und Information sein.

Die Erhöhung des politischen Drucks (wie ist der zu messen?) sah der ASIA schon dadurch erfüllt, daß es eine gemeinsame Aktion geben würde. Die Forderung des ASIA beschränkte sich dann darauf, daß statt des angeblichen einen Hochschultages drei Hochschultage sein sollten.

In bewährter marktwirtschaftlicher Manier bot Fischer-Appelt auf der Uni-VV dann 2 gemeinsame Hochschultage und eine gemeinsame Demo an. Dem ASIA blieb zu diesem Zeitpunkt gar nichts anderes mehr übrig, als diesem Vorschlag zuzustimmen. Denn die Stimmung der 3000 Anwesenden war eindeutig: Bei einer alternativen Abstimmung zwischen „Streik“ und Hochschultagen wäre Fischer-Appelt als Sieger hervorgegangen.

Diesem Zustand hat der ASIA jedoch mit seiner Politik selbst herbeigeführt. Seit Semesterbeginn wird immer nach dem gleichen Schema „Kampfmaßnahmen“ gegen die materielle Misere ausgerufen. Seit Semesterbeginn wird den Studenten erzählt, daß die Kampfkräfte immer weiter wachsen würden, daß sich immer mehr aktiv beteiligen würden usw. Die Realität sieht jedoch anders aus. Immer weniger Studenten haben sich in den vergangenen Semestern an Aktionen oder „Streik“tagen beteiligt. Das Vertrauen darin, daß durch die studentischen Aktionen Veränderungen herbeizuführen sind, hat rapide abgenommen. Hierauf ist die breite Zustimmung zu den vom Präsidenten vorgeschlagenen Hochschultagen eine Reaktion.

Aus vielen Diskussionen mit (hiesigen) Studenten geht hervor, daß sie Fischer-Appelt nicht als „Freund“ sehen, daß aber die Hoffnung verbreitet ist, daß durch seine Beteiligung Erfolge zu erzielen sind.

Vom Zeitpunkt der Uni-VV an gab es für die den ASIA tragenden Gruppen nur noch eine Ausrichtung: die Gemeinsamkeit mit dem Präsidenten. Von nun an wurde nur noch wenig mit den studentischen Forderungen mobilisiert, sondern fast ausschließlich mit

der Teilnahme von Fischer-Appelt. Den Vogel schoß der Fachschularat (FSR) Soziologie ab: „Donnerstag Demonstration mit Fischer-Appelt vorneweg!“

Und so geschah es denn auch. An der Demo nahmen ca. 8000 Studenten teil, wobei in der ersten Reihe Fischer-Appelt und einige Professoren-Kollegen marschierten.

Es war das erste Mal in der Geschichte der Hamburger Studentenschaft, daß sich ein Uni-Präsident in dieser Weise an die Spitze des studentischen Protests setzen konnte. Aber gleiches läuft ja gegenwärtig auch in anderen Unis ab (Frankfurt, Dortmund).

Der MSB rechtfertigt dieses Vorgehen damit, daß es „eine ungeheure Verbreiterung des Widerstands gegen die Bildungspolitik des HH-Senats“ bedeuten würde (Flugblatt vom 1.12.). Nun, worin liegen nun die Ergebnisse dieser „ungeheuren Verbreiterung“? Etwa 1000 bis 1500 Studenten an den zwischen Fischer-Appelt und dem ASIA vereinbarten Haupttransparenzen für die Demonstration festmachen. Diese lauten: „Für Erhalt und Ausbau von Lehre und Forschung an der Universität Hamburg!“ „Solidarität der Generationen. Ausbildungsplätze für unsere Kinder!“

Zum Opfer gefallen sind diesem Bündnis Parolen gegen die Sparpolitik insgesamt, was bisher immer Inhalt der studentischen Aktionen gewesen ist. Zum Opfer gefallen sind auch eindeutig gegen den Staat gerichtete Parolen. Stattdessen wird nur noch an die „Solidarität der Generationen“ appelliert.

Dies ist der erste politische Preis für das Bündnis. Der zweite Preis wurde in der Frage der Aktionsformen gezahlt. Der gleiche Präsident, der jetzt das große Bündnis anbot, hat den vergangenen Semestern jeweils Polizei an der Uni stationiert, um den Lehrbetrieb gegen die Proteststreiks zu erzwingen. Die Hochschultage wurden ausdrücklich damit begründet, diese Konfrontation zu vermeiden. Damit wird es dem ASIA in nächster Zeit schwerfallen, überhaupt an einen Streik zu denken.





ken

Will man diese „neue“ Strategie beurteilen, so sollte man einmal einen Blick in die Beurteilung durch die Presse werfen. Die „Hamburger Morgenpost“ (Immer noch Sprachrohr der SPD) stellt befriedigt fest: „Die wilden Jahre sind vorbei.“ Die Studenten würden heute nicht mehr für die Weltrevolution sondern für ihre eigenen Interessen auf die Straße gehen. Begrüßt wird vor allem die „neue Suchlichkeit unter den Studenten“. Die Hochschultage werden als „Modell, das Schule machen kann...“ gepriesen. Sehr viel Angst scheint bei den Sozialdemokraten jedenfalls vor diesen Aktionen nicht zu bestehen, wenn sie als „Modell“ angeboten werden.

### Eine linke Alternative ist nur schwach entwickelt

Gegen diese vom ASTA durchgezogene Politik gibt es bisher nur sehr geringe linke Alternativen. Die Basisgruppen in den verschiedenen Fachbereichen beschränken sich weitgehend darauf, die vom ASTA vorgeschlagenen Aktionen als „aufgesetzt“ zu kritisieren. Auch wenn sie damit innerhalb der Studentenschaft weitgehend Zustimmung finden, ist mit einer solchen Ausrichtung keine Politik zu machen, denn es wird keine konkrete Alternative vorgeschlagen.

Ein Vorstoß wurde jetzt von einer Gruppe gemacht, die sich aus Grünen, Mitgliedern von Bereichsgruppen, Mitgliedern des SSB u.ä. zusammensetzt. Während der Uni-VV wurde von ca. 70

Studenten das SPD-Haus besetzt. An die SPD wurden konkrete Forderungen zur Verbesserung der materiellen Lage gestellt. Vor allem sollte diese Aktion aber darauf hinweisen, daß es konkret festmachbare und faßbare Verantwortliche gibt für die gegenwärtige Sparpolitik. Diese Aktion brachte vor allem die Juso außer Fassung. Das Haus ihrer Partei war besetzt worden, obwohl doch die Juso die stärkste Fraktion im ASTA sind und somit an der Spitze der Protestmaßnahmen stünden! Diese Reaktion zeigte exemplarisch, worauf all diese Aktionen nach dem Willen des ASTA (hierbei vor allem der Juso) nicht hinauslaufen sollten: auf die klare Erkenntnis, daß die SPD diese Sparpolitik heute verantworten muß!

Daß jedoch die ASTA-Politik innerhalb der Studentenschaft wenig Verankerung hat, zeigte sich bei den Wahlen zum Fachschaftsrat PI (Pädagogikstudien, mit 7000 Studenten der größte Bereich an der Uni). Eine weitgehend unpolitische Basisgruppe, die in der konkreten Politik nicht einmal Alternativen aufzeigen konnte, schaffte es im ersten Anlauf, den seit Semesteran amtierenden FSR aus Juso/MSB/SMB abzuhängen. Wenn sich heute jedoch MSB und Juso darüber beklagen, daß der neue FSR am PI unpolitisch sei, so ist diese Entwicklung zum großen Teil auch ihrer Politik zuzuschreiben. Denn sie haben seit Jahren darauf hingearbeitet, daß Studentenschaft nur noch im Protest gegen die materiellen Bedingungen besteht.

SSB/Hamburg

## Frischer Wind im Frankfurter Stadtschülerrat

Es darf gefeiert werden. Die Frankfurter Schülerschaft besitzt einen neuen Stadtschülerrat (SSR). Hatte der Begriff SSR in den letzten Jahren immer einen faden Beigeschmack (wobei die Geschmacksrichtungen von anfangs SDAJ über Juso bis „Pflasterstrand“ reichen), so scheint sich der SSR dieses Jahr in positiver Weise zu einer basisorientierten Schülervertretung zu entwickeln. Nachdem in den Jahren zuvor SDAJ- oder Juso-Mehrheiten das Ansehen des SSR total diskreditiert hatten (beispielsweise die Hetze des SDAJ-SSR

gegen die SSR dieses Jahr ist positiver Weise zu einer basisorientierten Schülervertretung zu entwickeln. Nachdem in den Jahren zuvor SDAJ- oder Juso-Mehrheiten das Ansehen des SSR total diskreditiert hatten (beispielsweise die Hetze des SDAJ-SSR gegen streikende Schüler), wurde er letztes Jahr nach erbitterten Schlächten und zwei Wahlen (die erste wurde nach der Wahl einer KB-Schülerin angefochten) von einer Gruppe Spontis um den Ex-Juso Bernd Mohr gestellt. Hatte dieser SSR inhaltlich kaum was zu bieten, so muß man zwei Punkte doch positiv anerkennen. Erstens stellte er sich keiner Aktion in den Weg, und zweitens war er „offen“, d.h. daß jeder/je interessierte Schüler/in mitarbeiten konnte, und daß es nicht so lief wie bei den Jusos und der SDAJ, wo geschlossene Vorstandssitzungen die „Liste“ bestimmten. So entschloß sich ein neues Schülerkollektiv (bestehend aus aktiven Schüler/innen verschiedener Aktionen der letzten Monate) trotz inhaltlicher Differenzen, mit und nicht gegen Bernd Mohr zu kandidieren, denn eine Kandidatur gegeneinander hätte der SDAJ Chancen eröffnet, sich den SSR wieder unter den Nagel zu reißen. Für das Schülerkollektiv kandidierte als Stadtschulsprecher der (unorganisierte) Schulsprecher einer kürzlich bestreikten Berufsschule. Für die beiden Posten der stellvertretenden SSR-Sprecher kandidierten Bernd Mohr und der Schulsprecher der kürzlich bestreikten GOS-Bockenheimer-Süd (KB-Schüler). Daß die SDAJ mit einer solchen Konstellation nicht gerechnet hatte, ah man/frau an ihren langen Gesichtern auf der SSR-Sitzung am Wahltag. Um dennoch die Stimmung auf ihre Seite zu bringen, erzählten sie vor der Wahl unablässig von einer gerade laufenden Ankettenaktion einiger Schüler im Stadtschulamt, die damit gegen die „Rotstiftspolitik“ protestierten. Um Zeit zu gewinnen, schlugen sie vor, statt einer Wahl dorthin zu gehen und nur einen kommunikativen Vorstand aus allen Kandidaten zu bilden. Da aber das Modell eines offenen Plenums, wie es von dem neuen Kollektiv propagiert wurde, eine solche Regelung überflüssig macht, wurde die sofortige Wahl beschlossen. Von nun an begann die Zerpfückung des leitungslosen SSR-Sprechers Bernd Mohr, wobei verschiedene SDAJ-Crackas erfahrungsgemäß, „das Kollektiv“ für die Verantwortung des letzten Jahres mitverantwortlich zu machen. Dies ging aber daneben, da die anderen Kandidaten des Kollektivs ja gerade erfolgreiche Streikaktivitäten (mit repräsentierten) so stellen als wenn auch keinen Gegenkandidaten für den Posten des ersten SSR-Sprechers auf. Der Kan-

Schüler/innen-Gruppe des KB/Gruppe Frankfurt

didat des Kollektivs wurde nahezu einstimmig gewählt.

Im zweiten Wahlgang, wo es um den ersten und zweiten Stellvertreter ging, erhielt der Schulsprecher der Bockenheimer-Süd die meisten Stimmen. Bernd Mohr dagegen fiel gegen einen SDAJ-Kandidaten durch. Dieser Wahlgang sehen wir als ein Votum für eine offene Arbeitsweise des SSR.

Schüler/innen-Gruppe des KB/Gruppe Frankfurt

## Leserbrief

Immer wieder finden sich in den fanzines (kleine fotokopierte Zeitungen der Punks) kurze Mitteilungen über z.T. unheimlich bunte Erfahrungen mit Bullerei und Justiz:

„Aspirin-Trommel Jost muß ca. 20.000 Mark für einen für etwas, was er gar nicht getan hat (Zucker in den Mercedes-Tank geschüttet). Tommi KFC und Tim Martini werden zu abnormal hohen Geld- und Bewährungsstrafen verurteilt. Bei Tim war die Strafe sogar noch höher, als er der Staatsanwaltschaft gefordert hat. Der Richter bemerkte danach, sie sollten sich nicht an irgendwelche Modeströmungen halten. Ich bin neulich vorm Hof von zwei Zivilis feige genommen worden, weil ich angeblich auf der Straße gekifft haben soll. (Ich hab noch nie in meinem Leben gekifft.) Nachdem man im Drogen-Dasernat festgestellt hat, daß ich nicht gekifft hab, warf man mir vor, daß ich ein Dealer wäre (die müßten ja wissen), und sie wollten ein Hausdurchsuchung bei mir machen. Nach zwei Stunden wurde ich dann „entlassen“. Das war aber nur ein Beispiel von vielen.“ (L. Schmier, Nr. 8 aus Düsseldorf)

So ist es, ein Beispiel von vielen. Leider ist festzustellen, daß die Punks zu wenig dafür tun, eine Öffentlichkeit und Solidaritätsarbeit zustandezubringen.

Angesichts der Härte, mit der gegen Punks und andere nicht angepaßte Jugendliche von Bullerei und Justiz vorgegangen wird, stellt sich umso dringender die Aufgabe, da was in Gang zu bringen. Denn: „Allein machen sie Dich ein“ (Ton, Steine, Scherben).

Zwar vermag ich jetzt auch kein Patentrezept aus der Tasche zu ziehen. Aber es ist ein erster Beitrag, wenn AK-Leser/innen Zeitungsartikel aus der bürgerlichen oder alternativen Presse an die AG „Punk-wei-Dank“ schicken. Oder auch sich mal des öfteren auftragen, in einen der auf Punk/New Wave spezialisierten Plattenläden zu gehen. Dort gibt es meist auch fanzines zu kaufen, bei deren Erhalt die AG sicherlich in Ferden tänze ausbrechen würde (Viel lieber würd' ich sie natürlich kriegen).

Und vielleicht ist es ja auch mal eine Überlegung wert, unser altes fanzine, den „Rebell“ wieder aufleben zu lassen?

Detlef/Düsseldorf

## Radio Bremen: Es rappelt mal wieder im »Popkarton«

Diesmal wurde – oh Schreck – der Papst verhört! Dem Moderator der fortschrittlichen Jugendsendung „Popkarton“ von Radio Bremen, Eike Besuden, waren anlässlich des Papstbesuches einige Dinge aufgefallen, die er seinen Hörern nicht vorzuenthalten wollte, z.B. „Also ich kann mir das nur so vorstellen, daß da eine ungeheure Frustration dahinterstecken muß, wenn er sich andersverhält, ob er geht oder steht, mit den Beisitzenden anderer Leute beschäftigt muß. Obwohl, so die Unantastbarkeit einer heiligen Kuh hat er

je nun auch wieder nicht, denn man darf ihn ja küssen. Zwar nicht auf den Mund, aber dafür auf die Finger. Er dagegen hat sich offensichtlich auf Fußböden spezialisiert. Jedesmal wenn er irgendwo ankommt, geht er erstmal auf den Boden. Jedem das Seine. Und das alles ganz in Weiß.“

Ja, und er spricht von der „Holy Horror-Picture-Show“, die nun vorbei ist, vom 20-Millionen-Ding, das so viele Leute auf die Straße gebracht hätte, wie sonst nur zu Karnevalszelten üblich, und heilig ist dem Eike

Besuden auch nichts: „Der heilige Geist hat schon viel gedreht, zum Beispiel die Sache mit Maria.“ Das war zuviel für Kierul und wie sollte es anders sein (DU. Noch am Sendabend wurde der Chefredakteur von Radio Bremen, Peter Wien, von Propst Santei zur Rede gestellt. Die CDU-Hauspostille „Weber-Report“ behauptete gar ernsthafte diplomatische Spannungen zwischen der „Vatikanstadt“ und der BRD und hetzte entsprechend gegen den Jugendwider, der ihm ein ständiger Dorn im Auge sei. „Popkarton“ hat sich inzwischen weit über Bremens Grenzen hinaus einen Namen gemacht, es gab oft Ärger. Der letzte große Knatsch, wegen einer Sendung anlässlich der Rekrutenverabschiedung im Bremer Wesertauern, ist kaum verdaulich, und nun dies! Dabei hatte die Chefredaktion mit der letzten Auseinandersetzung die Anweisung, jede „Popkarton“-Sendung vorher abzusagen. Unangenehm für Chefredakteur Wien, entsprechend wird jetzt durchgegriffen: „Wien selbst übernimmt ab sofort die Leitung des Jugendschicks, das dürfte das Ende einer fortgeschrittenen Jugendsendung sein. Der bisher verantwortliche Redakteur von „Popkarton“, Manfred Schlichting, wird „abgemahnt“ (bedeutet eine strenge Rüge) mit der Drohung einer sofortigen Kündigung, falls sich etwas wiederholt. Eike Besuden wurde sofort in einen anderen Bereich versetzt. Sofort wurden die Entschuldigungen in alle Richtungen ausgesprochen (Katholische Kirche, Papst, CDU) und noch einer wurde mal wieder mit einer Entschuldigung seitens Radio Bremen beehrt. Bundespräsident Carstens, denn auch er bekam, wenn auch nur am Rande, in der „Popkarton“-Sendung sein Fett weg. Zwischen den „Papstverhöhnungen“ von Eike Besuden wurde Wolf Biermanns „Bescheidenes Heiligtum“ eingeblendet. Und da heißt es: „Heil Hitler! Teurer Wandersfreund / Wie geht's mit ihren Füßen? / Ich soll sie von Herrn Filbinger / Mit deutschem Gruß grüßen...“

KB/Gruppe Bremen

## Auf der Suche nach einer neuen Anti-Springer-Kampagne

## Auf der Suche nach einer neuen Anti-Springer-Kampagne

Aus dem gesamten Bundesgebiet waren sie gekommen, Mitarbeiter und zwölf Gegen-BILD-Initiativen zwischen Kiel und München. Am 6./7. Dezember sprachen sie in Bonn über ihre Erfahrungen und Aktionen in der Anti-BILD-Agitation, stellten sich Fragen und steckten Ziele für ihre Arbeit ab.

Im vergangenen Mai waren der Gegen-BILD-Stelle, von Günter Wallraff als Transaktions- und Multiplikator gegen das Springer-Massenblatt ins Leben gerufen, aus ihrem Frankfurter Büro die Adressenliste mit über 4.000 BILD-Gegnern geklaut worden. Lange Zeit war die mitterweile nach Köln verlegte Stelle damit beschäftigt, in mühevoller Kleinarbeit Adressen wieder zusammenzutragen. Diese Arbeit ist jetzt abgeschlossen. Mehr als 5.000 Leute sind jetzt so erreichbar.

Das Seminar begann mit kurzen Darstellungen der einzelnen örtlichen Aktivitäten. Neben dem KILLT-Verkauf, Flugblattverteilungen, Veranstaltungen und Lesungen seien hier nur beispielhaft zwei Städte erwähnt. In Frankfurt wurden auf BILD-Leser gerichtete Flugblätter in die Zeitungsverkaufskästen eingelegt und ein „Rock gegen BILD“-Konzert veranstaltet. Die Westbayer Initiative recherchierte selbstständig BILD-Geschichten und brachte eine Story als Aufmacher für ein Plakat, das an den öffentlichen Werbeflächen plakatiert wurde. Ein weiteres Plakat und zahlreiche Aufkleber wurden in Eigenregie und mit Unterstützung aus der Szene hergestellt.

Zwar blieb meist die Resonanz in Form neuer Mitarbeiter in den Initiativen gering, aber es konnte großes Interesse und gesteigerte Aufnahmebereitschaft registriert werden. Es wird wieder mehr über BILD nachgeholt.

Der Springer-Konzern reagiert auf diese Kampagnen doppelt verstärkt. Werbeaufwand (man munkelt von einer Aufstockung des Etats um mehrere Mio. DM) in Verkehrsmitteln, Zeitungen und an Hauswänden usw. soll die Gewöhnung weiter vorantreiben und der Anti-BILD-Agitation vorbeugen. Gleichzeitig wird, wo nur irgend möglich, juristisch gekontert. So wurde in Westberlin ein Plakat, das schon bei einer Werbefirma zum Verkleben lag, per einstweiliger Verfügung gestoppt und ein Ermittlungsverfahren in Gang gesetzt. Gegen den presserechtlich

Verantwortlichen in Solingen wurde Strafanzeige erstattet. Ein anonymes Anrufer gar drohte dem Westberliner Presserechtlichen mit Mord!

Im weiteren Verlauf wurden zu drei Schwerpunkten Arbeitsgruppen eingerichtet, die am 2. Tag im Plenum über ihre Ergebnisse berichteten.

### 1. BILD und ihr politischer Hintergrund

Anfangs wurde hier die Frage, warum BILD überhaupt gelesen wird, gestellt und verschiedene Erklärungen angeboten. Neben der zunehmenden Machtkonzentration in Springers Hand (er kontrolliert mehr als 1/3 des Tageszeitungsmarktes über 80% der Boulevardzeitungen und diktiert den gesamten Großhandel mit Zeitungen und Zeitschriften) wurden auch psychologische Erklärungen versucht („Die Leute wollen gar keine andere Zeitung“) Um BILD-Leser von der Ideologie der BILD loszuziehen müßten Zweifel bei ihnen geschürt und immer wieder neu genährt werden. Die Scheinwelt der BILD müsse an der Realität ihrer Leser am Arbeitsplatz, in den Familien, ihren tagtäglichen realen Problemen zum Platzen gebracht werden. Als Beispiel wurden hier die Erfahrungen Streikender mit der „Berichterstattung“ der BILD genannt. In der Diskussion wurde deutlich, daß es nicht reicht ausschließlich einzelne besonders krasse Lagen und Verdrehungen aufzugreifen. Die GegenBILD-Agitation muß vielmehr auch die Gesamtheit der Ideologie, die Verflächung von reaktionärer Politik, Sensationsdarstellung und Pseudointeressenvertretung des „kleinen Mannes“ aufgreifen, wenn sie dauerhafte Wirkung haben will.

### 2. Aktionsformen gegen BILD

Neben der Auflistung praktizierter Aktionsformen wurden neue Vorgehen geplant, neue Arbeitsmöglichkeiten eröffnet. Werbung für Spenden und Unterstützung bei „Persönlichkeiten“ des demokratischen Lagers bei Ärzten, Wissenschaftlern, in Kneipen, Alternativprojekten usw. Anzeigen in der Lokalpresse, finanziert durch bestimmte Gruppen. Presseerklärungen der GegenBILD-Stelle oder der einzelnen Initiativen

zu konkreten Anlässen. Herausragendes Projekt ist die Planung einer Ausstellung, die über den üblichen Betrachtungsmechanismus hinausgeht, indem verschiedene Objekte und Demonstrationen den Besucher miteinbeziehen.

### 3. Organisation gegen BILD

In dieser Arbeitsgruppe wurden auch die Kritiken an der bisherigen Arbeit der Kölner GegenBILD-Stelle zusammengetragen, insbesondere die mangelnde Unterstützung und der schlechte Informationsaustausch. Zukünftig wird monatlich ein interner Brief für die Initiativen erstellt und an alle verteilt. Er soll neben der Diskussion aktuelle Berichte über Prozesse, Aktionen etc. enthalten. Bis zum 15. jeden Monats können alle reproduktionsfähigen Artikel nach Köln schicken, wo diese dann zu dem Rundbrief zusammengestellt werden. Darüberhinaus wird eine Literaturliste, eine Liste der Kontaktadressen der Initiativen und ein Leitfaden zum Aufbau neuer Gruppen erstellt. Günter Wallraff wird ein Papier mit Tips erarbeiten, wie jedermann selbstständig gegen BILD recherchieren kann. Durch diese Maßnahmen soll der Kontakt der Initiativen untereinander und ihre Arbeit vor Ort belebt werden. Hierzu sollen auch mögliche regionale Treffen dienen. Im Gefolge der beiden erschienenen LP „GegenBILD Lieder“ könnte eine Tournee beteiligter Musiker organisiert werden. Höhepunkt könnte ein gut vorbereiteter ANTI-Springer Kongress werden. Dieser erfordert allerdings noch vielfältige organisatorische und inhaltliche Vorarbeit z.B. die Erarbeitung von weiteren Studien und Galaxien über die BILD unter bestimmten inhaltlichen Gesichtspunkten (die Frauen in BILD, BILD und Bundeswehr usw.).

Zu guter Letzt gab Günter selbst noch einige Hinweise zu konkreten Arbeitsmethoden.

Gab es zwar keine unmittelbaren Freigabe, so war doch der intensive Informations- und Gedankenaustausch ein echter Durchbruch durch monatliche Isolierung der einzelnen Gruppen. Die Umsetzung der erarbeiteten Beschlüsse könnte das Startzeichen für den Neubeginn einer breiten Anti-Springer-Kampagne werden.

Ein Genosse der Medienkommission





Yoko und John in London

Yoko und John in London

## Imagine

Imagine there's no heaven,  
It's easy, if you try,  
no hell below us, above us only sky,  
Imagine all the people living for today,  
Imagine there's no countries,  
It isn't hard to do,  
nothing to kill or die for,  
and no religion too,  
Imagine all the people living life in peace,  
you may say I'm a dreamer,  
but I'm not the only one  
I hope some day you'll join us  
and the world will be one

Imagine there's no heaven  
It's easy, if you try,  
no hell below us, above us only sky  
Imagine all the people living for today  
Imagine no possession,  
I wonder if you can,  
no need for greed or hunger,  
a brotherhood of man,  
Imagine all the people sharing all the  
world,  
you may say I'm a dreamer,  
but I'm not the only one,  
I hope some day you'll join us  
and the world will live as one.



Die Beatles auf ihrer ersten Pressekonferenz in der BRD, 1966

# "you may say I'm a dreamer, but I'm not the only one"

**„John Lennon ermordet.“**  
Die Wirkung setzte bei mir langsam, gegen viele Widerstände ein. Ich bin getroffen, tief betroffen und wehre mich zuerst dagegen. Was macht dich so an, wenn ein Rock Star der 60er Jahre, ein Beatle, auf offener Straße durch 5-7 Schüsse einfach niedergemacht wird?  
Dieser Killer, von Beruf Hilfspolizist, grinsend bei seiner Verhaftung, nachdem er kulekend, um brennen zu können, sein Opfer wie einen rüddigen Hund abknallt. Dieser Killer hat mit dem Mord an John Lennon auch auf einen wichtigen Abschnitt meines eigenen Menschwerdungs geschossen.

Trotz der Bemühungen der Massenmedien, diesen Mord wieder einmal als die Tat eines „Wahnsinnigen“ erscheinen zu lassen, also völlig irrational und ohne Hintergrund, scheint der Killer selbst sich sehr wohl der Tragweite seiner Tat bewusst zu sein. „Meine Tat ist so bedeutend wie der Mord an John R. Kennedy.“

Welch ein Irrsinn, daß John, dem wegen seiner Aktivitäten gegen den Vietnam Krieg und gegen die Nixon-Regierung die Aufenthaltsgenehmigung für die USA über fünf Jahre verweigert wird, dann erschossen wird, als ihm nach zehnjährigen Ringen die Genehmigung erteilt wird.

John, aber auch die Beatles insgesamt, haben es mir überhaupt erst möglich gemacht, den Mut zu gewinnen, mich und andere ändern, verändern zu wollen.

nen, mich und andere ändern, verändern zu wollen.

Oh, wie war ich glücklich - ein 15-jähriger eingeschüchterter Junge - wenn wir die Platten hörten, gute Gefühle hatten, uns die Haare raus aus der guten Fassung - sie in die Stirn kramten. Noch wagten wir es nicht öffentlich, das zu tun, was uns innerlich so stark machte. Denn was die Spießer, und voran BILD, den Beatles nicht mehr anhaben konnten, richtete sich mit entsprechender Aggressivität gegen die Minderheiten und die Unbekannten. Wer hat's nicht noch in Erinnerung: Des zaghafte Haarzipfeln überm Ohr, das Jackett ohne Kragen und dann diese „Püzköpfe“, „Moppköpfe“, „Du Beatle“ als Höhepunkt an Diffamierung gemeint -, „Ihr gehört doch alle ins Arbeitslager“, „vergessen sollte man die langhaarigen Affen...“

Doch dann machten's die Beatles einfach vor: Die Alten, Verkünder, die Spießer und Reaktionäre auflaufen lassen und verarschen.

Und ich kriegte mehr Mut: Die Haare wurden länger, ich begann Musik zu machen, ich machte keinen Hehl mehr daraus, daß ich keinen Bock auf Schule hatte

Im Juni 67 war es dann wieder so weit. „All You need is Love“ - wieder eine neue Stufe der Entwicklung für mich! Wende dich anderen zu das war's, was da ruher kam bei dem Song. Drogen kannte ich nicht, und Angst, mich auch so bunt und verrückt anzusehen wie John, Paul, George und Ringo, hatte ich auch. Aber ich suchte nach eigenen Möglichkeiten... und so kam ich mit der APO zusammen, politisierte mich

Dann 69... Attentat auf Rudi, Blockade des Springerhauses in Hamburg, die erste Knüppelorgie der Bullen vor dem Polizeihochhaus, und die Beatles mangeln „Ob-la-da...“ Da war mir klar, daß „die Beatles“ mir nicht mehr das gaben, was mich ermutigte. Ich hatte mich verändert, war eigenständiger geworden. Und dann ergab sich mir über „Revolution“, Johns Abzug an den revolutionären Kampf, dachte ich.

Später sagte John selbst dazu „Ich wollte allen Leuten mit diesem Lied sagen, was ich über Revolution denke. Es war höchste Zeit darüber zu sprechen, denn wir hatten ein Stadium erreicht, da wir die Fragen über den Vietnam-Krieg unbeantwortet ließen. Ich sagte damals zu Brian Epstein: Wir werden über den Krieg sprechen und nicht einfach dazwischen und schweigen. Eine der Textzeilen hieß: „Zähl mich mit, du kennst auf mich rechnen.“ (You can

count me in...) Gemeint war die Gewalt. Aber auf der Version, die dann endgültig erschien, sagte ich genau das Gegenteil. Ich wollte keine Revolution, um nicht zu sterben, nachdem ich über alles nachgedacht habe, was passieren könnte“ („Die Beatles“, Bastel-Verlag, S. 120). Auf der veränderten Version dieses Songs auf dem „Weissen Album“ singt John dann: „...count me out-in...“ „Ich habe beide genommen, weil ich mir nicht sicher war.“ (J. Lennon/Biographie), Diese Ehrlichkeit... das ist/war John eben.

Dann durchlebte ich meinen Prozeß der politischen Organisierung, kam zum SALZ und dann zum KB, andere gingen in die DKP, andere suchten nach individuellen Alternativen und Möglichkeiten.

John und die anderen Beatles veränderten sich auch, durchlebten wie wir alle neue Prozesse, trennten sich und gingen eigene Wege.

John traf Yoko, und sie bestärkte ihn darin, seinen Weg fortzusetzen. Gemeinsam lösten sie sich aus der lähmenden Umarmung des „Establishments“, nahmen Anteil, wie wir, auf ihre Weise, am Kampf für Frieden und Freiheit in aller Welt, am antikapitalistischen Kampf, gegen den Vietnam-Krieg und den Biafra-Krieg.

Die Idee, öffentlich für den Frieden zu demonstrieren, kam von Yoko. Ihr Motiv war Frieden. Ich hatte über die Liebe gesungen, was wohl nur ein anderer Wort für Frieden ist. Die Bed-In in Kanada waren die Schönheits-Liebe gesungen, was wohl nur ein anderes Wort für Frieden ist. Die Bed-In in Kanada waren die Schönsten, und ich kam mir dabei wie ein Zuschauer vor, die ganze Inszenierung war von Yoko. (John, 1975). Sieben Tage lang lagen John und Yoko im März 69 in einem Hotelbett in Amsterdam und sprachen ununterbrochen vor aus aller Welt angereisten Presseleuten, die sicherlich anderes erwartet hatten, als Antikriegspasolen vom Hotelbett aus. Die Presse qualifizierte die Aktion als Unisat ab, druckten aber Foto und Friedensbotschaft ab. John dazu:

„Wir beide sind, eigentlich sehr schön, aber frei heraus und ganz normal. Wir versuchen das Beste aus uns rauszuholen, aber wir befinden uns in einer anomalen Situation. Überall in den Zeitungen, im Fernsehen wimmelt es von Gewalttätigkeit. Das mindeste, was wir tun können, ist, die Schlagzeilen an uns zu reißen und die Leute zum Lachen zu bringen. Ich sehe in der Zeitung lieber uns im Bett als irgendeinen Politiker, der lächelnd die Hände schüttelt. Mit dem Bed-In haben wir den ganzen Zeitungsrummel zu etwas Nützlichem umfunktioniert“ (ebenda).

Auch über seinen politischen Standort äußerte sich John:

„Dort, wo ich aufgewachsen bin, war das Leben ganz schön hart. Man hatte und fürchtete die Polizei als natürlichen Feind, und man verabscheute die Armee als etwas, was jeden von uns mitnimmt und irgendwo tot zurückläßt. Das erlebt man hier in der Arbeiterklasse, obwohl sich das alles gibt, wenn man älter wird, Familie hat und nach und nach vom System verschluckt wird. Yoko und ich haben nichts dagegen, die Clowns zu spielen, wenn dadurch etwas Gutes erreicht werden kann. Wir sind bekannt, und deshalb nutzen wir unser Geld, um für den Frieden zu werben“ (ebenda).

Musikalischer Ausdruck dieser Aktion war der Song „Give Peace a Chance“ mit dem Satz: „Wir haben keinen Anführer, doch jetzt haben wir ein Lied“

Die gesamte „War is over“-Kampagne zog sich über neun Monate hin, wobei in den Zentren der großen Metropolen überdimensionierte Plakate aufgehängt wurden, mit der Aufschrift „War is over“

John war ein lieber Pazifist, Friedensclown und Trübsner und dabei konsequent. Im November 69 schickte er den MBE-Orden (1965 als Beatle von der Königin Elise erhalten) zurück „aus Protest gegen die englische Einmischung in die Nigeria-Niagra-Sache, gegen unsere Unterstützung Amerikas

in Vietnam und gegen das Abrutschen von „Cold Turkey“ in der Hitliste“

1971 gingen John und Yoko nach New York und kamen dort viel unmittelbarer mit der Anti-Kriegs-Bewegung in Berührung. Im Februar 71 erschien dann der Song „Power to the People“

„Ich habe gesehen, daß wir alle unterdrückt werden, und deshalb möchte ich etwas dagegen tun, obwohl ich mir nicht sicher bin, wo ich stehe... Die Arbeiter träumen den Traum der anderen, noch nicht einmal ihren eigenen. Sie sollten einsehen, daß sie nach den Schwarzen und Iren die nächsten sind, die unterdrückt werden“

Zu dem völligen Verriß dieser Platte in der Presse meinte John: „Sie schlagen auf mich ein, weil ich Power to the People verlange, und sagen, daß keine Gruppe die Macht haben soll. Unsinn. Ich bin der Ansicht, daß jeder das gleiche Recht auf Besitz hat, und daß das Volk einen Anteil an den Betrieben haben sollte und mitentscheiden soll, wer der Boss ist und wer was macht. Schüler sollte ihre Lehrer selbst auswählen dürfen“ (ebenda).

In dieser Zeit machen Yoko und John sehr aktuelle Songs u.a. zum Gefangenenaufstand im Knaat von Attica, zu Angela Davis, zur Unterdrückung der Frauen und zum „Blutigen Sonntag in Derry“ und andere

John selbst zu dieser Phase: „Ich glaube nicht, daß das die besten Stücke von mir gewesen sind, weil ich viel zu viel davon getan habe. Was ich mir dabei vorgestellt habe, war, das zu sagen, was die Leute heute zu sagen. Und darin lag mein Fehler. Ich habe eben nicht geschrieben, was ich denke und sagen will. Bei „Give Peace a Chance“ hat es funktioniert, aber nicht bei den anderen Stücken. Diese Phase hat meinen Erfolg fast ruiniert. Er war nicht mehr Poésie, es war reiner Journalismus. Ich glaube, daß ich im Grunde genommen ein Dichter bin“

Na und? Der Wert dieser Songs besteht für mich darin, daß sie da sind und unsere Gefühle widerspiegeln. Ich hab von keinem Rockkünstler ein klareres Lied zur Frauenunterdrückung gehört als „Woman is the Nigger of the World“

Bis 1976 versuchten die verschiedenen US-Regierungen sich John und Yoko vom Laibe zu halten, bis sie die Einwanderung endlich legalisierten.

Ich hab' dann keine Brücke mehr, außer einer gewissen nostalgischen, zu den Beatles oder zu John gefunden. Die Zeit war vorbei, lag zurück.

Und dann lange vier Jahre später, in denen so viel geschehen ist, wo wir alle aufpassen müssen, das Träumen nicht zu verlassen, und nicht zu resignieren, da tauchten John und Yoko wieder auf, legen eine Platte vor, die sehr persönlich ist, und etwas von dem vermittelt, was der „Musik Express“ in seiner letzten Ausgabe so beschreibt:

„Yoko Ono hat in John Lennon einen Denkprozeß freigelegt, der Lennon vom männlichen, dynamischen, allseitig starken Macher ab brachte auf die richtige Bahn: Die Austauschbarkeit der Rollen. Weg von diesem „Mädchen spielen mit Puppen - Jungen spielen mit Puppen“-Gefühl“

Die Platte drückt etwas von dem aus, was John meinte als er erklärte: „Yoko übernahm den Lebensunterhalt, und ich wurde Hausfrau“ Er hat sich um die Erziehung des gemeinsamen Kindes gekümmert. „Ein Kind braucht Bewegungsfreiheit, und dies einzuschränken, um es dem Wettbewerb im Klassenraum auszuliefern, finde ich Mächtig. Ich halte die meisten Schulen für Gefängnisse!“ Und weiter: „Ich war so ein Macho-Typ aus der Arbeiterklasse, gewöhnt, bedient zu werden, und Yoko hat mir das nicht abgekauft.“ („Musik-Express“, Nov. 80).

Er war also noch lebendig, der Trübsner! Es ist bitter, wieder einmal begreifen zu müssen, daß Trübsner an der Wirklichkeit zugrunde gehen, wie zarte bunte Blumen auf ausgedorrtem Boden



## Öfter mal was neues: Schönborn sitzt

Frankfurt. Erwin Schönborn ist endlich einmal dort gelandet, wo er viel früher schon hingehört hätte. Seit etwa Anfang November sitzt er im hessischen Dieb für sechs Monate wegen Verunglimpfung des Staates ein. Das Urteil wurde bereits am 6.2.1979 in Fürth gefällt. Nachdem es aber rechtskräftig geworden war, wurde der Nazi-Wirer „Junk“, und es mußte erst seine Haftfähigkeit attestiert werden (s. AK 188). Daß Schönborn nun ständig ärztlich betreut wird, läßt auf gute Haftbedingungen schließen bzw. darauf, daß er Gelegenheit erhält, ohne „Alltagsstress“ an der weiteren Ausrichtung seiner militanten Anhänger zu arbeiten. Hoffentlich muß Schönborn anschließend eine acht monatige Haft-

strafe verbüßen, die auf einen Hamburger Richterspruch von 1979 hin inzwischen rechtskräftig ist. Zusätzlich stehen gegen ihn in Frankfurt drei neue und zwei Berufungsverfahren an. Bei letzteren handelt es sich um einen um eine Verurteilung zu 6 Monaten mit Bewährung (1976) und zum anderen um 18 Monate ohne Bewährung (1979).

Schönborns Zögling Ralf Platzdach (20) - Inhaber des Nazi-Ladens in Bornheim/Frankfurt - wurde Anfang Dezember zusammen mit einem 19-jährigen Kumpen wegen Aufstachelung zum Rassenhaß sowie im Zusammenhang mit der Gründung einer neuen „NSDAP“ (Januar 80) zu einem Jahr Gefängnis auf drei Jahre Bewährung verurteilt. Der Mitange-

klinge erhielt die Hälfte dieses Strafmaßes. Der Prozeß wurde vor dem Jugendgericht verhandelt, jedoch wurde nicht mehr auf Jugendrecht erkannt. Der Staatsanwalt begründete die Bewährung damit, daß die beiden Nazis nach Einknastung ihres Führers nicht mehr straffällig geworden seien. Die „NSDAP“, die von Schönborn provokativ als direkte Antwort auf das Verbot der WSG Hoffmanns gegründet wurde, ist allerdings immer noch legal, die Presse und die Behörden vermeiden zunächst jedes Aufsehen um diesen Verein. Die Frankfurter Zeitungen, die Schönborns Inhaftnahme melden, benannten ihn nicht als Chef der „NSDAP“, sondern als Vorsitzenden des im Oktober angeblich aufgelösten „Kampfband Deut-

## Das Feigenblatt des Jahres: Verbot der Hoffmann-Bande bestätigt



Das Bundesverwaltungsgericht in Westerbild bestätigte am 2.12. das Ende Januar 80 vom Bundesinnenministerium erlassene Verbot der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ (WSG). Die gegen das Verbot gerichtete Klage Hoffmanns wurde kostenpflichtig abgewiesen. Innenminister G. Baum zeigte sich „zufrieden“ und nutzte die Gelegenheit, zum 24. Mal zu bekräftigen, „die Regierung werde auch in Zukunft rechtsextremistische Tötungen im Auge behalten“ („Hamburger Morgenpost“, 3.12.). In der Presse wurde mit reißerischen Schlagzeilen ausführlich berichtet. Es scheint, als ob mit diesem Urteil die Vorgänge um das Münchner Attentat abgeklappt werden sollen.

Tatsächlich hat das Urteil nur bestätigt, was über die Bande oh schon bekannt war und gegenwärtig angesichts ihrer Verwicklung in die Münchner Ereignisse wohl kaum von offizieller Seite relativiert werden kann, zumal der Bundesinnenminister in seiner Verbotsverfügung immerhin feststellen lassen, daß sich die Tätigkeit der Gruppe „gegen die verfassungsmäßige Ordnung“ richte und dem „Ansehen der Bundesrepublik“ schade. Das Verwaltungsgericht kam zu dem Schluß, daß die WSG eine „gesamtdeutsche Vereinigung“ sei, die eine neue Ordnung in Deutschland anstrebe“ und daher auch der „verfassungswidrigen Ordnung nicht verwehrt“ sei. Da helfen auch alle Verharmlosungsversuche Hoffmanns und seines Anwalts nicht - weder vor Gericht, noch eine Woche zuvor in einem geschwätzigen Interview im „Spiegel“ - wobei Hoffmann sich als radikaler Kritiker des Systems, Sports- und Tierfreund usw. darzustellen versuchte und jeder Frage nach der politischen Zielsetzung und dem organisierten Hintergrund seiner Gruppe auswich. Im Plädoyer des Bundesinnenministeriums heißt es, für das Verbot sei die Verbindung von drei Elementen wesentlich gewesen: „Die Verfolgung verfassungswidriger Ziele unter Rückgriff auf nationalsozialistische Gedankengut in Kombination von aufgefundenen Waffen und Sprengstoff“, „Tagespiegel“, 26.11.). Zum Beweis nannte das Bundesinnenministerium die Zeitschrift „Kommando - Zeitung“ der WSG für den europäischen Freiwilligen, beschlagnahmte Schulfest wie z.B. „Das Märchen vom bösen Wolf“ (eine Anleitung zum Rohrbombenbasteln), Tonbandauszüge aus Hoffmanns Rede „Die neue Ordnung kommt“, die Ähnlichkeit der WSG-Uniformen mit SS-Uniformen, sowie Hoffmanns klar geäußerte Überzeugung, daß die parlamentarische Demokratie durch einen „totalen Staat“ und eine „generalstabmäßige Gruppe“ ersetzt werden solle.

Das alles hätte mit der gleichen Deutlichkeit bereits seit Jahren ge-

richtlich festgestellt werden können (die Beweismittel, auf die zurückgegriffen wurde, sind a.T. seit Jahren öffentlich bekannt) - aber immerhin: es ist schon gut, daß es jetzt überhaupt festgestellt wird.

Darüberhinaus allerdings wurde „am Rande“ des Verwaltungsverfahren deutlich, daß das ministerielle Verbot der Hoffmann-Bande (ganz abgesehen von der konkreten polizeilichen und verwaltungsmäßigen Verschleppung des Vollzugs) bereits rein rechtlich kaum mehr zureichende Folgen für die Bekämpfung des Nazismus, sondern im wesentlichen propagandistische Charakter hat.

Es handelt sich um ein rein verwaltungsrechtlich begründetes Verbot. Trotz Hinweis auf das „nationalsozialistische Gedankengut“ enthält es weder gegen Hoffmann selbst noch sonst irgendein Mitglied der WSG und ihrer Untergruppen irgendeine Handhabe zu strafrechtlichen Konsequenzen wie etwa: Verstoß gegen § 129 a oder Verstoß gegen das Waffengesetz usw. D.h. nach erfolgter nomineller Auflösung der Gruppe unter dem Namen „WSG-Hoffmann“ bleiben die Aktivitäten der WSG-Nazis ungehindert - werden bestenfalls aus dem Licht der Öffentlichkeit gezogen. Nicht einmal ein (mögliches) Verbot von sog. „Erzatzorganisationen“ wurde verfügt.

Bei der Beschlagnahme des Vermögens und der Unterlagen der Hoffmann-Bande wurde die Einziehung des Kontos des „Freundeskreises“ der WSG „vergessen“ - um eine Einziehung dieses Kontos zu erreichen, mußte erst ein erneutes Verfahren eingeleitet werden. Namen von Mitgliedern dieses „Freundeskreises“ wurden u.a. von uns bereits im AK 95 (Dez. 1976) veröffentlicht. Weitere Enthüllungen darüber folgten durch die „Antifaschistische Aktionsgemeinschaft“ gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann, Nürnberg“ im November 1977 in einer Broschüre: „Hoffmann hinter Gitter! Auflösung der WSG!“. Namentlich bekannt als Mitglieder des „Freundeskreises“ sind u.a. Der Präsident, Dr. Bruno Weigand, 1. Vorsitzender Friedrich Heckmann (Ebersbach), 2. Vorsitzender Franz Spill (Ingolstadt), Walter Juh Kromling (Westbilden), Josef Oberheld (Ingolstadt), F. Weigmann (Bonn), Hallmut Schöninger (Salzburg), Jürgen Leimayr (Kuhlandorf, Österreich).

Der Kreis hat sich mit dem Ziel zusammengesetzt, „die materiellen Voraussetzungen zur Erhaltung und Ausbreitung der WSG zu organisieren“. Über den „Freundeskreis“ flossen Hoffmann Spendengelder (einfache reiche Nazi-Freunde zu, wie z.B. die „Spende“ von Dr. G. Frey, Herausgeber der „Nationalzeitung“, der für Hoffmann eine Geldstrafe in Höhe von 8 000 Mark zahlte, wie von Dr. Herbert Vogel, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Zahnärzte und weiteren uns unbekannten „Gönnern“.

Das bedeutet: Nicht nur die über 400 bekannten (!) Mitglieder von WSG-Gruppen selbst, sondern der ganze organisierte und finanzkräftige Hintergrund der Nazi-Bande(n) bleibt vom Verbot total unberührt!

Da können die wiederholten Ankündigungen Justizminister Vogels, daß „demnächst“ Gesetze gegen die „Einfuhr von Nazi-Propaganda“ gegen die Verbreitung von „Nazi-Propaganda aus der Zeit vor der Gründung der Bundesrepublik“ und gegen die „Verharmlosung oder das Leugnen der Nazi-Verbrechen“ erlassen werden sollen, nur als (unfreiwillige) Satire verstanden werden.

Antifa-Kommission  
KB/Gruppe Hamburg



Am 21.11. fand in Frankfurt Rödelheim, initiiert von einer evangelischen Pfarrerin, eine antifaschistische Kundgebung statt. Der Protest richtete sich gegen Nazi-Schmierereien auf einem Gedenkstein, der erst vor einem Jahr aufgestellt worden ist und daran erinnert soll, daß auf diesem Platz bis 1938 eine Synagoge stand (Foto aus „Frankfurter Nachrichten“, 27.11.80).

Weitere Prozesse gegen Frankfurter/hessische Nazibanden werden in kürzerer oder etwas längerer Zeit eröffnet werden. So muß eventuell noch in diesem Jahr ein Prozeß gegen WSGler in Kronberg/Taunus; der Prozeß gegen elf „VSB“ler wegen der inzwischen legendären Hauptwachen-Schießerei vom Januar 80 ist in Balde zu erwarten; ein Berufungsverfahren gegen drei „NSDAP/AO“ler steht aus. Dabei geht es um die Gruppe des Henry Beier, der inzwischen im Gewand einer „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene“ auftritt. Weiter steht ein Verfahren gegen vier Leute an, die 1977 eine Nazi-Flagge hielten. Deren Hauptfigur Dittel besitzt übrigens enge Verbindungen zu jenem Herrn Grau aus der CDU-nahen Braunau, der zur Bundestagswahl den Aufkleber „Lieber die Russen in Heilbronn als Strauß in Bonn“ mit Namen und Emblem der Jusos flüchtete.

KB/Gruppe Frankfurt

## Rassisten in Uniform

Die Zahl der „Aryanten“ sei von 11 000 im März auf nur noch 3500 im November zurückgegangen, verlautete am 10.12. aus dem Bonner Innenministerium. Eine Erfolgsmeldung. Die Maßnahmen zur „Bekämpfung der Flut“ haben also gebriffen. Entsprechend ist das Thema aus den Schlagzeilen der Presse beraubt. Was durch die ausländische Kampagne dieses Jahres an faschistischem Dreck wieder an die Oberfläche gespült worden ist, läßt sich allerdings statistisch kaum erfassen. Es bleibt in der Grauzone des rechtswidrigen Sumpfs in Deutschland. Nur hin und wieder wird an Einzelfällen die Spitze des Eisbergs sichtbar. Es struben sich einem die Nackenhaare, wenn man beispielsweise zwei Vorfälle aus dem Frankfurter Raum in Rechnung zieht, die von der „FR“ in letzter Zeit dokumentiert worden sind.

1. Im November fand an der Friedberger Volkshochschule ein Kurs zur Situation der Sinti statt „Minderheiten unter uns - am Beispiel der Zigeuner“. Dieser Kurs wurde von zwei Frankfurter Kriminalkommissaren und einem Wiesbadener BKA-Mitarbeiter besucht und anhand auf „faschistische und rassistische Art“ umfunktioniert, wie Roman Rose vom Verband Deutscher Sinti auf einer Pressekonferenz erklärte. Den Beamten gelang es, innerhalb des Kurses die Diskussion zu bestimmen und das Heft in die Hand zu bekommen. Das sah dann so aus: Typisches Merkmal der Zigeuner sei ihr Hang zur Kriminalität. Als Volksgruppe besten sie ein „gefälschtes konspiratives Verhalten einer kriminellen Vereinigung“ an den Tag (wörtliches Zitat). Ihre ahornen Moralvorstellungen über ihren katholischen Glauben als unglaubwürdig erscheinen. Die Deutschen würden ihnen gegenüber viel zu viel Geduld aufbringen.

Als „Beweis“ legten die Kriminalisten Aktenmaterial aus dem Frankfurter Polizeipräsidium vor - Auszüge von Vernehmungprotokollen.

Nachfotos von Sinti-Frauen, die sie im VII.8. Kurfürstentum heranziehen. Man kann von Tilly reden, daß die Leitung der VII.8. die Zivilcourage besaß, diesen Vorfall gemeinsam mit

dem Verband Deutscher Sinti und der Gesellschaft für bedrohte Völker an die Öffentlichkeit zu bringen. Gefordert wurde eine umgehende Aufklärung des Sachverhalts durch das Frankfurter Polizeipräsidium, die sofortige Suspendierung der Beamten und die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Keine dieser Forderungen ist bislang erfüllt worden. Im Gegenteil: Die Polizeisprecher Netzel (Frankfurt) und Reuter (BKA) gaben sich alle Mühe, den Vorfall zu bagatelisieren. Die Beamten blieben „nur privat“ an dem Kurs teilgenommen. Bei den Fotos „habe es sich wohl um Bilder gehandelt, mit denen normalerweise (!) jungen Beamten demonstriert werden soll, mit welchen Mitteln verdächtige Frauen bei Gegenüberstellungen die ermittelnden Beamten abzuwehren versuchen“. Angeblich gebe es keine spezielle Sinti-Akte, die von den Polizisten verwendeten Protokollauszüge seien „kein Bestandteil von Akten“. Völlig unbegründet sei die Vermutung von Roman Rose, bei der Polizei würden „schon wieder Zigeunerparasiten“ herangebildet analog der Zigeunerpolizei des III. Reiches und der Landfahrerzentrale nach dem Krieg.

Ramona B. allerdings (leider nennt die Presse nur dieses Namenakürzel), Kurs-Teilnehmer und Frankfurter Kommisar, scheint sich doch auf Zigeuner zu „spezialisieren“. Im gleichen Zeitraum leitete er einen Polizeinsatz mit 17 Beamten (!) in der Wohnung eines Sinti, der als Sprecher von Frankfurter Zigeunern gilt. Angeblich auf der Suche nach einer Waffe stießen die Kripobeamten einen Schwangeren in den Bauch, so daß sie ins Krankenhaus mußte, und demolierten Autos, die auf der Straße parkten. (nach „FR“, 9.12.80).

2. Nur unter Gefahr für Leib und Leben ist es für einen Jugendlichen in Frankfurt möglich, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen. Bei einer Fahrkartenkontrolle Anfang November verurteilte ein 26-jähriger Türke Rotbus zu nehmen. 4 Kontrollanten, zwei Männer und zwei Frauen, setzten ihn nach, holten ihn nach einer wilden Verfolgungsjagd ein und schlugen ihn brutal zusammen. Zwei hinzukommende Zeugen, die gegen dieses Verhalten pro-

testieren, werden eingeschüchert. „Halt das Maul, sonst kriegst du auch ein druck“, schreie einer der Kontrollanten an. Die Zeuginnen wenden sich mit einer Beschwerde an die Stadtwerke. Diese sprechen von einem „Versagen eines ihrer Kontrollanten, wir sind aber entschlossen (!) eine Schuld der anderen drei Prüfer zurück“.

Was die Stadtwerke, deren Schlichter die Monatskarte des Türken einbehalten hatten, nicht verrieten, was aber von den beiden Zeuginnen ermittelt werden konnte, ist Folgendes: Die Monatskarte war noch gültig. Nach der Betriebsanordnung des FVV muß das neue Monatssticket spätestens am Abend des ersten Werktages des neuen Monats eingeklebt werden. In diesem Fall wäre das Montag, der 3.11., gewesen. Der Vorfall spielte sich am Sonntag, den 2.11., ab. Das Oktober-Ticket des Türken war mithin noch gültig, er hätte nicht fliehen brauchen. Oder doch? Die Tatsache, daß der FVV das Mißverständnis bewußt von sich aus nicht aufklärte und seine Schlichter im großen und ganzen in Schutz nahm, deutet darauf hin, daß man als Ausländer in Frankfurter Straßenbahnen - ob mit oder ohne gültigen Fahrausweis - fast schon Freiwillig ist (nach „FR“, 7.11.80).

KB/Gruppe Frankfurt

## Pinneberg: Neonazi baut Bomben

Hanning Wickhorst (18), Mitglied eines von Tibor Schwartz und Christian Worch aufgebauten Ablegers der „Hann“-Bande in Hörterkirchen/Bockel im Kreis Pinneberg (bei Hamburg), hat sich beim Handieren mit einem Sprengkörper verletzt.

Anfang November hatte Wickhorst, wie er jetzt in der Presse bekannt wurde, auf dem Dachboden der Wohnung seiner Eltern einen Sprengkörper „aus Versehen“ zur Explosion gebracht. Seitdem sitzt Wickhorst in Untersuchungshaft, die Abteilung Terrorismusbekämpfung des Landeskriminalamtes befaßt sich mit seinem Fall. Die Staatsanwaltschaft

Itzehoe ermittelt wegen des Verdachts der Vorbereitung eines Explosionsverbrechens. Wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung wurde gar nicht erst ermittelt, obwohl Wickhorst Verbindungen zur ANS („Hann“-Bande) und NSDAP gerichtsbezeugt sind. So kam im Mai 1980 bei einem Prozeß in Elmshorn gegen Wickhorst und andere Neonazis heraus, daß bei ihm Exemplare der NSDAP-Zeitschrift „Der Sturm“ gefunden worden waren. Wickhorst wurde damals, u.a. wegen Einbruchs in ein Waffengeschäft, zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Trotz dieser Tatsachen erklärte

die Staatsanwaltschaft Itzehoe, sie habe bei Bombenbauern Wickhorst „keine politischen Motive“ feststellen können („Pinneberger Tageblatt“, 3.12.).

Unmittelbar nach dem Anschlag von München hatte der Pinneberger Kreisverband der GRUNEN vor der Gefahr von Anschlägen der „Hann“-Bande gewarnt und Parteien und Behörden aufgefordert, dem Treiben der Bande ein Ende zu setzen. Reaktionen keine!

KB/Gruppe Pinneberg



## GRECE-Gründung in der BRD: »Thuleseminar«

Zuerst im Oktober-Heft des zentralen Neofaschismusblattes „Nation Europa“, nun auch in den „nationalpolitischen Studien“ des „unabhängigen“, auf „neue Ansätze“ bedachten Rechtsextremen G. Oplitz. Die Gründung eines „Thule-Seminars“ wird angekündigt.

Es stellt sich folgendermaßen vor: „Es ist ein eingetragener Verein für geistigen Austausch und gegenseitige Anregung zwecks Neubestimmung der aus indogermanischem Erbe hervorgegangenen Werte auf überpolitisch-ethischer Ebene, die jede Beziehung zu politischen Parteien und Vereinigungen ausschließt.“

Es soll, ganz „überpolitisch“, um die „rechtverstandene Freiheit und Würde“ des Menschen, besonders aber „der Völker Europas“ gehen, und zwar – versteht sich – ganz wissenschaftlich. „Es stützt sich dabei auf die Gesamtheit der Vertreter besten europäischen Geistes“

des“ („NE“ 10/80). Als solche gelten den „Thule“-Fas: Nietzsche und Gehlen, Lorenz und Eysenck, Goerge und E. Jünger, „Frontstellung“ dagegen soll gemacht werden gegen Adorno und Bloch, Marcuse und Resch. Und so weiter.

Angekündigt werden, damit's mit dem angestrebten „völkischen Pluralismus“ vorangeht, Veranstaltungen und Schriften. Einen ersten Vorsitzenden hat's auch schon – Pierre Krebs. Wie irgendwelche sonstigen Thulianer im nordischen Nebel verhüllt bleiben („Thule, eine sagenhafte Insel im hohen Norden“, Oplitz), ist auch Krebs vorerst nur über ein verschämtes Postfach in Kassel zu erreichen.

Die Mischung aus wissenschaftlich-philosophischem Anstrich, Europa-Gefühl und indogermanischen Schwärmerei, gestützt auf die klassischen Vor-Denker des Faschismus, – dies ist nun allerdings seit geraumer

Zeit eingeführt, freilich zunächst und vor allem in Frankreich und dort mit erheblicher Wirkung. Was auf den ersten Blick als reine Spinnerei anmuten mag, ist in der Tat als „deutsche Nachfolgegründung der Nouvelle Droite (Neue Rechte) in Frankreich“ („nat.-pol. Studien“, 10.11.80) gedacht. Die französische Zentrale, GRECE, hat über eine Reihe von Jahren ihre angeblich „antisemitischen“ Ideologien verbreitet und damit – über ihre eigenen Medien und über einflussreiche Publikationsmittel wie den „Figaro“ und das „Figaro Magazine“ – erheblich zur Rehabilitierung rassistischen, antisemitischen und elitären Denkens beigetragen.

Erst angesichts des zunehmenden Nazi-Terrors der letzten Zeit, bis zu den Mordanschlägen der FANE u.a., hat das Biedermann-Image der GRECE-Rechten stärker gebittet. In der Tat ist die GRECE-Mannschaft nicht

aus ideologisch, sondern handfest personell und organisatorisch ein Kind der „alten“, nämlich offen faschistischen (und militanten) Rechten (siehe hierzu ausführlich AK 189).

Der weitreichende Erfolg des französischen „Modells Neue Rechte“ ist von Anfang an international angelegt gewesen: So versammelt sich in der „Beirats“-Mannschaft des Hauptblattes der GRECE, „Nouvelle Ecole“ (Neue Schule), ein Reigen von Professoren und Doktoren quer durch die westliche Welt, darunter auch Namen aus der BRD. Nämlich zum Beispiel der Alt-Nazi-Professor – und NPD-Ideologe – Ernst Anrich, auch der bei den Nazis so beliebte Sprach-Professor Leo Welmerhorst.

Entscheidend dürfte aber sein, daß zwei Zentralgestalten aus der „konservativen“ Zone zwischen CDU/CSU und der braunen BRD-Szene zum Mitarbeiterkreis der GRECE-Zeitschrift gehören – Armin Mohler als einer der „Konservativismus“-Eminenzen (Springer-Schreiber ebenso wie Adenauer-Freisträger und Mitarbeiter des CDU/CSU-nahen Rechtsaußen-Journals „criticon“); zweiter im Bunde ist, als Mitglied der „Nouvelle Ecole“-Redaktion, Günther Deschauer, gleichfalls im journalistisch-politischen Raum zwischen CDU/CSU, Springer-Pressen und „nonkonformen“ Rechtsextremismus aktiv.

Die Aktivitäten der GRECE, ihre diversen Publikationen und ihre führende Figur Alain de Benoist sind sich in Büchern wie „criticon“ allemal freundlicher Empfehlung und, wenn nötig, auch eindeutiger Unterstützung sicher.

De Benoist übrigens, trotz eifriger betonter Distanz zu Faschismus und Nazismus, ist (nicht anders als in Frankreich) mit seinen westdeutschen Freunden nicht wahlrassisch. Er gehört seit Jahren dem „Wissenschaftlichen Beirat“ des Rassenblattes „Neue Anthropologie“ an, das von der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ – einem eingetragenen Verein in alter Nazi-Rassenstradition stehenden Zirkel, geleitet von dem Nazi-Rechtsanwalt Röger – herausgegeben wird.

Der jüngste Versuch der Neuen Rechten, sich in der BRD zu etablieren, steht offensichtlich unter ganz ähnlichen, alten Vorzeichen. Wer sich heute „Thule-Seminar“ nennt, weiß nur allen genau, welche Rolle die nach dem ersten Weltkrieg gegründete „Thule-Gesellschaft“ dem Freiherrn v. Sebottendorf gespielt hat: sie war, als Treffpunkt und Tarnverein der damaligen Antisemiten-Szene, eine der Keimzellen der NSDAP und zwar, vorsichtig gesprochen, nicht gerade die unbedeutendste. Antifa-Kommision KB/Hamburg

## Kurzes Gastspiel für Rassentheoretiker



(Abbildung aus: Jürgens, Asozialität als biologisches und sozialbiologisches Problem, Stuttgart 1961)

Krumme Finger als Merkmal erblich bedingter Asozialität.

Gut aufgepaßt hatten einige Studenten der Bremer Uni am Bereich Biologie. Prof. Dr. Dr. Jürgens vom Anthropologischen Institut in Kiel sollte zum Thema „Soziale Klassen – Rassen der Zukunft“ einen Gastvortrag halten. Nach einigen Nachforschungen stießen Studenten der „Demokratischen Initiative“ und der „Marxistischen Gruppe“ auf braunen Untergrund. Mit Zitaten aus seiner Habilitationsschrift und verschiedenen Büchern konnten sie nachweisen, daß hier ein Wissenschaftler sprechen sollte, der nicht nur rassistische Positionen vertritt,

sondern auch entsprechende Konsequenzen befürwortet. So fordert er beispielsweise die Begrenzung des Nachwuchses für „Asoziale“, wobei Asozialität s.M.a. ein erblich bedingtes Phänomen ist.

„Die wesentlichen Merkmale der Asozialität, die im einzelnen sehr vielfältig sind, haben in ihrer Ausprägung gemeinsam, daß sie die Volksgemeinschaft belasten und stören. ...Es wird also erforderlich, die Asozialität aktiv zu bekämpfen. Diese Bekämpfung wird sich, auf längere Sicht gesehen, nicht auf fürsorgische und pädagogische Maßnahmen

beschränken. Die Forderung einer wirksamen Begrenzung und Ausschaltung des Nachwuchses der Asozialen wird daher immer wieder aufzuheben“ (Hans W. Jürgens: Asozialität als biologisches und sozialbiologisches Problem, Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1961).

Das „wissenschaftliche“ Umfeld des Prof. Jürgens ist größtenteils in der rechtsextremen „Deutschen Gesellschaft für Anthropologie“ zu finden, in der eine stattliche Anzahl von Persönlichkeiten vertreten sind, deren Aktivitäten sich bruchlos in die Naziszeit als Mitarbeiter der NS-Zeitschrift für Rassenkunde verflochten haben.

Die Bekanntmachung dieser Zusammenhänge mobilisierte eine zahlreiche Zuhörerschaft. Ein gut gefüllter Hörsaal empfing den Rassen-Professor. Nach kurzen Versuchen mußte er seinen Vortrag aufgrund des starken Protestes abbrechen. Auch die Rechtfertigung des einladenden Dozenten, man müsse sich auch an der Bremer Uni pluralistisch verhalten und sich auch mit solchen Positionen auseinandersetzen, konnte die Studenten nicht umstimmen. Es ist zu hoffen, daß dieser erfolgreiche Aktion weitere in Kiel und anderswo folgen werden.

KB/Gruppe Bremen

**Das unvergängliche Erbe**

Alternativen zum Prinzip der Gleichheit mit einem Vorwort von Prof. Dr. Hans-J. Eysenck

Veröffentlichung des THULE-SEMINARS e.V. (Arbeitskreis für Erforschung und Studium der europäischen Kultur) Band I

Die Autoren und ihre Beiträge:  
A. de Benoist, Gleichheitslehre, Weltanschauung und „Morale“ – Der Konflikt der antiken Kultur mit dem Ur-Christentum – Dr. P. Binding, Wiedergewinnung der Identität Prof. R. Eickler, Die Kunst als Zeichen – G. Faye, Von der Kunstgesellschaft zur organischen Wirtschaft – P. Kiehn, Elemente für eine kulturelle Wiedergeburt Dr. R. Kunat, Empirische Wissenschaft zur Gleichheitslehre – Dr. G. Loecherer, Über den Sinn der Geschichte – Prof. Dr. J. de Maistre, Der Mensch, das soziale Wesen – Dr. habil. A. Mohler, Die nominalistische Wende – J. Röger, Zur Debatte der Vererblichkeit der Intelligenz

DM 38,-

**Das unvergängliche Erbe**

Alternativen zum Prinzip der Gleichheit mit einem Vorwort von Prof. Dr. Hans-J. Eysenck

Veröffentlichung des THULE-SEMINARS e.V. (Arbeitskreis für Erforschung und Studium der europäischen Kultur) Band I

Die Autoren und ihre Beiträge:  
A. de Benoist, Gleichheitslehre, Weltanschauung und „Morale“ – Der Konflikt der antiken Kultur mit dem Ur-Christentum – Dr. P. Binding, Wiedergewinnung der Identität Prof. R. Eickler, Die Kunst als Zeichen – G. Faye, Von der Kunstgesellschaft zur organischen Wirtschaft – P. Kiehn, Elemente für eine kulturelle Wiedergeburt Dr. R. Kunat, Empirische Wissenschaft zur Gleichheitslehre – Dr. G. Loecherer, Über den Sinn der Geschichte – Prof. Dr. J. de Maistre, Der Mensch, das soziale Wesen – Dr. habil. A. Mohler, Die nominalistische Wende – J. Röger, Zur Debatte der Vererblichkeit der Intelligenz

DM 38,-

## Bremen: Bullenüberfälle gehen weiter!

Seit dem 6. Mai häufen sich in Bremen die Bullenüberfälle gegen Jugendliche und Linke. In der vergangenen Woche kam es zu zwei weiteren Übergriffen: am 29.11. waren in Verden und Bremen die Punks das Opfer, am 3.12. zwei Wohngemeinschaften und insbesondere eine Frau, die als Kontaktperson für die Bremer „Gefangenenhilfe“ fungiert hat.

### „Punker machten Riesenrabatz“

Mit dieser Überschrift eröffneten die beiden Bremer Tageszeitungen „Weser-Kurier“ und „Bremer Nachrichten“ vom 1.12. ihre Artikel zu den Bullenübergriffen gegen die Punks. „Etwa 70 junge Leute“ seien nach Verden zum Konzert zweier Musikgruppen gekommen, und da Punks wohl etwas besonders Schlimmes sind, „zeigten sich Verdener Jugendliche von ihrem Besuch wenig begeistert“. Vor dem Saal hätten einige Punks mit Feuer rumgespielt, bis „ein hochprozentig gefüllter „Fleischmann“ loderte“, worauf drei Verdener – Feuerwehrwagen ankamen. Nachdem die Feuerwehrleute von mehreren Besuchern angepöbelt worden seien, hätten sie die Polizei informiert. Daraufhin erschienen „vier Beamte der Hundestaffel“, die aber alsbald mit „Steinen sowie Bierflaschen“ vertrieben worden seien. Die „armen Opfer“ riefen Verstärkung herbei: kurze Zeit später trafen 50 Bullisten aus Nienburg und Bremen ein. Aber im Verdener Jugendzentrum seien keine Punks mehr gewesen, sodaß die Einsatzwagen zum Verdener Bahnhof „jasten“. Zu spät aus einem Bahnhofskiosk „stahlen“ die Punks „Süßigkeiten und andere Genußmittel, um sie an ihre „Kampfgesossen“ zu verteilen“. Die „Polizisten schwärmten aus und versuchten, soweit Punks wie möglich zu stellen. Einige Beamte sollen nicht gerade sanftmütig vorgegangen sein“, 24 Jugendliche wurden „vorläufig festgenommen“, sie „mußten sich auf den



Boden legen und wurden nach Waffen und Diebstahl durchsucht“. Danach wurden sie, teilweise in Handschellen, auf die Wache geschleppt und erst nach erkenntnisdienlicher Behandlung wieder freigelassen. Da aber Punks bereits im Zug nach Bremen unterwegs waren, gab's auf dem dortigen Hauptbahnhof den zweiten Bullen-Einsatz, bei dem weitere 17 Punks zwecks „Feststellung ihrer Personellen“ festgenommen wurden. Alle Festgenommenen müssen „mit einem Verfahren wegen Landfriedensbruch rechnen“ (alle Zitate nach „WK“ und „BN“ vom 1.12.).

Sowohl die Art des Bullen-Einsatzes wie die aufstehenden Presseartikel lassen befürchten, daß nun auch in Bremen die Jagd auf die Punks freigegeben werden soll. Und daß für Bremens Bullisten offensichtlich „Sondergesetze“ gelten, trägt auch der nächste Fall.

### Verteidigerrechte eingeschränkt

Bereits im letzten Jahr machte die Bremer „Gefangenenhilfe“ auf brutale Vollzugsmethoden im Bremer Frauenknast Blumenthal aufmerksam. Da solche Öffentlichkeit den Vollzugsbeamten nicht paßte, erstatteten sie Anzeige gegen die presse-rechtlich Verantwortliche eines Flugblattes der „Gefangenenhilfe“, gegen die seit August ein Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung im Gang ist. Da Carmen vor der Staatsanwaltschaft die Aussage verweigert hat, wollten die Ermittlungsbehörden über zwei Hausdurchsuchungen am 3.12.80 die nötigen „Beweise“ zur Verurteilung beschaffen.

Um 9.00 Uhr morgens tauchten drei Mannschaftswagen vor Carmens Wohnung auf, „rund 40 Polizisten umstellten und besetzten das Haus“ („BN“, 4.12.). Obgleich Carmen

nicht zu Hause war, mußten alle Anwesenden in verschiedene Räume und durften keinen Anwalt anrufen. Währenddessen wurden die Zimmer durchsucht, und die Bullen scheinen „interessantes“ Material gefunden zu haben. „Sie nahmen alle Schreibmaschinen mit, Fotos, das Adressverzeichnis unserer Fußballmannschaft (1), Taschenkalender, alte Broschüren und Flugblätter und Materialien über die Bundeskonferenz der Atomkraftgegner“ („BN“, 4.12.), erklärte hinterher einer der betroffenen Bewohner. Nachdem die Bullen noch die Tür zu einer Nachbarwohnung aufgebrochen hatten und dort ebenfalls eine Schreibmaschine beschlagnahmten, verschwanden sie wieder.

Eine Stunde später erschienen sie in gleicher Mannschafstärke bei der Wohnung von Freundinnen Carmens, wo diese überrascht hatte. Ohne Vorzeigen des Durchsuchungsbefehls

marschierten die Bullen in der Wohnung auf, trennten wieder alle Bewohnerinnen und begannen, das Haus gezielt auf Material im Zusammenhang mit der „Gefangenenhilfe“ zu durchsuchen, die alle beschlagnahmt wurden. Dem eingetroffenen Rechtsanwalt Horst Weismann rief ein Bulle zu: „Rechtsanwälte können wir hier nicht brauchen“ (ebda.); die Polizei ließ RA Weismann nicht zu seiner Mandantin. In der Wohnung wurden zwischengeltlich noch ein ausländischer Ausweis, der eines zweijährigen Mädchens und 700 Mark mitgenommen.

Carmen wurde in einen der Mannschaftswagen gebracht und RA Weismann, der endlich mit ihr reden wollte, wurde gesagt, er könne ja mit dem Fahrrad zur Wache nachfahren! Auf der Wache wurden Carmen Schul und Kette abgenommen und sie wurde in eine Zelle gebracht. Auf Forderungen, mit RA Weismann sprechen zu können, wurde ihr geantwortet, daß dies vor der ersten Vernehmung möglich sein würde. Nach einer Dreiviertelstunde wurde Carmen aus der Zelle geholt, erkenntnisdienlich behandelt und – entlassen.

Zur gleichen Zeit bemühte sich RA Weismann an anderer Stelle, darunter beim Staatsanwalt, um ein Gespräch mit Carmen, wurde aber beständig vertrödet, daß er zu gegebener Zeit vorgelassen würde – bis ihm plötzlich erklärt wurde, Carmen sei entlassen worden. Der zuständige Staatsanwalt von Bock und Polach erklärte zu den Vorfällen, daß „Anwölter ... keinen Anspruch auf Anwesenheit bei Hausdurchsuchungen und erkenntnisdienlichen Maßnahmen sowie bei Verhören durch Polizei und Staatsanwaltschaft“ („WK“, 4.12.) hätten.

Die geschilderten Vorfälle liegen auf der Linie des berüchtigten „Dickmann-Papiers“, unter Außerkräftsetzung gesetzlicher Grundlagen gegen alle Anätze von Jugend- und linker Bewegung vorzugehen und den staatlichen Gewaltapparat einzusetzen. KB/Gruppe Bremen



## Britische Nazis: Neue Terroranschläge?

Das Beispiel von Bologna, München und Paris soll offenbar in der britischen Nazi-Szene Schule machen. Die Organisationen, die schon seit langem mit den Bombenlegern und „Wehrsport“-Faschisten der FANE (Frankreich), VMO (Belgien), Hoffmann-Bande und „NSDAP“-Gruppen aus der BRD in Verbindung stehen (s. AK 187, S. 7), bereiten sich auf neue Provokationen vor. Paramilitärische Übungen, Waffenbestellen etc. gehören dabei nicht bloß zur Angelegenheit dieser Gruppen.

Column 88: Diese Gruppe hält sich am strengsten „im Untergrund“; sie ist militärisch organisiert und eindeutig nazistisch. 1977 gingen auf ihr Konto eine Serie von Briefbomben, z.T. unter dem Namen „11th Hour Brigade“ verschickt. 1978 übernahm Column 88 die Verantwortung für einen Anschlag auf ein gemischt-rassistisches Freizeitzentrum, das völlig niederbrannte. Bekannt sind außerdem paramilitärische Lager, die von Column 88 ausgerichtet wurden. Aktuelle Informationen über Waffen-Bestellungen und -Übungen gehen u.a. auf Erklärungen von Glen Bennett zurück, der sowohl Mitglied von Column 88 wie der Gruppe „British Movement“ ist.

Das „British Movement“ ist eine der bevorzugten Anlaufstellen für internationale Nazi-Militanten. So halfen BMler dem flüchtigen „Wehrsport“-VMBD-Nazi Kraus aus München, sich in England zu verstecken; Roeder kontaktierte mehrfach das „British Movement“ bei Stippvisiten in GB, die Hannoveraner „NSDAP“-Aktivistin („Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Hess“) hielten engen Kontakt zur BM. Die BM gehört zu den regelmäßigen Teilnehmern des alljährlichen Nazi-Stellenspiels in Düsseldorf/Belgien.

Das „British Movement“ hat derzeit angeblich 3.000 Mitglieder, mit verschiedenen Gruppen in Großbritannien. Als besonderer Schlingerring dient der BM eine „Leader-guard“ (etwa: Führerschutz), die in bekannter Manier paramilitärische Übungen abhält (u.a. unter Anleitung eines ehemaligen Offiziers der Spezial-Armeeinheit „Special Air Service“) und als „Saalschutz“ etc. eingesetzt wird. Ein Mitglied der „Leader-guard“, Tucker Stevens, gab z.B. von sich: „Ja klar, wir schlagen sie zusammen. Wenn wir könnten, würden wir die Schweine umlegen“. Gemeint waren Rasta-Anhänger, also Jamaikaner, und Juden. Nach Angaben von BM-Mitgliedern wurden in letzter Zeit Probe-Explosionen von selbstgebastelten Granaten und speziellen Schusswaffen durchgeführt. Erklärung: Man müsse „vorbereitet“ sein. Wenn nämlich das „British Movement“ verboten werden sollte, sei der Zeitpunkt zum „Zurückschlagen“ da. Dann werde es gegen „Einnahmen des Establishments und Synagogen“ gehen. BM-Führer Michael McLaughlin nicht in dem allen eine „Revolution des Weißen Mannes“ herauskommen, „die Farbigen unterwerfen unser Land, unsere Leute leisten dagegen Widerstand“.

Natürlich fehlt auch nicht die internationale Kontaktadresse „League of St. George“ (bei der die westdeutsche „NSDAP“-Szene, Roeder u.ä. ebenfalls gern gesehene Gäste waren) bei diesen neu-entfachten Aktivitäten; Ex-Offizier Souter-Clarence, bei dem die BMler trainiert werden, annoncierte seine paramilitärischen Kurse u.a. in dem Organ der „League“.

Bis zu gewisser Aufregung in üblicher Weise wenig antisemitischen Kreisen, die hin zu den Konservativen, die sogar das Verbot eines für den 16.11. angekündigten BM-Aufmarsches in West-London forderten, dürfte auf die rapide steigende Zahl rassistisch-nazistischer Umtriebe, Überfälle etc. zurückgehen, die zum Teil vom „British Movement“ übernommen wurden. Ein weiteres Motiv für eine gewisse Unruhe (über der nicht vergessen werden sollte, daß der Charakter, einschließlich der paramilitärisch-terroristischen Aktivitäten, aller dieser Nazi-Gruppen seit fast 100 Jahren bekannt ist) dürfte sein, daß verschiedene Hinweise auf Verbindungen zwischen den Nazi-Militanten und aktiven Armee-Angehörigen bzw. Mitgliedern der „Territorial Army“ vorliegen (nach Observer, 16.11.80).

## »Und willst du nicht ein Deutscher sein...« Ein Diskussionsbeitrag zur sozialdemokratischen »Integrations«-Politik

In letzter Zeit ist die sogenannte „Ausländerfrage“ wieder stärker im Gespräch gekommen: Politiker, Parteien, Kirchen, Verbände und Medien befassen sich vermehrt mit dem Problem, die die mittlerweile über 4,3 Millionen in der BRD lebenden Ausländer für die westdeutsche Gesellschaft aufzuwerfen. Offensichtlich ist man sich darüber im klaren, daß die in „unserem Lande“ übliche politische, rassistische und soziale Diskriminierung der Ausländer auf Dauer nicht ohne Folgen bleiben kann und früher oder später massive Gegenreaktionen der Betroffenen ausbrechen wird, um „Konflikte“ ersten Ranges droht dann auszubrechen und „politischer Extremismus“ in seinem Gefolge. So ist man denn bestrebt, beizutreten geeignete „Lösungsstrategien“ auszuarbeiten, um das Problem doch noch irgendwie in den Griff zu bekommen.

Dieser Beitrag wird sich speziell mit der sozialdemokratischen Variante der „Ausländerpolitik“ befassen, mit dem von dieser Seite propagierten Konzept der „Integration“. Davon abweichende Vorschläge, wie sie z.B. von der CDU/CSU vertreten werden, sollen Gegenstand eines späteren Beitrags sein.

### Zur Situation der ausländischen Bevölkerung in der BRD

Grundvoraussetzung für die Anwesenheit der ausländischen Arbeiter(innen) und ihrer Familien in der BRD ist, daß sie hier für den Produktionsprozeß benötigt werden – als Hilfsarbeiter im Bergbau, in der Fach- und Konsumfabrik, am Fließband in der Automobilindustrie, im Gaststättengewerbe, bei der Straßenreinigung usw., kurz überall dort, wo die Arbeitsbelastung hoch und/oder die Löhne niedrig sind. In ihrer Funktion als Reservoir billiger Arbeitskraft und „industrielle Reservearmee“ sind sie für das Kapital nach wie vor unentbehrlich. Alle bisherigen Ausländerpolitik war und ist folglich darauf abgestellt, diesen Zustand zu konservieren; dies gilt auch, wie wir im einzelnen noch belegen werden, für die sozialdemokratische Politik der „Integration“.

Wenn von Seiten der Bundes- und Länderregierungen, der Parteien usw. die „Ausländerfrage“ derzeit wieder verstärkt befaßt wird, so hängt das wesentlich und in erster Linie damit zusammen, daß sich in den letzten Jahren hinsichtlich Struktur und „Aufenthaltsmotivation“ der ausländischen Bevölkerung einschneidende Veränderungen ergeben haben. Zur Verdeutlichung einige Daten.

In der Zeit von 1956 (1955 begannen die ersten Anwerbungen) bis 1973 wurden insgesamt rund 8 Millionen Menschen aus anderen Ländern in die BRD vermittelt. Davon kehrten bis 1973 etwa 5,5 Millionen wieder in ihre Herkunftsländer zurück. Zu diesem Zeitpunkt lebten 70,5 % erst bis zu 6 Jahren in der BRD.

Während die Zahl der Ausländer in der BRD 1961 noch bei knapp 700.000 gelegen hatte, stieg sie 1967 auf 1,8 Millionen, wuchs Ende 1970 auf annähernd 3 Millionen und erreichte 1974 mit 4,127 Millionen Menschen ihren bis dato höchsten Stand. Diese Entwicklung wurde durch die Krise 1974/75 unterbrochen, bereits 1973 war ein allgemeiner Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte aus Nicht-EG-Ländern beschlossen worden. Die Gesamtzahl der ausländischen Bevölkerung schrumpfte in der Folgezeit auf etwa 3,9 Millionen, wobei allerdings Anzahl und Anteil der ausländischen Kinder und Jugendlichen weiterhin anstieg. Ab 1978 nahm die Ausländerzahl dann wieder insgesamt zu und hat mit mittlerweile 4,3 Millionen die Höchstmarke von 1974 überschritten.

Diese sog. „zweite Ausländerwelle“ vollzog sich unaufhaltsam trotz Anwerbestopp und andauernder Massenarbeitslosigkeit (Die Zahl der erwerbstätigen Ausländer sank von 2,4 Mio. 1974 auf ca. 2 Mio. 1979), da die hier lebenden Ausländer zunehmend Frauen und Kinder nachholten bzw. hier Familien gründeten und Nachwuchs zeugten. Der neue Anstieg der ausländischen Bevölkerung in der BRD ist damit wesentlich auf den Umstand zurückzuführen, daß immer mehr Ausländer in der BRD nicht nur vorübergehend arbeiten sondern auf Dauer hier leben wollen. 1979 wohnten bereits 25 % aller Ausländer seit mehr als 10 Jahren in der BRD, fast 70 % seit mehr als 6 Jahren. Gegenüber 1973 (siehe obige Vergleichszahlen) hat sich damit ein einschneidender Wandel vollzogen.

So sind mittlerweile über eine Million der hier lebenden Ausländer Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren. Eine weitere Million wartet noch darauf, von ihren in der BRD arbeitenden Eltern nachgeholt zu werden.

Der ursprüngliche „Gast“-arbeiter, der nur für befristete Zeit in der BRD arbeitete und danach in sein Heimatland zurückkehrte, gehört damit immer mehr der Vergangenheit an. Die Gründe dafür sind sicherlich vielschichtig und sollen hier nicht im Einzelnen untersucht werden. Offensichtlich ist allerdings, daß viele Ausländer objektiv gar nicht in der Lage sind, in ihr Heimatland zurückzukehren, selbst wenn sie dies wünschen (dies gilt v.a. für die größte bei uns lebende Gruppe, die Türken).

### Was ist „neu“ am „Ausländerproblem“?

Die so veränderte Aufenthalts-„Motivation“ – und damit einhergehend – die veränderte Struktur der ausländischen Bevölkerung ist das eigentlich neue Problem, mit dem sich die BRD-Imperialisten konfrontiert sehen. Die „Gast“-arbeiter waren durchweg noch in ihrem Heimatland aufgewachsen, hatten dort ihre sprachliche, kulturelle, politische usw. „Identität“ ausgebildet und verbanden den Arbeitsaufenthalt in der BRD mit der Perspektive, auf absehbare Zeit wieder in die Heimat zurückzukehren. Ihre Diskriminierung konnten diese Menschen immerhin noch als vorübergehendes Übel betrachten und damit vergleichsweise leichter „kompensieren“. „Das monetäre Motiv steht bei der ersten Generation deutlich im Vordergrund“, schreibt der „Informationsdienst“ des Instituts der deutschen Wirtschaft, „um dann zynisch zu schlußfolgern: „Mangelnde Integration in der deutschen Arbeitsumgebung wird kaum als persönliches Problem empfunden“ (1).

Für diejenigen Ausländer, die längerfristig oder auf Dauer in der BRD bleiben wollen, sieht die Sache freilich schon anders aus. Und noch extremer stellt sich die Situation für die sog. 2. und 3. Ausländergeneration dar: Diese Kinder und Jugendlichen, die überwiegend in der BRD aufgewachsen sind oder hier geboren wurden, sind in besonderer Weise von Arbeitslosigkeit, Lohnsenken, Verknappung, Bildungsstand usw. betroffen, haben Sprachschwierigkeiten, bleiben z.T. Analphabeten, und sozial ausgegrenzt, in ihrer Heimat (nämlich der BRD) fremd, in der Heimat ihrer Eltern (Türkei, Griechenland, Jugoslawen) ebenso. Sie müssen erleben, daß ihre nationalkulturellen Eigenarten und Besonderheiten nicht nur nicht beachtet, sondern auch massiv abgelehnt, verspottet und unterdrückt werden. Dies gilt auch und gerade für den schulischen Alltag, was zahlreiche Untersuchungen belegen: „Ausländische Schüler genießen in signifikanter Weise weniger Anerkennung innerhalb der Schulklasse als ihre deutschen Mitschüler. Kinder aus der Türkei liegen dabei noch weit unter dem Durchschnitt der Kinder ausländischer Herkunft“ (2). „Dem entspricht, daß sich die schulischen Kontakte zwischen Kindern deutscher und ausländischer Herkunft im außerschulischen Bereich nur selten fortsetzen. Nur 7,4 % der vom Institut für kirchliche Sozialforschung des Bismarck-Essen befragten spanischen Kinder erhalten Hausaufgabenhilfe durch deutsche Freunde. 71,8 % der Eltern dieser Kinder geben an, daß ihre Kinder bis zu vier Stunden täglich am Fernsehapparat verbringen. Auch das kann als Anzeichen von Isolation gewertet werden...“ (3). Deutsche Lehrer, die zum allergrößten Teil noch nicht einmal der türkischen, griechischen usw. Sprache mächtig sind, geschweige denn sich in Geschichte und Kultur dieser Länder und ihrer Menschen auskennen, werden auf diese Kinder langweilen, um ihnen die „Errungenschaften“ deutscher „Kultur und Zivilisation“ einzubringen; was dann bei den Betroffenen zu Identitätskonflikten führt, die der türkische Professor Unal Akpinar folgendermaßen illustriert: „Die ausländischen Kinder ... erfahren von früherer Kindheit an, daß sie so, wie sie sind, nicht akzeptiert werden. Sie werden diskriminiert, wenn sie sich anders verhalten als die deutschen Kinder. Was zu einem Selbstbewußtsein führt, von dem ein türkischer Junge Beispiel gibt, der auf die türkisch gestellte Frage, ob er Türke ist, auf türkisch antwortet: Hayır ben bir Almanım! (Nein, ich bin Deutscher!). Akpinar Letztlich weiß das ausländische Kind nicht mehr, wer es eigentlich ist.“ (3a).

Das reale Fließband der ausländischen Kinder und Jugendlichen dokumentieren

klaren der weiteren folgende Zahlen:

- 70 % besuchen keine Kindergärten – nur 7 % der schulpflichtigen Kinder gehen zur Schule, wovon zwei Drittel die Hauptschule ohne Abschluß verlassen. Ohnehin konzentriert sich der Ausländeranteil auf Grund- und Hauptschulen, da sie weiterführende Schulen kaum besuchen.
- 50 % gehen nicht zur Berufsschule weiter; nur 2 % verlassen die Berufsschule mit einem erfolgreichen Abschluß.
- Von den Jugendlichen, die überhaupt als Arbeiter finden, sind über 80 % als ungelernte oder angelernte Arbeiter tätig. Außerdem finden sie sich zumeist in Berufen wieder, die „traditionell“ schon einen hohen Ausländeranteil haben.
- sofern sie sich nicht mindestens schon fünf Jahre in der BRD aufhalten, bekommen sie nur dann eine Arbeitserlaubnis, wenn es für den von ihnen gewünschten Arbeits- oder Ausbildungsplatz keinen deutschen Bewerber gibt.

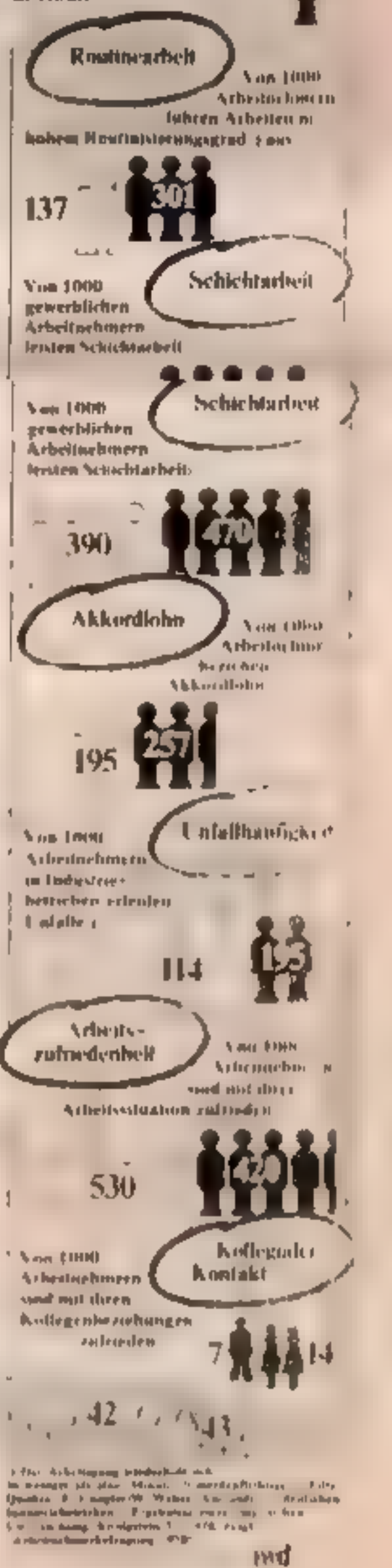
### Das „Kühn-Memorandum“ – Wende in der Ausländerpolitik?

Besonderer Scharfblick ist nicht vonnöten, um zu erkennen, daß die beschriebenen Zustände, je länger desto mehr, die Eskalation sozialer/politischer Konflikte nach sich ziehen werden. Allerdings ist dies nicht der einzige Grund, warum sich staatliche Stellen, Parteien und Medien aufmerkamer mit dem „Ausländerproblem“ beschäftigen. Eine wesentli-

Fortsetzung nächste Seite

## Ausländer: Die Arbeitswelt

Ausländische Arbeitnehmer rechnen im Vergleich zu deutschen Arbeitnehmern überwiegend ungünstigere Arbeitsbedingungen im Kauf.



## Kapitalisten an »Integrations«willigem Ausländernachwuchs interessiert

## Kapitalisten an »Integrations«willigem Ausländernachwuchs interessiert

Für die sozialdemokratische „Integrations“-Politik warb der „Bundesbeauftragte für Ausländerfragen“, Heinz Kühn, in einem Interview m.a. der IGM-Zeitung „Metall“ u.a. mit folgender Feststellung: „Und im Jahre 1985 würden wir nach unseren ganz konkreten Voraussagen nicht mehr genug deutsche Kinder haben, um alle dann angebotenen Lehrstellenplätze zu besetzen. Alle Plätze für qualifizierten Nachwuchs, die wir in unserer Industrie der Zukunft so sehr brauchen, würde man nicht mehr besetzen können, wenn wir dann nicht auf diejenigen zurückgreifen können, die heute als ausländische Gäste zu uns kommen und von denen etwa die Hälfte in zehn, fünfzehn Jahren Bürger bei uns sein werden.“ („Metall“ v. 8.10.80). Daß dies nicht nur sozialdemokratische Zweckpropaganda ist, belegen entsprechende Äußerungen der Kapitalistenblätter. So weiß der „Arbeitgeber“ (Nr. 19/32-1980) zu vermelden: „Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heinz Oskar Vetter, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Dr. h.c. Josef Stiglitz, und der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Dr. Herbert Ehrenberg, haben sich kürzlich in einem gemeinsamen Aufruf an die Betriebe gewandt und um Unterstützung eines Programms zur Integration der Ausländerkinder gebeten“.

In der gleichen Nummer des „Arbeitgeber“ heißt es: „Wegen des Geburtenrückgangs der deut-

schen Bevölkerung wird die Zahl der deutschen Schulabgänger in den 80er Jahren abnehmen und damit auch die Zahl derjenigen sinken, die in Ausbildung und Beruf eintreten. In dem Maße, wie die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen von deutschen Schülern allmählich nachläßt, können die Chancen für jugendliche Ausländer mit entsprechender Qualifikation steigen. Dennoch wäre es verfehlt, nur auf die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung, d.h. darauf zu hoffen, daß die ausländischen Jugendlichen künftige Lücken zu schließen vermöchten. Selbst unter der Annahme müßten die ausländischen Jugendlichen zunächst die Schulpflicht erfüllen, den Hauptschulabschluß erreichen und aus dem Ausbau besonderer - berufsorientierter Maßnahmen Nutzen ziehen können.“

Eine Verbesserung der Ausbildungssituation ausländischer Schüler und Jugendlicher ist also, trotz der bereits laufenden Förderungsmaßnahmen dringend geboten.

Weitere Beiträge dieses und anderer Kapitalisten-Organen, die wir hier aus Platzgründen nicht extra anführen wollen, kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Deutlich wird daran, daß die Kapitalisten die „Integrations“-Politik Marko Schmidt & Co. keineswegs als überflüssigen Luxus begreifen, sondern selbst ein handfestes Interesse daran haben, einige der ausländischen Jugendlichen als qualifizierte Arbeitskräfte in der Produktion einzusetzen.



Fortsetzung von vorheriger Seite

che Rolle spielt dabei ebenso das rein ökonomische Interesse an der Verwertbarkeit der heranwachsenden ausländischen Kinder und Jugendlichen, wo zumindest elementare Voraussetzungen einer schulischen und beruflichen Ausbildung sichergestellt werden müssen.

Als besonderer Fürsprecher für einen Wandel in der staatlichen Ausländerpolitik ist der Fr.-NRW-Ministerpräsident Heino Kühn in seiner Eigenschaft als „Bundesbeauftragter für Ausländerfragen“ hervorgetreten. Er legte Ende 1979 ein „Memorandum“ zum „Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der BRD“ vor, in dem er für ein konsequentes „Umdenken“ plädiert.

„Die bisherige Entwicklung und die bisherigen Maßnahmen sind offenbar zu sehr von der Priorität erwerbsmarktpolitischer Gesichtspunkte geprägt worden, während die ebenso gewichtigen sozial- und gesellschaftspolitischen Aspekte nachrangig erschienen“ (4).

„Der vor dem Hintergrund der aktuellen und sich zunehmend verschärfenden Problematik der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien notwendige neue korrigierende Ansatz muß daher wesentlich stärker die gesellschaftspolitischen Gegebenheiten und Erfordernisse Rechnung tragen. Es muß anerkannt werden, daß hier eine nicht umkehrbare Entwicklung eingetreten ist und die soziale Verantwortung... nicht eine Variable der jeweiligen Arbeitsmarktlage sein kann“ (5).

Entsprechend spricht sich Kühn für die „Anerkennung der faktischen Einwanderung“ aus, womit er auch Positionen entgegenstellt, wie sie noch 1977 z.B. von der Bund-Länder-Kommission formuliert wurden: „Die BRD ist kein Einwanderungsland. Sie versteht sich als ein Aufenthaltsland für Ausländer, die in der Regel nach einem mehr oder weniger langen Aufenthalt aus eigenem Entschluß in ihre Heimat zurückkehren“ (6).

Kühn fordert demgegenüber eine „vorbehaltlose und dauerhafte Integration“ vor allem der 2. und 3. Generation. „Auch die Schulpolitik muß ohne Einschränkung auf eine dauerhafte Integration der ausländischen Schüler ausgerichtet werden.“

Die bisherige Doppelseite einer gleichzeitigen Hinführung zu den Bildungsebenen des Aufenthaltslandes und des Herkunftslandes muß aufgegeben werden, weil sie weder durchführbar ist, noch den wachsenden Perspektiven der Betroffenen entspricht.

Wenn wie zu erwarten bei dem überwiegenden Teil der ausländischen Kinder und Jugendlichen nicht mit einer Rückkehr in die Heimat ihrer Eltern gerechnet werden kann, muß eine optimale Vorbereitung auf das Leben in der BRD Vorrang haben.

Zusammengefaßt die Forderungen des „Kühn-Memorandums“:

- Intensivierung der „integrativen“ Maßnahmen vor allem für die Jugendlichen im Bereich Vorschule, Schule und Beruf;
- Ablösung der „segregierenden Maßnahmen“, d.h. keine „Nationalklassen“;
- Anspruch der Jugendlichen auf ungehinderten Zugang zu Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

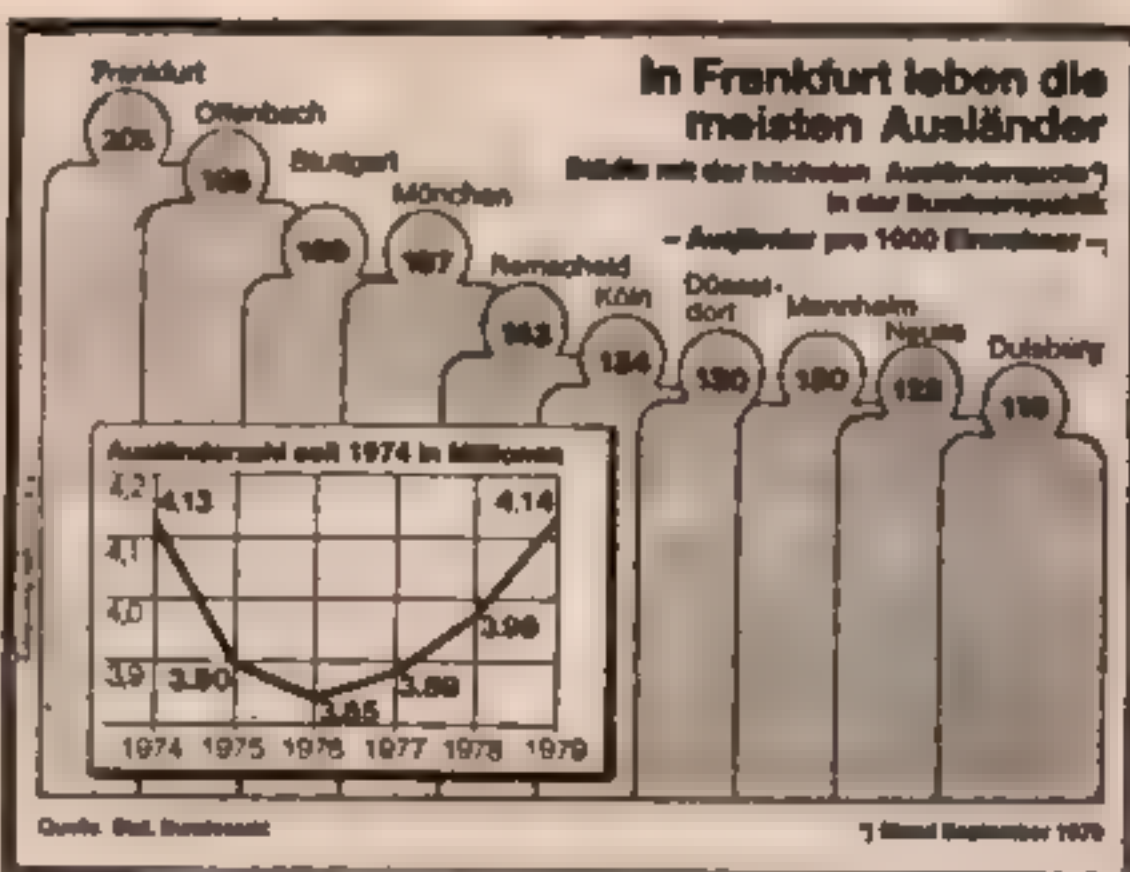
- Optionsrecht der in der BRD geborenen und aufgewachsenen Jugendlichen auf Einbürgerung;
  - Überprüfung des Ausländerrechts und der Einbürgerungsverfahren hinsichtlich einer stärkeren Berücksichtigung der Interessen ausländischer Familien;
  - Ausweitung der politischen Rechte, z.B. kommunales Wahlrecht, Verstärkung der sozialen Beratung.
- Unter Hinweis darauf, „daß die ausländischen Familien über Steuern und Abgaben in gleicher Weise wie auch die deutschen Bürger zu den Einnahmen öffentlicher Kassen beitragen“, forderte Kühn für die Realisierung der von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen 600 Mio DM.

## Die Maßnahmen der Bundesregierung

Obwohl auch Kühn in seinem „Memorandum“ eindeutig den Schwerpunkt auf die „Integration“ der 2. und 3. Generation legt, gibt er zumindest vor, die Interessen der gesamten ausländischen Bevölkerung berücksichtigen zu wollen. Demgegenüber wird in den Kabinettsbeschlüssen der Bundesregierung vom 19.3.80 die Eingrenzung der „Integrations“-Politik auf die hier aufgewachsenen Kinder und Jugendlichen unverhohlen zugegeben. Angekündigt als „Orientierungslinien“ für die „Weiterentwicklung der Ausländerpolitik“ soll diesen Beschlüssen zufolge die „zukünftige Schwerpunktsetzung... die soziale Integration der 2. und 3. Generation sein“ (8). War dafür im Kühn-Memorandum die ohnehin schon lächerlich geringe Summe von 600 Mio. DM veranschlagt worden, will die Bundesregierung nur noch 200 Mio aufbringen. Selbst von diesem Betrag sind allerdings noch Abstriche zu befürchten. Der Bund will direkt lediglich 50 Mio. locker machen, der Rest soll von den Länderregierungen kommen.

Der Schwerpunktsetzung der Regierungsbeschlüsse zufolge werden speziell den in der BRD geborenen bzw. aufgewachsenen Kindern und Jugendlichen besondere „soziale Integrationsmaßnahmen“ zugeordnet. Diese sollen die Integration der ausländischen Kinder und Jugendlichen in den deutschen Lebens- und Arbeitsmarkt gewährleisten. „Dabei geht es vor allem um die volle Integration der ausländischen Kinder in die deutschen Kindergärten und Schulen, um die angemessene Eingliederung der ausländischen Jugendlichen in den Berufsleben und um die Erleichterung der Einbürgerung bei den heranwachsenden Ausländern“ (9). Man beachte dabei die „differenzierte“ Wortwahl der Regierungsstrategie: „Voll“ für Kindergärten und Schulen, „angemessen“ im Berufsleben und „erleichtert“ hinsichtlich Einbürgerung und der damit verbundenen Gewährung politischer Rechte - nur die „Anpassungsfähigkeit“ können hoffen, diese Hürden gleichermaßen zu meistern.

Zu nicht „integrationsfähigen“ Statisten degradiert das Regierungskonzept die erwachsenen und älteren Ausländer, von ihnen wird allenfalls erwartet, daß sie die „Integration“ ihrer Kinder unterstützen oder zumindest nicht behindern. Sie selbst stehen als „Integrationsobjekt“ faktisch nicht zur Debatte. Deutlich wird dies auch in der Regierungsüberlegung, die Einbürgerung von Ausländern der „1. Generation“ nur in beschränktem Umfang zuzulassen. „Wenn die Anforderungen für eine Einbürgerung wesentlich herabgesetzt werden, könnte es sein, daß ein



Eingebürgerter trotz des rechtlichen Bandes der Staatsangehörigkeit innerlich in Deutschland ein Fremder bleibt, der sich trotz voller rechtlicher Gleichstellung in seinen sozialen Chancen diskriminiert fühlen könnte. Es wäre dann nicht auszuschließen, daß fremdsprachige Minderheiten mit deutscher Staatsangehörigkeit in der BRD entstehen, die für soziale Krisen besonders anfällig wären“ (9a).

Angesprochen werden auch diejenigen Jugendlichen, die bereits älter sind und die ihre Sozialisation einschließlich Schulausbildung weitgehend in ihrem Herkunftsland abgeschlossen haben. Ihre „Anpassungsfähigkeit“ wird ebenfalls gering veranschlagt, entsprechend mager sehen auch die Angebote aus. Während für in der BRD aufgewachsene ausländische Jugendliche Maßnahmen der Berufsausbildung, -beratung, berufs-vorbereitende Lehrgänge u.a.m. angekündigt werden (ob sie auch in nennenswertem Umfang zustandekommen, ist noch eine andere Frage), ist für später eingewanderte Jugendliche lediglich „ein Angebot an drei- bis viermonatigen Intensivsprachkursen“ vorgesehen aus, das wahr! (10).

Dagegen „Für Jugendliche, die Integrationsbereitschaft und -fähigkeit bereits dadurch unter Beweis stellen, daß sie einen Hauptschul- oder höheren Schulabschluß erworben, eine berufliche Ausbildung abgeschlossen oder an berufsorientierten Vollzeitmaßnahmen mit einer Regeldauer von einem Jahr regelmäßig teilgenommen haben, sollte... ein Rechtsanspruch auf Erteilung der Arbeitslaubnis geschaffen werden“ (11).

Drahtlos deutlich wird das ganze System der Selektion auch an den Maßnahmen zur Erleichterung der Einwanderung. Grundsätzlich wird für die Einbürgerung ein Mindestaufenthalt von 10 Jahren vorausgesetzt. Erleichterungen soll es für die hier aufgewachsenen Kinder geben, allerdings unter der Bedingung, daß sie den überwiegenden Teil ihrer Schulausbildung in der BRD erhalten haben. Die Selektion steht im einzelnen folgendermaßen aus:

- ausländische Jugendliche können - sofern sie 18, aber noch nicht 21 Jahre alt sind - einen Antrag auf Einbürgerung stellen (die Bundesregierung unterstützt hier einen entsprechenden Vorschlag der NRW-Länderregierung);
  - sie müssen allerdings seit ihrem 12. Lebensjahr in der BRD gelebt haben, sowie mindestens 2 weitere Jahre in der Zeit davor;
  - sie dürfen kein Straf- oder Jugendstrafverfahren haben, müssen also „kriminalfrei“ sein.
- Mit diesem Katalog soll erreicht werden, daß nur solche Jugendliche einen Antrag auf Einbürgerung stellen können, die bereits diverse „Integrations“-Maßnahmen (v.a. Schule) durchlaufen haben und einigmaßen die Gewähr für „eine reibungslose Integration in die deutsche Gesellschaft“ bieten.

Damit ist einseitig klar, wie die sozialdemokratische „Integrations“-Politik zu verstehen ist und worauf sie in der Konsequenz hinausläuft. 1) „Integration“ wird in diesem Sinne grundsätzlich nicht verstanden als gleichberechtigtes Miteinander und ggf. Vermischen unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen, sondern brutal und drückt - als „Einddeutschung“ ohne Wenn und Aber. Ein derartiger Ansatz von „Integration“ ist - auch wenn er von Sozialdemokraten (z.T. sogar von „Linken“) vorgetragen wird - nichtdestoweniger rassistisch und beinhaltet die gezielte Unterdrückung und Ausschaltung all dessen, was antichristlich als „undeutsch“ empfunden oder deklariert

wird. Nicht zuletzt hängt der besondere Erfolg, den hierzulande rassistisch-nationalistisch orientierte Gruppierungen wie die „Grauen Wölfe“, die „Islamischen Kulturzentren“ usw. unter ihren Landesleuten erzielen, auch damit zusammen, daß sich diese Kräfte einer so betriebenen „Integrations“- (besser: Assimilations-)Politik gegenüber als Hüter und Wächter türkischer Kultur, Moral u.a.m. profilieren können.

2) Nur ein kleiner Teil der ausländischen Bevölkerung kann und soll diesem Konzept zufolge „integriert“ werden. Wie die Dinge liegen, wird nur eine Minderheit bereit und überhaupt in der Lage sein, ihre national-kulturelle Identität abzustreifen und trotz Diskriminierung und ungünstiger Startvoraussetzungen sich in Schule, Aus-

bildung und Beruf entsprechend durchzusetzen. Diese vergleichsweise besser gestellte Minderheit wird dann als leibhaftiges Demonstrationsobjekt für die These herumlaufen müssen, daß ja jeder sich „integrieren“ und „aufsteigen“ könne, wenn er nur wolle. Zu erwarten ist in jedem Fall, daß auch hinsichtlich des „Ausländerproblems“ die alte imperialistische Devise des „Spalte und herrsche“ künftig stärker zur Geltung gebracht wird. Darüberhinaus haben die Kapitalisten auch aus ökonomischen Gründen für das kommende Jahrzehnt bereits starkes Interesse an der Heranbildung „qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte“ bekundet (s.a. nebenstehenden Kasten „Kapitalisten an 'Integration' willig“).

3) Der Status der großen Mehrheit der ausländischen Bevölkerung wird bleiben wie gehabt: Die schlechtesten Schulbildung, die unqualifiziertesten und drückigsten Arbeiten, die niedrigsten Einkommen, die höchste Arbeitslosigkeit, die schlechtesten Wohnungen, usw. uaf. National und rassistisch unterdrückt, politisch entrechtet (Ausländergesetz), werden sie in der westdeutschen Gesellschaft auch zukünftig als „Menschen zweiter Klasse“ rangieren.

Eine Hamburger Lehrergruppe und Aufst.-Kommission

## Anmerkungen

1. zitiert aus dem „Informationsdienst“ des „Instituts der deutschen Wirtschaft“ v. 2.10.80
2. „Frankfurter Rundschau“ v. 24.11.79
3. ebenda
4. „Die Neue“ v. 10.8.80
5. Kühn-Memorandum, S.2
6. ebenda
7. „FA“ v. 24.11.79
8. Kühn-Memorandum, S.20 f.
9. Beschluss der Bundesregierung v. 19.3.80 S.2
- 9a. ebenda S.2
10. ebenda S.22
11. ebenda, S.13

## Die Forderung nach mehr und besseren »Integrations«maßnahmen genügt nicht

Obwohl Ausmaß und Umfang der Ausländerdiskriminierung zumindest der BRD-Linken anzuwachsen geläufig sein dürften, ist insgesamt auch hier die Bereitschaft herzlich gering, sich mit diesem Problem zu beschäftigen. Entsprechend unterentwickelt sind sofern überhaupt vorhanden - konkrete Vorstellungen in Richtung auf eine fortschrittliche Ausländerpolitik. Noch am weitesten fortgeschritten ist die Diskussion im Ausbildungssektor, wo von Gewerkschaften, fortschrittlichen Lehrern, Erziehern und Sozialarbeitern ebenso wie von sonstigen fortschrittlichen Institutionen Forderungen nach besseren und umfangreicheren Fördermöglichkeiten für die ausländischen Kinder aufgestellt werden.

An oberster Stelle steht dabei die Forderung nach Abschaffung der sog. „Nationalklassen“ bzw. Nationalabschulen. Dagegen wird sich „grundsätzlich für die Einschulung der ausländischen Kinder in die deutschen Regelschulen ausgesprochen“ (Stellungnahme des DGB v. 23.4.1979, die GEW vertritt entsprechende Positionen). Desweiteren werden mehr Kindergärten und Vorschulplätze gefordert in denen die ausländischen Kinder so früh wie möglich die deutsche Sprache erlernen und sich in die BRD-Gesellschaft eingewöhnen sollen. Auch die Forderungen der TKP-nahen FIDEF (Förderung der türkischen Arbeitervereine) größte fortschrittliche türkische Organisation in der BRD zielen darauf ab, die ausländischen Kinder so schnell wie möglich gemeinsam mit den deutschen zu unterrichten.

Auf den ersten Blick erscheinen diese Forderungen sehr einleuchtend gerade weil sie Chancengleichheit herstellen wollen. Zumal auch bekannt ist, daß die „National-“ bzw. Ghetto-Klassen keine Lösungsmöglichkeiten bieten. Sie werden übrigens überwiegend in (DI-)SI-regierten Ländern wie z.B. Bayern praktiziert und können als billige Methode gelten, die ausländischen Kinder abzuschoben und zu isolieren.

Natürlich ist bei den dargestellten „fortschrittlichen Forderungen“ immer auch der Gedan-

ke vorhanden, daß die nationale Eigenheit und Identität erhalten bleiben muß oder daß das Erlernen der Muttersprache unbedingt Bestandteil des Unterrichts sein muß. Dazu nochmals die bereits zitierte DGB-Stellungnahme: „Zu entwickeln sind Konzepte, die den Erfordernissen der Kinder und der biculturellen Situation auch im Vorschulbereich gerecht werden.“ Oder: „Der Muttersprachenunterricht muß zusätzliches Pflichtfach sein. Er ist mit fünf Stunden in der Woche Stundenplan zu integrieren, im Zeugnis als Unterrichtsfach anzuerkennen und einzustufen.“

Gerade diese Forderungen sind aber überhaupt nicht im Interesse der Herrschenden, dafür wird natürlich auch kein Pfennig aufgewendet. Dagegen steht auch der durchgehend vorhandene Fremdenhaß, die Unkenntnis und Ignoranz.

Darauf zu hoffen, daß diese Forderungen in irgendeiner Weise berücksichtigt werden, ist schlicht Illusion. Was also bleibt, sind die Forderungen nach besseren, schnelleren, wirksameren Eingliederungsmöglichkeiten in die deutsche Gesellschaft. Daß auch Forderungen auf diesem Gebiet keineswegs überflüssig sind, zeigt die Auseinandersetzung mit dem Regierungskonzept, wobei hier sogar noch weitere drastische Sparmaßnahmen einkalkuliert werden müssen.

Dennoch meinen wir, daß die Linke sich damit nicht zufrieden geben darf.

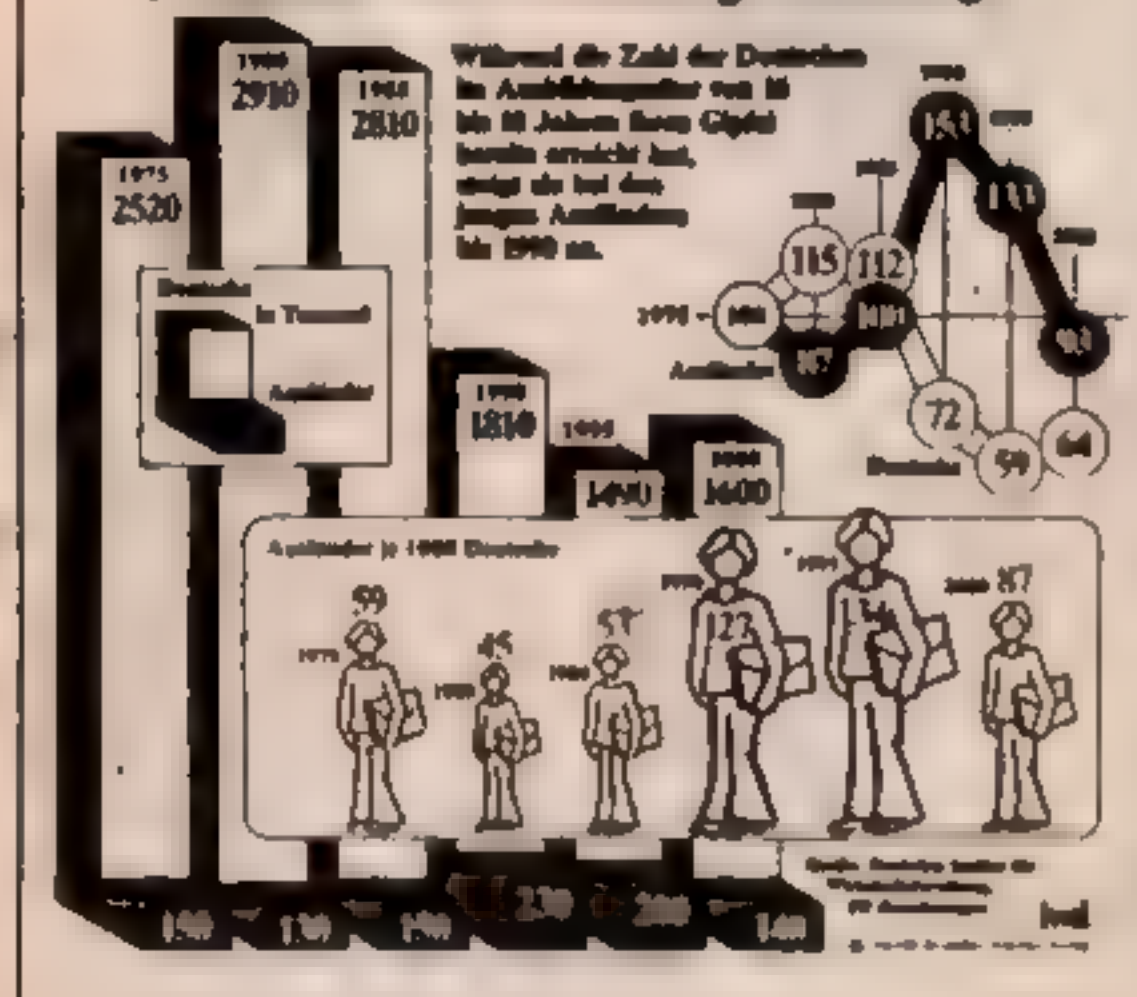
Für die ausländischen Jugendlichen heißt das, den Verzicht auf die Entwicklung ihrer eigenen nationalen Identität, ihrer Eigenheiten, ihrer Kultur, auf ihre Muttersprache; ob sie dabei die deutsche Sprache erlernen, ist übrigens überhaupt nicht gesichert.

Das alles bedeutet - mal drastisch ausgedrückt - die psychische und kulturelle Ausrottung einer Minderheit in der BRD.

Das die Linke das nicht unterlassen kann auch wenn sie heute kaum Umstände hat, Gegenkonzepte zu entwickeln, sollte keine Frage sein.

Eine Hamburger Lehrergruppe

## Ausländer: Die Ausbildungs-Nachfrage



Aus: „Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft“ Nr. 44/80







Fortsetzung von vorheriger Seite

ten, die sich gegen Ausländer in der BRD richten. So wurden gegen eine Taxibefahrerin in Wolfsburg bisher nur kleine Bußgelder von der Stadtverwaltung verhängt, obwohl sie den NPD-Aufkleber „Ausländerstopp Deutschland den Deutschen“ auf dem Wagen hat, Ausländern die Beförderung verweigert, einen Zuschlag für die Beförderung von Behinderten verlangt und einem Arzt die Fahrt zu einem Notrufstopp verweigerte, weil er Ausländer ist (nach „FR“, 10.12.).

## „Ausgewogenheit“ per SS-Marschlied

Die Auseinandersetzung im Bayerischen Rundfunk um die Sendung „Notizbuch“ geht ihrem Ende zu. Das Hörfunkmagazin, das sich lange nicht in das Staatsfunk-Konzept der CSU einfügen wollte, wurde nach und nach von kritischen Redakteuren gelubert. Als am Mittwoch, d. 3.12., die Moderatorin Heidrun Schmidt am Ende ihres Beitrags eine Erklärung in eigener Sache anhängen wollte, wurde sie einfach ausgeblendet. „Ich habe mich mit dieser Sendung vom Bayerischen Rundfunk verabschiedet, weil ich es nicht mehr mit meinem journalistischen Gewissen vereinbaren kann, daß ich für einen Sender weiterarbeite, der unter Ausgewogenheit versteht, daß eine Anti-Kriegsbuchbesprechung mit einem Marschlied, gedichtet 1933, gesungen vom Chor ehemaliger Waffen-SS...“ - an dieser Stelle war Heidrun Schmidt dann plötzlich nicht mehr zu vernehmen. In einer früheren Sendung hatte sie unter antimilitari-

stischem Gesichtspunkt das Buch von John Keegan „Das Antlitz des Kriegers“ rezensiert. Abteilungsleiter Reiter ließ zwischen zwei Besprechungsteilen das Marschlied „Es ist so schön Soldat zu sein“ abspielen, das er als „Kontrapunkt“ und „Antithese“ zu seiner privaten Plattensammlung mitgebracht hatte.

Reiter („Hält es jemand von Ihnen etwas für unanständig, CSU zu wählen?“) hatte im Frühjahr schon den langjährigen „Notizbuch“-Mitarbeiter Gert Heidenreich rausgeschmissen, weil man „zu politischen Gegnern geworden“ sei. Auch verhinderte er zwei Sendungen der Autorin Monika Meister über „Nachbar Atomkraft“ und die „Sind nach dem Hungerstreik“. Beide klagen jetzt beim Arbeitsgericht. Namhafte Journalisten und Gewerkschafter verfassten inzwischen eine Solidaritätserklärung, in der es heißt, Heidrun Schmidt habe es gewagt, „den Teufelskreis von Unterdrückung und Angst“, der den Bayerischen Rundfunk beherrsche, zu durchbrechen. Dieses Klima wird auch daran deutlich, daß viele Rundfunk-Kolleginnen die Aktion von Heidrun Schmidt negativ beurteilten; sie fürchten, daß nun restriktive Regeln für nicht festangestellte Moderatoren eingeführt werden könnten („SZ“, 5.12. und 9.12., „Stern“, 8.12.80).

## Anti-Strauß-Demonstrant angeklagt

Verden/Bremen. Nachdem am 25.9.79 einige tausend Menschen in Bremen gegen den Auftritt von F.J. Strauß in der Stadthalle demonstriert hatten,

kam es wegen der Auseinandersetzungen mit den Bullen zu etlichen Anzeigen gegen Demonstranten.

Jetzt, über ein Jahr danach, hat sich die Bremer Justiz nur noch auf Klaus B. aus Verden eingeschossen. An ihn, der als einziger Angeklagter übriggeblieben ist, soll ein Exempel statuiert werden.

So wird ihm sämtlicher materieller Schaden und der gesamte Ablauf der Demo angelastet.

Vorgeworfen wird ihm indirekt, daß er politisch sehr aktiv sei (was noch nicht mal stimmt) und seine schon etliche Jahre zurückliegende KBW-Mitgliedschaft.

Mit anderen Worten: Er soll mündot gemacht und eingeschüchtert werden. Angesichts dieser Lage versuchen einzelne Kollegen und Freunde aus Verden durch Sammeln von Spenden wenigstens die finanzielle Lage für diesen Prozeß zu verbessern. So wurden die Eintrittsgelder einer Musikveranstaltung im Verdener 12 für Klaus gespendet. Besonders bedanken möchten wir uns bei den Hamburgern, die uns auf dem BOTS-Konzert ca. 500 DM mit nach Verden gegeben haben!!

## Strafanzeige gegen NS-Juristen

Berlin/Offenbach. Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten“ (VVN) hat beim Berliner Landgericht Strafanzeigen gegen 12 Richter und Staatsanwälte gestellt, die laut VVN dem ehemaligen NS Volksgerichtshof angehörten. In einer Mitteilung der VVN heißt es, die Beschuldigten seien „verantwortlich für Hunderte von Todesurteilen gegen Antifaschisten“ und hätten teilweise als Vollstreckungsleiter bei Hinrichtungen fungiert. Gegen zwei weitere NS-Juristen hatte die VVN bereits Strafanzeigen gestellt.

Der Generalstaatsanwalt beim Berliner Kammergericht hatte im Oktober vergangenen Jahres die Wiederaufnahme der Ermittlungen gegen frühere Richter und Anklagevertreter des Volksgerichtshofes angeordnet. Bisher ist noch nicht bekannt, wann die Ermittlungen abgeschlossen sein werden („FR“, 9.12.80).



Funkredakteurin Heidrun Schmidt



... und ihr Chef Reiter

# Bereitschaft zum Dienstleid reicht nicht zur Verbeamtung

Dortmund: Das Dämeldorfer Verwaltungsgericht hat am 3. Dezember die Klage des Handelslehrers Peter-Josef Boeck auf Einstellung in den Schuldienst abgelehnt. Bereits während des Referendats

1979 abgelehnt, denn auch an Privatschulen dürfen Lehrer nur unterrichten, wenn Bedenken hinsichtlich der Verfassungstreue nicht bestehen oder ausgeräumt sind. Im März 1979 fand die nunmehr

Erklärung reichte jedoch nicht aus. Dem schloß sich jetzt auch das Gericht an.

Nach dem seit 1977 geltenden Richtlinien sollen mehr als zwei Jahre einschlägige Berufstätigkeit

# Bereitschaft zum Dienstleid reicht nicht zur Verbeamtung

Dortmund. Das Dämeldorfer Verwaltungsgericht hat am 3. Dezember die Klage des Handelslehrers Peter-Josef Boeck auf Einstellung in den Schuldienst abgelehnt. Bereits während des Referendats Ende März 1967 wurde Peter-Josef Boeck zu einer Anhörung geladen. Erkenntnisse des VS über seine politische Tätigkeit wurden ihm nicht mitgeteilt. Drei Monate später erhielt er Einblick in die VS-Akte, die zu seiner möglichen Einstellung angelegt wurde. Darin sind folgende Erkenntnisse aufgeführt:

„Im Sommer 1971 war er Leiter des Grundkurses der Proletarischen Linken/Parteilinie (PL/PI) an der Freien Universität Berlin.“

Im Juni 1971 kandidierte er als Ersatzbewerber der Roten Zelle Ökonomie zu den Fachbereichswahlen...

Im Februar 1972 trat er unter der Mitgliedsnummer 7961 der „Liga gegen den Imperialismus“ bei und nahm zumindest 1974 und 1975 an verschiedenen Mitgliederversammlungen der Ortsgruppe Berlin-Kreuzberg der „Liga“ teil.

Am 14.11.1975 betraute er eine von der „Liga“ und dem Kommunistischen Studentenverband initiierte Portugiesenveranstaltung an der Technischen Universität Berlin.

Später kam als Vorwurf noch der Besuch einer Veranstaltung der „KPD“ (heute aufgelöst) hinzu.

Anfang 1977 wurde er dann zu einer weiteren Anhörung geladen. Aus rechtlichen Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit solcher Anhörungen gab es keine inhaltliche Stellungnahme ab. Drei Tage vor dem angestrebten Einstellungstermin (August 77) wurde ihm telefonisch mitgeteilt, daß er nicht eingestellt werden würde. Hiergegen legte er Widerspruch ein, woraufhin sich fünfzehn Monate nichts tat. Erst durch eine Unfähigkeitsklage konnte er erreichen, daß in seinem „Fall“ Ende 1978 überhaupt weiter verhandelt wurde.

Im November 1978 begann er als kaufmännische Lehrkraft an einer staatlich anerkannten Privatschule. Deren Antrag, ihm die nebenamtliche Tätigkeit an einer kaufmännischen Erstschule zu gestatten, wurde im Februar und September

1979 abgelehnt, denn auch an Privatschulen dürfen Lehrer nur unterrichten, wenn Bedenken hinsichtlich der Verfassungstreue nicht bestehen oder ausgeräumt sind.

Im März 1979 fand die nunmehr dritte Anhörung statt. Dort wurde von den Verhörbeamten eine eigene dieses Fall zugeschnittene Formel des Dienstleides erfunden, die Peter-Josef B. zustimmen sollte: „Sind Sie bereit, sich jederzeit für die freiheitliche, demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzusetzen, die in unserer Gesellschaft zur Diktatur des Proletariats, der sozialistischen Revolution und zu jeglicher Gewaltanwendung zur Erlangung der politischen Herrschaft in der Bundesrepublik steht?“ Die Antwort von Peter-Josef Boeck: „Aus meiner grundsätzlichen Haltung zu solchen Gesinnungsgesprächen lehne ich es ab, hier und in dieser Weise dazu Stellung zu nehmen. Mir ist das Grundgesetz und die Landesverfassung bekannt, mir ist der Dienstleid bekannt. Ich bin bereit, diesen Dienstleid abzulegen.“ Diese

Erklärung reichte jedoch nicht aus. Dem schloß sich jetzt auch das Gericht an.

Nach dem seit 1977 geltenden Richtlinien sollen mehr als zwei Jahre zurückliegende „erkenntnis“ nicht mehr zu den Überprüfungsverfahren herangezogen werden. Bei Peter-Josef Boeck handelt es sich in allen Fällen um Vorwürfe aus den Anfängen der 70er Jahre. Die SPD-Regierung in NRW hatte sogar mehrfach angekündigt, nach den neuen Richtlinien endlich auch die sogenannten „Altfälle“ neu zu überprüfen. In diesem Fall wird einem Lehrer sogar die Anstellung an einer Privatschule verweigert.

Peter-Josef Boeck ist heute Mitglied bei den Grünen in Dortmund und war Kandidat auf der Landesliste zu den Landtagswahlen.

Boeck: Politische Einstellung und Verfassungstreue von P.J. Boeck

Berufsverbots-Kommission

## Beleidigung?

Dämeldorf. Anlässlich der Pressekonferenz nach der Frankfurter Anti-Schah-Demonstration Ende 1978 hatte S.J. einen Leserbrief an die „Rheinische Post“ geschrieben:

„Wenn ich mir die ‚Waffensammlung‘ auf ihrem Bild näher betrachte, muß ich den Demonstranten einen Vorwurf machen: So schlecht ausgestattet an einer Demonstration teilzunehmen, auf der jeder Ordnungshüter mit Helm, Schild, Wasserwerkanlage, Gummiknüppel und Pistole bewaffnet ist, ist ein bodenloser Leichtsinns. Jeder weiß doch genau, wie leicht einem der Herren die Hand ausrutschen kann. Fast täglich best man von Menschen, die in Polizeigewahrsam zusammengeschlossen werden, von betrunkenen Autofahrern, die wegen überhöhter Geschwindigkeit erschossen werden, von Ju-

gendlichen, denen das gleiche passiert, weil sie im Neubau gespielt haben. Ist es nicht eine Lebensnotwendigkeit sich für jede Demonstration zu schützen, um seinen Körper nicht wehrlos der Polizei auszusetzen?“

Daraufhin erhielt S.J. und der für die Leserbriefes zuständige RP-Redakteur eine Anzeige wegen Volksverhetzung. Das Verfahren gegen den Redakteur wurde eingestellt, das gegen S.J. hingegen nicht.

Nachdem er in der 1. Instanz freigesprochen worden war, ging die Staatsanwaltschaft in die Berufung. Und nun wurde S.J. nicht wegen Volksverhetzung, sondern wegen Beleidigung der Polizei zu zehn Tagessätzen à 10 DM verurteilt. Hinzu kommen noch Prozeßkosten von 2-3000 DM. S.J. wird in Revision gehen. Detlef/Dämeldorf



## Danke, Peggy Parnass

Hamburg. Wer in den ersten Dezembertagen im Hamburger Stadtteil St. Georg zum Einkauf ging, wußte rechtzeitig Bescheid: In vielen Läden hing das Einladungsplakat, oder es lagen Flugblätter aus, ob beim Lebensmittelhändler oder in der Alternativ-Boutique: „Peggy Parnass liest aus ihrem Buch ‚Prozess‘ am 5. Dezember im Malersaal“. Auf dem Plakat auch ein Auszug eines Briefes von Fritz Teufel vom 24.2.80: „Liebe Peggy! Ich wollte Dir schon lange mal schreiben - seit ich im Trakt bin, komme ich noch weniger dazu als vorher. Heute früh habe ich endlich Dein Prozessbuch ausgeliehen - es ist das schönste, lustigste und freieste und genaueste Buch über die bundesdeutsche Justiz und den Knecht, das ich kenne.“ Dem kann ich mich nur anschließen, und es ist schön, so was beim Grünhörer in St. Georg, da wo auch Peggy wohnt, hinter dem Schaufenster lesen zu können. Am 5.12. war der Malersaal auch gut mit interessierten Leuten gefüllt, auch eine Antifaschistin hatte unaufrichtig Platz genommen, doch - was gab's denn da zu spionieren? Peggy, sichtlich angegriffen durch eine Erkältung und ihr Lampenfieber nicht versteckend, sich über die Anwesenheit von Freunden und Bekannten und aller anderen freudig, sorgte

schon in den ersten Minuten für gespannte Aufmerksamkeit; Sie suchte sofort das Gespräch mit allen über das, was ihr heute am wichtigsten erscheint: die drohende Kriegsgefahr, ihre Lesung aus dem Buch, ob zum Thema Fahrpreisdemonstrationen, Sexualität, kritische Meinungsäußerungen oder ihrer eigenen Erfahrungen mit Polizei, Richtern und Staatsanwälten, wurde immer wieder unterbrochen durch das gemeinsame Gespräch. Wir müssen uns wehren, auch wenn wir nicht wissen, ob wir Erfolg haben werden, trotz der immer wieder neu auftauchenden Zweifel, ob das alles einen Sinn hat, wenn wir gegen die herrschenden Verhältnisse ankämpfen - für diese Haltung warb Peggy den ganzen Abend in der ihr eigenen liebevollen offenen Art, und die meisten haben dies wohl auch verstanden. Da war kein Platz für laute „Vorwärts mit!“- und „Nieder mit!“-Rufen, genauso wenig wie für Resignation. Viele offene Fragen und ein viel zu kurzer Abend im Malersaal, so daß wir uns danach in der Kneipe angeregt weiterunterhalten mußten - diesmal leider ohne Peggy.

Peggy Parnass  
„Prozess 1970 bis 1978“  
Verlag Zweitsuendelns

Ma., IKAH

die meisten haben dies wohl auch verstanden. Da war kein Platz für laute „Vorwärts mit!“- und „Nieder mit!“-Rufen, genauso wenig wie für Resignation. Viele offene Fragen und ein viel zu kurzer Abend im Malersaal, so daß wir uns danach in der Kneipe angeregt weiterunterhalten mußten - diesmal leider ohne Peggy.

Peggy Parnass  
„Prozess 1970 bis 1978“  
Verlag Zweitsuendelns

Ma., IKAH

## Übrigens...

es ist wieder soweit! Die Zeit des Konsumterrors, des „Friedens“ und des Besenkens ist in vollem Gange. Bis auf wenige, denen dies nichts bedeutet, nehmen alle daran teil.

Friede

Die zahlreichen Gefangenen in zahlreichen Kästen sind ausgeschlossen. Sie dürfen, sofern sie jemanden „draußen“ haben, allenfalls ein auf wenige Pfund beschränktes Paket erhalten. Die Mehrzahl der Gefangenen kommt aus unterprivilegierten Verhältnissen. Kontakte nach „draußen“ sind aberlassen, oder die Bekannten haben selbst ums Überleben zu kämpfen. So sind es nur wenige, die vor den Augen der Mitgefangenen ein Paket in Empfang nehmen können, für die übrigen werden die Feiertage zur Tortur. Bei den Paketaktionen der letzten Jahre waren große Erfolge zu verzeichnen.

Viele mittellose Gefangene erhalten ein Paket, und es entstanden eine Menge Kontakte, die heute noch bestehen. Die Resonanz bei den Gefangenen war sehr groß. Eine Menge Vorurteile gegenüber jenen, die anders sind als sie, konnte abgebaut werden. Auch bei denen, die kein Paket bekamen, dies nur verfolgten.

Dieses Jahr haben wir ein „gemeinsames Paketpacken“ vor, ein Treffen, bei dem Frau/Mann sich über die Arbeit der GSI informieren kann, bei dem über die derzeitige Situation in den Kästen berichtet wird und u.a. die Hamburger Gruppen bei gemeinsamer Praxis wieder ins Gespräch kommen, unterschiedliche Positionen ausdibbern, das Infodefizit beheben können etc.

Also spricht über die Aktion und fordert alle auf, sich allein oder gemeinsam hieran zu beteiligen!

Der Paketpacken-info-Klonschnack-Treff ist am Donnerstag, d. 18.12. 18.30 Uhr in der Hochschule für bildende Künste

2000 Hamburg 76 (U-Bahn Mundsburg)

Wenn dieser Termin nicht zuaugt, kann Lebensmittel wie Schokolade, Kekse, Tee, Pulverkaffee usw. oder Tabak und Zigarettenpapier ab Dienstag, d. 16.12. im Medienzentrum e.V. (MeFu) Schumannstra. 57

2000 Hamburg 76

Tel.: 040/220 51 37

abgeben, oder über die GSI die Adressen von Gefangenen erhalten, mit denen wir in Verbindung stehen. Diese Gefangenen können auch dann schreiben, welcher Gefangene in ihrem Kasten kein Paket bekommt. Zugleich können sie auch die Paketvorschriften nennen, damit das Paket nicht angehalten wird. Die Kasse reagieren nämlich sehr merkwürdig, wenn etwas nicht nach ihren Vorschriften läuft. Für alle, die wieder das eine noch das andere wollen, bleibt die Möglichkeit der Geldspende auf oben angegebenes Konto.











## »Das BTMG ist 1 Schandel«

Dieser kurze Satz stand auf einem „Sandwich“ in der Hamburger Innenstadt zu lesen und sprang neugierigen Passanten in die Augen. Der Träger wusste, wovon er sprach: Es war einer von vielen Klienten sozialtherapeutischer Wohngemeinschaften, die gemeinsam mit Sozialarbeitern, Erziehern, Mitarbeitern von Drogenberatungsstellen (Droben) und anderen Drogenpraktikern an der ersten bundesweiten Aktionswoche gegen das Betäubungsmittelgesetz teilnahmen. In vielen Städten der BRD wurden in der Woche vom 24.-30.11. Podiumsdiskussionen, Informationsstände, Pressekonferenzen, gemeinsame Aktionen mit Jugendzentren, interessierten Medizikern, Juristen und Lehrern, sowie andere Veranstaltungen durchgeführt. Am Ende waren alle Beteiligten reichlich geschmeckt, aber es hatte sich gelohnt – nach langer Ruhepause waren die von den Verschärfungen der Drogengesetze und -programme ebenfalls betroffenen, berufsmäßigen Helferinnen und Helfer erstmals wieder koordiniert an die Öffentlichkeit gegangen.

Der Beginn dieser bundesweit koordinierten Vorgehens waren die Solidaritätsaktionen für die Droben Gießen im vergangenen Winter, die die finanzielle Austrocknung dieser selbstverwalteten Einrichtung abzuwehren halfen (s. AK 175). Auf dem Hamburger Drogentreffen des Jugendpolitischen Forums (JuPoFo) im Juni wurde dann die Aktionswo-

che beschlossen. Regional wurden unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt.

In Westberlin war es v.a. die Praxis der Justizorgane generell werden hier längere Strafen als früher ausgesprochen, und durch den massiven Ausbau des Polizeisystems stehen Drogenabhängige schon wegen geringfügiger Delikte bzw. nur wegen des Konsums vor Gericht. Die Gerichte stellen neben der Schwere des „Delikts“ besonders das Kriterium der „Therapiemotivation“ in den Vordergrund. Dahinter verbirgt sich der Versuch, über den weiteren Lebensweg der Angeklagten objektive Prognosen treffen zu wollen. Als Kriterien werden herangezogen: Kontakt zu einer der völlig überlasteten Droben, Rang auf der Warteliste einer der ebenfalls überfüllten Therapieeinrichtungen, Zusage der Therapiekostenübernahme durch einen Versicherungsträger und Stand der zahnärztlichen Behandlung. Selbst bei günstiger Aussicht auf einen Therapieplatz muß die gewählte Art der Behandlung vor dem Gericht noch Anerkennung finden. Wer also beispielsweise mit vom Heroin bewirkten Zahnschäden, ohne Kontakt und Rückhalt einer Drobe und überdies vielleicht noch mit einer Vorstrafe vor Gericht steht, hat beste Chancen, für 12 oder mehr Monate einzufliegen. Wer gar durch Bockigkeit, zu viele Minuspunkte und den Abbruch einer Therapie es insgesamt an „Mo-

ivation“ fehlen läßt, gilt schnell als „therapiereisistent“ und kann zusätzlich noch Zwangseinweisung in hochsichere Psychatrien aufgebummelt bekommen.

Für die Droben gestaltet sich diese Praxis zu einer reinen Selektions- und Gutachterfunktion – sie werden angehalten, für die Erfüllung der o.g. Kriterien zu sorgen und vor Gericht „eine Prognose darüber zu erstellen, ob der Abhängige die Therapie erfolgreich durchläuft oder nicht“ (aus der Broschüre Westberliner Droben zur Aktionswoche). Darüberhinaus werden bei Urteilen mit Therapieaufgabe einzelne ihrer MitarbeiterInnen dazu verpflichtet, bei nicht erfolgtem Therapieplatztritt den zuständigen Richter zu informieren. Deshalb können die an der Aktionswoche beteiligten Droben und Selbsthilfegruppen „eine Einbindung freier Träger in einen immer umfassenderen Reparatursapparat ab, der es Drogenabhängigen in Zukunft verunmöglicht, noch zwischen freien Einrichtungen und Strafverfolgungsbehörden zu unterscheiden“. Sie sehen sich „immer mehr gezwungen, an den Folgeerscheinungen der Sucht zu arbeiten, d.h. an der Kriminalität und nicht an der Sucht selbst“.

Dagegen wehrten sie sich durch einen slowwöchigen Streik und mit einer Serie von Veranstaltungen. Wie auch in anderen Städten trafen ihre Sünden in der Öffentlichkeit auf geteilte Meinung, aber gerade Jugendliche und auch viele ältere Passanten waren sehr interessiert. Eine Demonstration zu den Knästen Leichter Straße und Mosbit wurde auch hinter den Gittern freudig wahrgenommen.

In Hamburg stellten die Träger der freien sozialtherapeutischen Wohngemeinschaften die Frage der Therapiekostenübernahme in den Mittelpunkt. Nach einem Plan, der im hessischen Sozialministerium ausgekocht wurde, sollen in Zukunft medizinische Kriterien ausschlaggebend für die Kostenübernahme durch die Versicherungsträger sein. Soziale, gesellschaftlich bedingte Ursachen einer Sucht blieben dann unberücksichtigt, und für die sozialtherapeutisch orientierten Einrichtungen bedeutet das entweder die radikale Veränderung ihrer Strukturen, indem sie als Leiter allein entscheidungsbefugte Ärzte einstellen, bzw. eine umfassende Änderung ihrer Therapievorstellungen oder aber die finanzielle Austrocknung bangs Klienten. Gegen diese galoppierende „Medikalisierung“ einer Erkrankung an der Gesellschaft wurden auch in Hamburg Informationsstände und Skizzen auf die Straße getragen und ein gemeinsamer Diskussionsabend der Drogenpraktiker durchgeführt. Mit einem Informations- und Theaterabend in der „FABRIK“, an dem sich auch der „Türkische Arbeiterverein“ mit



über die Rolle der Grauen Wölfe im Heroinhandel und über die Lage der türkischen Opiumbauern beteiligte, ging die Woche zu Ende.

Hannover: hier fand u.a. eine sehr duftige Foto mit Informationen zum BTMG statt, die von der Drobe gemeinsam mit örtlichen Jugendzentren veranstaltet wurde. Eine Öffentlichkeitsgruppe will die Arbeit fortführen.

Göttingen: auf besonderes Interesse stießen mehrere Veranstaltungen der Droben an verschiedenen Fachbereichen der Uni und eine Sprachstunde im Knecht über das BTMG.

Delmenhorst: wegen der skizzierten Auseinandersetzungen mit der „Anti-Drogen-Koalition“ waren die Kräfte für weitere Aktionen leider vorerst verdrängt. Gießen: die Droben hat wegen der zahlreichen Auseinandersetzungen um die Finanzierung ihrer Arbeit handfeste Erfahrungen mit Öffentlichkeitsarbeit. Mit Lehrern, Schülervertretern, Mitarbeitern der sozialen Dienste, Eltern, Richtern u.a. wurden mehrere Veranstaltungen durchgeführt. Im Mittelpunkt standen Diskussionen über das BTMG und die Auswirkungen des Hessen-Modells auf die freien, selbstverwalteten Träger.

## »Anti-Drogen-Koalition« nun auch gegen Reggae-Konzert aktiv

Düsseldorf. Die „Anti-Drogen-Koalition“, ein Ableger der Provokateurstuppe EAF, schlug auch in Düsseldorf zu. In Nürnberg hatten sie unlängst Sozialarbeiter des Kommunikationszentrums und in Delmenhorst Mitarbeiter der Drogenberatung, die sich kritisch zu der staatlichen Handhabung des Drogenproblems geäußert hatten, als „Drogenapostel“ verdammt (siehe AK 190). Dasselbe hatten sie sich die „Zehn Mark-Schein-Produktion“, eine alternative Künstlergruppe vorgenommen. Diese hatte für den 29.11. ein Konzert mit der Ganja-Reggae-Band vorbereitet. Ort der Veranstaltung war die Aula eines

Auf den Handzetteln, mit denen für das Konzert geworben wurde, stand auch der Spruch: „Wir alle (b/suchen Ganja“. (Ganja ist ein Slang-Begriff der Rasta-Bewegung auf Jamaika für Marihuana).

Limburg: eine Podiumsdiskussion mit einem Richter, dem Landtagsabgeordneten und Vorsitzenden des Drogenausschusses Udo Schützberger (SPD) u.a. fand das Interesse von 40 Besuchern.

Offenbach: außer einer Ausstellung im Rathaus fielen weitere Veranstaltungen leider ins Wasser.

In NRW fand außer in Aachen nichts statt, und in Süddeutschland befindet sich seit den Auseinandersetzungen um die Haldenberger „Free Clinic“ die Öffentlichkeitsarbeit der Droben leider in einem Dornröschenschlaf.

Nach dem Abschluß der durchaus erfolgreichen Woche äußerten fast sämtliche angesprochenen Beteiligten die Absicht, die begonnenen Zusammenarbeit im nächsten Jahr fortzuführen. Sie beschloßen, die jetzt angeknüpften Kontakte, die weit über die reine Drogenarbeit hinausgehen, warmzuhalten und hoffen, daß die Kolleginnen und Kollegen anderer Einrichtungen, die sich diesmal noch nicht beteiligt haben, das nächste Mal dabei sind. Drogenkommission

Nachtrag: zur Situation in den Westberliner Knästen siehe Artikel auf dem vorstehenden Klassenwitz-Seit-



Der Knasttherapeut im Knecht



## CIA — der größte Dealer der Welt?

Einen neuen interessanten Aspekt des amerikanischen Engagements in Afghanistan, die Verflechtungen der CIA mit dem Heroinmuggel, unteruchte die antimperialistische amerikanische Zeitschrift „Counter Spy“ vom November 1980. Rückgriffe auf die ähnliche Entwicklung im amerikanischen „Secret War“ gegen Laos sowie Untersuchung der Auswirkungen auf die USA machen deutlich, welchen Preis die amerikanische Bevölkerung für das antikommunistische Engagement der USA in Afghanistan schon jetzt in Form von Drogenopfern zahlen muß. Während die amerikanische Rauschgiftbehörde DEA den Fluß mittelöstlichen Heroin in die Staaten abblocken versucht, fördern Pentagon und CIA die einzige Finanzierungsmöglichkeit der antikommunistischen Guerillas – Heroin.

Wir drucken nachstehend wesentliche Teile des „Counter Spy“-Berichts ab. Zur längeren Teil des Artikels zur allgemeinen Pressekampagne gegen Afghanistan in den USA haben wir weggelassen.

Aalen-Australien Kommission

### CIA-Rebellen liefern Heroin

„Counter Spy“ ist bereits detailliert auf die Unternehmung der amerikanischen, chinesischen, pakistanischen und ägyptischen Hilfe für die Rebellen eingegangen. Trotz aller Erklärungen hat diese Hilfe an. Dies wurde im August deutlich, als die iranische Regierung – sonst ein starker Unterstützer der Rebellen – gezwungen wurde eine Rebellengruppe „Jamiat-e-Islami“ wegen deren starker Verbindungen auf CIA und

zum Heroin-Schnuggel zu verbieten. Anti-Kommunisten, US-unterstützte Rebellen, Heroin, CIA – alle bilden einen familiären Kreis. Man wird erinnert an die vom CIA für Söldner-Armeen rekrutierten Hmong-Stämme in Laos. Im Austausch rüstete die CIA sie mit Flugzeugen und Helikoptern für den Opium-Transport aus. Früher war es für die Hmong und andere Stämme extrem schwierig, ihr Opium aus den rauen Gebirgsgebieten herauszubringen. Die CIA-Flugzeuge überwand das wesentliche Hindernis im Opium-Transport. In seinem Buch „Die Politik des Heroin in Südostasien“ führt Alfred McCoy aus, daß ohne die CIA-Flugzeuge und Hubschrauber die Hmong mit dem wirtschaftlichen Ruin konfrontiert worden wären. „Da war keine andere Möglichkeit des Lufttransports in Laos“.

Als Rückwirkung kam das vom CIA transportierte Opium als Heroin in die USA und hatte einen verheerenden Effekt in der US-Öffentlichkeit. 1970 berichtete das amerikanische Büro für Narkotika und gefährliche Drogen (BNDD, Vorgänger der Drogen-Abwehr-Agentur, DEA): daß „70 % des über Europa und Amerika schwappenden Opiums vom Heroin seine Herkunft in der burmesisch-thailändisch-laoischen Dreiecksregion hat, die von den CIA-Söldner-Opium-Armeen kontrolliert wird“. Zu dieser Zeit erreichte die Heroinabhängigkeit in den USA epidemische Ausmaße. Die Nixon-Administration beschrieb die Situation „im Ausmaß eines nationalen Notstands“. Präsident Nixon entwickelte ein Programm zur Bekämpfung der Heroinprobleme, der Kongreß kritisierte die DEA – aber zur gleichen Zeit förderte Nixon das CIA-Transport-Netz-

werk für Hmong-Opium, um den „Kommunismus zu bekämpfen“.

Der Heroin-Fluß in die USA kam zum Stoppen, als die USA militärisch in Indochina geschlagen wurden. Nicht als Erfolg irgendeiner DEA-Aktion, sondern als Folge des Abzugs der US-Offiziere und Truppen.

Schrittweise trocknete der Heroinhandel aus dem Goldenen Dreieck aus – mit Ausnahme des Opiums aus Thailand – wo CIA und US-Truppen blieben.

Nach dem US-Abzug aus Indochina sank der Heroin-Verbrauch in den USA und Präsident Carter konnte sich am 21. Januar 1980 brüsten: „Zu Beginn meiner Amtszeit gab es über eine halbe Million Heroinabhängige in den USA. Unsere ständige Arbeit zur Reduzierung des Heroinflusses – hat die heroinabhängige Bevölkerung auf 380 000 reduziert“ – die niedrigste Zahl in 25 Jahren.

Heute sind die aufmunternden Statistiken vom Januar 1980 Geschichte. Der Heroin-Fluß ist am Steigen und sein Gebrauch steigt dramatisch. Wir sind – um einen hohen Polizeioffizierten zu zitieren – „auf dem Weg eine neue Heroin-Hölle zu betreten“. Dementsprechend kommt das Heroin aus dem „Golden Crescent“ Südwestasien. Das New York Büro der DEA berichtet bei spielsweise, daß die „bekannten Mengen des „Golden Crescent“-Heroin auf den Straßen um 600 % gestiegen sind“.

Verschiedene Teile Afghanistans sind Opium-Länder seit Dekaden (seit Jahrzehnten, Aam, AK) – 1972 war Afghanistan noch kein wesentlicher Opiumlieferant für den Westen. Bestimmte Mengen wurden nach Iran und Ägypten geschmuggelt.

über Afghanistan und Pakistan waren eine wesentlich unangestastete Opiumquelle.

Dies war vor acht Jahren. Jetzt wurde diese Quelle erschlossen und Heroin aus afghanischem Opium fließt reichlich nach Westeuropa und in die USA. Nicht überraschend – die Entfesselung dieses Flusses stimmt überein mit der Ankunft der CIA an der afghanisch-pakistanischen Grenze, um die opiumproduzierenden Stämme zu unterstützen und zu bewaffnen – alles im Namen des Kampfes gegen den Kommunismus.

Hoag Levine vom „Philadelphia Magazine“ fragte einen „hochrangigen Polizeioffizier aus Washington“ in einem Interview über die Verantwortlichkeit der US-Regierung für den Zustrom vom „Golden Crescent“-Heroin. Er antwortete: „Die Administration geht nervös um diese Frage herum, als sei es eine Landmine. Die Frage des Opiums und Heroin aus Afghanistan ist explosiv. In einer Rede erwähnte der Präsident den Heroinmißbrauch zwar, vermittelte aber sorgfältig jede Erwähnung Afghanistans – obwohl es Afghanistan ist, wo sich die Dinge tatsächlich abspielen. Er sagte etwas von „Drogen aus Iran und Asten“, nahm Afghanistan aber besonders aus, weil er Angst davor hat, daß die Medien die Frage stellen: „Warum werfen wir nicht einen kritischeren Blick auf die Waffen, die an die Banden von Drogenhändlern verschifft werden und die mit Sicherheit zur Verstärkung der Drogenmuggel-Operationen dienen“. David G. Canady, Spezialagent in Diensten des DEA-Büro in Washington sagte, daß die DEA absolut nichts gegen den Zustrom des Golden Crescent Heroin machen kann, „weil wir keine diplomatischen Verbindungen in diesen Teil der Welt haben“. Seine Stellungnahme ist bestenfalls eine schwache Entschuldigung, es bestehen diplomatische

Verbindungen zwischen USA und Pakistan. Der tatsächliche Grund für die Unfähigkeit der DEA, den Drogenfluß aus dem Golden Crescent zu stoppen ist, daß die Opium anbauenden Stämme aufgrund ihrer oppositionellen Haltung gegenüber der afghanischen Regierung nicht belästigt werden. Aus diesem Grund entschied die DEA, alle ihre Agenten aus dem afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet abzuziehen. Gleichzeitig hat die CIA, die diese Stämme unterstützt, ihre Operationen ausgedehnt.

Die Golden Crescent Region mit ihrer wachsenden CIA-Präsenz produzierte schätzungsweise 1000 Tonnen 1979, 300 Tonnen in Afghanistan und 700 Tonnen in Pakistan, das meiste im Grenzgebiet. (Im Vergleich: die mexikanische Produktion lag bei 10 Tonnen). Die 300 Tonnen afghanisches Opium werden zu ca. 30 Tonnen reinem Heroin aufbereitet. Ca. 60 Tonnen reines Heroin aus dem Golden Crescent sind momentan in den USA verfügbar. Und das erste Mal wird afghanisches Opium in großen Mengen in die USA geliefert – dank der CIA-unterstützten Stämme, die gegen die afghanische Regierung kämpfen.

Der Krieg der afghanischen „Freiheitskämpfer“ ist ein merkwürdiger „heiliger Krieg“. Wer den „heimlichen“ Krieg der CIA in Afghanistan findet, wer über Laos entrüstet war, sollte aufschreiben und ein sofortiges Eingreifen des Parlaments in den Heroinverkehr von der pakistano-afghanischen Grenze nach den USA fordern.

(„Counter Spy“, November '80)



# Dreimal lebenslänglich plus 10 Jahre

## Der Kampf der palästinensischen Frauen

Rasmiah Audah ist 30 Jahre alt und studierte Soziologie und Psychologie in Beirut. Am 28. Februar 1969 wurde sie in Israel verhaftet und beschuldigt, drei militärische Aktionen mitgeplant und durchgeführt zu haben. Die erste fand statt im Jerusalemer Zentralmarkt, am Tag, als die Zionisten die Vereinigung der Stadt unter ihrer Herrschaft ankündigten. Die zweite richtete sich gegen das britische Konsulat in Jerusalem, am gleichen Tag, als die Briten ihre Unterstützung für diese zionistische Maßnahme verkündeten. Sie wurde zu dreimal lebenslänglich plus 10 Jahre verurteilt und in die Folterfabrik von Maskowia (russischer Bezirk von Jerusalem) gebracht.

**Frage:** Du hast eine lange Zeit Deinen Lebens in israelischen Gefängnissen verbracht. Könntest Du uns aus Deinem Leben erzählen?

**Antwort:** Mein Name ist Rasmiah Audah, ich komme aus dem alten Teil Jerusalems, das 1948 besetzt wurde. Nach 1948 waren wir gezwungen, in Ramallah zu leben. Ich lebte zusammen mit meinen Eltern und fünf Brüdern und Schwestern. Durch die Flucht mußten wir ein sehr armes Leben führen, sodaß mein Vater in die USA ausgewanderte. Das machte es noch schwerer für uns, trotzdem war unsere Mutter sehr auf unsere Erziehung bedacht. Ich ging zur Schule bis zum Abitur. Nach 1967 besetzten die Israelis wieder die Westbank, wir waren gezwungen, wieder so zu leben wie vorher.

Nach 1967, während der israelischen Besetzung, mußte ich die Unterdrückung erleben, die mein Volk durch die israelische Besetzung erleiden mußte. Ich entschloß mich, etwas gegen die israelische Besetzung zu tun, durch den Beitritt zu einer Organisation. Ich trat in die PFLP ein. Ich kämpfte in der PFLP und trotz meiner Reisen nach Beirut, wo ich an der Universität studierte, kehrte ich wieder in die Westbank zurück.

In dieser Zeit kämpfte ich an zwei Fronten, an der politischen und der militärischen Front. Mein politischer Kampf konzentrierte sich auf die Studenten, weil ich Mitglied der *Illegale Studentenbewegung* war, der Studentenunion der besetzten Gebiete. Zur gleichen Zeit kämpfte ich darum, die palästinensischen Frauen zu mobilisieren, am Kampf teilzunehmen. Wir dachten, daß die palästinensischen Frauen sich wenig bewußt waren über ihre soziale Situation und unser Ziel war, sie mehr und mehr bewußter zu machen, damit sie am Kampf gegen den Feind teilnehmen konnten. Die Mobilisierung erfolgte auf verschiedene Weise, indem wir Nähstuben, Alphabetisierungskurse für Frauen und soziale Komitees einrichteten, in denen die Frauen mitarbeiteten. Durch diese Aktivitäten war es für uns leicht, in Kontakt mit den Frauen zu kommen, sie bewußter zu machen und ihre Position zu verstehen.

Wir versuchten, solche sozialen Einrichtungen zu schaffen, weil wir meinten, daß die Frauen arbeiten mußten, um ihre Familien zu unterstützen.

Wir versuchten, solche sozialen Einrichtungen zu schaffen, weil wir meinten, daß die Frauen arbeiten mußten, um sich zu befreien. Wir meinten, daß die ökonomische Unabhängigkeit eine sehr wichtige Voraussetzung für die Befreiung der Frau ist. Die Frau in unserer Gesellschaft ist sehr unterdrückt, weil sie keinerlei Anteil an der wirtschaftlichen Produktion hat. Sie ist nahezu eine Sklavin für den Mann, der als einziger für die Familie finanziell sorgt.

Gleichzeitig werden alle Frauen von unserem nationalen Unterdrücker, dem zionistischen Feind, unterdrückt.

Glücklicherweise haben wir einige unserer Ziele erreicht. Die Frauen haben bewußt am Kampf gegen den Feind teilgenommen und sogar gegen die reaktionären Traditionen in unserer Gesellschaft.

Ich habe vorher gesagt, daß ich an militärischen Aktionen teilgenommen habe, ich war nicht die einzige. Es gab viele palästinensische Frauen, die an militärischen Aktionen teilgenommen haben. Die Frauen waren fast so etwas wie eine Avantgarde im Kampf gegen den zionistischen Feind. Frauen haben sich ebenso an politischen Kampf beteiligt, an Demonstrationen, Sitzstreiks und Protesten gegen das zionistische Gebilde.

Der zionistische Feind hatte diese Aktivitäten nicht von den palästinensischen Frauen erwartet, weil die Frauen in der Vergangenheit sich nicht politisch beteiligt haben, weil von ihnen erwartet wurde, daß sie zu Hause bleiben. Deshalb hatte der Feind zunächst keine speziellen Methoden um die Frauen einzuschüchtern. Deshalb wurden die Frauen als erstes verhaftet und der Folter wie die Männer unterworfen. Der Feind hat barbarische und Nazi-Methoden gegen die palästinensischen Frauen angewendet. Der Feind benutzte das empfindlichste Problem der palästinensischen oder arabischen Frau: die Sexualität. Sie haben das so-

ziale Folter gegen die palästinensischen Frauen angewendet. Dies geschah mit zig palästinensischen Frauen.

Außerdem wurden andere Formen der Strafe angewendet, Zerstörung von Häusern, Schlägen, Beleidigungen, kollektive Bestrafung der ganzen Familie, Verhaftung und Deportation der gesamten Familie. Sie machten das alles um die palästinensischen Frauen einzuschüchtern und vom Kampf abzuhalten und um die Männer dazu zu bringen, ihren Frauen, Schwestern und Töchtern die Teilnahme am Kampf zu verbieten, besonders wegen der sexuellen Empfindlichkeit in der arabischen Welt.

Trotz der barbarischen und Nazi-Methoden innerhalb und außerhalb der Gefängnisse wurde der Kampf unseres Volkes stärker und stärker, und sie bestärkten die Frauen nur, ihren Kampf fortzusetzen. Trotz der physischen und psychischen Folter in den Gefängnissen haben die Frauen im Kampf nicht nach, sondern wurden entschlossener.

Der Feind hat sich besonders bemüht, die palästinensischen Frauen in den Gefängnissen zu isolieren, keine politischen Treffen waren erlaubt, keine Bücher und nicht einmal sozialer Kontakt mit anderen Gefangenen. Das Ziel war, ihren Willen zu brechen.

Einige Beispiele: Es ist absolut verboten für einen Gefangenen, seine Gefühle oder Gedanken niederzuschreiben, weil alles Geschriebene zensuriert wird. Es war sogar verboten, seine eigenen Gedanken festzuhalten oder Talente zu entwickeln. Ich versuchte, Gedichte und einige Novellen zu schreiben, aber ich hatte nicht einmal die Möglichkeit, sie für mich selbst zu behalten. Auch das Singen von nationalen Liedern war verboten. Sogar das Wort Palästina war ganz und gar verboten, und jeder, der das Wort benutzte, wurde bestraft. Briefe von unserer Familie und Briefe von uns an sie wurden immer zensuriert und verzögert. Viele bekamen wir nie. Besucherlaubnisse gab es nur für die nächsten Familienangehörigen, einmal im Monat. Zeitungen waren vollständig verboten. Nur eine zionistische Zeitung war erlaubt, um unsere Gedanken zu vergiften.

Während all das verboten war, füllten sie unsere Freizeit mit speziellen Programmen, mit dem Ziel, unser Bewußtsein zu schwächen. Sie erlaubten nicht, daß wir zusammen über Probleme redeten, sie entschieden, welche Aktivitäten wir zu unternehmen hatten. Sie gaben uns zum Beispiel religiöse Bücher, um unsere Gedanken zu vernebeln. Es war verboten, politische oder wissenschaftliche Bücher zu haben. Bücher über Zionismus oder zionistische Führer wurden breit im Gefängnis verteilt. Es gab Lesungen über Zionismus. In den Diskussionen, die wir mit ihnen hatten, versuchten sie, unseren Glauben an unsere palästinensischen Führer zu zerstören.

Sie wandten die psychische Folter gegen die palästinensischen Frauen und besonders gegen unsere Genossen an, indem sie sagten, nun werdet ihr alt, seid nicht verheiratet und ihr werdet keine Kinder haben. Guckt euch eure Führer an, die in Libanon leben und das Leben genießen. Das konnte einige von den schwächeren Frauen im Gefängnis beeindrucken. Außerdem versuchten sie, ethnische Widersprüche zwischen Moslems und Christen und zwischen Palästinensern und ausländischen Genossen zu schüren, von denen einige auch im Gefängnis saßen. Einige kamen aus Amerika, Westdeutschland, Niederlande und Frankreich. Sie betonten sehr die rassistische Diskriminierung, um uns und die ausländischen Genossen zu spalten. Wir sammelten sehr viele Erfahrungen, um gegen diese Methoden zu kämpfen. Diese Erfahrungen vertieften unsere Beziehungen im Gefängnis. Trotz aller Zensur und aller Hindernisse, die sie uns in den Weg legten, schafften wir es, Studiengruppen einzurichten. Diskussionen zu führen, unsere Beziehungen untereinander zu diskutieren und uns gegenseitig zu erziehen. Ich kann als palästinensische Frau sagen, daß wir eine Menge im Gefängnis gelernt haben, und trotz aller Schwierigkeiten, die wir hatten, betrachteten wir das

Gefängnis als eine Schule, um politische Kader heranzubilden, und fürchten es nicht. Ich glaube, daß das Gefängnis immer sehr bewußte Kader erzieht, die entschlossen sind, den Kampf fortzusetzen, wenn sie das Gefängnis verlassen. Viele Frauen kamen ins Gefängnis und waren sich ihrer sozialen und politischen Lage nicht bewußt, nicht einmal über die palästinensische Frage, weil die Frauen vorher in der palästinensischen Gesellschaft nur ein Objekt waren. Aber durch das Gefängnis und durch unsere Erziehungsprogramme, die wir ihnen gaben, verließen sie das Gefängnis vollständig bewußt über ihre sozialen, politischen und ökonomischen Probleme, und sie waren in der Lage, für diese Rechte zu kämpfen. Sie kämpften jetzt aufgrund politischer Überzeugung und nicht wie vorher aufgrund von Emotionen.

Trotz aller schlimmen Dinge, die ich im Gefängnis erlebt habe, nahm auch ich meinen Platz in der palästinensischen Befreiungsbewegung wieder ein, als ich aus dem Gefängnis kam und ließ nicht zu Hause. Ich kann jetzt sagen, daß die palästinensische Befreiungsbewegung die Frauen einen großen Schritt vorwärts gebracht hat, um ihren Kampf zu führen und ihre Rolle und ihren Anteil in der Gesellschaft genau zu kennen. Die palästinensische Bewegung hat außerdem der Frau geholfen, sich von den alten Traditionen der Gesellschaft zu befreien. Das betrifft nicht nur die palästinensischen Frauen in den besetzten Gebieten, sondern auch im Libanon und in Jord-



anien, und überall dort, wo es palästinensische Frauen gibt.

Das bedeutet nicht, daß die palästinensische Frau schon zu diesem Zeitpunkt ihre Freiheit erreicht hat, aber es hat ihr auf diese oder jene Weise geholfen, den richtigen Weg herauszufinden für ihre Befreiung. Es gibt jetzt eine ganze Reihe von Projekten, an denen die Frauen teilnehmen, um ihren Kampf innerhalb der nationalen Befreiungsbewegung aufzunehmen. Es gibt eine ganze Reihe von Projekten, die die Frauen selbst durchführen.

**Frage:** Könntest Du uns einiges über Deine Befreiung aus dem Gefängnis erzählen?

**Antwort:** Ich war zu dreimal lebenslänglich und 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Eine solche Strafe wurde verhängt, um mich psychologisch fertig zu machen, denn ich hatte keinerlei Hoffnung, aus dem Gefängnis herauszukommen oder irgend etwas zu machen. Dreimal lebenslänglich plus 10 Jahre.

Während der israelischen Intervention im Südsudan im März 1978 hatte die palästinensische Widerstandsbewegung einen israelischen Offizier gefangen genommen. Durch Vermittlung des internationalen Roten Kreuzes haben die Israelis sich einverstanden erklärt, einige Gefangene gegen den Offizier auszutauschen. Auf diese Weise kam ich frei.

**Frage:** Könntest Du uns über die jetzigen Kämpfe in den besetzten Gebieten berichten?

**Antwort:** In den letzten dreizehn Jahren hat der zionistische Feind

1978 konnte sie mit einer Reihe anderer Genossen im Austausch gegen einen gefangenen israelischen Offizier befreit werden.

Wir trafen Rasmiah auf einem Palästina-Solidaritätskongreß in Kopenhagen vor drei Wochen, wo sie als Vertreterin der PFLP ein Referat über die arabische Befreiungsbewegung hielt.

Wir haben Rasmiah um ein Interview gebeten. Sie wollte uns vor allem über den Kampf der palästinensischen Frauen in den besetzten Gebieten, innerhalb und außerhalb der Gefängnisse, berichten.

alles getan, was er konnte, um den Kampf unseres Volkes in den besetzten Gebieten zum Schweigen zu bringen. Diese Methoden wurden verstärkt, besonders nach dem Besuch Sadats in Jerusalem. Solche Versuche, unser Volk zum Schweigen zu bringen, gab es nicht nur in den Westbanken oder im Gaza-Streifen, sie betrafen auch unser Volk, das in den 1948 besetzten Gebieten lebt. All dies war das Ergebnis der Camp-David Abkommen, und um die sogenannte Autonomie in den Westbanken und im Gaza-Streifen durchzusetzen. Das geschah, indem Land konfisziert wurde, neue Siedlungen errichtet wurden, in den Westbanken und im Gaza-Streifen Häuser zerstört wurden, hart gegen Demonstrationen und Streiks vorgegangen wurde, auch in dem 1948 besetzten Gebiet, und indem so viele Menschen wie möglich aus den Westbanken deportiert wurden. Sie taten das alles unter dem Vorwand der „Sicherheit“. Aber für uns ist der Hauptgrund, daß sie mehr und mehr Siedlungen in den besetzten Gebieten errichten wollen. Das Ziel all dieser Siedlungen ist, das gesamte Gebiet der Westbanken und des Gaza-Streifens zu belagern und mit möglichst vielen Siedlern eine vollständige Kontrolle über das Land zu erreichen.

Trotz alledem akzeptiert unser Volk in den besetzten Gebieten diese Bestrafung nicht. Obwohl unser Volk in den besetzten Gebieten entwaldet wurde und keine Waffen besitzt, führt es doch einen harten Kampf und wenn es mit den bloßen

Feind, die Bevölkerung in einem bestimmten Gebiet zu konzentrieren, um sie zu kontrollieren. Der Feind hat auch die Erziehungseinrichtungen benutzt, um unser Volk zu bestrafen, sie haben eine unserer Universitäten in den besetzten Gebieten geschlossen, z.B. in Bir Zeit. Zusätzlich zu den ganzen Kollektivstrafen hat der Feind auf unser Volk geschossen, während der Demonstrationen. Viele Menschen sind bei Demonstrationen umgebracht worden, dafür haben wir auch Beweise. Sie verfolgen alle national eingestellten Menschen und wenden faschistische und Nazi-Methoden gegen sie an. Das letzte Beispiel, das wir haben, sind die Bombenanschläge auf unsere Bürgermeister, Shakas und Khalaf.

Die meisten fortschrittlichen Menschen werden aus den besetzten Gebieten deportiert. Zur gleichen Zeit stellen wir fest, daß die israelische Regierung die faschistischen Kräfte in der Gesellschaft unterstützt. Dennoch ist unser Volk entschlossen, den Kampf gegen das zionistische Gebilde zu führen und zu steigern. Selbst in den Gefängnissen benutzt der Feind neue Methoden, um einige unserer Führer zu eliminieren und zu töten, was durch harte Strafen bisher nicht erreicht werden konnte. Zum Beispiel haben die Israelis ein neues Konzentrationslager in der Wüste geschaffen, der Name ist Nafha, in dem kürzlich ein Hungerstreik durchgeführt wurde.

In diesem Konzentrationslager haben sie die meisten der politischen Führer gesammelt, um ihren Willen zur Fortsetzung des Kampfes zu brechen. Die Zellen dieses Gefängnisses sind unter der Erde, es gibt dort weder Licht noch Sonne, keine frische Luft. Die Zellen sind voll kommen überfüllt. Es gibt keine Bücher, keine medizinische Versorgung. Aufgrund dieser unmenschlichen Haftbedingungen haben sich die Häftlinge zu einem Hungerstreik entschlossen, der einen Monat dauerte. Die Gefangenen haben uns einen Brief geschickt, in dem sie erklären, daß sie lieber in Würde sterben statt auf so unmenschliche Weise behandelt zu werden. Während des Hungerstreiks starben drei Gefangene und viele mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Die physische Kondition vieler Gefangener war sehr schlecht, nicht alle konnten

gestanden stehen. Der Gefängnis und viele mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Die physische Kondition vieler Gefangener war schlecht, nicht alle konnten stehen, sondern weil der Feind ihnen mit Hilfe von schlackigen Salzwasser in die Lungen eingeführt hatte. Die Situation war sehr gefährlich für die Gefangenen, deshalb wurden in anderen Gefängnissen Hungerstreiks zu ihrer Unterstützung durchgeführt. Unser Volk in den besetzten Gebieten hat Massendemonstrationen und Streiks aus Solidarität mit den Gefangenen durchgeführt, außerdem Hungerstreiks im Hauptquartier des internationalen Roten Kreuzes und einigen ausländischen Botschaften, um die internationale Aufmerksamkeit zu wecken.

Das führte dazu, daß der Feind die Situation neu überdachte und einige Reformen für die Gefangenen durchführte. Deshalb haben die Genossen sich einverstanden erklärt, den Streik für eine Zeit zu unterbrechen, um zu sehen, ob der Feind auf ihre Forderungen eingeht oder nicht.

Es ist eine Tatsache, daß unser Volk einen sehr harten Kampf führt, daß wir um unsere nationale Befreiung kämpfen, und wir tun sehr viel auf der Grundlage der objektiven und subjektiven Bedingungen. Es ist aber auch eine Tatsache, daß unser Kampf siegreich sein wird, wenn wir auch Bandnisse eingehen mit den fortschrittlichen, demokratischen Kräften in den kapitalistischen Ländern. Wir wissen sehr genau, daß auch unser nationaler Befreiungskampf seine dialektische Verbindung mit dem internationalen antikapitalistischen Kampf hat. Deshalb tun wir unser Bestes, um die Verbindungen und die Solidarität mit dem kräftigen Kräfte in den kapitalistischen Ländern zu verstärken. Außerdem verstärken wir unsere Beziehungen zum arabischen Block, an dessen Spitze die Sowjetunion steht.



## US-Politik in El Salvador

## Alles erinnert an Vietnam

„Kampfhubschrauber zerstören Dörfer und Kleinstädte, setzen mit Napalmbomben die Felder in Brand. Häuser und Ernten werden vernichtet, um die Versorgung der Guerillas zu unterbinden. Provinzen, in denen Guerillaschlupfwinkel vermutet werden, sind von der Außenwelt hermetisch abgeriegelt. Denn für die Masse soll es keine Augenzeugen geben“ („atm“).

Die Erfahrungen des US-Imperialismus aus Indochina, Bolivien (1952), Guatemala (1954), Kuba (1958/59), Dominikanische Republik (1965), Chile (1973) ... und aus zahllosen anderen Gegenden der Welt werden jetzt in den „Befriedigungsoperationen“ gegen die Befreiungsbewegungen in El Salvador eingesetzt.

Auf allen Ebenen, politisch, wirtschaftlich und vor allem militärisch wird die Junta unterstützt. Mit der sogenannten Agrarreform und massiver wirtschaftlicher Hilfe für die Militärs soll wenigstens ein Rest der verlorenen Massenbasis zurückgewonnen werden. Mit einer Reihe von diplomatischen und politischen Offensiven versuchen die US-Experten vom demokratischen Charakter der Junta zu überzeugen und auch europäische und lateinamerikanische Länder für eine stärkere Unterstützung der Militärs zu gewinnen.

Besondere Anstrengungen werden auf dem Gebiet der militärischen Interventionsvorbereitungen unternommen. Im folgenden sind – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – einige Beispiele für die US-Kriegspolitik in El Salvador zusammengestellt.

## Militärische Maßnahmen des US-Imperialismus

Als Anfang Dezember vier nordamerikanische Nonnen in El Salvador gefoltert und ermordet wurden, hielt sogar die US-Regierung eine Gegenmaßnahme für angebracht und stellte nach offizieller Lesart die Militär- und Wirtschaftshilfe für El Salvador ein. Zunächst sollte geklärt werden, ob eine Mittäterschaft der Militärs ausgeschlossen werden kann. Die Auf- und Ausrüstung der Militärs in El Salvador wird mit dieser Maßnahme, die überwiegend auf den Propagandaeffekt abzielt, allerdings nicht behindert. Bis an die Zähne bewaffnete Söldnerarmeen sind längst in und um El Salvador stationiert. Schon im Januar hatte der US-Beauftragte für Lateinamerika, Bowdler, die Errichtung eines „sanitären Gürtels“ („ordon sanitaire“) mit den Militärs in Honduras und Guatemala vereinbart. Laut „Lateinamerikanischrichten“ („LAN“) stehen 3.000 Ex-Nationalgardisten Somozas entlang der Grenze in Guatemala und 4.000 in Honduras. Eine weitere Söldnertruppe soll – ebenfalls von den USA finanziert – in Guatemala ausgebildet und weiter aufgestockt werden. In El Salvador selbst sind 400 US-Berater tätig, ca. 20 Mio Dollar wurden seit dem Putsch für die Junta bereitgestellt („LAN“ Nr. 84, Aug. '80, „SZ“, 8.12.80).

Die linke Zeitung „Farabundo Martí“ brachte eine Liste von Einzelheiten über die militärischen „Spezialitäten“ des US-Imperialismus:

## Panama-Kanalzone

In der Kanalzone läuft Operation 302, mindestens 300 (inzwischen sollen es 549 sein) Offiziere der Armee El Salvadors werden dort nach Anti-Guerillaprogrammen geschult. Dazu gehört eine Folterausbildung, Handhabung von chemischen Kampfstoffen, Gas und Napalm, Operationen des psychologischen Terrors, Antikommunistische Ausbildung und konventionelle Techniken wie der Umgang mit Hubschraubern etc. Diese Kurse inklusive Folterausbildung laufen mit erklärter Zustimmung vom US-Außenministerium, CIA und Menschenrechtler Carter persönlich.

In Dementi von US-Behörden bezüglich der Folterausbildung wurde vom panamaischen Fernsehen entkräftet, das Offiziere und Unteroffiziere bei ihrer Vereidigung zeigte. Panamas Präsident, Arnaldo Royo, hat gegen diese Kurse protestiert (laut „Crítica Panama“). Allein innerhalb von sechs Wochen sind 136 Transportflugzeuge vom Typ Hercules F10 mit Munition, Waffen und Personal an Bord zu den Basen in Honduras und Guatemala gestartet (laut „El Matutino“). Ebenfalls in der Kanalzone be-

findet sich ein Desinformationszentrum. Dessen Aufgabe liegt einerseits in der Spionage und Sabotage, andererseits in der Verbreitung von Propagandaslogans zur Destabilisierung des Widerstands. Dieses Zentrum steht in enger Verbindung mit den Radiosendern der CIA auf der Karibikinsel Antigua.

## Direkt gegen El Salvador gerichtete Stützpunkte

Eine ungewöhnlich hohe Anzahl von US-Kriegsschiffen, angeführt von dem Flugzeugträger „Independence“, befinden sich im Pazifik. See-Basen wurden errichtet im Golf von Fonseca (El Salvador), in Puerto Lempira und Puerto Barrios (Guatemala). In Puerto Cortés (Nordhonduras) entladen die venezolanischen Schiffe ihre Waffenlieferungen, von wo aus sie dann zum Militärflughafen Ilopango in der Nähe von San Salvador geflogen werden.

Weitere Stützpunkte in Guatemala sind Zacapa und la Aurora, in Honduras, Santa Rosa de Capao und Puerto

## Präsenz in El Salvador direkt

Die Zahl der offiziell in El Salvador gemeldeten US-Militärberater beträgt 100. Die Zahl dürfte allerdings weit höher liegen, wenn man das US-Personal hinzunimmt, das unter anderen Namen und Titeln in El Salvador präsent ist. Allein in der US-Botschaft gibt es 200 Militärpersonen. Vier Einheiten von US-Marinern sind direkt in El Salvador tätig.

Unmittelbar nach dem Putsch im Oktober 1979 hatten die US-Berater zunächst darauf orientiert, den el salvadorischen Truppen ein „weiches Vorgehen“ beizubringen. Es wurden vor allem Trainings- und Panzerwaffen geliefert, um die blinde Schießwut der „Sicherheitskräfte“ einzudämmen und um so das demokratische Image der Junta aufbauen zu können („LAN“ 84). Das war allerdings ein gründlicher Fehlschlag: Inzwischen sind US-Militär immer direkter an den Terroraktionen beteiligt. Z.B. wurde die militärische Besetzung

kein Fußballspiel, sondern es waren im wesentlichen ökonomische Rivalitäten. Tausende von Landarbeitern waren aus dem ländlichen, dichtbesiedelten El Salvador über die Grenze nach Honduras gegangen und arbeiteten auf unbebautem Boden, meist illegal und ohne Besitztitel dafür zu bekommen. Als in Honduras eine höchst beschuldene Agrarreform erlassen wurde, die vor allem die „Honduranisierung“ des Bodens beinhaltete, drohte ein Rückstrom von zigtausenden der illegalen Siedler nach El Salvador und damit eine Fülle von sozialen und beschäftigungspolitischen Problemen.

Um dies zu verhindern, marschierten Truppen El Salvadors nach einem Blitzkriegsplan in Honduras ein. Von einem militärischen Sieg über Honduras versprach man sich gleichzeitig eine wirtschaftliche Stabilisierung und Dominanz im mittelamerikanischen Markt. Der Plan gelang allerdings nicht. Auf Druck der OAS (Organisation amerikanischer Staaten) wurde der Krieg nach vier Tagen (und mindestens 4.000 Toten) beendet. Die Konsequenz waren für beide Länder hart. Der Aufschwung, den der mittelamerikanische gemeinsame Markt (MCCA) zunächst gebracht hatte, war beendet. El Salvador litt vor allem unter der Sperrung der Transportwege und der Einstellung des Handels mit dem wichtigen Partner Honduras. Die folgende wirtschaftliche Destabilisierung ist unter anderem ein wichtiger Faktor für das Anwachsen der Massenbewegung. „Es war jenes irrationale Kriegsabenteuer, mit dem die akute Destabilisierung der gesamten Zone einsetzte“ („NZZ“, 31.10.80). Seit über zwei Jahren laufen Friedensverhandlungen zwischen El Salvador und Honduras. Daß es ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt zum Friedensschluß kam, ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß es zur Zeit für die Regierungen wichtiger ist, die ökonomische Konkurrenz zurückzustellen und sich gemeinsam gegen die Bedrohung durch die Volkskräfte zu wehren. Truppen beider Länder ziehen jetzt „auf Tuckjuchung“ in das Grenzgebiet ein, obwohl Grenzstreitigkeiten noch gar nicht beigelegt sind. Ein wichtiges Rückzugsgebiet und ein notwendiger Fluchtweg werden damit besetzt.

## Die Vorbereitungen der USA

Die ganze Liste von militärischen Eingriffsmöglichkeiten, die der US-Imperialismus vorbereitet hat, hat der Lateinamerikaexperte Bowdler zusammengefaßt. „Waffenhilfe – Berater – Beratungs- und Ausbildungsprogramme für el salvadorensische Offiziere – Blockade gegen El Salvador – direkte Intervention“ („Farabundo Martí“). Die Vorbereitungen für alle diese „Abstufungen“ sind getroffen. „Ein Sturz der Junta muß auf jeden Fall verhindert werden“, das ist die Überzeugung der US-Experten und dafür werden Dollars locker gemacht, wie z.B. 170 Mio Dollar von der Internationalen Entwicklungsbank für landwirtschaftliche Projekte und 200 Mio Dollar vom Internationalen Währungsfonds zur Sicherung der Währungsreserven („Infodienst El Salvador“ Nr. 16).

Ziel solcher Maßnahmen ist, die Junta wirtschaftlich einigermaßen über die Runden zu retten, nachdem die Wirtschaft sich seit einigen Jahren so wie in einer Krise befindet, der Bürgerkrieg den Wirtschaftsablauf behindert und die Kapitalflucht nach Schätzungen bis Ende des Jahres eine Mrd. Dollar erreichen soll.

Eine wirtschaftliche Stabilisierung des Landes wäre auch die einzige Möglichkeit, um wenigstens Reste der völlig verlorenen Massenbasis für die Junta zurückzugewinnen. Diese Funktion hat unter anderem auch die Landreform. Bekannt ist von dieser sogenannten Landreform, daß sie zur militärischen Besetzung der Dörfer, Vertreibung und Ausrottung der Bauern benutzt wurde.

Bezeichnend ist, daß an der Ausarbeitung der Agrarreform für El Salvador der US-Spezialist Roy Posternmann beteiligt war, der sich seine Sporen bei dem Projekt „Phönix“ in Vietnam verdient, das mit 45.000 ermordeten Bauern endete, die als „Vietcong“-Anhänger galten. In Salvador wurde die Agrarreform der Junta nur von einer Bauernorganisation unterstützt, der UCS, die 1962 vom „Amerikanischen Institut für freie gewerkschaftli-

che Entwicklung“ (AIFLD – eine bekannte CIA-Einrichtung) aufgebaut wurde. Die Masse der ländlichen Bevölkerung erlebt jeden Tag, was die Landreform bedeutet. Bisheriges Ergebnis sind tausende von Toten und schätzungsweise 40.000 Flüchtlinge, die in verschiedenen Lagern bestmöglich überleben können.

Trotzdem besteht die Landreform, die im März zusammen mit dem Kriegsrecht verkündet wurde, nicht ausschließlich aus Terror und Propaganda. Tatsächlich wurden in ausgewählten Regionen inzwischen etwa 150 Güter mit einer Größe von über 500 ha enteignet und an Kooperativen übergeben, die sich – auf dem Papier – eine demokratische Leitung wählen sollen. Tatsächlich wurden auf verschiedenen Haciendas die Mitglieder der Kooperativen-Legung umgebracht. Auf anderen Landgütern werden sie von ORDEN-Leuten gestellt, mit dem Ergebnis, daß ganze Familien um ihrer Sicherheit willen wegziehen. Zum Teil erscheint die Armee zu jedem Jahrestag auf den Haciendas, um Subversive zu verhaften, zum Teil sind die alten Verwalter und Vorarbeiter im Amt geblieben, so daß sich für die Landarbeiter nichts geändert hat, außer daß die Bedrohung durch militärischen und ORDEN-Terror sogar noch zugenommen hat. Ebenfalls durch die erfahrene Beratung des erwähnten Spezialisten Posternmann wurde der gesamte Kaffeeanbau aus der Landreform ausgenommen, womit das Hauptbauprodukt und Hauptexportgut weiterhin vollständig in der Hand der Großgrundbesitzer liegt.

Ein weiterer Beitrag der US-Experten zur Agrarreform bestand im Dekret 107, das besagt: „Jedem Bauern das Land, das er bestellt“, und das ermöglichen soll, daß Landarbeiter Boden von Großgrundbesitzern pachten, bzw. sehr langfristig abzahlen können. Dies Modell wurde in Taiwan und Süd-Vietnam entwickelt (und in Bolivien teilweise erfolgreich angewendet), um kleine Eigentümer zu schaffen und um so den revolutionären Volksorganisationen den Zulauf zu entziehen. In El Salvador war dies bisher ein völliger Fehlschlag, weil die Kleinbauern und Landarbeiter keinerlei praktische Mittel haben, um ihren Anspruch geltend zu machen und die faschistischen Teile des Militärs und der Oligarchie sich gegen die Realisierung dieses Dekrets wehren („LAN“ 86). Gleichzeitig wird die Landreform aber benutzt, um die „demokratischen“ und „reformistischen“ Absichten der Junta herauszustellen.

## USA und SPD

Der US-Imperialismus ist sehr bemüht, auch andere Länder für die massive Unterstützung der Junta zu gewinnen. Besondere Anstrengungen laufen derzeit in Richtung Sozialistische Internationale, die die Oppositionsfront FDR anerkannt und ihre Unterstützung zugesagt hat. Im November wurde ein Memorandum des reaktionären Hudson Institute (das hauptsächlich für Verteidigungsministerium und für die Öl- und Rüstungskonzerne arbeitet) bekannt, in dem die Notwendigkeit betont wird, die europäischen Sozialdemokraten für eine Unterstützung der Junta zu gewinnen. Empfohlen wird „gutinformierte und glaubwürdige Personen“ nach Europa zu schicken, um sie von dem „politischen Fortschritt und der Agrarreform in El Salvador zu überzeugen“ („lat“, 14.11.80) und von ihrer „Unterstützung für sechs mörderische und terroristische Gruppen der Linken“ („lat“) abzubringen.

Die „unabhängigen Experten“, die die Sozialdemokraten in der BRD, Spanien, Portugal, England überzeugen sollen, sind durchweg erfahrene Vietnamstrategen. Roy Posternmann ist auch hier wieder dabei. Bei Helmut Schmidt müßten sie eigentlich auf offene Ohren stoßen, da er selber Mitglied dieses Hudson-Instituts ist. Derzeit betreibt die SPD ein völlig schamloses Spiel. Als Regierungspartei steht sie an der Seite der US-Regierung. Als Mitglied der SI bereitet sie sich auf den Übergang vor. Nach dem Sturz des Regimes wird sie diese Beziehungen bestens einsetzen – auch für die US-Regierung.

## Wie geht's weiter?

Alle wirtschaftlichen und vor allem militärischen Maßnahmen zeigen, daß der US-Imperialismus nicht bereit ist, Fortsetzung nächste Seite



- 1 Panama-Kanalzone, Ausbildungszentren
- 2 Puerto Rico, See-Stützpunkt
- 3 Mobile Einsatztruppe in Florida
- 4 Antigua Desinformationszentrum des CIA
- 5 Honduras, See-Basen und Soldaten
- 6 Guatemala, See-Basen und Soldaten
- 7 Flottenkonzentration im Atlantik

## Flottenkonzentration im Atlantik



Cortés. Außerdem wurden Honduras im April 1980 3,5 Mio Dollar bewilligt, ebenso die Entsendung von 10 Kampfhubschraubern, die unter US-Aufsicht stehen (Institute for Policy Studies, Resource, Juni 80). Für 1981 ist ein 5 Mio Dollar-Kredit eingeplant und 0,5 Mio aus Sondermitteln (IMET).

Guatemala erhält bisher keine offizielle Militärhilfe von den USA – ein Land wohlbermerkt, wo Tausende von Soldaten von den USA finanziert werden. Elias Baraona, ehemaliger Mitarbeiter im Innenministerium Guatemalas und inzwischen Mitglied der „Guerrillarmee der Armen“ (EGP), enthielt die enge Zusammenarbeit des CIA mit guatemaltekischen Militärs. Z.B. wurden unter US-Anleitung geheime Friedhöfe eingerichtet, um die zahllosen Terroropfer (etwa 2.000 in den letzten Monaten) verschwinden zu lassen. Für die Verhafteten wurden spezielle Gefängnisse eingerichtet („Die Neue“, 21.10.80), aus denen kaum jemand körperlich unverletzt zurückkehrt. Und schließlich muß Florida genannt werden. Dort befindet sich das Hauptquartier für die mobilen Eingreifstruppen, die zur Zeit speziell mit Blick auf El Salvador ausgebildet werden. In diesem Ausbildungslager sollen inzwischen „konventionelle Atomwaffen“ bereitgestellt worden sein. Bekannt ist außerdem, daß hier auch die Exilkubaner ihre Leute trainieren, von wo aus sie dann schnell einsetzbar sind.

und Räumung der Uoi San Salvadors im Juni von fünf US-Offizieren geführt. Dies wurde bekannt, weil sie von ausländischen Journalisten gesehen und fotografiert wurden. Die Guerrillaorganisationen haben nach Zusammenstoßen mit der Armee von ersten gefallenen US-Soldaten berichtet. Im Oktober hat der Verteidigungsrat der USA erneut die Entsendung von drei Gruppen, die speziell für die Bedingungen in El Salvador ausgebildet worden sind, gebilligt. Weitere, sogenannte „mobile Trainingsteams“, werden zu Ausbildungszwecken entsendet (alle Informationen, wenn nicht anders gekennzeichnet, nach „Farabundo Martí“ Okt./Nov. 80).

## Das Grenzgebiet zwischen Honduras und El Salvador

Eine auf den ersten Blick belanglose Maßnahme, allerdings mit wichtigem militärischem Hintergrund ist der Friedensschluß zwischen El Salvador und Honduras, der jetzt unter anderem auf Druck der USA zustande kam. Seit dem sogenannten Fußballkrieg 1969 zwischen Honduras und El Salvador und die diplomatischen und Handelsbeziehungen und die Transportverbindungen zwischen beiden Staaten unterbrochen. Das Grenzgebiet war seit elf Jahren entmenschlichte Zone und gilt als wichtiges Rückzugsgebiet für el salvadorensische Flüchtlinge, aber auch für die Guerrillaverbände. Ursache des Fußballkrieges war natürlich



neben Kuba und Nicaragua ein weiterer Land aus seinem direkten Einflußbereich zu „entlassen“. Ein Sieg der Volkskräfte in El Salvador hätte voraussichtlich ungeahnte Auswirkungen auf weitere Länder der Hemisphäre; es ist absehbar, daß dann zumindest Guatemala bald „fällig“ wäre. Daß der US-Imperialismus immer bereit war, trotz und gegen breite öffentliche Empörung zu intervenieren und offen Völkermord zu begehen, ist zutiefst erwiesen. Inwieweit die US-Regierung bereit ist, demokratischen Imageverlust in der Welt und verstärkte Gegnerschaft aus dem demokratischen Lager der „Dritten Welt“ in Kauf zu nehmen, läßt sich schlecht beurteilen.

In Lateinamerika selber hätte der US-Imperialismus wahrscheinlich nicht allen zu „verlieren“. Honduras, Guatemala, Venezuela, Kolumbien unterstützen die Junta offen, auch mit Waffenhilfe. Mit Chile, Argentinien, Venezuela und Israel sollen Verhandlungen um die Aufstellung einer „Friedenstruppe“ laufen. Der Andenpakt (Ecuador, Kolumbien, Bolivien, Peru) scheint ebenfalls mehrheitlich für die Unterstützung der Junta zu votieren, (wobei sich starke Strömungen in Ecuador widersetzten, z.B. Teile des Parlaments für eine Unterstützung der FDR eintraten). Von Brasilien ist kaum Protest gegen eine Intervention zu befürchten. Unterstützung der demokratischen Kräfte, d.h. Anerkennung der FDR kommt neben Kuba und Nicaragua vor allem aus Mexiko und teilweise aus Panama. Costa Rica, das der FSLN noch wichtige Hilfe geleistet hat, ist mit seiner christdemokratischen Regierung heute weitgehend

„neutralisiert“, ebenso Jamaica. D.h. in Bezug auf Lateinamerikas Regierungen könnte sich der US-Imperialismus eine Intervention wohl „leisten“, aber zum Glück bestehen die Länder nicht nur aus Regierungen. Die Frage ist, ob es eine möglichst schnelle militärische „Lösung“ für den Imperialismus gibt.

Überlegungen der Linken in El Salvador zu dieser Frage (nach „Farabundo Martí“) betonen, daß der Feind in El Salvador das Volk ist, überall im Lande präsent. D.h. eine begrenzte regionale Intervention würde für den US-Imperialismus, ebenso wenig eine endgültige „Lösung“ bringen. Eine langdauernde Invasion brächte aber Image-Probleme und außerdem die Gefahr, daß der relativ tief verwurzelte Anti-Nordamerikanismus der Völker auch in anderen Ländern weiter mobilisiert wird. Schließlich ist auch Guatemala kein „benedictes Land“, sondern es gibt eine inzwischen ebenfalls vereinigte Guerilla mit breiter Verankerung. Und eine Blitzintervention — so die FDR — könne das Volk nicht besiegen, weil die Volkskräfte dazu zu stark sind, dafür müßte der Imperialismus atomare Waffen einsetzen.

Notwendig ist tatsächlich eine so breite und massive Öffentlichkeit und Solidarität wie sie für Vietnam weltweit auf der Straße war, um den militärischen Einsatz der USA „bis zur letzten Konsequenz“ zu verhindern, und ihren Rückzug zu erzwingen. „Die USA können niemals ein ganzes Volk ausrotten und das Volk von El Salvador gibt sein Ziel, die Freiheit zu erobern, nicht auf“ („Farabundo Martí“ Nr. 3).

Lateinamerika-Kommision



## El Salvador — kurzer Rückblick

Seit knapp 50 Jahren sind in El Salvador fast ununterbrochen die Militärs an der Regierung. 1932 wurde ein von der KP ausgerufener Bauernaufstand blutig niedergeschlagen. Bei den anschließenden Reaktionen wurden etwa 30.000 Menschen umgebracht. Seitdem waren die Volkskräfte in El Salvador im Unterschied zu anderen lateinamerikanischen Staaten extrem schwach. Erste größere Widerstandskämpfe begannen erst wieder Anfang/Mitte der sechziger Jahre und nahmen u.a. durch die erfolgreichen Kämpfe in Nicaragua einen rasanten Aufschwung. Grundlage dafür sind wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten und die zunehmende staatliche Repression seit Anfang der sechziger Jahre und die offenen Wahlfälschungen 1972 und 1977, die das Vertrauen in die Militär-Regierungen und einen reformistischen Weg auf Veränderungen nachhaltig erschütterten. Besondere Auswirkungen auf die Massenbewegung in El Salvador hatten die erfolgreichen Kämpfe in Nicaragua. Etwa seit Anfang 1979 riß die Kette von zahlreichen kämpferischen und spektakulären Aktionen der Linken nicht mehr ab: Besetzungen von Fabriksgebäuden, Kirchen, Botschaften, meist mit dem Ziel, sich gegen den zunehmenden rechten Terror zu wehren, Sabotageakte und Entführungen durch die Guerillaorganisationen. Die Sicherheitskräfte entfalteten eine täglich wachsende Repression, von Januar bis Juli 1979 wurden 406 Menschen ermordet (laut Menschenrechtskommission

sion El Salvador). Im September 79 rief die Militärregierung Romero zur Bildung eines „nationalen Forums“ auf, um einen nationalen Dialog einzuleiten. Aus Protest gegen diesen Aufruf wurde ein „Volksforum“ gegründet, an dem die demokratischen oppositionellen Kräfte einschließlich Christ und Sozialdemokraten beteiligt waren. Die revolutionären Volkskräfte wie der revolutionäre Volksblock (BPR, stärkste Massenorganisation der Linken) nahmen nicht teil.

Am 15. Oktober 79 putschten die sogenannten „Jungen Offiziere“, eine gemäßigte Oppositionsströmung innerhalb des Militärs, gegen den Faschisten Romero. Drei Zivilisten wurden in die Junta aufgenommen (Rektor der Uni, Chef der Sozialdemokraten, ein Kapitalistenvertreter). Der Ministerrat setzte sich aus drei Christdemokraten, einem Sozialdemokraten, zwei KPLern, vier Kapitalistenvertretern und vier Militärs zusammen. Das Volksforum war an der Besetzung der Regierung beteiligt worden. Wichtigste programmatische Versprechungen der Junta waren Generalamnestie, Untersuchungen gegen den rechten Terror und Auflösung der faschistischen Organisationen, Wahlen, Zulassung der politischen Parteien, Sozial- und Agrarreformen, Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Kuba und Nicaragua. Anschluß an die Blockfreienbewegung.

Im linken Lager wurden der Putsch und das Programm der Junta skeptisch aufgenommen. Der später ermordete Erzbischof Romero forderte zu großer

Wachsamkeit auf, ob die Versprechungen tatsächlich eingehalten werden. LP-28 (Volkskigen des 28. Februar) riefen in Randvierteln von San Salvador den Aufstand gegen die Junta aus, mußten aber nach schweren Verlusten aufgeben. Der „Revolutionäre Volksblock“ (BPR) und andere Linke nahmen erst nach zehn Tagen Stellung und besetzten verschiedene Ministerien und Kirchen, um die Junta zur Einhaltung ihrer Versprechungen zu zwingen, bzw. ihr wahres Gesicht zu entlarven. Das „wahre Gesicht“ der Junta kam dann auch sehr schnell zum Vorschein. Es wurden einige Lohnerhöhungen zugestanden, 68 politische Gefangene wurden freigelassen, der Kaffee-Export wurde unter staatliche Kontrolle gestellt und die Möglichkeiten zum Transfer von Großgrundbesitz wurden eingeschränkt. Das war dann praktisch alles, was an „Reformen“ stattfand.

Stattdessen bestand die Bilanz der Junta nach fünf Tagen Regierens aus 100 Toten und 300 Verletzten, Fabriken, die noch unter Romero besetzt worden waren, wurden blutig geräumt. Die faschistische Organisation ORDEN konnte sich ganz offen mit einer Umbenennung, d.h. einem neuen Namen, brüsten, von Auflösung war keine Rede. Eine antikomunistische Propagandamaschine wurde in Bewegung gesetzt, die am 27.12.79 in einem Marsch von 100.000 Rechten opferte mit dem Schlachtruf: „Tod dem Kommunismus“. (Der Sozialdemokrat Ungo, der als Regierungsvertreter sprechen wollte, wurde niedergeschrien, ein Militärsprecher dagegen gefeiert.)

Unter dem Druck des nicht endenden rechten Terrors forderten die zivilen Minister Ende Januar '80 den Kriegsmilitär Garcia auf, Rechenschaft über die Greuel der Nationalgarde abzugeben. Garcia galt als Drahtzieher der faschistischen Morde und der Künkel mit den USA. Garcia ging nicht darauf ein, sondern brachte die Kommandanten aus sämtlichen Kasernen zur Kabinettssitzung. Auf Nach dieser Provokation traten alle zivilen Minister einschließlich der Kapitalistenvertreter aus der Regierung zurück. Als letzte Zivilisten verblieben in der Regierung (übrigens bis heute) die rechten Christdemokraten (Morales Ehrlich und Duarte). Der demokratische Flügel der Christdemokratie („Tendencia Popular“) (dessen Minister ebenfalls zurückgetreten waren), wurde im März, nach dem Mord an Erzbischof Romero, aus der Partei ausgeschlossen. Mit dem Rücktritt der Zivilisten war der letzte reformistische Anstrich der Junta verloren. Das Konzept einer vorsichtigen und schrittweisen Zurückdrängung der Rechten war wie schon so oft wieder einmal gescheitert. Die Faschisten hatten sich in vollem Umfang durchgesetzt.

Am 22.1.80 richteten „Sicherheitskräfte“ und rechte Banden das Massaker an, als 200.000 Menschen zum Jahrestag des Aufstandes von 1932 durch San Salvador demonstrierten. Am 6. März wurde die sogenannte Landreform und Gleichzeitung der Ausnahmezustand und die Pressezensur verkündet. Während des ganzen Jahres konnte praktisch keine Aktion der Volks-

organisationen unbehelligt stattfinden. Verschiedene Streiks, Demonstrationen, Besetzungen wurden immer wieder blutig bekämpft. Trotzdem hat die Linke unverzüglich an Stärke gewonnen. Die Tatsache, daß sich die revolutionäre Linke von Anfang an nicht an der Putschjunta beteiligt und kontinuierlich und militärisch gegen den Terror gekämpft hatte, hat ihr enormen Kredit und Zulauf gebracht. Im Vergleich zum September 79, als das Volksforum aus reformistischen Organisationen gegründet wurde, hat sich das Kräfteverhältnis rasant zugunsten der Revolutionäre verändert. Am 11.1.80 wurde die „Coordinadora de Masas“ (C.M.) zunächst von FARN, KP und FPL bzw. ihren Massenorganisationen gegründet. Ende April entstand die Oppositionsfront FDR, in der sich die revolutionäre Linke und die demokratische Opposition (einschließlich Sozialdemokraten und „Tendencia Popular“ der Christdemokraten und des Unternehmerver-

bandes) vereinigten — insgesamt 130 Gruppen und Organisationen.

Am 22.5. wurde der erste Schritt zur Vereinheitlichung des militärischen Kampfes der Linken unternommen. Die DRU (Direktion der revolutionären Einheit) umfaßte alle vier bewaffnet kämpfenden Organisationen (FPL, FARN, ERO, KP, wobei FARN und ERP zeitweilig nicht mitmachten). Damit wurden zumindest Absprachen und gemeinsame Planung der getrennt voneinander, in verschiedenen Regionen operierenden Guerillaverbände möglich. Dem ersten Schritt folgte am 10.10. der regelrechte Zusammenschluß aller vier Guerillaverbände in der FMLN (Nationale Befreiungskräfte — Farabundo Martí) mit gemeinsamer Leitung und einer gemeinsamen Zeitung, deren Name als Programm gelten kann: „Venceremos“ (Überwiegend nach „Lateinamerika-Analysen und Berichte“ Nr. 4 und „Lateinamerikanische Nachrichten“/Sondernummer El Salvador).

## Spendet! Waffen für El Salvador

Die El Salvador Demonstration in Hamburg am Tag der Menschenrechte war mit (anfangs) 500 Teilnehmern nicht gut besucht. Dies lag sicher weniger am Thema als an der doch recht chaotischen und kurzfristigen Vorbereitung. Die Veranstaltung am Abend war vor allem wegen des Films „Im Schatten der Revolution“ sehr eindrucksvoll. Der Film zeigt authentische Bilder von Razzien der Militärs in den Dörfern: „Wenn die Militärs die Kasernen verlassen, befinden sie sich in Feindesland“, und er zeigt nicht nur die Ausbildung und Vorbereitung der Guerillaverbände, sondern auch direkte Einsätze der Guerilla.

Dieser Film sollte unbedingt für Diskussionsrunden, kleine Veranstaltungen etc. eingeplant werden (Auskünfte über Medienpädagogisches Zentrum, MPZ Hamburg, Tel. 43 97 25 2).

Um nachträglich eventuelle weitere Mißverständnisse zu vermeiden: Amnesty hat seine für den 10.12. geplanten Aktionen (Schweigemarsch und Veranstaltung) abgesagt und die Demonstration des El Salvador Komitees nicht unterstützt, amnesty hat aber solidarisch auf Konkurrenzveranstaltungen verzichtet und auch den Film zur Verfügung gestellt.

Aus Aachen erhielten wir einen Bericht von einer Veranstaltung der ESC am 28.11. mit Universitätsprofessoren aus El Salvador, die eine Rundreise durch die BRD machen und den ESC Friedenspreis entgegennehmen haben. Dieser Preis war eigentlich für den Präsidenten der Uni San Salvador gedacht, der wenige Tage vor seinem Abflug in die BRD ermordet wurde. Auf der Aachener Veranstaltung klagten die Professoren vor allem die Razzienstellung in der BRD Presse an und forderten auf, für Medikamente und Waffen zu spenden.

### Letzte Meldungen aus El Salvador

Die nordamerikanische Untersuchungskommission hat in El Salvador ihre Arbeit aufgenommen. Untersucht

werden soll, ob die Regierung an der Ermordung der 4 nordamerikanischen Nonnen beteiligt war. Die Arbeit der Kommission besteht nach verschiedenen Meldungen hauptsächlich in Verhandlungen mit der Junta über genaue Bedingungen, unter denen die USA ihre Wirtschafts- und Militärhilfe auch nach außen offen weiterleiten können. (Nach der Ermordung der Nonnen war die offizielle Hilfe vorübergehend stoppt worden.)

Insgesamt bereitet sich die Reagan-Administration auf ihre Amtübernahme vor. Der US-Botschafter in Mexiko, Nava, ist öffentlich gerügt worden, weil er geäußert hat, daß die Morde an den 6 Oppositionspolitikern auf das Konto der Junta und ihrer Truppen gehe. Ebenso wurde der Botschafter in El Salvador, White, gerügt, weil er die Ermordung der Oppositionspolitiker verteidigt hat (FAZ, 6.12.80).

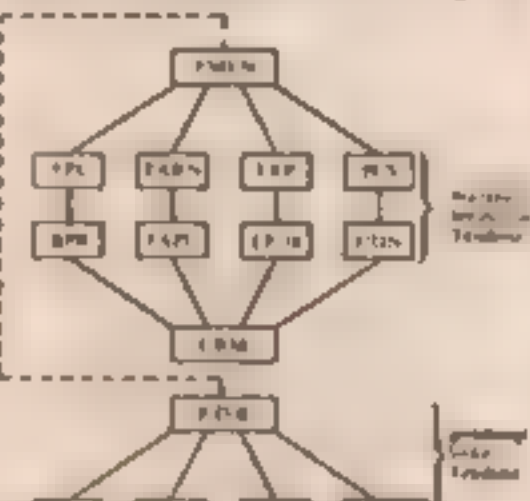
Der einzige „gemäßigte“ Militärvertreter in der Junta, Oberst Majano, ist auf Druck von 300 Offizieren aus der Junta ausgeschieden (SZ, 10.12.). Majano soll sich schon seit längerem für einen Dialog mit der Oppositionsfront FDR eingesetzt haben. Zur Zeit soll er sich in verschiedenen Geheimkontakten darum bemühen, in Absprache mit der FDR bzw. mit der reformistischen Opposition, einen demokratischen Gegenputsch gegen die Junta vorzubereiten. Die Chancen für das Gelingen eines solchen Plans dürften aber, insbesondere nach dem Amtsantritt der Reagan-Administration am 1.1.81, gering sein.

Spenden  
Medizinische Hilfe (vielleicht wichtig für Eltern, Bekannte, Kollegen)  
Medico International  
Stadtparkasse Frankfurt/Main  
Konto 232  
Waffen für El Salvador  
Postfachkonto Berlin/West  
288 59 107  
Bankleitzahl 100 100 10  
Freunde der alternativen Tageszeitung  
s.V. 1 Berlin 63, Sonderkonto

Quellenangaben  
FMLN — Front Farabundo Martí de Liberación Nacional  
Guerillaverbände  
FPL — Fuerza Popular de Liberación Nacional  
FARN — Fuerza Armada de Liberación Nacional  
ERP — Ejército Revolucionario del Pueblo  
KP — Partido Comunista Salvadoreño

Interorganisationen  
BPR — Bloque Popular Revolucionario (Pront des FPL)  
FAPU — Frente de Acción Popular Unificado (Pront des FARN)  
FDR — Frente Democrático Revolucionario (Pront des BPR)  
UDN — Unión Democrática Nacional (Pront des KP)

Zentrale der Massenorganisationen  
C.M. — Coordinadora Revolucionaria de Masas  
FARN — Frente Armado Revolucionario  
MLN — Movimiento Nacional Revolucionario  
FPL — Fuerza Popular de Liberación



### Erklärung der Abkürzungen.

Politische Partei  
bzw. bewaffnete Organisation

FPL — Farabundo Martí  
(Volksbefreiungskräfte)  
1970 Abspaltung von der KP

KP

ERP (revolutionäre Volksarmee)  
Zusammenschluß bewaffneter  
kämpfender Gruppen 1971

FARN (bewaffnete Kräfte des  
nationalen Widerstandes)  
1974 Abspaltung aus ERP, Kritik  
an rein militärischen Kampf

Heute alle zusammengeschlossen in FMLN (Nationale Befreiungsfront — Farabundo Martí)  
Die breite Oppositionsfront auf Massenebene, an der auch die bürgerliche  
Opposition beteiligt ist, ist die FDR (Revolutionäre demokratische Front)

dazugehörige Massenorganisation

BPR (Revolutionärer Volksblock) —  
stärkste Massenorganisation vor der Ver-  
einigung, zeitweise 100.000 Mitglieder

UDN (nationale demokratische Union)

LP-28 (Volkskigen des 28. Februar)  
1977 gegründet, ab ERP begann, nicht  
mehr zum militärischen zu kämpfen

FAPU (Vereinigte Volksfront)  
1974 Zusammenschluß aus verschiede-  
nen Volksorganisationen, die u.a. durch  
Enttäuschung über Wahlbetrug entstan-  
den waren.



Im Mai 1979 gab eine Gruppe von Feministinnen aus der französischen KPF die erste Nummer einer Zeitschrift heraus „Une vie rose...“ (Sie sehen rot!) In der Zwischenzeit sind drei weitere Nummern gefolgt. Zu ihrem Selbstverständnis schrieben sie in der ersten Ausgabe: „Wir sind Feministinnen geworden durch die Kämpfe, die wir in unserem sozialen und täglichen Leben, in unseren Beziehungen und um unsere Sexualität geführt haben. Auch dank der Frauenbefreiungsbewegung. Der Feminismus hat uns einen neuen Widerstand innerhalb unserer politischen Arbeit offenbart. Wir mussten uns definieren, nicht nur gegenüber dem Kapitalismus, sondern auch gegenüber dem Sexismus, auch von unseren „guten Genossen“, dessen Opfer wir alle sind. So wurden wir gezwungen, einen doppelten Krieg zu führen, und dieser Krieg an zwei Fronten hat zu unserem Zusammenschluß innerhalb unserer Organisation geführt... Weshalb arbeiten wir innerhalb einer Partei? Weil wir glauben, daß ein revolutionärer Kampf gegen einen Staatsapparat nicht ohne revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse zu deren Machtergreifung geführt werden kann.“

„Bis zum Ende zu kämpfen heißt für uns, daß wir einen besonderen Kampf innerhalb unserer Organisation zu führen haben, damit der Feminismus den ihm gebührenden Platz einnimmt, der unlösbar mit einem revolutionären Kampf verbunden ist.“

Dieses „Bis zum Ende kämpfen“ bedeutet schließlich, daß keine einzige Revolution existieren kann, ohne innerhalb und vor allem bei der Arbeiterklasse die Verhältnisse zwischen Frauen und Männern und zwischen Frauen untereinander umzuwälzen.

Eine Revolution, die auch nur ein bißchen den Kampf der Frauen verdrängt – ist eine solche Revolution so oder so nicht eine fehlgeschlagene Revolution? (Nullnummer von „EVR“, Mai 79, Seite 6).

Am 29./30.11.80 luden die Herausgeberinnen von „Une vie rose...“ zu ihrem ersten größeren Treffen ein: ca. 100 Frauen waren anwesend, die meisten aus Paris, aber auch eine Reihe von Leserinnen und Sympathisantinnen aus der sogenannten „Province“. Anwesend waren auch einzelne Frauen von der feministischen Strömung innerhalb der PS, die als vormalige „Courant Q“ (heute „Courant Strömung innerhalb der PS, die als vormalige „Courant Q“ (heute „Courant 3“, Courant = Tendenz) ebenfalls eine eigene Zeitschrift herausgeben: „Mignonnes allons voir sous la Rose“ (1); Frauen vom „MLAC“ (Bewegung für freie Abtreibung und freie Kontrazeption), von „Planning Familial“ (eine der Pro-Familia vergleichbare französische Einrichtung) und aus dem europäischen Flügel der KPF (z.B. Christine Buci-Glucksmann) (2).

Thema des Treffens war: „Feminismus und Marxismus“. In der Einladung hatten die Genossinnen von „EVR“ dazu geschrieben: „Ja, ja, wir haben keine Angst. Ja, ja, wir lieben sowas. Wir schwimmen gegen den Strom. Aber das ist gerade unser Stil. Wir wollen nicht nur Widerstand leisten. Wir wollen offensiv sein. Wir wollen weder vor Politik noch vor Theorie noch vor Marxismus Angst haben. Und wir finden es schön, uns mal zu treffen.“

Eine umfangreiche Tagesordnung wurde vorgeschlagen:

„Feminismus und Klassenkampf, der Klassenbegriff bei Marx, die Rolle der Frauen im Produktionsprozeß, sowohl innerhalb der Familie als auch im Betrieb. Der Begriff des Patriarchats. Frauenklasse/Männerklasse. Frauen und Organisationen. Feminismus und Zerschlagung des Staatsapparates. Feminismus und Sozialismus. Heterosexualität/Homosexualität. Abtreibung, Vergewaltigung. Aktuelle Probleme und Perspektiven der Frauenbefreiungsbewegung.“

Vor Beginn des eigentlichen Berichts noch eine Bemerkung: Die Diskussionen im Plenum liefen in einem außerordentlich soliden, sympathischen Klima, lebendig und konzentriert ab. Und – frau denke aus an BRD-Männer... – ohne jegliche Infragestellung, Stirnrunzeln und dergleichen mehr lagen Materialien der KPF, PS- und KB-Frauen „schwerelos“ Seite an Seite auf dem großen Büchertisch.

Feminismus, Klassenkampf und Patriarchat

Ausgangspunkt dieser Diskussion war folgende geschichtliche Stellung:

Das Patriarchat ist älter als der Kapitalismus. Das heißt, das System des Patriarchats bestand schon vor der Entstehung des Kapitalismus. Das Patriarchat als System der

## »Unter dem Banner des Marxismus-Feminismus...« Frauentreffen von Feministinnen der KPF

xistischen Unterdrückung und der ökonomischen Ausbeutung von Frauen durch Männer, ist also gewissermaßen unabhängig vom Kapitalismus in dem Sinne, daß die Umwälzung der Produktionsverhältnisse nach einer erfolgreichen Revolution nicht ausreicht, um ihn auszuweiten. Das bedeutet, daß alleine die Aneignung der Produktionsmittel durch eine siegende Arbeiterklasse unsere Frauenbefreiung nicht automatisch zur Folge hat.

Wenn das Patriarchat als System einer männlichen Unterdrückungs-ideologie über Frauen einerseits und als System der ökonomischen Ausbeutung von Frauen durch Männer (über die Lohn-Unterschiede, über den doppelten Arbeitstag, über die unbezahlte Hausarbeit, d.h. in einem Wort, über die sogenannte geschlechtsspezifische Teilung der Arbeit) andererseits definiert ist, wenn wir gleichzeitig als kommunistische oder revolutionäre Feministinnen von der Unterdrückung und Ausbeutung durch das Kapital ausgehen, dann stellt die Frage:

Wie sind beide, Patriarchat und Kapital, miteinander verbunden, wie bedingen sie sich bzw. produzieren sie sich gegenseitig, welche Zusammenhänge gibt es zum Beispiel zwischen Staat, Patriarchat und Familie, und welche kommunistische, feministische Politik und Theorie folgt daraus?

Dies war, grosso modo, die Ausgangsbasis der sich anschließenden, mehrstündigen Diskussion (in Zahlen: a b c ! ! ) mit folgenden Schwerpunkten:

– Ist das Patriarchat ein ökonomisches Produktionsmodell, oder ist es vielmehr ein allseitiges Unter-

drückungsinstrument der Frau?

Ist die Forderung nach Bezahlung der Hausarbeit „werkonservativ“ oder emanzipatorisch?

Ist die Teilzeitarbeit eine positive Verbesserung für die Frau oder nicht?

Anwesend war auch die Feministin Christine Delphy, deren bekanntestes Buch „Der Hauptfeind“ („L'ennemi principal“, Frankreich 1970) ist.

Christine Delphy hat den Schwerpunkt ihrer Arbeiten auf die Untersuchung der ökonomischen Ausbeutung der Frauen gelegt. Sie geht davon aus, daß durch die Heirat (oder das Zusammenleben von Frauen mit Männern) die Frauen einem „häuslichen Produktionsmodell“ beitreten, in dem Hausarbeit und Erziehung von Kindern (mit allen verbundenen Arbeiten) die produktiven Aktivitäten sind. Die Arbeit der Frauen bleibt dabei unbezahlt, als Lohn wird ihr die „Liebe“ ihres Mannes geschenkt. So werden die Frauen ökonomisch von den Männern ausgebeutet und stellen eine „Sklassenklasse“ dar. Christine Delphy benutzt die Bezeichnung „Geschlechtsklasse“ („classe sexuelle“) in Abgrenzung zum marxistischen Klassenbegriff.

Christine Delphy meint, daß alle Frauen Teil dieser „Geschlechtsklasse“ sind, unabhängig davon, in welcher (sozialen) Klasse sich ihre Männer befinden. Umgekehrt profitieren alle Männer von der ökonomischen Ausbeutung der Frauen. Sie sieht also das System des Patriarchats als unabhängig bzw. getrennt vom Kapitalismus, genauso wie für die Feministinnen unabhängig bzw. getrennt vom Marxismus ist. Kurzum: das Patriarchat ist ein ökonomischer

Produktionsmodus, der die Charakteristik der unentgeltlichen Sklavenarbeit trägt. Gemäß der berühmten Formel „Das Sein prägt das Bewußtsein“ bzw. die Produktionsverhältnisse haben ihren Ausdruck in den sozialen Verhältnissen, führt Christine Delphy die Stellung der Frauen in dieser Gesellschaft auf diese Charakteristik zurück.

Die feministischen PS-Frauen von „Mignonnes...“ machen folgende Analyse:

Heute bekommen die Männer im Schnitt 50% mehr Lohn als Frauen (in Frankreich). Im Lohn des Arbeiters ist ein Teil zur Reproduktion seiner Arbeitskraft und zur Ernährung seiner Kinder enthalten, die ja die Arbeiter von morgen sind.

Dieser Arbeitslohn des Mannes soll also auch die Reproduktion der Arbeitskraft der Frau gewährleisten, wobei ledige Männer als potentielle Ehemänner bzw. Familienväter betrachtet werden.

Der Frau wird unter patriarchalischen Systembedingungen keine Unterhaltung eines Dritten unterstellt, sie bekommt also einen niedrigeren Lohn, da dieser nur für die

In gewissem Sinne würde also die Hausarbeit der Frauen schon bezahlt werden – nur bekommen die Frauen nicht selbst das Geld dafür, sondern die Männer. So sehr Frau, wie Patriarchat und Kapitalismus sich gegenseitig unterstützen durch den höheren Lohn der Männer garantiert der Kapitalismus die Reproduktion der Arbeitskraft der Frau, die er indirekt benötigt, durch den höheren Lohn der Männer halten sie ihre soziale Macht über die Frau.

en aufrecht, die da unter Umständen durch die Einbeziehung von Frauen in die Warenproduktion verlieren könnten. Die Frauen können zwar außerhalb der Familie einer Arbeit nachgehen, ihr Lohn ist aber immer auf das Minimum beschränkt, also ungenügend, um alleine zu leben, vor allem wenn sie Kinder haben.

Dieser Analyse wurde entgegengehalten: Richtig sei, daß im Lohn des Arbeiters ein Teil zu seiner Reproduktion und der seiner Familie enthalten ist – aber was bezahlt die Arbeitskraft der Frau? Der Kapitalismus/das Patriarchat lebe quasi von der unentgeltlichen Arbeit von Millionen Frauen, das heißt innerhalb des Kapitalismus existiere noch eine mittelalterliche Sphäre: Sklavenver-

In der Konsequenz müßten die PS-Frauen von einer „Über-Entlohnung“ der Männer reden und ihre Lohnminderung zugunsten der Frauen verlangen. Das würde nicht viel ändern an der materiellen Misere der Frauen, da die davon auch nicht leben könnten.

Eine weitere Frage wäre, ob Lohnungleichheiten zwischen Frauen und Männern ihre Ursache in sexistischer Unterdrückung (als vom Kapital zur Spaltung der Arbeiterklasse benutzt wird) oder in zwingenden ökonomischen Mechanismen haben. Das heißt, die Frage, ob der Kapitalismus nicht genauso gut leben könnte mit einer Lohnangleichung?

Christine Buci-Glucksmann widerspricht der ihrer Meinung nach einseitigen ökonomistischen Analyse des Patriarchats/des Familie. Die Familie diene nicht nur der Hausarbeit und der Reproduktion der Arbeitskraft, es ginge vielmehr um vielfältige Repressionsmechanismen. Sie regte eine Untersuchung der Entwicklung der Familie an: heute würde die Familie immer mehr reduziert werden, Ideal- bzw. Durchschnittstypus sei die Dreier-Familie (Mutter-Vater-Kind). Noch vor einigen Jahrzehnten hätten Großmütter, Großväter usw. eine viel größere Rolle gespielt.

Die Verwunderung darüber, daß – obwohl wir Frauen so eine Rolle spielen! – Marx und andere (aber vor allem er) kaum die Situation der Frauen im Kapitalismus analysiert haben, wurde abgelehnt. Noch vor einigen Jahren hätten Großmütter, Großväter usw. eine viel größere Rolle gespielt.

Eine andere Genossin von „EVR“ stimmte zu, daß Marx nur die Situation der Männer unter dem Kapitalis-

mus untersucht habe, und daß er, wegen der in jener Hinsicht Ausklammerung der Situation der Frauen, wohl nicht Materialist gewesen sei.

Wenn allerdings Marxistin zu sein bedeuten würde, nur das zu wiederholen, was Marx schon gesagt oder geschrieben hat, dann würden wir wohl nie sehr weit kommen.

Die Lücken bei Marx und Engels seien selber „marxistisch“, d.h. materialistisch erklärbar und daß dort Lücken sind, könnte nicht zu einer Verurteilung des Marxismus führen. Im Gegenteil sei die marxistische Methode der Erkennung der Realität nach wie vor avantgardistisch und keineswegs überholt. (Da wurden auch Zwischenrufe laut: „Marx entsteinisiert!“ oder „Marx aus dem Gulag holen!“) Die Debatte um die ökonomische Stellung der Frauen im Kapitalismus und der daraus folgenden Forderungen hat innerhalb der Frauenbewegung eine ältere Geschichte: schafft die Frau in ihrer Hausarbeit Mehrwert oder keinen, oder nimmt sie an der Produktion von Mehrwert, durch die Reproduktion der Arbeitskraft des Mannes, teil?

Maria Dalla Costa zum Beispiel stimmte dem ersten zu und entwickelte daraus die Forderung nach Bezahlung der Hausarbeit („Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft“, Mariarosa Dalla Costa, Selma James, 1972).

In Erinnerung gerufen sei auch die Debatte im AK um die Frage „Bezahlung der Hausarbeit durch den Staat?“ (u.a. AK 81, Mai 76). Damals schrieben wir: „Forderungen nach Bezahlung der Hausarbeit durch den Staat, eigener Rentenversicherung und Krankenversicherung sind berechtigt, um die Lage der Frauen im Kapitalismus zu verändern und zu verbessern. Erst bei Massenkämpfen größeren Stils werden wir diese Forderung durchsetzen können, allerdings verbunden mit der Forderung nach einer neuen Organisation der Hausarbeit. Unser Ziel muß letztlich sein, die private Hausarbeit selbst abzuschaffen und damit die Hausfrauen aus der Abhängigkeit von Kindern und Ehemann zu lösen und ihre Tätigkeit zu der öffentlichen Aufgabe zu machen, die sie ihrer Natur nach ist.“ (AK Nr. 89, S. 81).

Dieser Forderung, die gewiß pro-



Für das Recht auf Arbeit! Nein zur Teilzeitarbeit! Ja zu den 35 Stunden! Ja zu den kollektiven Einrichtungen!

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

biometrisch ist aufgrund der Funktion der Familie für uns Frauen und unserer Zielsetzung der Abschaffung der bürgerlichen Familie, schloß sich auf dem Treffen nur eine einzige Frau an. Die meisten Frauen fanden das geradezu pervers und makaber, etwa nach dem Motto: „Was, noch nach Groschen betteln für unsere Unterdrückung?!“ (Hierbei sei angemerkt, daß es sich um kein Studenten-Treffen handelte, die meisten Frauen waren werktätig und kamen aus allen Altersklassen). Sie sei in dem Sinne auch keine Lösung des Problems (der geschlechtlichen Teilung der Arbeit), als sie diese zementieren würde.

Dieser Gedanke, Kampf gegen die sexistische Unterdrückung, prägte auch die gesamte Diskussion der beiden Tage: So sei zum Beispiel die Forderung nach dem Recht auf Arbeit für Frauen in sich noch nicht genügend, denn ohne gleichzeitige die Tatsache des doppelten Arbeitstages, der doppelten Ausbeutung der Frauen zu benennen und zu bekämpfen, würde sie keine absolute Verbesserung für sie bedeuten.

## Diskussion über Teilzeitarbeit

In Frankreich wird derzeit von der Regierung ein Gesetz zur Teilzeitarbeit durchgepeitscht. Dieses Projekt gliedert sich in zwei Teile:

Im privaten Wirtschaftssektor soll der jeweilige Unternehmer Arbeitsplätze mit einer beliebigen Arbeitszeit schaffen können, zwischen einer und 39 Stunden pro Woche. Die Beratung mit den Interessenvertretungen der Arbeiter/innen entfällt dabei.

Um die Unternehmer dazu zu animieren, sollen ihnen soziale Vorteile gegeben werden (z.B. Einsparungen auf dem Krankenversicherungssektor).

Innerhalb des öffentlichen Dienstes soll ähnlich verfahren werden (Schaffung von Arbeitsplätzen zwischen 20 und 40 Stunden wöchentlich).

Insgesamt geht es darum, den Arbeitsmarkt den Bedürfnissen der Produktivität anzupassen, wobei die Frauen die ersten Bedrohten sind, und darüber hinaus der Unternehmer zur Willkür des 19. Jahrhunderts zurückkehren kann (keine kollektiven Tarifverträge mehr, sondern Individualverträge).

Schon heute sind 55 % aller französischen Arbeitslosen Frauen, im Zusammenhang mit der fortschreitenden Automatisierung sind insbesondere die Industriearbeiterinnen bedroht.

90 % aller Teilzeitarbeiter in Frankreich sind Frauen - allerdings haben Umfragen unter Frauen gegen die Industriearbeiterinnen bedroht.

90 % aller Teilzeitarbeiter in Frankreich sind Frauen - allerdings haben Umfragen unter Frauen gezeigt, daß sie es meistens gegen ihren Willen sind, weil ihnen keine Ganzzeit-Arbeit angeboten worden ist (nur 7,9 % der arbeitssuchenden Frauen wünschen explizit eine Teilzeitarbeit).

Eine Frau vom „Mignonnes ...“ meinte hierzu, daß viele Frauen keine Lust zur Ganzzeit-Arbeit hätten, weil sie damit weniger Zeit hätten. Eine „EVR“-Genossin entgegnete, diese Argumentation „Frauen brauchen die Teilzeitarbeit, weil sie dann mehr Zeit für politische Arbeit haben“, könne sie zur Genüge. Das sei eine absurde Logik, die diejenige des Systems reproduziere: Ein Mann, der seine acht Stunden arbeitet, könne sehr wohl noch abends Versammlungen und ähnliches besuchen - eben weil zu Hause für ihn die Frau arbeitet. Diese Tatsache würde immer vergessen werden, wenn moralisierend und stellvertretend gesagt werde, Frauen bräuchten die Teilzeitarbeit. Außerdem sei es ein falscher Automatismus zu meinen, Teilzeitarbeit bedeute mehr Zeit für Politik. Sie habe zum Beispiel eine linke Lehrerin als Kollegin, die zwei Kinder hätte, und sich dafür eingesetzt habe, nur drei Tage pro Woche arbeiten zu müssen. Ihr Mann sei ein politisch sehr aktiver Mensch, und sie habe u.a. auch deswegen weniger arbeiten wollen, um sich selber wieder aktiver engagieren zu können. Nun, was ist passiert? Der Mann ist nach wie vor aktiv, hat ständig Termine, sie dagegen sitzt nach wie vor zu Hause und entwickelt jetzt gegenüber der ganzen Welt Schuldgefühle.

Eine andere „EVR“-Genossin berichtete von einer Versammlung mit ihren Kolleginnen, wo auch über Teilzeitarbeit geredet wurde. Es kam die Frage auf, was die Frauen tun würden, wenn sie mehr Zeit für sich hätten. Fast alle Kolleginnen hätten erzählt, daß sie dann mehr mit ihren Kindern machen oder dieses und jenes im Haushalt perfektionieren würden.

Die Forderungen, die vielmehr zur Diskussion stünden, wären:

- Nein zu den Teilzeitzersetzungen - Nein zu den Entlassungen - Für die massive Reduzierung der Arbeitszeit für alle bei gleichem Lohn für

Frauen und Männer (d. h. keine Lohnminderung!) - Für die Teilung der Lohn- und Hausarbeit zwischen allen Frauen und Männern - Schaffung neuer Arbeitsplätze, ganztägige Kinderkrippen (d. h. 24 Stunden lang) - Kantinen - Kinderhäuser - Teilung der Hausarbeit. (Dazu gab es in Paris Ende November eine Frauendemonstration: „Ja zum Recht auf Arbeit der Frauen! Ja zu unserer ökonomischen Autonomie! Wir wollen Zeit zum Leben haben, aber nicht zu irgendeinem Preis!“).

## Frauen und Sozialismus

Eröffnet wurde diese Diskussion mit zwei längeren Beiträgen, einmal zur Situation in den sogenannten „sozialistischen“ Ländern von einer „EVR“-Genossin, zweitens zur Situation in der VR China von Evelyn Tschirhart (Mitautorin des Buches von C. und J. Broyle „Zweite Rückkehr aus China“, eine Fortsetzung des Buchs „Die Hälfte des Himmels“). Weder von der „EVR“-Genossin noch von

zunächst Mutter ist. Dies bestimmt auch die Arbeitspolitik: Teilscheit (aber mit dem gleichen Lohn wie für eine Ganztags-Stelle). Auch hier werden familiäre und berufliche Verantwortungen kombiniert. So haben zum Beispiel Mütter und verheiratete Frauen monatlich einen freien bezahlten Tag, um sich der Hausarbeit zu widmen. Der Schwangerschaftsurlaub dauert 26 Wochen, danach kann sich die Mutter ein Jahr lang von der Arbeit freistellen lassen.

In Ungarn haben die Frauen laut Bericht die unqualifiziertesten Arbeitsstellen. Es wird unwiderprochen von einem doppelten oder gar dreifachen Arbeitstag dort berichtet. Ebenfalls berichtet wird, daß es die am wenigsten vergünstigten Frauen sind (Hilfsarbeiterinnen oder Handarbeiterinnen), die zu Hause bleiben wollen, während die intellektuellen die Ganztagsarbeit vorziehen. Das Schema der Arbeiterklasse als Trägerin der revolutionären Werte liegt weit hinter uns! Die offizielle Propaganda setzt sich moralisch für ein

innerhalb der Familie hat und somit den gesamten ideologischen und sozialen Apparat strukturiert.

Evelyn Tschirhart, nach eigener Darstellung 1967 noch selber „Maoistin“, befand sich von 1972 bis 1975 zum zweiten Mal in der VR China (4). Ihr heutiges Urteil lautet ganz einfach: „Ich handele mich um ein „faschistisches Land“ (1). Schwärmte sie noch vorgestern bedingungslos für alles Chinesische, so kann sie heute überhaupt nichts Gutes mehr daran sehen. Zwar habe die Kulturrevolution versucht, die Familie abzuschaffen, aber das Ergebnis sei noch schlimmer als der frühere Zustand. Denn jetzt habe sich die Partei das Privatleben angeeignet. Die chinesischen Menschen hätten kein Anrecht mehr auf irgendeine persönliche Meinung. Die Frauen hätten einen dreifachen Arbeitstag. Erstens den Arbeitstag außerhalb der Familie, zweitens die Hausarbeit und drittens die Parteiarbeit. Alles existiere auf der Basis des totalen Zwanges. Die Lohnungleichheit zwischen Frau und Mann existiere nach wie vor. Wohlgeachtet, E. Tschirhart datiert ihre Kritik nicht auf den Machtantritt von Deng - sondern für sie ist diese Situation Ergebnis der Kulturrevolution. Wie sie sich erklärt, daß sie diese horrenden Realitäten nicht schon bei ihrer ersten Reise mitbekommen hat (damals war sie auch zwei Jahre dort), verriet sie leider nicht. „Liebe macht blind“!

Viel weiter kam sie in ihren Ausführungen nicht. Denn alle anwesenden Frauen verlangten Empörung den Abbruch ihres Beitrags. Eine anwesende italienische Genossin meinte erregt, sie käme aus einem Land, wo der Faschismus existiert habe, wie könne E. T. so mir nichts, dir nichts die VR China als „faschistisch“ erklären? Vor lauter Enthusiasmus über die Entwicklung des vermeintlichen Paradieses solle Frau heute ins andere Extrem. So zu diskutieren, sei ein Zeitverlust. Eine andere Genossin verwahrte sich in ähnlichen Begriffen gegen diese Herangehensweise, sie habe keine Lust, mit „solchen Leuten“ über China zu reden, es käme immer darauf an, von welchem parteilichen Standpunkt aus Frau über Sozialismus reden würde. E. T. würde eine Kritik von rechts an der VR China üben. E. T. würde überhaupt nicht die politische Entwicklung der VR China erwähnen. Die Periode der Kulturrevolution könne Frau nicht mit der Deng-Periode gleichsetzen. Die „Hälfte des Himmels“ sei ein wichtiges und anregendes Buch für die gesamte Frauenbewegung gewesen - aber alles, was die Broyle und E. T. danach geschrieben haben, hätte genauso gut die Neue Rechte schreiben können! Sie wunderte sich

aber alles, was die Broyle und E. T. danach geschrieben haben, hätte genauso gut die Neue Rechte schreiben können! Sie wunderte sich auch über die Nicht-Erwähnung des „Vier-Banden-Prozesses“ durch die ehemalige „Maoistin“, Ali „Bewels“ für die Möglichkeit des Prädikats „faschistisch“ brachte E. T. den Umstand, daß die heutige chinesische Presse selbst davon schreibt, daß die Kulturrevolution „faschistisch“ gewesen sei (Oh Mao!).

An diesen Teil der Diskussion schloß sich eine Debatte über unsere Vorstellungen von Sozialismus an. Nicht die Frage nach dem „ob“ einer Organisation, sondern nach dem „wie“ stand dabei im Mittelpunkt. Kurz wurde über die existierenden Frauenparteien referiert (Östeigen, Israel, Spanien, BRD u. a.), gegenüber welchen Frau sich meistens skeptisch äußerte - allerdings bei gleichzeitiger Betonung, daß es bislang nie eine starke kommunistische feministische Partei gegeben habe, daß also die Frage näher untersucht und diskutiert werden müßte.

Die Diskussion verlagerte sich auf die notwendige Revolutionierung der vorhandenen Organisationen der Linken und extremen Linken. Ein Hauptaspekt sei dabei, die Trennung zwischen Privatem und Politischem aufzuheben (Gruß an die 2-Leserschaft!) - denn ohne kollektiven Kampf (d. h. auch „Macht des Privaten öffentlich“) sind wir Frauen eingeschrieben. Angerissen wurde die Geschichte der Selbstforschungsgruppen bzw. der Veröffentlichung des Privaten überhaupt, wodurch das Sekundärum so mancher Organisation etwas zurückgegangen sei. Umgekehrt existiere die Gefahr der Aufstellung eines neuen Wertesystems nach staatsähnlichem Muster (d. h. Aneignung des Privaten, um es gegen die Betroffenen wieder anzuwenden, oder zum Beispiel die nicht nur in der BRD-Linken, sondern auch in Frankreich existierenden missionarischen Töne um die Frage der „Zwangsheterosexualität“, was der Tabuisierung eines bestimmten sexuellen Bedürfnisses gleichkomme ...)

## Für eine revolutionäre Theorie der Frauenbefreiung

Viele andere Fragen wurden angerissen, wie zum Beispiel: „Sind die

Frauen der Arbeiterklasse das revolutionäre Subjekt der Frauenbefreiung?“ die Debatte hat ja auch erst begonnen. Eine „EVR“-Genossin betonte den Unterschied zwischen Marxismus und Feminismus. Die marxistische Theorie sei außerhalb der Betroffenen, der Arbeiterklasse erarbeitet worden - während die Frauen selber an ihrer Theorie arbeiten würden. Ziel dabei sei, aus beiden Prozessen (Marxismus und Feminismus) einen einzigen zu machen in der Zwischenzeit seien einige Genossinnen aus der KPF ausgetreten. Sie wollen jetzt ihr Organ „Zeitung von kommunistischen Feministinnen“ nennen. Sie möchten ein Forum für alle Gleichgesinnten herausbilden. Nach wie vor sei ihre Grundlage die Plattform aus ihrer Null-Nummer (aus der wir eingangs auszugewiesene zitierten).

Im Zusammenhang mit der angeschnittenen Problematik dieses Treffens wollen wir demnächst über ähnliche Diskussionsansätze in der englischen Organisation „Big Flame“ berichten (5).

Kein Sozialismus ohne Befreiung der Frauen! Keine Befreiung der Frauen ohne Sozialismus!

## Frankreich-Kommission

### Anmerkungen

1 „Mignonnes, allons voir sous la rose“, „Ihr Hübschen, gehen wir unter die Rose zu sehen“. Zeitung der Feministinnen der PS. Dieser für deutsche Ohren umständliche Name stammt aus einem mittelalterlichen Gedicht von Ronsard. Das Emblem der PS ist bekanntlich die „Rose“.

Die PS-Feministinnen haben ebenfalls schon vier Ausgaben ihrer Zeitung veröffentlicht. Über ihre Analysen und ihre Arbeit werden wir demnächst schreiben.

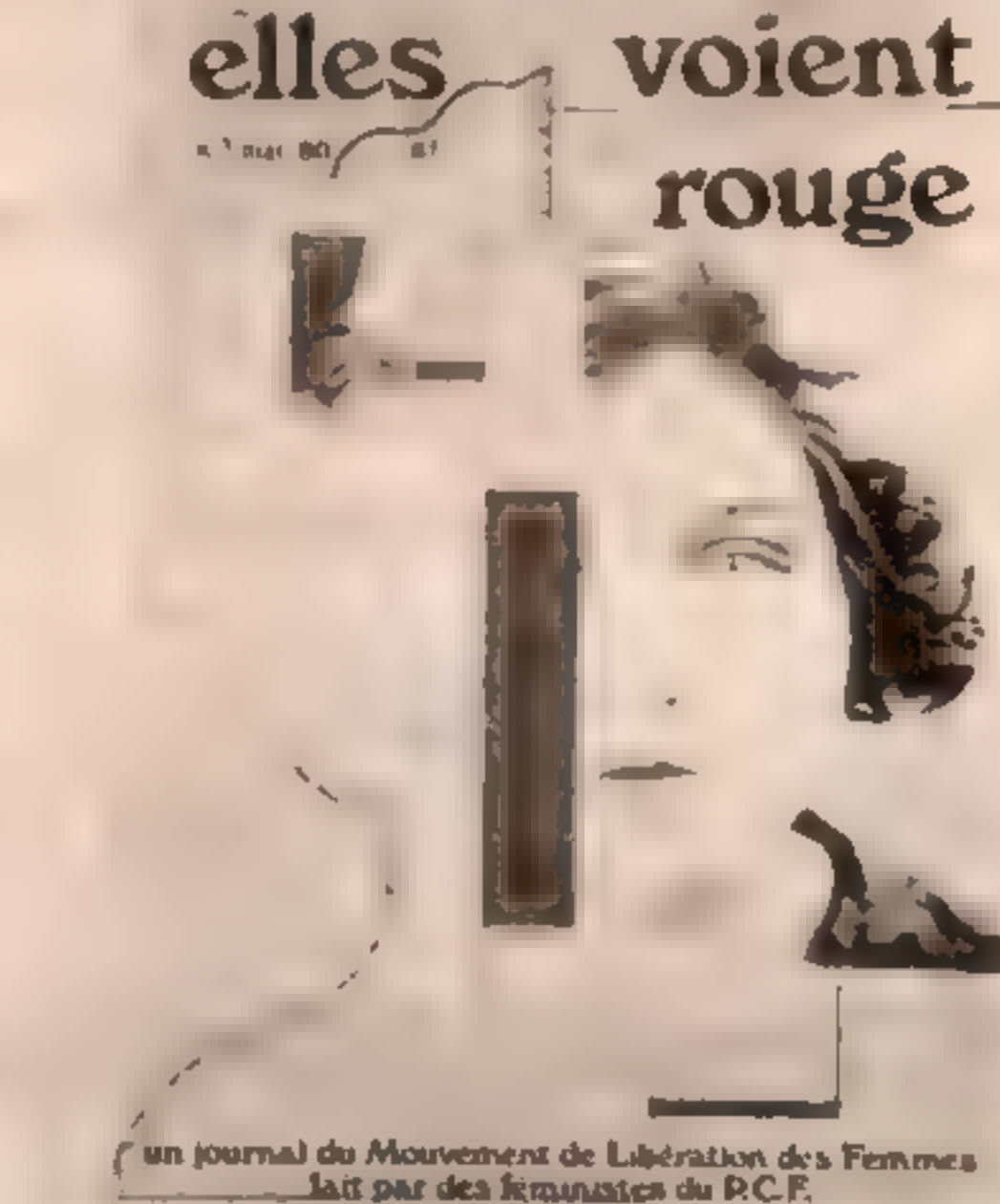
2 Innerhalb der KPF gibt es gewissermaßen vier entwickelte Oppositionströmungen; die Eurorechte (Jean Elieinstein, der jetzt übrigens auch für die Zeitung der „Neuen Rechten“, „Le Figaro-Magazine“, schreibt), die Eurolinks (u.a. Christine Buci-Glucksmann), die Alt-häuser-Strömung und die „EVR“-Genossinnen. Eine Zusammenarbeit existiert auf dem Gebiet des Projekts „Einheit im Kampf“.

3 In ihrem Buch „Einmischung“ („EVA“, 1980) schreibt Romana Romsa im Abschnitt „Partei“ (S. 183 bis 186) folgendes zur SU: „Die Sowjetunion ist ein Land, in denen der weibliche Bevölkerungsanteil deutlich größer ist als der männliche, nämlich fast 60 % (was nicht nur in demographischer Hinsicht, sondern auch so-

zio- und sexuell und für die Bräute erhebliche Folgen hat), die Frauen tragen dort beträchtliche Verantwortung im Arbeitsbereich, praktisch die ganze Verantwortung im Schulsektor (mit Ausnahme der Universitäten) und im Gesundheitswesen. Dennoch beträgt der Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft der Kommunistischen Partei der UdSSR gegenwärtig lediglich 24 %.“

4 Hier sei auch auf einen älteren AK-Artikel der AGF hingewiesen: „Die Befreiung der Frau in China“, AK 58, April 1975.

5 Big Flame Genossinnen von Big Flame haben zum Thema „Marxismus - Feminismus“ eine Schulungsarbeit erstellt. Dort benutzen sie das Bild von „zwei Häusern“, Haus Nr. 63 symbolisiert den Kapitalismus (bzw. Marxismus), Haus Nr. 64 das Patriarchat (bzw. Feminismus). Das Haus Nr. 64 ist älter als das Haus Nr. 63, beide haben den gleichen (Hinter-)Garten, zum Teil haben sie gemeinsame Fugen.



Evelyn Tschirhart wurde mit Kritik gespart. Zum Beginn ihres Beitrags stellte sie die „EVR“-Genossin Ali Broyle

Modell von drei Kindern pro Familie ein. Wenn dort die verstärkte Beteil-

Evelyn Tschirhart wurde mit Kritik gespart. Zum Beginn ihres Beitrags stellte sie die „EVR“-Genossin die Frage: „Aber wo sind denn die Frauen aus der politischen Szene? Was ist aus ihnen geworden in allen diesen Brennpunkten? Iran, Afghanistan, Polen? Die Hoffnung soll bekanntlich aus dem Osten kommen. Zum Beispiel von der polnischen Arbeiterklasse, die den Mut gehabt hat, sich gegen den Parteiapparat, gegen die staatliche Bürokratie aufzulehnen. Eine reale Bedrohung für alle Stalinisten und für die westeuropäischen kommunistischen Parteien. Aber auch dort ... ist die Revolution der Frauen vergessen worden. Nie ist eine Frau aufgetreten ... Eine der Forderungen der polnischen Arbeiter ist die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs auf drei Jahre ... Für die Männer die Politik, für die Frauen die Küche? Innerhalb einer revolutionären Bewegung ist der Kampf der Frauen keine nebensächliche Front, sondern hauptsächlich und bestimmt den Sinn des Wortes revolutionär. Man kann nicht Marxist sein, ohne Feminist zu sein!“

Bei ihren folgenden Ausführungen müßte sich die Genossin auf die Berichte, die während der internationalen Frauenkonferenz der UNO im Juli 1980 in Kopenhagen gegeben wurden. „In Algerien: Der Bericht wurde von einem Mann vorgetragen. Dort wird gesagt, daß alles, was die Probleme der Freiheit, der Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern, der gleichberechtigten Arbeit und Diskussion über Scheidung, Heirat, Beteiligung an politischen Aktivitäten“ betrifft, „bürgerliche und egoistische“ Fragestellungen seien. Die Hauptaktivität der Frauen soll die Unterstützung der Partei und ihrer politischen Linie sein. Es wird dort behauptet, der Islam habe die Frauen befreit! Die UNFA (Nationaler Bund der algerischen Frauen, Ann. AK), die der Regierung verbunden ist, ist das einzige offizielle Kampfmittel.

In der DDR arbeiten 87 % aller Frauen. Man muß anerkennen, daß die DDR das einzige Land aus dem Ostblock ist, wo die Frauen am anerkanntesten und am aktivsten sind. Diese Besonderheit hängt mit den ökonomischen Bedürfnissen des Landes zusammen. Aber dort existiert die gleiche Ideologie, daß die Frau

Modell von drei Kindern pro Familie ein.

Wenn dort die verstärkte Beteiligung des Mannes an Hausarbeiten lobend erwähnt wird, ist es eine Ehrung an die Waschmaschine. Der Mann könne nämlich nicht mit der Hand Wäsche waschen, während der Umgang mit Maschinen sozusagen sein Naturtalent ist ... Die Hauptrolle in dieser Revolution (Teilung der Hausarbeit, Ann. AK) gebührt der Waschmaschine, denn sie kann vom König der Schöpfung bedient werden und erleichtert bedeutend die Arbeit der Frau.

In Bulgarien gibt es eine Rede von Berufen, die den Frauen verboten sind, wenn sie ihre Gesundheit gefährden oder über ihre physischen Kräfte gehen: Bergbau, Metallindustrie, Chemie ... Wie in fast allen sozialistischen Ländern ist das Rentenalter 55 Jahre.

In der SU wird der Zugang von Frauen zu wissenschaftlicher Arbeit stark gefördert. Im Arztberuf sind die Frauen an führender Stelle (3). Gleichwohl wird im Bericht die Betonung auf ihre Rolle als Mütter gelegt. Auch werden ihnen einige Berufe verboten, die zu schwer für sie seien. Im Bericht heißt es: „Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen heißt nicht Gleichheit in der Produktion und in Produktionsvolumen, oder physische oder geistige Gleichheit.“

Die Familie wird dort als Zelle des Patriarchats exaltiert.

In Polen wird sich vor allem um die Organisation der Landfrauen bemüht. 11 000 Hausfrauenkreise existieren heute. Die Hausarbeit wird wie eine normale Arbeit entlohnt ...

Im übrigen wies die „EVR“-Genossin auf Lohnunterschiede von 25 % in der SU zwischen Frau und Mann hin. Fazit: Wenn auch die berufliche Qualifizierung von Frauen in den sozialistischen Ländern gefördert worden sei, würde dennoch der Widerspruch Familie/Arbeit fortbestehen, und die Rolle der Familie werde dazu „natürlich“ hervorgehoben werden.

„Die Einführung von ökonomischen und juristischen Maßnahmen kann ein patriarchales System nicht erschüttern, das seine Wurzeln

Nummer 63 -	Nummer 64
Ideologie (Überbau)	Ideologie (Überbau)
Politik (Soziale Verhältnisse)	Kontrolle der Sexualität - Kontrolle der Fruchtbarkeit - Kontrolle der Arbeit
Ökonomie (Produktionsverhältnisse)	Kontrolle der Sexualität - Kontrolle der Fruchtbarkeit - Kontrolle der Arbeit
Kapitalismus (Marxismus)	Patriarchat (Feminismus)



# EINE GRUSELGESCHICHTE VON ZWEI FRAUEN, DIE SICH AUF DEN LAUTSPRECHERWAGEN „WAGTEN“

Anfangen hatte das ganze damit, daß uns die Sonntagnachmittagsparlamentsstimmung auf Demos unheimlich genervt hat. Demos sind für uns kein Selbstzweck und Parolen sind u. U. nach immer noch eine Möglichkeit unseren Protest, politische Inhalte und Empörung zu vermitteln. Also nichts wie rauf auf den Lautsprecherwagen, Stimmung machen. Die erste Demo war eine sehr angenehme Erfahrung. Es war eine Frauendemo. Nun dann, gut vorbereitet, mit mühsam erstellten Parolen sitzen wir also wieder da oben.

Parolen? Na klar!  
Durchgehen? Geht auch!  
Ansprachen? So weit reicht es noch nicht.  
(Abgesprochen war, daß wir Parolen und Durchgehen machen)

ein heftiges Gefühl der „Sicherheit“. Aber hier zu erwarten, daß Mann so was schnell, ist wohl zuviel verlangt. Na ja, aber wir sind ja gelenkig. Durch Übungen, die in jeder Krabbelstunde angebracht gewesen wären, durch ein paar Beine durch, haben wir dann erreicht, daß wir wenigstens ein paar Informationen verstehen konnten. Aber das Mikro war nach wie vor in seiner Hand.

So, die Demo war beendet, das Abschlussswort gesprochen. Nun sollte wohl alles vorbei sein. Dachten wir. Eine von uns half noch kurz beim Abbau, die andere war zufällig vom Wagen runter. Die Cracks waren verschwunden. Plötzlich wurde es furchtbar hektisch, der Wagen fuhr los. Auf Nachfragen wurde dann erklärt, was nun los ist. Der Wagen mußte so

wie was auf unseren Leserbrief erwidern wollen, dazu im AK nicht die Möglichkeit gehabt hätten. Wir haben dann vereinbart, daß wir ein Gespräch führen, allerdings nicht besprochen, daß der Leserbrief hinfiel, ist, denn es gab ja noch mehr Leserbriefe zu der Demo, mit denen was passieren mußte. Einige Zeit später, das Gespräch hatte nicht stattgefunden (es hatten sich beide Seiten nicht darum gekümmert) kam ein Rundbrief raus, mit den Leserbriefen zu der Demo. Unser Leserbrief war nicht drin. Eine absolute Schwellenlinie! Und da soll Frau immer noch den Mut und die Kraft haben, sich dagegen zu wehren.

Es nimmt immer noch kein Ende

Wieder einmal mußte sich Frau ans Telefon schmeißen. Auf unseren Anruf wurde erst mal total verblüfft reagiert, nach dem Motto: „Wieso, wir wollten doch ein Gespräch führen und ich dachte, damit wäre die Sache erledigt“. Nach einer längeren Debatte wurde dann eingesehen, daß es wohl richtig gewesen wäre, den Leserbrief in den Rundbrief zu nehmen. Der war ja nun schon raus. Sollten auf den Rundbrief noch Antworten kommen und noch einer gemacht werden muß, dann kann man ihn ja da reinnehmen. Hervorragend. Unser Leserbrief scheint nicht so wichtig zu sein, wie eine Antwort auf den Rundbrief. Es handelt sich ja nur um Frauen, die sich gegen die beschlossene Behandlung auf dem Lautsprecherwagen beschweren wollen. Unsere Wit schmort nun schon seit 7 Wochen, ohne daß über auch nur irgend etwas passiert wäre.

Das weitere hatten wir ein neues Gespräch vereinbart, wo der Genosse wieder anrufen wollte. Vergeblich. Wir haben bis heute nichts von ihm gehört. Wieder hingehalten. Wir haben dann gesagt, nun ist Schluß, unter den Bedingungen wollen wir kein Gespräch mehr mit den beiden, jetzt wird alles schriftlich gemacht. Es sei denn, die Genossen würden von selbst kommen und sagen, daß sie mit uns reden wollen, weil sie da Fragen haben oder so. Wir wollten auf jeden Fall nicht mehr hinterherlaufen. Seitdem ist das ihre beste Ausrede. Wir wollen ja nicht hinterherlaufen. Seitdem ist das ihre beste Ausrede. Wir wollen ja nicht mehr mit ihnen reden. Hätten uns nicht ein paar Frauen aufgesprengt, wären wir wahrscheinlich total frustriert gewesen und hätten kein Bock mehr gehabt.

Solche Mecker haben auf dem Lautsprecherwagen (und anderswo) nichts mehr zu suchen!

Wir möchten es uns allerdings nicht nehmen lassen, an die Herren der Schöpfung noch ein kleines Gebot abzuschicken:

Männer unser  
auf dem Wagen und davor  
geeignet sei Eure Männlichkeit,  
Eure Macht komme  
Euer Wille geschehe  
zu Hause, wie auf dem Wagen.  
Unsere tägliche Unterdrückung  
gebt uns heute  
und vergebt uns unsere Weiblichkeit  
wie wir vergeben Eure Heftigkeit  
und führt uns nicht in Verachtung  
sondern erlöst uns von unserer  
Selbständigkeit.  
Denn was ist die Macht,  
die Weibheit  
und die H E R R lichkeit  
in Ewigkeit  
(Ihr)  
(A(r)men)

Zwei Genossinnen



»Man muß die Tatsachen kennen, bevor man sie verdrehen kann«

(Mark Twain)

Antwort auf den Leserinnenbrief zum »Tod des Märchenprinzen«

Auf gefälschten Zitaten eine vernichtende Kritik aufzubauen, hat noch keinem Kritiker gut getan. ... daß ich in der Freizeit auch was mit Männern machen möchte, schreibe ich im »Märchenprinzen« auf S. 10. Daraus macht HD, ... daß ich in der Freizeit lieber was mit Männern machen möchte, und leitet daraus her, daß ich Frauen langweilig finde.

Aber selbst auf der Grundlage dieses gefälschten Zitates gehört schon einige Dreistigkeit dazu, mir diesen Vorwurf zu machen, wenn einige Sätze vorher steht, daß ich mich seit Jahren fast ausschließlich in der Frauenbewegung aufhalte.

Auch die anderen Zitate hat HD „geschickt“ aus dem Zusammenhang meines Buches gerissen und derart boshaft interpretiert, daß ihrer Interpretation wirklich nur folgen kann, wer mein Buch selber nicht gelesen hat.

Ich habe ein Buch geschrieben über meine Probleme als Hetero-Frau der linken Frauenbewegung. Über die Widersprüche zwischen meinen Emanzipationsansprüchen und meinen ehrlichen Gefühlen, die manchmal ganz schön unemanzipiert sind. Über die Probleme, die nicht nur ich, sondern viele Hetero-Frauen der Frauenbewegung haben.

Ich bin keine feministische Heldin, die ihr Buch salbatt und ohne Widersprüche beendet. Ich bin kein feministischer Roboter, der alle Weisheiten der neuen Frauenbewegung strubbelig gespeichert hat. Ich bin ein Mensch! - Ein Mensch mit Widersprüchen. Und ich habe mit meinem Buch den Schritt getan, mich mit all meinen unemanzipierten Gefühlen und meinem Nachdenken darüber zur Diskussion zu stellen. Weil ich glaube, daß es vielen Frauen so geht, und daß wir nur ehrlich etwas lernen können, wenn wir uns immer wieder unsere heutigen Gefühle eingestehen und daran arbeiten. Nicht, indem wir uns gegenseitig unsere super-emanzipierten Forderungen verbieten!

Was macht HD, nun? - Sie wirft mir z.B. vor (S. 316), daß ich den zum Schlagwort heruntergekommenen Begriff „Frauenolidarität“ hinterfrage. Daß ich es wage, diesen wichtigen Bestandteil unseres Emanzipationskampfes als etwas durchaus widersprüchliches zu reflektieren. Was antwortet HD? - Gefällte Bewegungsfrauen, denen es nie mehr passieren kann, sich auch mal unolidarisch zu verhalten?

Aber HD hat recht: So, wie sie diesen Satz aus dem Kontext gerissen hat, kann man nur noch schließen, ich hätte noch nie was von Frauenbewegung gehört. Der Aussage meines Buches wird ihre Zitierte jedenfalls nicht gerecht.

Langsam zeichnet sich HD's Leserbrief durch das Sekterertum aus, das leider in der letzten Zeit die Lesben-Seiten des AK dominiert. Eine freiwillige Entscheidung zur Sexualität mit Männern gibt es nicht.

das ist 1 m m e r Zwangsheterosexualität. Und die Frauen, die immer noch mit Männern schlafen, sind nur noch nicht so emanzipiert wie die Lesben.

Es ist nur noch von „HeTerror“ die Rede, und der Hauptfeind wird nicht mehr im Mann, geschweige denn in der staatlichen Repression, sondern in den „heterosexuellen“ Geschlechtsgenossinnen gesehen. Zu diesem Schluß muß Frau jedenfalls kommen, wenn sie den Tonfall der letzten Lesben-Artikel verfolgt hat.

Wenn die Lesben-Bewegung prinzipiell von jeder Frau fordert, ihre Hetero-Sexualität zu hinterfragen, so finde ich das richtig und notwendig. Wenn ihr Euch aber mit einer derartigen Arroganz als einzige wirklich emanzipierte Frauen hochtollt, so verschreckt ihr damit Eure eigenen „Antifeministinnen“.

emanzipierte Frauen hochtollt, so verschreckt ihr damit Eure eigenen, nicht-lesbischen Sympathisanten in der Frauenbewegung. Denn wer hat schon Lust, sich noch mit Eurem Kampf zu solidarisieren, wenn von Eurer Seite nur noch „Terrorismus“-Vorwürfe kommen? Wenn ich Artikel wie „Kommt du mit in den SUB?“ lese, dann erhalte ich Informationen über Lesben-Probleme, mit denen ich mich auseinandersetzen kann. Wenn mir aber in Euren Artikeln als einzige Identifikationsmöglichkeit die des „Terroristen“ bleibt, dann werde (nicht nur) ich bald aufhören, diese Artikel überhaupt noch zu lesen.

Ihr verlangt mit Recht, daß wir uns über Lesben-Probleme informieren, ignoriert aber mit arroganter Selbstverständlichkeit die Probleme der Hetero-Frauen. Es ist einfach sekteristisch, zu ignorieren, daß 90 % aller Frauen hier und heute Hetero-Frauen sind und ihnen platte Parolen nichts nützen.

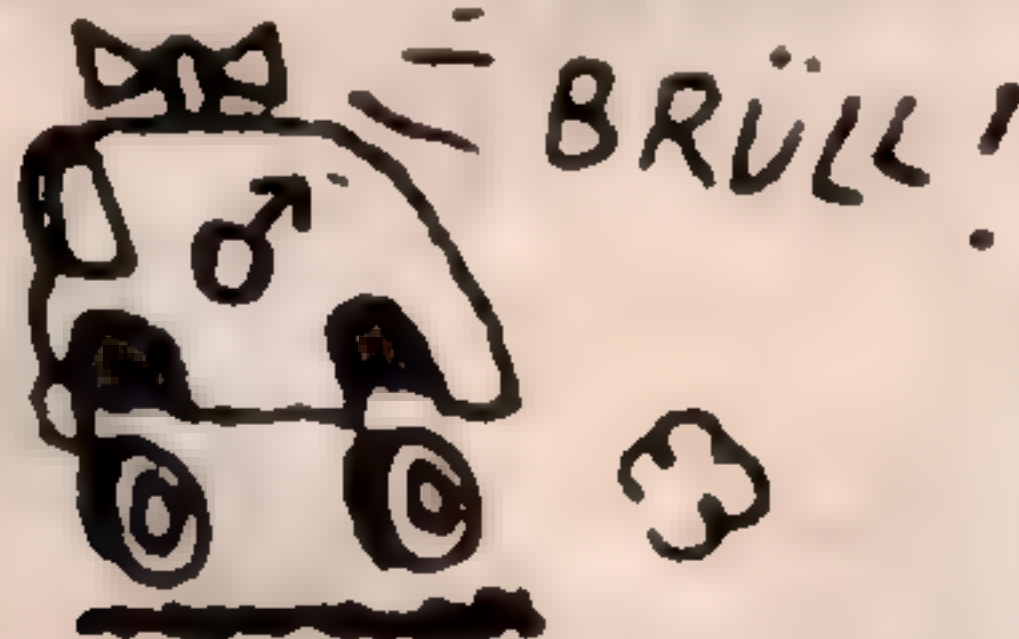
Und all die anderen, die nicht lesbisch sind, als „heterosexuell“ zu bezeichnen, ist ein zynischer Wortmißbrauch. Die Terror-Anschläge von München und Bologna vor Augen, ist Euch da nicht dieser verbale Fehlgriff den eigenen Genossinnen gegenüber selbst etwas peinlich?

Wer heterosexuell ist, ist das in Euren Augen von vornherein „zwangs“, und wird damit in die psychopathologische Ecke gestellt. Damit macht ihr genau das, wogegen ihr selber eigentlich kämpft: jemanden aufgrund seiner sexuellen Identität als krank zu erklären und „heilen“ zu wollen.

Ihr schwingt Euch in Eurem missionarischen Eifer zu „Super-emanzipierten“ auf und betrachtet alle anderen als noch nicht so emanzipiert wie Euch. Wer nicht lesbisch ist, kann auch nicht „richtig“ feministisch sein. Zu diesem Schluß kommt jedenfalls HD am Ende ihres Leserbriefes und bewertet mein Buch mit der Note „nicht feministisch“.

bleibt abzuwarten, ob es in derart emanzipiertes Höhen auf die Dauer nicht doch etwas zugig wird.

Sandra Merian



Zu Anfang ging auch alles klar, wir kamen mit einem Genossen noch gut aus. Aber andere Genossen sollten unsere Illusionen mal wieder zerstören. Plötzlich stand er da, der meinte, die Sache jetzt in die Hand nehmen zu müssen. Jetzt wurde es ungeheuer nervig auf dem Wagen. Wir Frauen waren das Mikrofon los, wir waren abgeschrieben und gezwungen, uns mit dem Meckerverhalten auseinanderzusetzen. Nicht nur die Durchgänger meinten der Genosse machen zu müssen, nein, auch die Parolen. Wenn wir das Mikro haben wollten, hat er es an den Mund gezerrt, um Parolen zu rufen. Wir haben erst 'ne ganze Weile gebraucht, um wieder soviel Selbstvertrauen zu kriegen, um rufen zu dürfen, wir haben erst 'ne ganze Weile gebraucht, um wieder soviel Selbstvertrauen zu kriegen, daß wir den Genossen kritisieren konnten. Frau ist ja soooo veräbnisvoll und es war ja so hektisch und kann frau da jemand kritisieren, weil er frau nicht wahrnimmt? Na ja, wir haben es trotzdem gemacht und prompt kam die Heftigkeit auch als Entschuldigung durch.

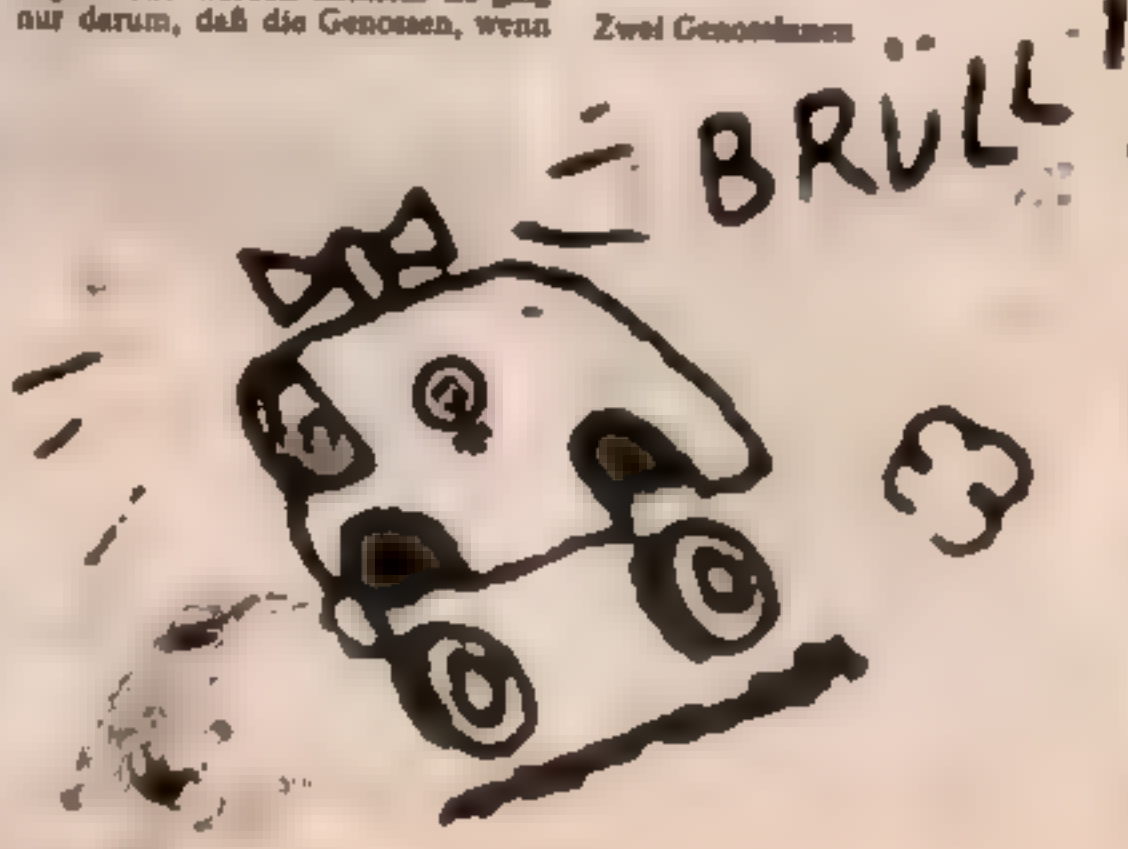
Aber jetzt ging es erst richtig los. Informationen, die wir für die Durchgänger gebraucht hätten, kamen es nicht an uns ran, die Herren standen vorne, wir hinten. Wir sind regelrecht nach vorne gekrabbelt, um was mitzukriegen. Hatten wir dann das Mikro mal in der Hand, waren wir es auch gleich wieder los. Frau hatte das Gefühl, daß sie gar nicht mehr wahrgenommen wird. Das Mikro wurde uns nicht nur weggenommen, um brennend wichtige Informationen durchzusagen, nein, nein, um Parolen zu rufen und Lieder zu singen. Wenn er dann gerade mal keinen Bock hatte oder sich ausruhen mußte, dann durften wir mal wieder Benutzt werden. Ist das Instrument, was man jederzeit in die Ecke stellen kann. Einmal war es zum Beispiel so, daß wir gerade das Mikro hatten und durch Zufall auch die Information bekommen haben, was nun gesagt werden muß. Als es dann losgehen sollte, wurde das Mikro von dem Genossen weggenommen, er hat sich nach vorne gebeugt und einen anderen Genossen gefragt, was er denn nun sagen sollte. Nun waren wir absolut sauer. Nach einem Stoß in die Seite und Gepöbel hat er uns ganz verblüfft das Mikro gegeben und es ging prima. Frau kann nämlich, wenn Mann sie rammt. Eine andere Art, unbemerkbar zu machen, war dann noch, uns das zweite Mikro zu schnappen. Aber das half auch nicht. Es kam nur zu einem Nachgeplapper seiner Parolen. Gemerkt, daß wir da sind, hat er dadurch auf jeden Fall auch nicht Informationen von draußen drängen nach wie vor nicht zu uns durch. Größtenteils war es so, daß wir über die Situation auf der Demo weniger wußten als die Demonstranten. Und das auf dem Wagen bei so einer Demo (es gab zahlreiche Knäpfeleinätze der „Ordnungshüter“) verursachte

schnell wie möglich weg. Eine von uns hatte keine Zeit mehr, sich zu verkrümeln. Auf die Idee, uns mal zu sagen, daß der Wagen gekrallt werden kann, kam keiner, obwohl es genau die wußten, die uns vorher wie den letzten Mist behandelt hatten. (Dazu kommt noch, daß es alte Hasen sind und ihnen klar sein mußte, daß wir ziemlich unsicher in der Frage waren.) Im Nachhinein haben wir z.B. erfahren, daß ein Genosse noch sagte es wird wohl Zeit für mich, daß ich mich verkrümel. Toll, was ja auch richtig und wir? Wir waren einfach vergessen worden.

Und „heter“ geht's weiter

Und „heter“ geht's weiter

Also, wir können noch nicht total reingiert, haben uns entschlossen, einen Leserbrief zu schreiben. Hätten das auch gemacht. Es wurde auch rechtzeitig abgegeben. Extra mit unserer Telefonnummer, denn er sollte ja in den neuesten AK, und falls es Nachfragen geben sollte, wollten wir die rechtzeitig klären. Nun denn, der Leserbrief war bei der Erstellung nicht in der AK-Technik. Nach etlichen Telefongesprächen hatten wir dann raus, wo er ist. Der zuständige Genosse hatte beschlossen, daß er nicht in den AK kommt. (Nebenbei bemerkt, die Genossin, die für die Frauenseiten zuständig ist, war im Urlaub). Die Begründung lief darauf hinaus, daß es sich um eine „heiße“ Demo handelt und es gefährlich werden könne, wenn wir über Leute, die auf dem Wagen waren, im AK schreiben würden. Das ist aber auch das einzige, was wir eingesehen haben, sonst nichts. Es wurde uns noch gesagt, was Mann an dem Brief nicht gut fand, z.B. daß er so unkonkret ist, das hatten wir aber absichtlich gemacht, weil wir natürlich auch vorsichtig waren, damit keine Personen usw. rauskommen. Unser Leserbrief hätte auch ohne Gefahr abgedruckt werden können. Es ging nur darum, daß die Genossen, wenn





# Auswertung der Lesbenfragebögen

Wir haben seit Anfang des Jahres ziemlich intensiv an einer Auswertung mit den Nicht-Lesben im KB gearbeitet, viel diskutiert und auch einiges im AK geschrieben. Dabei mußten wir feststellen, daß wir leider sehr wenig von dem wissen, was die Nicht-Lesben sowohl „politisch“ als auch „privat“ dazu im Kopf haben, weil ja immer noch sehr wenig darüber gesprochen wird.

Wir beschlossen daher - angeregt durch den „Männerfragebogen“ - einen Lesbenfragebogen zu machen. Nach dem Verschicken und Verteilen folgte ein wochenlanges, genauer gesagt über drei-monatiges Abwarten und Hinterbarnerven. Das magere Feedback kam: 35 beantwortete Fragebögen. Allerdings haben wir uns bei den Fragebögen, die gekommen sind, über die Offenheit und Ausführlichkeit der Antworten gefreut.

## Auswertung

Was für Frauen haben uns geantwortet - was haben diese Frauen mit der Lesbenfrage zu tun? Nach den Antworten zu Frage 1 zu urteilen, recht wenig (abgesehen vom allgemeinen Zusammenhang zwischen Frauen- und Lesbenkriminalisierung): Die Hälfte der Frauen schreibt, daß sie sexuelle Beziehungen zu Männern haben, jeweils ein Viertel hat nur manchmal Sexualität mit Männern und Frauen. Nur bei einer Frau spielen Männer überhaupt keine Rolle.

Unter Frage 9 identifizieren sich jedoch 3 Frauen als lesbisch, 8 bezeichnen sich selbst als „Bi“, weitere 4 haben ??? gemalt oder unachleben. Nach ihren anderen Antworten gehören sie auch irgendwo zwischen „Bi“ und lesbisch. Also: 13 Schreibenden haben (auch) Frauenbeziehungen, daran kann auch die vielfache Ablehnung von „Schubladen“ und „Kategorisierungen“ nichts ändern. 10 Frauen verstehen sich als heterosexuell; eine von ihnen, „... obwohl ich es am liebsten fände, wenn ich mich hätte frei entscheiden können. Mein Vater hat mich verprügelt, wenn er mich als Kind dabei erwischte, wie meine Freundinnen und ich uns gegenseitig anfing und Doktor spielten“.

Die übrigen 10 sehen sich als asexuell bzw. asexuell mit mehr oder weniger starker heterosexueller Praxis, Freundinnen und ich uns gegenseitig anfing und Doktor spielten“.

Die übrigen 10 sehen sich als asexuell bzw. asexuell mit mehr oder weniger starker heterosexueller Praxis. „Hetero- und asexuell, wobei ich die Selbstbefriedigung mittlerweile nicht mehr als Ersatz für eine fehlende oder schlechte Beziehung sehe, sondern mir auch Spaß macht, wenn ich eine ganz gute Beziehung habe“, bis zu: „Von meiner momentanen Praxis würde ich sagen, zu 10% heterosexuell und zu 90% asexuell“.

Zur Asexualität schreibt eine Frau: „Ich habe zur Zeit eine Beziehung zu einem Typen, in der sich aber seit ein paar Monaten sexual nichts abspielt, weil ich keine Lust dazu habe - noch nicht einmal zum Schmusen. Ein Grund dafür sind sicher die von meiner katholischen Erziehung herrührenden sexuellen Schwierigkeiten...“.

Von den Frauen, die uns geantwortet haben, sind ca. die Hälfte in Frauenzellen organisiert, ein weiteres Viertel wäre es gern, wenn es eine Frauenzelle oder genug Frauen dafür am Ort gäbe. 4 Frauen sind in Spezialbereichen grundorganisiert; 3 meinen, daß ihre diesbezüglichen Interessen schon durch Frauengruppen abgedeckt seien. Eine Genossin führt dazu aus, daß sie sich in gemischten Bereichen bisher nicht untergebutert fühle, oft sogar Anteilungsfunktion hat, in Zukunft aber auch für sich die Organisation in einer Frauenzelle nicht ausschließen will. Nur eine Genossin bringt in diesem Zusammenhang immer noch Anklänge an die „Notlösung“: „Daß sie im Moment keine Schwierigkeiten mit Chauvin habe, führt sie für sich als d s e Argument gegen eine Frauenzelle an. Da haben wir also sicher keine „repräsentative Stichprobe“ der KB-Frauen erwischt!

Über das Bild, das sie von Lesben haben/hatten, schreiben die Frauen: „Harte, maskuline Frauen“, „eine Art Mannweib - farsch, robust und ziemlich verderbt“ oder gar „gräßlich, eher männliche Frauen mit kurzen Haarschnitten und eben männlich gekleidet - also zwar Frauen, aber wie die, die lieber Männer sein wollen“! Das ist das Bild, das viele Genossinnen sich früher von Lesben gemacht haben - und natürlich mußte es in Lesbenbeziehungen auch die gleiche

Rollenverteilung geben, wie in Hetero-Beziehungen. „Doch wer spielt diese Rollen? 2 „keine Väter“ unter sich? Natürlich nicht - und so wird weitergesponnen, wie das Weibchen zum Mitspielen kommt. „Die haben noch nicht den richtigen Mann gehabt“. Eine andere Genossin erinnert sich: „Als ich das erste mal Lesben-theater gesehen habe, hab ich mich gewundert, daß da so viele hübsche Frauen darunter waren. Ich muß also doch gedacht haben, daß Lesben in erster Linie Frauen sind, die keinen abgekrigelt haben“.

So konkrete Vorstellungen wurden allerdings nur in ca. 1/3 der Antworten entwickelt, häufig finden sich sehr vage Beschreibungen: „Igitigtigt, die sind lesbisch - exomai - kaputt“, oder das Problem wird sofort abgehackt: „Ich habe Lesben für irgendwas exotisches gehalten - interessant, hat aber nichts mit mir zu tun“.

Schließlich schreiben ca. 1/3, daß Lesben für sie überhaupt nicht existent gewesen sind - und sie folglich auch keine Vorurteile gehabt hätten. Inzwischen hat sich das Bild etwas gewandelt: „Als mir meine eigenen sexuellen Schwierigkeiten und die Ursachen be-

kannt wurden, habe ich mich auch mit der Lesbenfrage beschäftigt - natürlich auch aufgrund der Aktivitäten der Lesbenrunden und der AK-Artikel“.

von arbeiten politisch auch viel mit Männern zusammen. Für die meisten besteht dieser Widerspruch „zeitweilig“ oder „oftemal“.

von arbeiten politisch auch viel mit Männern zusammen. Für die meisten besteht dieser Widerspruch „zeitweilig“ oder „oftemal“. Einige formulieren noch schärfer, etwa: „Die Männer erscheinen wie vom anderen Stern“ und: „Natürlich gerade ich nun häufig in Schwierigkeiten, wenn ich mit meinem Freund zusammen bin (was allerdings auch sehr selten passiert) ... weil ich mich meinem Freund gegenüber entweder wie eine Missionarin in Sachen Frauenfrage fühle, was dann häufig in einem großen Clinch endet - oder aber, ich stecke Ansprüche zurück“.

Dagegen: „Obwohl ich meine Beziehungen zu Männern auf ein Minimum reduziert habe, bin ich sexual immer noch auf Typen fixiert“. Aber: „Der Verlust liegt mir zur Zeit näher, als das, was ich evtl. gewinnen könnte, nämlich Frauenbeziehungen“.

Etwa ein Drittel der Frauen hatten schon mal Angst, lesbisch zu sein. „Ich könnte mir eigentlich immer vorstellen, lesbisch zu sein - aber schon bei den geringsten Anzeichen in dieser Richtung (weil meine Freundin und ich Tag und Nacht zusammen waren) reagierte ich mit rotem Kopf und fühlte mich sehr unwohl“. Bei mehreren Genossinnen gründete diese Angst allerdings lediglich in „Engstlichkeit“ oder der Tatsache, daß sie noch keine Männerbeziehung gehabt hatten. Wahrscheinlich haben aber noch mehr Frauen solche Ängste gehabt und sind sich dessen nur nicht mehr bewußt. So schreibt z.B. eine Frau über ihre Verdrängungsmechanismen: „Ich glaube, ich hatte ziemliche Angst. Das lief aber mehr auf der Ebene ab, daß ich das Wort ablehnte als etwas schlechtes, und alle meine Sehnsüchte in Bezug auf meine beste Freundin ... total verdrängt habe. Das ist mir erst wieder eingefallen, als ich mir meine sexuellen Gefühle in Bezug auf Frauen heute wieder eingestanden habe...“.

Ungefähr 4/3 der Frauen können sich daran erinnern, schon einmal das Bedürfnis nach sexuellem Kontakt mit einer Frau gehabt zu haben. Nicht mitgeteilt haben wir dabei die bloßen Ansprüche, wie „Ich kann mir durch aus vorstellen, daß ich auch sehr toll fand, daß ich gern hab, auch sexual zusammen-

sein mag - das geht aber bei mir bisher nur über den Kopf“ (obwohl dabei natürlich zu fragen ist, ob das so stimmt). Natürlich äußern fast alle Schwierigkeiten, solche Bedürfnisse auszuleben. Gut 1/3 hat sich das nie getraut, andere nur selten, in ganz bestimmten außergewöhnlichen Situationen. Welche Ängste spielen dabei eine Rolle? Selten wird der Verlust der „gesellschaftlichen“ (Hetero-)Sicherheit“ angeführt und nur bei einigen direkte Identitätskonflikte, also z.B. die „Angst, mich „ein-für-allemal“ entscheiden zu müssen“. Dazu gehört auch die Vorstellung, damit „den Kontakt zur anderen Hälfte der Menschheit zu verlieren“.

Viele Frauen schreiben dagegen von ihrer Verunsicherung bezüglich ihres eigenen Verhaltens. „Ich habe einige Versuche gemacht, bin aber nicht sehr weit gegangen - wußte nicht so recht, was ich mit einer Frau machen soll - bei Typen ist das ja leichter, weil da ja alles „vorprogrammiert“ ist“. Und: „Männern gegenüber hab ich inzwischen ein „selbstbewußtes Sexualverhalten“ drauf - Frauen gegenüber fühle ich mich wieder wie eine unerfahrene Vierzehnjährige“. Dieser Punkt

wird so häufig genannt, daß es sicher oft vorkommt, daß zwei Frauen die gleiche Angst voneinander haben.

wird so häufig genannt, daß es sicher oft vorkommt, daß zwei Frauen die gleiche Angst voneinander haben.

Noch häufiger wird allerdings ein anderes Problem genannt: „Ich hatte zwischenzeitlich und auch jetzt das Bedürfnis nach sexuellen Kontakten zu Frauen. Aber ich bin weit entfernt davon, das anzusprechen, weil ich Angst habe, die Freundschaft zu (Hetero-)Frauen dadurch zu zerstören“. Diese Angst, durch ein Verlangen nach Mehr, das Vorhandene, die Freundschaft zu zerstören, hat auch eine Kehrseite: etliche Frauen schreiben, daß sich ihre sexuellen Bedürfnisse bisher auf fast nur unbekannte oder sogar reine Phantasie-Frauen bezogen - eine meint dazu: „Vielleicht haben mich bisher auch immer nur Frauen angezogen, weil das ein art-reiner Selbstschutz ist...“.

Frau das einzige Mal und wir haben es bis jetzt nicht geschafft, darüber zu reden. Das finde ich eigentlich (traurig und bedenklich, zumal das Ereignis schon ein Jahr zurückliegt“.

Wenn eine andere Frau zu ihnen käme, die sich trotz Hetero-Beziehung in eine Frau verliebt hat, schreiben ungefähr die Hälfte der Frauen, so würden sie diese in dem Gefühl der Frau gegenüber bestärken. Ein geringerer Teil würde ihr raten, mit der Frau darüber zu reden. Einige schreiben, sie würden die Beziehung zu dem Typen infragestellen, oder sie zu einer Lesbe schicken, die sie kennen. 3 Frauen schreiben, daß sie gerade in eben dieser Situation sind und daher höchstens ihre Ratlosigkeit anbieten können. Einige Frauen meinen dagegen, sie sollte einfach nach dem „tieferen Gefühl“ entscheiden, oder: „Was soll schon mit ihr los sein. Gar nichts! Sie ist halt in einen Typen verliebt und in eine Frau. Das soll ja vorkommen, daß man frau zwei Menschen liebt“.

Auf die Frage 7 antworteten die meisten so ähnlich wie: „Wenn ich weiß, daß eine Frau lesbisch ist, werde ich wahrscheinlich sehr empfindlich auf ein Interesse an mir reagieren - ich werde wohl insgesamt befängener herangehen und reagieren, wie auch auf Männer - vielleicht noch abweisender, weil es nicht sein darf“. ... „Andere schreiben: „Ich weiß gar nicht, ob ich das merken würde...“ „Es würde wohl ziemlich lange dauern oder sie müßte sich sehr auffallend benehmen“.

Zu der Frage, was Lesben im Bett machen, schreiben jeweils ein Drittel: „Alles, was ihnen gefällt“ und „Streicheln, küssen, etc.“. Ein weiteres Drittel der Frauen vermuten, daß es schöner als mit einem Mann ist, weil zärtlicher. Eine schreibt, Lesben machen im Bett „das, was ich auch gemacht habe, nur mit mehr Erfahrung und weniger Angst“. Nur eine der Frauen betont, daß sie davon ausgeht, daß lesbische Sexualität nicht nur sanft und zart, sondern auch wild und leidenschaftlich sein kann.

„Lesbenunterdrückung resultiert aus der patriarchalischen Zwangsheterosexualität. Diese Infragestellung ist notwendiger Teil des feministischen Kampfes“. Mit dieser Aussage können sich über die Hälfte der Genossinnen identifizieren, denn „die Zwangsheterosexualität unterdrückt nicht nur die Frauen, die heute schon lesbisch sind, sondern alle Frauen, da durch die

identifizieren, denn „die Zwangsheterosexualität unterdrückt nicht nur die Frauen, die heute schon lesbisch sind, sondern alle Frauen, da durch die Flörderung auf den Mann den Frauen ein wesentlicher Teil ihrer Bewegungsfreiheit genommen wird“. Am zweiten Teil dieser Aussage - Lesben seien weniger zu Kompromissen mit wichtigen Institutionen des Patriarchats bereit, ist der Lager - wurde allerdings häufig Kritik geübt: dies treffe (höchstens) auf politisch bewußte Lesben zu. Vielen erscheint es auch als zumindest zweifelhaft, daß der „Hauptwiderspruch“ hier überhaupt keine Erwähnung findet. Weil der Aspekt „Kapitalismus“ hier ganz rausfällt, volleren insgesamt 3/4 für eine Kombination mit der zweiten Position - „Die Unterdrückung der Homosexuellen ist ein spezifischer Ausdruck der allgemeinen Sexualunterdrückung im Kapitalismus“. Breiten Protest ruft jedoch die Konsequenz nach: „...hergehen müssen alle Betroffenen gemeinsam kämpfen“, da hier sowohl die besondere Unterdrückung der Homosexuellen als auch der Frauen (Lesben) völlig unter den Tisch fallen. „Diese Position erinnert mich fatal an die Aufrufe zur Gemeinsamkeit und zum gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus durch den KBW“. So ist es kein Wunder, daß sich nur 3 Genossinnen hiermit identifizieren.

Wie zu erwarten, findet die These „Feminismus ist die Theorie, Lesbiantonia die Praxis“ kaum Gegenliebe, trotz Ausnahme einer Genossin. Erfreulich breit ist auch die Kritik an der ersten Position „Lesben sind eine unterdrückte Minderheit. Wir müssen sie in ihrem Kampf gegen die Unterdrückung unterstützen“. Nur 3 Genossinnen können sich hiermit identifizieren, viele empfinden sie als konzentrationenlos bis karikativ bzw. lehnen das unhinterfragte Minderheitenpostulat ab. „Lesbische Frauen dürfen wohl zu der „großen Mehrheit“ gehören, würden sie nicht verfolgt und bestraft für ihr Lesbisch-sein. Unter der herrschenden Ideologie soll gerade der Anschein bewirkt werden, daß nur ein paar ausgeflippte Frauen lesbisch seien. Wir Heterofrauen unterstützen





mal eben die Lesben' unterstützt genau diese Ideologie".

Bei Frage 15 gehen die Hälfte der Frauen davon aus, daß Schwierigkeiten mit Typen ein Grund Auslöser für Lesbischeswerden sein kann, aber auf keinen Fall der einzige. Sonst endet auch die Frauenbeziehung im Frust und die Lesben sind die Lückenbilder. Die andere Hälfte sieht diese Problematik jedoch nicht und meint, daß ein direkter Zusammenhang zwischen Schwierigkeiten mit Typen und Lesbischeswerden besteht. Mehr als die Hälfte der Frauen gehen von einer angeborenen Bisexualität aus, meinen jedoch, daß unter den herrschenden Bedingungen Bisexualität nicht (problemlos) lebbar ist. Sehr viele schreiben dabei, daß ihnen das erst nach unserem Artikel klar geworden ist. Etwa weniger als 1/3 geben Kommentare wie „interessant“, „eine Möglichkeit der Sexualität“, „optimal“. Ein anderes knappes Drittel wertet Bisexualität als eine Begleiterscheinung des „coming out“. Zur Länge des „coming out“ schreiben die meisten, daß es „einige Jahre“ dauert, „mit großen Schwankungen von Frau zu Frau“. Ein geringerer Teil vergißt nicht zu erwähnen, daß die Dauer des „coming out“ auch von der Unterstützung abhängt, die Frau dabei erfährt, „bei manchen reicht wohl das ganze Leben nicht“ und „Bei mir dauert es sicher noch zehn Jahre“.

Beim § 175 steht es öfter aus. Ungefähr die Hälfte wissen gar nicht oder nur ungenau, was der § überhaupt aussagt. „Ich mußte erst nachlesen, was drinsteht!“ Und „Ich habe 3 Genossen gefragt, keiner konnte den §“. Infolgedessen sind die Beschreibungen des § sehr vage und meist falsch. „Er verbietet jegliche Schwulheit in der Öffentlichkeit“, oder ähnliches. „Was dazu spezieller Frauenstandpunkt sein soll, weiß ich nicht“, schreiben 1/3 der Frauen. Einige wußten, daß sich der § nur auf Männer bezieht und fügten hinzu, „daß heißt aber nicht, daß Lesben weniger unterstützt sind“, ohne das allerdings zu begründen. Ungefähr ein Drittel halten den § für den Ausdruck allgemeiner Sexualunterdrückung. Die Hälfte meint: Daß Frauen im § nicht vorkommen, heißt, daß Frauen keine eigenständige Sexualität ausgesprochen wird. Nur 2 erwähnen eine mögliche Ausweitung auf Lesben: „das ist zu erwarten, wenn die Frauenbewegung stärker wird“. Über die Lesbengruppen in ihrer Stadt wußten nur 13 Frauen Genaues. 1/3 der Genossinnen stellte fest, daß sie sich darum noch nie gekümmert haben. Andererseits ist es jetzt auch vielen Genossinnen aufgefallen, daß Lesben „zu allem möglichen politisch aktiv sind“ — z.B. in Buchläden und Gewaltgruppen — nur eben nicht als Lesben. Wie zu erwarten, ist den allermeisten Genossinnen dagegen bekannt, daß es die

„...die hier mehr der Neugier...“ zu erwarten, ist den allermeisten Genossinnen dagegen bekannt, daß es die KB Lesbengruppe gibt. Nur 2 meinten, daß sie bisher noch gar nichts von uns gewußt haben. Von unserer Arbeit wissen die meisten, daß wir AK Artikel schreiben; 9 der Frauen betonen, daß sie unsere Artikel nur mehr oder weniger unregelmäßig lesen. Relativ gut im Gedächtnis haben etliche unseren „spektakulären Auftritt“ auf dem KB-Kongreß und den Frauen-VV: „Ich finde es eine merkwürdige Situation, plötzlich unter uns Frauen bewußt zu werden, daß Heterofrauen die lesbischen Frauen unterdrücken. Ich habe da wenig drüber nachgedacht und bin mir solcher Mechanismen sicher nicht bewußt. Insofern sind solche Sachen wie euer Sketch u.ä. echt wichtig. Z.B. auch mit der 218-Arbeit: Ich wäre von mir aus nicht darauf gekommen, daß das für lesbische Frauen nicht unbedingt das wichtigste Thema ist“. Im übrigen ist es mit dem Wissen um unsere Arbeit nicht weit her: 7 führen unsere Arbeit beim „Lesbenstisch“ an, jeweils 3 assoziieren „Mitarbeit in der Frauenleitung“, „Forderung nach Organisation in Lesbengruppen“ bzw. unseren „keinformalen Anspruch“. Ganze 4 Genossinnen und auch auf die Idee gekommen, daß wir vielleicht in örtlichen Lesbengruppen mitarbeiten.

Entsprechend können auch kaum Widersprüche formuliert werden. Nur zu unserer Forderung nach breiter Organisation in Lesbengruppen wird kritisch Stellung bezogen bzw. in den provokantesten Thesen unseres „Lesbianisierungspapier“: So protestieren 3 Frauen gegen die These: „Jede gelebte Heterosexualität grenzt uns aus“ und begründen das z.B. wie folgt: „Ich will euch gar nicht absperrern, — das wäre ja auch verrückt — daß das eine tägliche Erfahrung von euch ist. Für welche Konsequenzen sollen Heterofrauen daraus ziehen? ... Ich sehe nicht ein, daß ich mir ein schlechtes Gewissen antuehen soll (und das bewirkt es erstmal), weil ich heute — nach zehn Jahren — mir einigermaßen befriedigende Beziehungen zu Männern organisieren kann“.

Weiterhin kritisieren 4 Frauen den Satz „Die gleiche Heterofrau wurde für unseren (feministischen) Kampf (relativ) mehr bringen, wenn sie lesbisch wäre“. „Ich finde es falsch, jeder Heterofrau ungeachtet dessen, was sie für sich als befreiend empfindet, den Anspruch zu stellen, werde lesbisch“. Beide Thesen haben wir inzwischen zurückgenommen (vgl. unseren Artikel „Ein Gespenst“, AK 186).

Sehr gefreut haben wir uns über einige konkrete Rückmeldungen zu unserer AK-Arbeit gewünscht werden mehr „coming-out“-Artikel, außerdem was zu den Problemen von Heterofrauen/Bifrauen (mit Lesben). Diese Aufforderung sei allerdings an die betroffenen Frauen weiterzuleiten (was wir hiermit tun). Gut angekommen ist auch unsere Kritik an die Lesbenfeindlichkeit der Frauenbewegung. Nur sehr wenige Frauen haben bisher die Lesbenfrage von selbst in ihrer KB-Gruppe diskutiert. Soweit aus den Antworten ersichtlich, hat es bisher (bundesweit) nur vor Urzelen eine Lesben Diskussion in Hannover sowie kürzlich in Bremen, Frankfurt und Göttingen gegeben. Bis auf eine Ausnahme war Anlaß dafür immer unser Fragebogen bzw. unser „Lesbianisierungspapier“ (Inzwischen hat es noch mehr Diskussionen gegeben, die aber nicht mehr in die Fragebogen-Antworten mit eingegangen sind).

Die praktische Unterstützung von Lesben durch Heterofrauen stellen sich die Genossinnen wie folgt vor: In jeweils 1/3 der Antworten wird die eigene Information und Auseinandersetzung zur Lesbenfrage genannt. Hierüber müsse Frau dann auch im KB-Frauen- und Kollegenkreis diskutieren. 1/2 Frauen betonen, daß die Lesbenfrage überall zum Bestandteil (insbesondere) der Frauenarbeit gemacht werden müsse. Der Verkauf des „Lesbenstisch“ wurde 7 mal benannt. 3 mal der offensive Vertrieb anderer Publikationen (z.B. geteilte Anzeigen des AKs mit Lesbenartikeln). 6 Genossinnen beten darüber hinaus (zumindest theoretisch) Unterstützung für lesbische Öffentlichkeitsarbeit an, und ganze 3 Frauen wöhlen auch auf persönliche Probleme von Lesben eingehen. „Schließlich dieser ‚Hitparade‘ ist der Vorschlag zweier Genossinnen, eigene Untersuchungsarbeit zur Lesbenfrage machen zu wollen (Zeitungsschnippel u.ä.). Obwohl wir schon etliche Artikel mit Vorschlägen zur Unterstützung von Lesben durch Heterofrauen geschrieben haben, meinen 7 Frauen, sie bräuchten noch genauere Anweisungen von den Betroffenen, als Nicht-Betroffene seien sie inkompetent.

Noch trauriger ist allerdings die Auswertung des 2. Teils dieser Frage. Demzufolge bemühen sich 4 Genossinnen um entsprechende Diskussionen, 3 verkaufen den „Lesbenstisch“, 2 auch weitere Publikationen. Jeweils 3 haben Flugblätter verteilt bzw. sich schon einmal an einer Demo beteiligt. Nur aus Frankfurt wird berichtet, daß die Lesbenfrage schon kontinuierlich in der Frauenarbeit berücksichtigt wird, und die Bremer Genossinnen setzen anläßlich der Demo am 8. März gegen die DFL durch, daß die Lesben sowie und so radikale Transparenz mittragen dürfen, wie sie wollen. Ebenfalls nur 3 Genossinnen haben Lesben schon einmal persönlich unterstützt. Das war die gesamte „Ausbeute“ von 35 beantworteten Fragebögen.

Ein wichtiger Hinweis für dieses Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis ist wohl folgendes: „Es wäre sicherlich wichtig, das Material zu vertreiben. Ich hätte da allerdings Schwierigkeiten mit, muß ich ehrlich zugeben. Angst davor, wenn ich z.B. eine Broschüre verkaufe, dann ja auch von Frauen, die mich nicht kennen, als Lesbe ‚erkannt‘ zu werden. Schreibe!“ Nur 5 Genossinnen meinen, daß wir sie (jedenfalls manchmal) „unter Druck“ setzen. Neben jener „Forderung nach Organisation in Lesbengruppen“ wird in diesem Zusammenhang mehrmals die These „jede gelebte Heterosexualität grenzt uns aus“ (die wir bekanntlich inzwischen zurückgenommen haben) genannt.

Die allermeisten meinen, daß wir sie nicht unter Druck setzen oder betrachten „Druck“ in diesem Zusammenhang als etwas Positives. „Ein bißchen Druck machen, um in die Auseinandersetzung zu gehen, finde ich sehr gut. Mir ist beim Fragebogensausfüllen eigentlich erst aufgefallen, wie oberflächlich man so daherschwätzt ... Ich hatte bisher gedacht, ich hätte mich mit dem Thema schon auseinandergesetzt.“ Und eine andere Genossin schreibt: „Ich fühle mich von euch in keiner Weise unter Druck gesetzt, sondern nur sehr gut informiert. Vielleicht hängt es mit den eigenen Problemen von Genossinnen zusammen, wenn sie sich von euch unter Druck gesetzt fühlen? Schließlich ist es nicht einfach, seine Sexualität in Frage gestellt zu sehen!“

Zur „Forderung nach Organisation in Lesbengruppen“ meinen 15 Genossinnen, daß es im Grunde genommen sinnvoll ist, allerdings mit einigen Einschränkungen. 5 betonen, daß das ein Problem der Überzeugungsarbeit sei und man nicht einfach eine „Forderung“ stellen könne. 2 sehen die Gefahr, in ein Ghetto zu geraten, 4 meinen, daß dadurch leicht eine Überbelastung der Betroffenen entstehen kann oder sie von ihren bisherigen Arbeitsbereichen abgezogen werden. 3 Frauen betonen, „Ich bin der Meinung, daß jede Frau, die ein ‚Bedürfnis‘ danach hat, sich in einer Lesbengruppe organisieren sollte (wenn sie z.B. ganz konkret den Wunsch nach Stärkung hat)“. 3 Frauen meinen, daß die Organisation in Lesbengruppen nur für Lesben sinnvoll ist, da sonst die Gefahr bestünde, daß Hetero-Frauen auf „Abenteuerrutsche“ in Lesbengruppen gehen.

Wieviel Lesben gibt es schätzungsweise im KB? Zwei Drittel der Frauen trauten sich zu schätzen. Die Ergebnisse schwanken zwischen 12 und 100, das statistische Mittel (aufgrund von angenommenen 240 KB-Frauen) liegt bei 42,5 — und zwar Lesben, nicht „Bi“-Frauen. Das stellt allerdings unsere eigene „Hochrechnung“ (auf Grundlage einer „Emma“-Umfrage zum Anteil von Lesben in der Frauenbewegung) noch in den Schatten. Sehr treffend schreibt eine Genossin: „Es dürfen immer mehr werden, umso stärker die Lesben Diskussion in der Organisation geführt wird und umso mehr Genossinnen Frauenarbeit machen.“ Und die Diskussion hat ja gerade erst begonnen. Anfang des Jahres, als wir die KB-Lesbengruppe gründeten, kannten wir nur sechs Lesben — inzwischen sind es schon 18! Noch rapider ist die Entwicklung bei den „Bi“-Frauen: von 5 auf 21.

## Fazit

Bei den Antworten ist eine deutliche Diskrepanz aufgefallen. Die theoretischen Positionen, die die meisten Genossinnen formulieren (unter Frage 13), sind unseren erstaunlich ähnlich, auch die „eigene Betroffenheit“ wird von den meisten Frauen erkannt. Dagegen sagt sich bei Sachfragen (z.B. Frage 10/11) ein ziemlich Defizit.

Außerdem mangelt es an der praktischen Umsetzung der Theorie in eine konkrete Unterstützung von Lesben. Es fällt den Frauen schon relativ wenig ein, was sie tun könnten, tatsächlich getan wird noch weniger. LB fällt uns eher nicht die Aufgabe zu, genauere Anweisungen hierzu zu geben. Von Männern verlangen wir schließlich auch, daß sie sich selbständig mit der Frauenfrage auseinandersetzen und sie in ihrer Politik berücksichtigen!

Für uns heißt das, daß es natürlich nach wie vor richtig und wichtig ist, eine eigene Betroffenheit zu erleben. Für uns heißt das, daß es natürlich nach wie vor richtig und wichtig ist eine eigene Betroffenheit zu erkennen und eine „Position“ zur Lesbenfrage zu haben. Daß wir aber dabei nicht stehenbleiben dürfen, sondern der Anspruch, die Lesbenarbeit zum unverzichtbaren Bestandteil der Frauenarbeit zu machen, auch praktisch umgesetzt werden muß.

Lesbengruppe des KB

## Endlich eine Coming-Out-Gruppe im KB! Frauen, kommt raus!

Beim letzten KB-Lesbentreff hat sich ein Teil der Frauen zu einer Coming-Out-Gruppe zusammengeschlossen. Nachdem wir einzeln unsere „Geschichte“ erzählt haben, kamen wir sehr schnell auf das Thema „Angst“. Eigentlich haben wir alle das Bedürfnis nach Sexualität mit Frauen, aber trauen uns nicht, diese auch auszuleben.

Zum einen läßt sich dies begründen mit einer Angst vor dem eigenen Körper, der eigenen Sexualität (z.B. Onanie-Schwierigkeiten). Da Sexualität mit Männern den meisten unumgänglich bzw. als etwas Ekelhaftes erscheint, mit Frauen aber bisher abgeblockt wurde, kommt die Angst, sexuell zu sein, hinzu. Auch befürchteten einige, daß die andere erfahrenes ist, und sie nicht wüßten, wie sie sich verhalten sollten.

Bei bisherigen „platonischen“ Freundinnen gibt es einerseits, wenn sie nämlich hetero sind, Angst vor ihren Reaktionen, Ablehnung, Nicht-Verständnis oder als „Monster“ betrachtet zu werden. Wenn lesbische sexuelle Bedürfnisse bei ihrer „platonischen“ Freundin hat, muß sie sogar das Risiko eingehen, daß die Freundschaft kaputtgeht. Der dritte Komplex beinhaltet erstens die Angst vor Beziehungsansprüchen, was les-

## AK-Leserbrief zu »Kommst Du heute noch mit in den Sub?« (AK 189) Schärfere Konturen — ja bitte!

Vielleicht ist auch anderen folgendes Leitgedanke zum Auge gefallen:

„Es gibt keinen Grund, warum wir, die ‚bewußten, linken‘ Lesben, uns vom Sub distanzieren sollten, wir sind durchaus nicht so anders als die ‚Sublesben‘. Aber wir sind anders als die Leute in linken Kneipen — dafür brauchen wir uns nicht zu schämen, darauf bin ich eher stolz!“

Das schlägt doch echt dem Fall den Boden aus! Diese Frau fühlt sich irgendwelchen bunt zusammengebastelten Frauen in der Sub, die zufällig auch lesbisch wie sie sind, näher als den Linken. Schoßengel, ob diese Frauen rechts oder links sind, Hauptsache sie sind lesbisch!

Dieser neue „Hauptwiderspruch“, den P. da ausgemacht hat, ist eigentlich eine ziemlich Unverschämtheit gegenüber den „linken Leuten“, mit denen sie (z.B. im und über den KB) für eine allgemeine menschliche Emanzipation kämpfen will. Oder will sie das am Ende gar nicht?

Ich habe nichts dagegen, wenn P. sich in Bezug auf ihre Sexualität den Sub-Lesben näher fühlt als den KB-Genossinnen, die „heute noch wieder zu ihrem Typen ins Bett kriechen“ (Zitat P.). Aber sie hat es nicht so formuliert!

Sie hat es allgemein formuliert! Und da gilt für mich immer noch, daß ich mich jedem einzelnen Genossen, jeder einzelnen Genossin näher fühle (nämlich aufgrund der politischen Verbundenheit!) als jemandem, der zufällig meinen sexuellen Interessen entspricht!

Was P. formuliert hat, ist in meinen Augen kein „Kavaliersdelikt“. Meines Erachtens muß ernsthaft darüber diskutiert werden, was P. in einer kommunistischen Organisation will.

Ich fordere P. auf, diese Passage **schärfere Konturen** zu geben. **Ja/KB-Gruppe Freiburg**

Lieber Jö., offengestanden ist es mir geradezu peinlich, jetzt zu schreiben, daß ich den „Hauptwiderspruch“, natürlich, nicht darin sehe, ob 'ne Frau lesbisch ist oder nicht, aber dein Leserbrief fordert das ja.

## Kurzmeldung

Die Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg (Westberlin) hat sich mit nur 4 Gegenstimmen der CDU hinter die Beratungsstelle für Schwule und Lesben gestellt. Das heißt, daß zum ersten Mal ein Projekt der autonomen

Du stellst, rhetorisch, die Frage, „wollt sie das am Ende gar nicht?“, mit den linken Leuten für eine „allgemeine menschliche Emanzipation kämpfen“.

Meine Göttin, Jö., hast du denn überhaupt nichts kopiert? Darum geht es ja gerade, daß es nämlich verdammt schwer ist, für eine allgemeine, menschliche Emanzipation zu kämpfen, wenn du selbst (besser: ich selbst) eben gar nicht Mensch sein darfst, einen Teil von mir, meine Gefühle, meine Liebe (falls das nicht zu pathetisch ist) außen vor lassen muß, schamhaft verschweigen muß.

Wenn du doch ein bißchen mehr von dem Artikel als den letzten Absatz gelesen hättest, dann wüßtest du jetzt etwas darüber, was es heißt, in dieser Gesellschaft lesbisch zu sein. Und ob das unter den Linken, im KB, nun soviel anders ist, das, Jö., kannst du nun wirklich nicht beurteilen. Daß mein Artikel ausgesprochen provokativ ist, will ich gar nicht leugnen, es ist aber notwendig zu provozieren, damit sich überhaupt jemand damit auseinandersetzt.

Und weil wir schon mal bei „Haupt- und Nebenwidersprüchen“ sind, ist es, um bei deinen Worten zu bleiben, eine ziemlich Unverschämtheit gegenüber den Lesben, daß dir nichts Besseres einfällt, als hochkarätige Geschehnisse aufzuführen. „Meines Erachtens muß ernsthaft darüber diskutiert werden, was P. in einer kommunistischen Organisation will“, anstatt dir mal zu überlegen, was du, Jö., KB-Gruppe Freiburg, dazu beitragen könntest, daß Lesben hier und heute (und auch im KB) ein kleines bißchen mehr wie Menschen leben können!!!

Du hast aber anerkannte Vorbilder für dein Vorgehen, dich einen Druck um derartige „Nebenwidersprüche“ zu machen (vielleicht solltest du aber auch beim Studium von Engels' Werken die Konturen ein wenig schärfer ziehen, was meinst du?).

Soviel Ignoranz und Dummheit hat nicht einmal die „2“ in dieser Frage zu bieten, und mit deren Konturen warst du offensichtlich ja nicht einig.

P gg, Lesbengruppe des KB

men Schwulen- und Lesbenbewegung öffentlich (behördlich) unterstützt wird.

Ein ausführlicher Artikel folgt im nächsten AK

es gibt keine vorgefertigten Verhaltensmuster. Wir müssen uns alles neu erarbeiten, so wie wir auch lernen müssen, Frauen als potentielle Beziehungspartnerinnen zu sehen.

Am Rande bemerkt, während wir so über unsere Ängste redeten, hatten wir alle Lust, mit einigen Frauen zu schmusen, aber unser Kopf blockierte wieder einmal unseren Bauch — keine hat's gemacht. Nach der Diskussion legen wir denn alle „brav und eifrig“ eingerollt in unseren eigenen Schlafackern, versehen mit altbewährten Methoden, z.B. Buch vor's Gesicht, nach dem Motto „nur kein Körperkontakt!“. Jedenfalls hatten wir alle Interesse, hier weiterzuerbeiten. Die KB-Coming-Out-Gruppe trifft sich deshalb jetzt auch zusätzlich, das nächste Mal am 13. Dezember in Münster. Wir wollen dort vor allem über Bisexualität bzw. unser Verhältnis zu Bi-Frauen reden. Interessierte Frauen können sich wegen den an die AG Lesben über Verlag bzw. Redaktion.

We won't get it easy, but we're looking for it!

Lesbengruppe des KB/eine Sympathisantin aus Frankfurt



# »S/M — ein Phantasiespiel, das unzensuriert abläuft...« Ein Widerspruch — Linkssein und S/M?

Sadomasochist = Gewalttäter = Krimineller = Faschist?

Es sind genau diese Schemata, die in der bürgerlichen Gesellschaft immer wieder produziert werden und in unseren Köpfen aufblitzen und mit der Zeit verinnerlicht von uns wieder ausgespielt werden. Selbst ein linkes Bewußtsein schützt uns nicht davor, diese Diskriminierungsformeln anzunehmen und zu reproduzieren.

Wie unsere Denkwelt, so ist auch unser Sexualverhalten Ausdruck des gesellschaftlichen Zustandes, d.h. eine „freie Sexualität“ kann in den bestehenden Gesellschaften auf keinen Fall praktiziert werden, da wir all die Herrschaft, Unterdrückungs- und Gewaltmechanismen verinnerlicht haben.

Diese Erkenntnis ist nicht neu; es ist aber wichtig, sie gerade hier in der S/M-Debatte wieder ins Gedächtnis zu rufen, ohne aber einer Genuß-Gaulei-Bewegung das Wort zu reden und jeden anzufragen, seine Schiffe im Kopf auf Kosten anderer, oft wohl der Frauen, zu entleeren.

Andererseits aber wenden wir uns mit Entschiedenheit gegen eine Tabuisierung und Zensur von Sexualpraktiken, die auf gegenseitigem Einverständnis beruhen und lustvoll ausgelebt werden. Im alltäglichen Leben fühlen wir uns eingebunden und gemüßigt genug, daß wir uns nicht noch neue Verhaltensvorschriften beim Praktizieren unserer Sexualität auferlegen wollen. Wir setzen uns dafür ein, daß jeder seine Sexualform und -praktik erlebt, wenn sie vom Partner mitgetragen wird und sie beiden die größte Lust bereitet. Sadomasochismus ist eine existierende Sexualpraktik, in der die Sexualpartner durch Zufügung von Schmerz, durch ritualisiertes Rollenspiel von „Sich-einbegeben“ und der „absoluten Herrschaft über den anderen“ (Sexualpartner), das oft mit Hilfe verbaler Erniedrigung ausgelebt wird, ihren höchsten Lustgewinn erzielen.

## Ausflug in die Phantasiewelt

Manfred, ein praktizierender S/M'ler, mit dem wir während unserer Untersuchungsarbeit gesprochen haben, beschreibt seine Sexualpraktik so: „S/M ist ein Phantasiespiel, das unzensuriert abläuft, ähnlich einem Film im Kino, in dem der Ausflug in die Phantasiewelt erlaubt ist. Ausgangspunkt ist jedoch das gegenseitige Einverständnis der Sexualpartner, diesen Ausflug mitzumachen.“

Diese Aussage wird gestützt durch den Sexualwissenschaftler Ernest Bornemann, der darauf hinweist, „daß die tatsächlichen Handlungen oft grotesk übertrieben“ geschildert werden, so z.B. „quälend“, „verdrängen“ oder „verbrennen“. Der zeremonielle und symbolische Charakter steht im Vordergrund. „Der Außersichseinsgehalt ist nur schwer, daß der Fokus (Mittelpunkt) der sexuellen Sadomasochismus weniger auf Schmerzausführung und Schmerzduldung als auf die symbolische Darstellung der Machtbeziehung ausgerichtet ist.“ (A. Spengler, „Sadomasochismus und ihre Subkulturen“, campus-Verlag 1979 S. 43/44) Folglich ist der Inhalt eines sadomasochistischen Spiels ein anderer als er von Außenbetrachtern in die S/M-Praktik hineinprojiziert wird.

## Gewaltprojektionen

Warum findet diese Projektion statt? Fast steht, daß Gewalt und Schmerz-

## Gewaltprojektionen

Warum findet diese Projektion statt? Fast steht, daß Gewalt und Schmerzausführung, Dominanz und Unterwerfung für jeden Linken abstrakten sind und wir nicht zuletzt durch die im KB geführte „Keimform“-Debatte versuchen, um im Hinblick auf eine freie Gesellschaft diese Herrschaftsmechanismen abzuerröten.

Durch unserer bürgerliche Erziehung hindurch haben wir stets diese negativen Eigenschaften verdrängt, die dem Kapitalismus innewohnen. Diese negativen Eigenschaften, die aufgrund bürgerlicher Moralvorstellungen verdrängt werden, finden ihr Ventil in der Projektion u.a. auf Sadomasochisten. Auf diese Art und Weise haben Linke ein Hierarchiebild aufgebaut, auf dessen unterster Stufe die Sadomasochisten stehen, da sie sich in ihrer Sexualpraktik am weitesten vom bürgerlichen Moralcode entfernt haben.

Es ist schon richtig, wie E. aus der Kultur-Zelle HH in AK 150 schreibt, daß auf der Erscheinungsebene die Lederschwulen, die S/M praktizieren (nicht jeder Ledertyp ist jedoch gleich ein S/M'ler!!!), weniger gesellschaftlichen Repressionen ausgesetzt sind als die Tanten, da sie äußerlich angepaßter erscheinen. Doch kommt das Gespräch im Freundeskreis, im Heterosowie im Schwulen-Bereich auf die Sexualität und bekannt er sich offen zu seiner S/M-Praktik, so prasseln sofort unreflektierte Vorwürfe und Klischees auf ihn ein. Immer wieder muß der Sadomasochist feststellen, daß er einer Wand von Vorurteilen anheften gegenübersteht, die sich auf Äußerlichkeiten beziehen, und der äußere Beobachter Vergleiche zu Erscheinungen zieht, die nur der Form nach haltbar sind.

Führt das nicht zu den von Linken so stark kritisierten Links = Rechte-Theorien (Faschisten hier wie da)? Folglich werden die Vergleiche der realen Gewaltphänomene mit der Sexualpraktik oft auf der Basis der

eigenen Phantasien ausgeübt, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema selbst hat aber noch nicht stattgefunden.

Wenn Kt. mit Hilfe eines Fotos aus einem S/M-Katalog in AK 149 die Verbindung von S/M-Praktiken zu Holocaust herstellt, dann zieht er nur auf der Erscheinungsebene Parallelen und kritisiert Darstellungen, deren Inhalt er selbst in das Foto hineinprojiziert, die aber real in S/M-Praktiken nicht vorhanden sind.

## Ursachenforschung

Ähnlich der Ursachenforschung der Homosexualität gibt es auch beim Sadomasochismus einige Erklärungsversuche über die Entstehungsbedingungen von S/M.

Eberhard Schorsch, Leiter des Instituts für Sexualforschung in Hamburg, schreibt: „Viele von uns tragen Wunden und Narben in sich, die sie unter bestimmten sozialen Umständen erfüllt sein lassen für sadistische Reaktionen... Die Verbreitung der Affinität (Neigung) zu sadistischen Reaktionen und Brutalitäten läßt keinen anderen Schluß zu als den, daß die primäre Sozialisation (frühkindliche Entwicklung in der Familie, Ann. S/M AG) in der bestehenden Familienstruktur ein riskanter, kritischer und häufig nicht gelingender Prozeß ist. Deshalb müssen wir mit einem latenten Potential von Destruktivität (Zerstörungsbereitschaft) in der Gesellschaft leben.“ Auf die gesellschaftlichen Ursachen für eine Verbreitung und Förderung von Gewalt und Destruktivität geht E. Schorsch nicht ein, er bleibt in der Psychoanalyse und schreibt weiter: „Eine archaische (ursprüngliche) Destruktivität gehört, wie die Psychoanalyse meint, zur ursprünglichen Ausstattung des Menschen. Entscheidend für das Schicksal dieser Destruktivität ist... inwieweit die ursprüngliche Destruktivität entschärft und in soziale Antriebe umgeformt werden kann... Das fiktive Spiel des Sadomasochismus in seiner Subkultur... ist aus dem sozialen Handeln herausgenommen, es ist eine Maskerade, eine Dramaturgie mit festen Regeln, ein Agieren... aber durchaus harmlos.“ (Sexualität Konkret, 1979, S. 30/31).

Nach Schorsch wird also das archaische Destruktive des Sadomasochismus im sexuellen Spiel neutralisiert und entschärft. Er entledigt sich seiner inneren aufgeregten Spannungen. Ein praktizierender linker Sadomasochist erklärt: „Nach dem Orgasmus fällt diese Spannung und Unterwerfbarkeit ab, es ist aus und vorbei, dann können ich das ganze Zeug alles wegschmeißen.“

Nicht aus beim Praktizieren von sadomasochistischer Sexualität wird deutlich, daß wir verinnerlichte Herrschaftsmechanismen reproduzieren und ausschütten, sondern auch in jeder Alltagssituation bestimmen gesellschaftliche Zustände unser Handeln und unsere Sexualität.

## Bewußtsein und Verdrängung

Ian Young, ein kanadischer Sadomasochist, schreibt in „blueboy“ (Oktoberheft '79, S. 20-23, unter dem Titel „What's this thing called S/M?“): „Leute, die S/M-Erfahrungen haben, haben eine Möglichkeit, den Elementen von Dominanz und Unterwerfung in allen Beziehungen bewußter zu sein... Die Beschäfti-

gung mit S/M scheint die Notwendigkeit von einzelnen zu nehmen, auf der sozialen und politischen Ebene zu unterdrücken und unterdrückt zu werden, zu manipulieren und manipuliert zu werden...“

Zur Überwindung der gesellschaftlichen Widersprüche genügt die Bewußtmachung „der Elemente von Dominanz und Unterwerfung in allen Beziehungen“ nicht, sondern dazu ist die organisierte politische Arbeit unbedingt notwendig.

Darüber hinaus soll nicht argumentiert werden, daß S/M die befreiende Sexualpraktik schlechthin ist. Uns geht es vielmehr darum, klarzustellen, welchen Stellenwert diese Form von Sexualpraktik für den praktizierenden S/M'ler hat: Eine Unterdrückung der aufgeladenen Spannungen würde unweigerlich dazu führen, daß die aufgelaufenen Spannungen an anderer Stelle sich entladen.

Die abermalige AGS schreibt in AK 166, S. 31/32: „Die Frage nach dem Zusammenhang von psychischem, d.h. nicht-sexuellem, S/M und Gewalt ist die Frage nach den sozialen Folgen einer verdrängten, kaputten Sexualität in der bürgerlichen Klassengesellschaft. Die herrschende Diktatur der Normalität, deren Ausdruck eine verfassungsgemäße geschlechtliche und staatlich geforderte eheliche Fortpflanzungssexualität einerseits und die mehr oder minder starke Diskriminierung aller anderen Formen und Zusammenhänge von Sexualität andererseits ist, hat eine spezifische Sexualrepression hervorgerufen, von der einige Sexuelle (z.B. Unsel, Ford, Beach) annehmen, daß sie alle historisch vorgegangenen Gesellschaften übersteigt.“

Es schließt sich also die Frage an, ob sadistische und masochistische Praktiken nur auf die Sexualität begrenzt, oder Ausdruck von psychischen Strukturen sind, wie z.B. Identitätsprobleme, mangelndes Selbstbewußtsein etc. die auch in den Alltag und die Beziehung mit hineingetragen werden. Darüber müßte wohl noch geforscht werden, da offensichtlich ist, daß Sexualität und Psyche miteinander verbunden sind. Wo diese psychischen Strukturen im Alltag zutage treten, ist individuell verschieden und hängt letztendlich von der Verdeckung, Verdrängung oder Kultivierung der psychisch-sadomasochistischen Tendenzen ab, die teilweise über verschiedene Ventile entschärft werden. Dies ist jedoch keine spezielle sadomasochistische Erscheinung, da wir alle den Herrschafts- und Unterdrückungsmechanismen ausgesetzt sind und sie auf irgendeine Weise in uns hineinprojizieren.

Wie Schorsch schreibt, ist das sadomasochistische Spiel durchaus harmlos, was jedoch nicht bedeutet, daß es hier keine Ausuferungen gibt und es nicht zu erzwungenen oder forcierten sexuellen Handlungen kommen kann, wie in jeder anderen Sexualitätspraktik auch. In der „Schwuchtel“-Sondernummer 4 vom Juli/August 1976 erklärt Ewald, ein praktizierender S/M'ler: „Ein Sadist ist jemand, der einen anderen genüsslich quält, wobei der andere genüsslich gequält werden will. Das wirkliche Problem ist die stumpfe Gewalttätigkeit, die sich nicht am gemeinsamen Ernsten orientiert, sondern sich stumpf abregiert. Und dieses Verhalten, das müßte geändert werden. Aber das gibt es nicht nur bei Sadomasochisten. Denn dies ist eigentlich die grundsätzliche Diktation menschlichen Sexualverhaltens.“ In diesem Sinne haben wir S/M und seine wohlhabenden „Folgen“ auch nicht im geringsten Zusammenhang mit irgendwelchen Präjuden, ganz besonders nicht im Vergleich mit den brutalen Leidensgeschichten jüdischer (Ehe-)Frauen oder mißhandelter Kinder, die tagtäglich unendliche Qualen ertragen müssen bis zur körperlichen Zerstörung.

## Die „Gewaltfrage“

Der Hauptkritikpunkt am Sadomasochismus liegt in der sogenannten „Gewaltfrage“. Abgesehen davon, daß beim S/M vieles ohne Gewalt abläuft, z.B. die ganze Palette des „dirty sex“, und bei S/M-Praktiken gewöhnlich die Haut nicht zerstört wird und die Schmerzausführung eine rein oberflächliche ist, werden bei der Gewaltkritik Bereiche zusammengeführt, die sich so einfach nicht zusammenführen lassen. Während wir im Alltag, im Berufs- und Privatleben ständig mit psychischer und physischer Gewalt konfrontiert werden,

die gegen unseren Willen auf uns hereingebrochen und die mit dem Ziel der Unterdrückung und Beherrschung ausgeführt werden und letztlich destruktive und menschenverachtende Elemente aufweisen, so wird beim S/M-Spielen die Schmerzausführung und die „genehmigte Gewalt“ zum genauen Gegenteil eingesetzt, ganz bewußt zum lustvollen Ausleben der Sexualpraktik.

Auf der Erscheinungsebene wird S/M als brutale Unterwerfung und Beherrschung interpretiert, ohne zu berücksichtigen, daß dieses „Gewaltspiel“ von beiden Sexualpartnern mitgetragen wird zur sexuellen Stimulanz und einem Sich-Hingeben ohne Rücksicht auf Moral, Konventionen und alltägliche Verhaltensnormen dient. Durch die ständige persönliche Erfahrung von Gewalt im Alltagsleben und aufgrund unseres politischen Anspruchs haben wir mittlerweile eine Abwehrhaltung gegenüber Gewaltausübungen entwickelt, so daß wir oft nur noch nach der Erscheinung urteilen, dabei aber häufig übersehen, daß Gewalt aber nicht gleich „Gewalt“ ist, wie Courdi in „Schwuchtel“ Nr. 4 vom Juni/August 1976 erklärt: „Eigentlich empfinde ich Schmerzen nicht als Schmerzen, wie man sonst Schmerzen fühlt.“

Diese Situation entwickelt in mir ein positives Gefühl für den anderen, durchaus kein Hoffgefühl, im Gegenteil. Jedenfalls für den Moment ist meine Bindung zum anderen sehr stark... Bisher hatte ich noch keine größeren Wunden. Ich fühle mich dann zwar zerkratzt, aber das ist sehr angenehm. Das entspannt meinen Körper.“ Und Ewald erklärt in derselben Ausgabe, daß Schlagen ein Ausdruck von Zärtlichkeit ist, nicht um dem anderen weh zu tun: „Ich könnte ihn genauso gut küssen. Also wie gesagt die Punkte bei dem Ganzen ist wirklich nicht, jemandem weh zu tun. Denn wenn ich wirklich weh tun würde, dann hätte ich überhaupt keinen Spaß daran.“

## S/M-Kneipen = Kriminellenhöhlen?

Die Enttötung spezieller S/M-Kneipen erklärt sich aus ihrer Notwendigkeit als Kommunikations- und Kontaktpunkte für die Subkultur. Hierin unterscheiden sich S/M-Kneipen in keiner Weise von den Schwulen-Kneipen oder anderen Ghetto-Kneipen. Durch ihr Abgeschiedensein gegenüber der „normalen“ Außenwelt bieten sie allen die mögliche Begegnung Gleichgesinnter in relativer Vertraulichkeit. Der Rest „Anonymität“, der oft bewußt gewählt bleibt, bringt allerdings oft einen erwünschten Reiz.

Die rätselhafte Ausstrahlung solcher Kneipen selbst bei Tageslicht hat jedoch zu vermehrten Vorurteilen geführt. Welche Auswirkungen die Gleichsetzung von S/M-Praktiken mit Gewalt hat, zeigen die blutigen Razzien, die die Polizei in Lederkneipen durchführt, gemäß dem Motto „Sadomasochisten = Gewalttäter = Kriminelle“. Eberhard Schorsch schreibt dazu: „Es ist daher ein Irrtum, in diesen subkulturellen Zirkeln Nester potentieller „Lustmörder“ oder „Triebtäter“ zu vermuten, Polisektionen, wie sie ihn und wieder mal gesteuert werden, in denen solche Gruppen aufgestöbert und die Mitglieder in die Kerbel der Kriminalpolizei aufgenommen werden, gefährden lediglich die soziale Existenz mancher Mitglieder, dienen nämlich aber nicht der Verbrechensprophylaxe. Mir ist nur ein Patient bekannt, der in der sadomasochistischen Subkultur gut integriert war und der dann während einer schweren psychischen Krise eine Serie von Vergewaltigungen beging... So etwas ist aber extrem selten.“ (A. Spengler, „Sadomasochismus und ihre Subkulturen“, S. 8/9).



Jedes Bild der Wirklichkeit kann nur ein Ausschnitt sein. Es ist nie die Wirklichkeit selbst. Und alles, was darauf zu sehen ist, wird im Kopf des Betrachters gesehen, mit dem Kopf des Betrachters. Daher gibt es auch keine Bilder, unter die wir schreiben könnten „Das ist S/M!“ Weil S/M bei jedem Menschen, an jedem Tag, bei jeder Praktizierung anders ist.

## Sind SM-ler potentielle Faschisten?

Um einiges schwerwiegender ist der Faschismusvorwurf, der praktizierenden SM-ern oft angehängt wird. Auch hier wird wiederum nur auf der Erscheinungsebene beurteilt, nicht aber nach den Inhalten geforscht und gefragt, inwieweit der schon recht stark entpolitisierte Strömung oder den massiven inneren Abwehrmechanismen zuzuschreiben, daß das inhaltliche Merkmal des Faschismus total außer Acht gelassen wird? Während das Ziel des Faschismus die Vernichtung von Menschen ist, so ist das Spiel des Sadomasochisten entschärfend und aufbauend Gewalt und Herrschaft sind keine spezifischen Erscheinungen des Faschismus, genauso wenig wie der Faschismus keine langjährige Gesellschafts- und Herrschaftsform ist, sondern sich speziell aus der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft erklären läßt, die Gewalt und Herrschaft ebenso kannte und kennt wie der Faschismus, wenn auch nicht in derart terroristischer Form. Der Vergleich Faschismus = Sadomasochismus ist also ein inhaltlicher Vergleich bleibt unbeachtet.

Würde man den Vergleich Faschismus-Sexualität aufrechterhalten, so wäre generell zu überlegen, inwieweit Sexualität nicht überhaupt fa-schistisch ist, da sie im Sich-Hingeben und im Verschlingenwollen des anderen letztendlich auf die Zerstörung und Vernichtung des Partners abzielen würde. Vielleicht wird hier manchem deutlich, wie absurd der Vergleich zum terroristischen Unterdrückungssystem des Faschismus ist.

Ewald äußert sich zum Faschismusvorwurf so: „Ich glaube, daß das Faschistische daran das Verkleimte ist. Es gibt ja soviel angebliche Sadisten und Masochisten, die das auf ganz verkleimte Art machen, die brutal zuhauen, die vor sich selbst gehemmt sind, weil sie gar nicht zu dem Ziel kommen, das sie wollen. Der bewußte Sadomasochist, der sich selbst ernst nimmt, ist in keiner Form pervers oder faschistisch, sondern das ist ein ganz bewußter Akt und ein Versuch, um mehr Intimität zu gewinnen... Sadomasochismus ist eine Lappalie, wo man sich gegenseitig hinterherschmeißt. Alles ist fa-schistisch, was nicht zuletzt auf Liebe hinausläuft. Aber das ist in je-

Fortsetzung nächste Seite





Fortsetzung von vorheriger Seite

dem Ehebett genauso. Aber das kann man eben nicht als Sadomasochismus bezeichnen, sondern das ist nur der stumpfe Reflex von dem ganzen Rollenverhalten, wenn z.B. der Alte, wenn er betrunken ist und sich mal seine Männlichkeit beweisen muß, seine Frau im Ehebett vergewaltigt."

## Symbole und Uniformen

In diesem Zusammenhang wird von Kritikern und Kritikerinnen auch oft die „Unverständlichkeit“ der verwendeten Symbole erwähnt, wenn Uniformen oder Foltergeräte als stimulierende Hilfsmittel zum sexuellen Spiel verwendet werden. Während in der Realität diese Gegenstände einen ganz bestimmten Gehaltwert besitzen oder besaßen, so üben sie bei der SM Praxis nur symbolischen Wert aus. Sie sind entpolitisiert und dienen nur als Hilfsmittel für das ritualisierte Rollenspiel.

Manfred, den wir zu seiner SM Praktik interviewt haben, ist Kriegsdienstverweigerer. Er trägt in der Subkultur Stiefel (Bundeswehr-Knobelbecher) und eine Lederuniform, was für ihn anfangs nicht zu vereinbaren war. Doch sind dies nur Erkennungszeichen. Zugehörigkeits-symbole, Insignien, Merkmale und Werkzeuge für den Ausflug in die Phantasiwelt, mit denen er sich im Alltag nicht identifiziert. Diese Gegenstände werden von ihm bewußt eingesetzt für das Ausleben seiner Phantasiegedanken und auch nur zu diesem Zweck angelegt. Wie Fastenmasken ruhen sie sonst in der Truhe.

In der Zeitschrift „Mister SM“ (Nr. 24 vom Herbst '79, S. 22 f.) wird ebenfalls auf die Verwendung von Uniformen eingegangen: „Der SM-Spiel beinhaltet symbolische Rituale, die wir z.B. benutzen, um Macht und Brutalität auszudrücken. Und ein solches Symbol ist ohne Zweifel die SS-Uniform. Nicht so sehr, was die SS als solche betrifft, sondern mehr die SS, die nach dem Krieg durch die Medien in der Unterhaltungsindustrie in Filmen, Büchern etc. dargestellt wurde. Viele Augenzeugen finden das schrecklich und vergessen dabei, daß sie sich selber gerne Horror- und Kriegsfilm ansehen, um genau das selbe zu erleben, sie allerdings sind nur passive Zuschauer ..., während wir unsere Spiele selber registrieren und aktiv miteinleben. Jeder frohdenkende Homosexuelle und Sadomasochist weiß, daß Diktaturen letzten Endes die Sexualität der Menschen unterdrücken.“

Das Anliegen von SS-Uniformen wird aber auch in SM Kreisen nicht durchgängig so harmlos gesehen, wie es in „Mister SM“ geschildert wird. Wie schon erwähnt, verleiht die Uniform (genau wie alle anderen Utensilien) beim sexuellen Rollenspiel an inhaltlichen, politischen Wert und steht nur noch für „Macht und Herrschaft“. Für links SM-Lar, die z.B. in der Antifa-Arbeit aktiv sind, ist diese Trennung nicht zu akzeptieren und schon gar nicht zu praktizieren. Sie greifen höchstens auf alte Unterdrückungssymbole, wie z.B. mittelalterliche Folterinstrumente oder Uniformen ohne Embleme zurück, bei denen während des sexuellen Spiels eine Entpolitisierung leichter vollzogen werden kann, die jedoch im Alltagleben nicht vollzogen wird. Zu fragen bleibt schließlich noch, inwieweit der sog. „passive Zuschauer“ eines Horror- oder Kriegsfilms nicht auch SM praktiziert, er aber nur nicht sexuell tätig wird.

## Die Konsequenzen?

Insgesamt wird also deutlich, wie politisch und wichtig eine Auseinandersetzung mit dem Thema Sadomasochismus ist, nicht nur aufgrund der Frage nach den gesellschaftlichen Ursprüngen und den gesellschaftlichen Konsequenzen, sondern gerade im Hinblick auf die Beurteilung sadomasochistischen Verhaltens nur auf der Ermittelungsebene, sondern eine inhaltliche Auseinandersetzung über Faschismus - Gewalt - Sadomasochismus zu führen.

Uns geht es nicht darum, eine Missanerkennung sadomasochistischer Sexualpraktiken voranzutreiben, als vielmehr deutlich zu machen, daß eine Tabuisierung und Verurteilung von gegenseitig getragener Sexualpraktik die Grundlagen für verkleinerte Verhaltensstrukturen bilden. Hierzu sehen wir uns in Übereinstimmung mit männlichen Sexualbefreiungskämpfern (dazu zählen wir selbstverständlich s l c h t Galler, Vergewaltiger und -Verteidiger...)

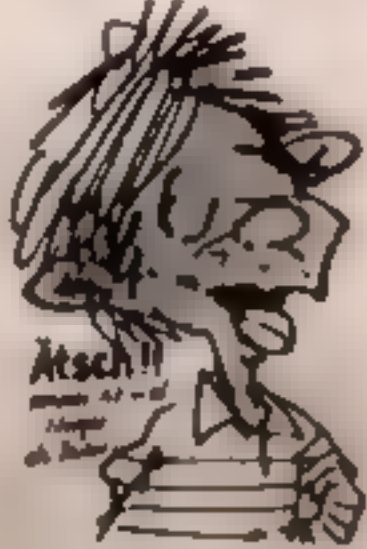
Die SM-Arbeitsgruppe der Schulungsgruppe des KB - N. P. M.

## Mann als solcher - oder Ein Leben als RoMANNze?

„Es gibt Geistesgrößen in weißen Laborkitteln oder Heiden in Air-Force-Uniformen, die sich zum Mond katapultieren lassen. Doch was tun sie? Sie stellen dort Fahnen auf. Bringen kleine Steine zurück.“ (1)

Es ist Mittwochnachmittag, Feiertag. Entfesselt und ratlos schlage ich das Buch von Phyllis Chesler „Über Männer“ wieder zu. Eigentlich wollte ich es richtig durcharbeiten. Seine Aussagen verbinden mit dem, was ich sonst darüber weiß. Einen schönen, großen, eindrucksvollen Artikel machen zur „Männerfrage“. Und nun stelle ich fest, daß mir das über den Kopf wächst. So viele Seiten und Zugänge zu diesem Thema, so viel Ansätze. „Väter und Söhne, Männer ohne Mutterleib, Mütter und Söhne, Phallische Sexualität, Brüder, Mann auf der Arbeit, Mann zuhause, Männer in New York City, Ödipus, Penis, Pornografie, Männer auf der Uni“, das sind nur einige Stichworte aus dem Inhaltsverzeichnis. Das kriege ich also nicht auf eine Reihe, und so fange ich wohl am besten beim Naheliegenden an, bei mir.

In der letzten Woche habe ich mich mit T. getroffen, mit der ich eine Zeitlang „anger“ befreundet war. Wir haben über unsere Beziehung gesprochen, damit ich „anderen Frauen gegenüber nicht wieder die gleichen Fehler mache“, wie sie sagte. Das ganze Thema beschäftigt mich seit einiger Zeit intensiver (früher habe ich mehr „große Politik“ gemacht), genauer gesagt seit der Trennung von meiner langjährigen Freundin B. vor etwa einem Jahr. Seit dieser Zeit habe ich einige Bücher dazu gelesen (je die ungeführlichste Herangehensweise für mein Selbst) und mit Freunden (zumeist Frauen) darüber gesprochen, wenn mich die Gelegenheit ergab.



Als vor fast zwei Jahren in der

Plötzlich, nach sieben „treuen“ Jahren, habe ich von meiner Freundin ab, die mir der wichtigste Mensch war. Ab über die Alpen, Ausbruch, ohne lange Diskussion. Ich wollte frei sein, wollte mich beweisen. Ich war arbeitslos, suchte Bestätigung. Ich war gleich aus dem Elternhaus (bes. „Mutterhaushalt“) bei ihr untergeschlüpft, kannte bisher keine Zeiten persönlichen Durchbruchs, keine Zeiten von Zweifel und Einsamkeit, war wohlbehütet. Auch B. hat mich sehr behütet, wir hatten „ein schönes Zuhause“. Wohl hatte ich auch während der Zeit mit ihr mal das Bedürfnis, andere Frauen, die ich eher flüchtig kannte, näher kennenzulernen, mit ihnen zu schlafen. Damit kam ich aber fast nie raus, auf B.'s Nachfragen leugnete ich einfach ab, daß mir so etwas durch den Kopf ging. Ich wollte doch der tolle Mann sein, der, anders als die anderen Typen, treu zu seiner Freundin steht. B. hatte gerade „richtig“ zu arbeiten begonnen, eine schwere Arbeit, die ihre ganze Person forderte und mich als Unterstützung, vor allem in der schwierigen Anfangszeit, mit ihren Selbstzweifeln und den Versuchen, ihre Vorstellung vom menschlichen Verhalten am Arbeitsplatz auch zu verwirklichen. Und ich habe ab. Wir telefonierten noch oft so vom Arbeitsplatz und ich aus Florenz!

Nach dieser Trennung und meiner Rückkehr, schon reichlich demoralisiert, was die Freiheit der großen weiten Welt anbetrifft, fühlte ich mich sehr einsam. Meine Bekannten waren im wesentlichen politische Freunde, denen ich persönlich nicht sehr nahe gekommen war. Engere Freunde aus früherer Zeit waren eher Fläcker, Zärtlichkeiten unter ihnen



taten wir wohl. Ich merkte auch, und

taten wir wohl. Ich merkte auch, und das war das Bitterste, daß ich überhaupt keinen richtigen Freund hatte. Ich war bis zu diesem Zeitpunkt immer auf Frauen fixiert gewesen, damit konnte ich meine männliche Eitelkeit am besten befriedigen. Das schien mir auch damals noch das Leichteste. Wo aber auf die Schnelle eine Freundin hernehmen? Und wie fest wollte ich mich eigentlich befreundeten. Ich sah die Frauen als Objekte, mit denen ich wohl mal eine Schwierigkeiten überwinden könnte. Panik und Trauer erliefen sich zuweilen („Keiner liebt mich“), ziemlich Schwankungen des Gefühls. Ich dachte einer Frau hinterher, die aber meinen überhörenden Gefühlen ihr gegenüber recht skeptisch war. Ich hätte tatsächlich alles hingenommen, wäre zu ihr gezogen, hätte gleich wieder eine „Zweiterbeziehung“ aufgemacht - was für ein Glück, daß uns das durch ihr Verhalten erspart blieb. Der Winter ging vorüber, heute denke ich an diese dunklen Tage aber nicht nur mit Grauen. Ich habe auch etwas über mich gelernt, habe Trauer (und dann auch wirkliche Freude) empfunden.

Wenn Frauen über ihre Erfahrungen mit Männern berichten, finde ich mich zumeist unwohl wieder. Sven-De Merian schreibt über Arno in ihrem Buch „Tod des Märchenprinzen“, er wolle sie als Wärmepender und Mutterchoch (S. 22), er frage nicht von selbst nach Verhütungsmitteln (30), er begreife nicht selbst die Diskussion um ihre Partnerschaft (35), er sehe oft schnell was ein und gelobe Besserung (ohne sich daran zu halten) (42), er rede aber auch, wenn es fest werde, von „Freiheit“ (49), er lasse sie in persönlichen Diskussionen nicht an ihn rankommen (73), habe eine auf die Schwanzspitze reduzierte Sexualität (88) usw.. Kenna ich fast alles!

Du bist Mann. Deine Erziehung sitzt tief. Du anderen Männern, immerhin die anderen 50 Prozent des Himmels, hast du eine Konkurrenz-situation. Du ziehst deine Selbstdarstellung ab, befeuert brillante Wortgefechte, verurteilt Überlegenheit zu erkämpfen. Allenfalls reicht es zu einem gemäßigten Bier oder



Sportplatzbesuch. Hast du persönliche Probleme, gehst du zu einer Frau, die ihre mütterliche Liebe bereithält und für dich in jeder Lage Verständnis hat. Im Bett kannst du auch mal schwach sein, aber nur, wenn du vorher gezeigt hast, daß du ein ganz toller Typ bist, mit tollem Schwanz. Und wenn das Stöhnen der Frau dir bewiesen hat - du gehst natürlich davon aus, daß es immer wirklich ganz, ganz toll für sie ist - wie gut du bist.

Du hast versucht, ziemlich bald mit der Frau zu schlafen, aber deine Geilheit hast du als solche nicht zugegeben. Nein, ihr habt euch über Berufsperspektive unterhalten. Du hast nur halb zugehört. Im Bett schaffst du es dann, ohne viel Federlesens (wäre gar nicht so unerotisch, es gibt noch viel Federbetten), deinen Samen abzuspritzen. Du hast gelernt, nicht danach zu fragen, ob Frau einen schönen Orgasmus hatte; das setzt unter Druck. Du wirst auch nicht gefragt. Dein Abspritzen gilt allgemein als „Fall erreicht“, im bessern Fall schlafen aus beide ein, im schlechtesten pennt du, und sie bleibt noch lange wach. Am nächsten Morgen bist du wirklich betroffen - aber was ändert das?

An dir hat es wohl nicht gelegen. Du hast dir ja auch nicht gerade eine sehr stark und selbstbewußt wirkende Frau ausgesucht. Das könnte ja Unterlegenheitsgefühle produzieren. Schließlich willst du das Zepter in der Hand behalten. Kritizieren darfst du dich aber. Ja, du forderst es geradezu. Sie soll dich pädagogieren, sie soll dich menschlicher machen. Dafür bist du ja mit einer Frau aus der Frauenbewegung zusammen, wenn die nicht weiß, was gut ist, was dann?

Macht dich nicht schlecht im Genossekreis, so eine richtig frauenbewegte Frau. Wie heißt es doch noch „Die beste Visitenkarte für einen Mann ist immer noch eine schöne...“ (wahlweise etwas anderes einsetzen, je nach sozialem Umfeld) Frau. Und wenn du morgen in die U-Bahn steigst, wirst du unruhig, weil da auch Frauen sitzen. In dir meldet sich der kleine Eroberer. Und du möchtest gerne wissen, was die gegenüber von dir hält, ob du noch was giltst. Vielleicht hast du mehr Schlag als der doofe Typ, der ihr gegenüber sitzt. Und bei der nächsten Fete wirst du ständig anruhig im Raum rumgucken, damit dir keine Neuankömmlinge

Und irgendwann kotzt dich dein Verhalten anheimlich an. Du verlierst die Selbstachtung. Deine vermeintliche Männerfreiheit erweist sich als Befangenheit in Strukturen und Abläufen, die du nicht rechtfertigen kannst. Wenn du über dich nachdenkst, verurteilst du dir selbst ein gutes Gewissen zu erhalten. „da du ja viel ärztlicher, richtiger, toller und weise-ich-noch-bist, dann schämst du dich wieder, Mann zu sein, ein Würstchen unter noch größeren Würstchen“ (2).

Ein partnerschaftliches Verhältnis zu einer Frau, eingebettet in Zärtlichkeit, in dem jeder mal stark sein kann, darf - und sich auch fallen lassen, gibt es so nicht. Eine abenteuerliche gemeinsame Reise in das Innere unserer Seele, unseres Kopfes und unseres Körpers geht gar nicht erst ab. Früher warst du der Reiseführer, die Reise ging aber gar nicht erst ab, weil du nicht sensibel für Mitreisende warst. Jetzt machst sie dir den Posten streitig - und ihr könntet eine gemeinsame Reise haben (1, 10). Kann nämlich eine sehr unsichere Reiseführerin sein, wenn du nicht in so etwas wie eine innere Emigration gehst oder dort bleibst.

Ich möchte aber bei diesen Reiseüberlegungen erst einmal zu dem stehen, was in mir ist. Ich will nicht mehr, aus eigener schlechter Erfahrung mit derartigen Typen rausgehen lassen, der ich nicht bin. Ich kann mich nicht auf Dauer der eigenen inneren Widersprüchlichkeit entziehen, indem ich meine „schlechte Seite“ einfach leugne. Erst ihre Offenlegung macht doppelte linke Männermoral diskutierbar.

Bei der Beschäftigung mit mir selbst sind die bisherigen Artikel im Arbeiterkampf, in denen sich Frauen ganz konkret mit uns Typen auseinandersetzen, wichtig. Es fällt aber sehr auf, daß sich Männer an der Debatte, in der es ja auch um sie geht, so gut wie nicht beteiligen. Das sei „die Sprachlosigkeit der Unterdrückten“, meint ein Genosse. Ich bin mir da nicht so sicher, wir sind doch sonst nicht so sprachlos. Ich denke, wir verstecken uns auch ein bißchen hinter den Frauen und murmeln Zustimmung, weil es natürlich viel bequemer ist. Ich hätte z.B. Interesse, von den anderen männlichen Genossen viel mehr über sich selbst zu erfahren. Wenn wir Männer einen Beitrag zur Emanzipation der Menschheit leisten wollen, müssen wir selbst unseren Platz auf diesem Weg finden. Genau so wie wir von den Frauen erwarten sollten, die Kummerkasten unserer Probleme zu sein, können wir erwarten, daß die Frauenbewegung für uns mitdenkt und klopft.

Vor einigen Tagen traf ich eine Lehrerin, die gerade Material über „Sexismus in der Schule“, die alltägliche Unterdrückung der Mädchen in der Erziehung herumachte. Etwas provokativ fragte ich, ob sie auch die Erziehung von Jungen und ihr Verhalten berücksichtigen würde. Nein, ihr Interesse sei es, daß sich die Mädchen endlich zusammen gegen die Unterdrückung durch die Jungen wehren. Sollte sie womöglich noch Verständnis für das Verhalten der Jungen aufbringen?

Tatsächlich haben Frauen jahrhundertlang Verständnis aufgebracht. So denke ich, daß die Interessen der Frauenbewegung und mein Interesse nicht immer zusammengehen können, daß sie eine positive „Selbstfindung“ des Mannes natürlich gar nicht zu ihrem Schwerpunkt machen könnten. Das müssen wir schon selbst machen, wobei es genügt, sich nicht zu laienmännlich machen könnte. Das müssen wir schon selbst machen, wobei es genügt, sich nicht zu laienmännlich machen könnte. Das müssen wir schon selbst machen, wobei es genügt, sich nicht zu laienmännlich machen könnte.

Was haltet ihr von folgendem Text? „Wenn ein Mann nicht ehrlich, herzlich und sinnlich auf andere Männer reagieren kann, wird er sicherlich Frauen unterdrücken. „Weiblichkeit“ bei Frauen ist nichts anderes als die positive Hälfte der aktiv/passiven Natur aller Männer, die von chauvinistischen Männern auf die Frau projiziert wird, um sie auszubeuten.“ (100 % maskuline Angst hat an der Psychologie des Faschismus teil, die geistige Evolution der Geschlechter hängt vollkommen davon ab, ob Männer ihre „passive“ „weiblichen“ Aspekte als innere Phänomene akzeptieren“ (3).

## Anmerkungen:

1. C. Bernard, E. Schaffer: Der Mann auf der Straße, S. 2.
2. W. H. A. Jansen (Hrsg.): ROMANNen, zwischen Traum und Wirklichkeit, S. 67.
3. H. Röder: Männergruppen - Ursachen, Wege, Schwierigkeiten, S. 11.

## Kleine Literaturauswahl

- Peter Schneider: Die Suche mit der „Männlichkeit“, in Kurzbuch 36, April 1974, S. 103 ff.
- Helmut Röder: Männergruppen - Ursachen, Wege, Schwierigkeiten, edition quel made 1976, Westberlin.
- K. Becking, H. Stöber: Männersexualität - Gespräche, Bilder, Notizen, Verlag Roter Punkt, Bremen 1980.
- Männerischen Verständigungsversuche, hrsg. von H.U. Müller-Schwefe, edition subkultur 717, Frankfurt 1979.
- W. H. A. Jansen (Hrsg.) ROMANNen, Männer zwischen Traum und Wirklichkeit, AZ Verlag Frankfurt 1979.
- Männererlebensforschung. Themenheft, punkt in padestra Februar 1979.
- Cheryl Bernard, Edith Schaffer: Der Mann auf der Straße. Über das merkwürdige Verhalten von Männern in ganz alltäglichen Situationen, rowohlt, Januar 1980.



# Märchen und Wirklichkeit

Die von Svende Marlin in ihrem „Märchen von einer, die auszog und das Umziehen lernte“ verkündete Absicht klang gut: einmal die Probleme des Zusammenlebens mit Eltern und Kindern aus der Sicht einer Frau zu schildern, die diesen Weg ohne eigenes Kind freiwillig eingeht. Was dann aber im AK 190 auf einer Seite folgt, ist sicherlich kein Beitrag zum angekündigten Thema, sondern eine pauschale und teilweise auch syntaktische Diffamierung linker Eltern.

## Entsolidarisierung ...

Svende hat diese Erfahrungen mit drei Genoss(inn)en gemacht, mit denen sie einige Zeit zusammengelebt hat. Solche Erfahrungen sind im KB leider nicht unbedingt Ausnahmeerscheinungen, über ähnliches ist schon im AK berichtet worden. Erinnert sei an den Artikel einer Genossin, „die auszog, das Fürchten zu lernen“, im Sommer 1979 (AK 158), in dem beschrieben wird, wie Frau aus einer linken Wohngemeinschaft herausgeekelt und herausgeschmissen wird und dabei auch noch einen Großteil ihres persönlichen Eigentums einbüßt. Solche Erfahrungen nahm selbst unsere damalige Z-Fraktion auf, indem sie Entsolidarisierung im KB feststellte und u.a. das Beispiel der genauso hartenherzigen wie betuchten Lehrerinnen anführte, die nicht mehr wie früher weniger gut gestellte Lehrlingsgenossen mit durchfüttern, sondern lieber ihr Wochenendhausein finanzieren.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Svende ist an der Verwirklichung dieses Bedürfnisses mit teilweise unglaublichen Methoden, die sich kaum ein bürgerlicher Vermieter herausnehmen kann, gehindert worden, zudem ist sie — was leider auch keine Ausnahmeerscheinung ist — um einiges Geld erleichtert worden. Parallelen zur Geschichte von „einer, die auszog, das Fürchten zu lernen“ sind eindeutig. Solche Darstellungen und Beschwerden gehören natürlich in den AK.

Allerdings macht Svende in einem mit ihrem Märchen teilweise etwas schwer, nämlich dort, wo es um Glaubensfragen geht. Man kann Svende glauben, daß es in ihrer ersten WG um Eifersucht ging und nicht um die Meilwürst. Man kann auch der anderen Seite glauben, daß es tatsächlich um Haushalts- und Geldfragen ging. Und keine Seite kann so schlüssige Beweise erbringen. Da unterscheidet sich Svendes Märchen vom genannten Beitrag über Fürchtenlernen. Da ging es nur um Fakten, die Angegriffenen hatten die Chance nachzuweisen, daß das eine oder andere nicht stimmt.

te Bewegung“ in der Linken? Da kann Frau eine Seite weiter im AK 190, im Interview mit Reinhart Wolff lesen, wie das einer beurteilt, der dort sehr intensiv mitgearbeitet hat: „Eine Kinderlebensbewegung, was immer Teilnahme der Eltern heißt, hat es als organisierte Bewegung eigentlich nicht gegeben, was ich im Nachhinein als einen schweren Fehler ansehe, den wir Linke damals gemacht haben.“

Das Schreckgespenst der „neuen Elternbewegung“ hat, glaubt man Svende, im AK schon reichlich zugeschlagen: „Über die Probleme von Seiten der Eltern ist inzwischen einiges geschrieben worden. Es ist an der Zeit, nun auch die Erfahrungen und Probleme der Leute zu diskutieren, die sich einmal freiwillig dazu entschlossen hatten, mit Kindern zusammenzuwohnen.“ Etwas geschrieben worden? Unserer Erinnerung nach gibt es in zweieinhalb Jahren AK ein Dutzend Artikel, in denen Eltern ihre Probleme schildern. Meistens geht es dabei um Schwierigkeiten, Kind und politische Arbeit zu verbinden, um auseinanderbrechende Beziehungen u.ä. Das Problem des Zusammenwohnens in Wohngemeinschaften bestimmt nur einen Artikel, in anderen erscheint es am Rande.

chen, wo es heißt: „Auch Eltern sind Menschen, die sich unfair und unsolidarisch, unoffen und unehrlich verhalten“, man könne die Welt da nicht in zwei Lager „Eltern/Nicht-Eltern = gut/böse“ unterteilen.

Am Ende des Märchens allerdings zerstreut Svende solche Zweifel an der Stöbrichtung ihres Artikels gründlich. Als „Morel von der Geschichte“ (natürlich, Märchen enden doch sonst immer: „Und wenn sie nicht gestorben sind, ...“) heißt es da: „Aber Svende beschließt nie wieder mit Kindern zusammenzuwohnen, weil Kinder leider immer [?] Eltern haben. Und die entpuppen sich meistens als die eigentlichen Problemkinder.“ Frau nehme Erfahrungen mit 2% der Eltern im KB, und schon kann Frau generalisieren („meistens“). Das uraut sich nicht einmal ein bürgerlicher Statistiker.

Um ganz deutlich zu machen, wie mit solcher „Generalisierungsmethode“ an sich berechtigtes Forderungen und einer nur zu berechtigten Bewegung der Garaus gemacht werden könnte, ein Parallelbeispiel: Genosse Hans zieht aus seiner Wohnung, einer relativ stabilen Situation, aus, mit zwei Frauen zusammen. Eine davon haut ihm offenbar unberechtigterweise eine

gebracht haben. Das macht eine durchschnittliche „Verweildauer“ von einhalb Jahren pro Wohnung. Umziehen zu müssen, ist ein eher typisches Problem von Eltern und Kindern. Damit soll aus nicht umgekehrt generalisiert werden, daß in Wohngemeinschaften die Elternpakete sind, auch wenn da besonders aus früheren Jahren etliche Grusgeschichten zu schreiben gäbe. Über Jahre war Kinderhaben im KB „geächtet“, entsprechend groß das schlechte Gewissen der Eltern, andere Leute mit ihren Kindern zu belasten.

Heute wiederum gibt es — neu — Beispiele, daß z.B. in einer WG entschieden wird, man wolle ein Kind, eine Frau übernimmt das Kinderkriegen — und steht nach einigen Monaten ohne die oder einen Teil der „Mitpläner“ da.

Vorurteil 2: Eltern haben viel Geld und stellen sich damit an, sie können sich sogar „kinderfreundlich“ (das sieht bei Svende tatsächlich in Anführungszeichen) am Hauskauf einer Baby-Initiative beteiligen. Tatsächlich sind vermögende Eltern unter Linken eher die Ausnahme, in der Regel ist das Leben mit einem Kind eine Sache, die vor

derfeindlich“ recht sparsam umgegangen wird. Man/frau hört z.B. in der Baby- oder Kinderinitiative öfter mal Berichte über Diskussionen in Wohngemeinschaften. Allzu oft geht es dabei darum, daß die Kinder sich zu viel herausnehmen, Beispiele dafür haben wir vor einiger Zeit im Artikel „Sind wir zu hart zu unseren Kindern“ (AK 180) gebracht. Oder es geht um so banale Sachen wie die Zimmeraufteilung in Wohngemeinschaften, wo Kind — es lebe der soziale Wohnungsbau — regelmäßig das kleinste Zimmer abkriegt. Da gibt es insgesamt sehr viele Beispiele, wo die Eltern erst nach langen Diskussionen mit Erziehern oder anderen Eltern auf die Idee kommen, daß das eine oder andere Diskussionsergebnis wohl „kinderfeindlich“ war. Kurzum: unserer Meinung nach sollte der Vorwurf Kinderfeindlichkeit lieber einmal mehr erhoben werden.

Irgendwie erinnert Svendes Behandlung des Problems an den linken Mann, der Beispiele zusammenträgt, wo Frau unberechtigt etwas als „fraueneindlich“ erklärt hat, um nachzuweisen, wie wenig sorgsam mit diesem Vorwurf von „der Frauenbewegung“ umgegangen wird — und Frau ihn deshalb tunlichst lassen sollte.

## ... und wie sie in Svendes Märchen verschwinden

Neben der Darstellung indiskutabler Gemeinheiten erscheinen in Svendes Märchen, insbesondere in der Schilderung des Zusammenlebens mit Hans und Ute, eine Reihe tatsächlicher Probleme von Eltern. Im „Elter des Ge-sehts“ wird die Welt aber dann doch in gut und böse unterteilt, wobei die Eltern den bösen Part abkriegen, und es landen Dinge in der Schublade „unfair und unsolidarisch, unoffen und unehrlich“, die dort nicht hergehören. Eine so sorglose Behandlung realer und der Auseinandersetzung wertiger Probleme — da geht die schon durch die Methode betriebene Diffamierung weiter.

Hans und Ute z.B. sind ein durch und durch „verrücktes“, werdendes Elternpaar. „Unehrlich und unoffen“ hat das Paar „gleich nach Beginn der Wohngemeinschaft“ angefangen ... sich in seiner Beziehung zu verschanzten. Alleine konnte sich [Svende] nun natürlich erst recht nicht mehr gegen die vorher abgesprochene Argumentation der beiden ankommen, die sich in der Diskussion lange immer gegenseitig die Bälle zuspielen.“

Isolierung und Rückzug werdender und gewordener Eltern ist tatsächlich ein Problem, nicht nur unter Linken. Nicht umsonst beklagen bürgerliche Politiker die wachsende Unlust junger Paare, Kinder zu zeugen. Kinderkriegen bedeutet Ausschluss aus weiten Teilen des gesellschaftlichen Lebens, insbesondere für Frauen. Denn wenn Kinder da sind, wird den Eltern allein zugeteilt, sich darum zu kümmern, vierundzwanzig Stunden am Tag, zusätzlich zu Arbeit u.ä. und mit ausgesprochen miesen Almosenzahlungen, Kindergeld genannt.

Und unter Linken? Wir haben auch die Erfahrung gemacht, daß vieles nicht mehr läuft, wenn ein Kind auf einen zukommt, ob's Kneipenbesuche sind, tief bis in die Nacht arbeiten, viel freie Zeit in die politische Arbeit zu investieren. Und darüber hinaus: die Beförderung, daß Genoss(inn)en mit dem Kopf schütteln, wenn man/frau erzählt, daß ein Kind kommt; die Angst, nicht mehr gefragt zu werden und für die nächsten Jahre halbwegs abgeschrieben zu sein. Insgesamt eine Situation, in der man/frau sich entweder total in die Haare gerät, was mit zu der hohen Rate von „Scheldungskindern“ unter Linken führt oder sich tatsächlich enger aneinander bindet oder gebunden fühlt. Wo Frau nun dann auch auf Ideen kommt, die man/frau vielleicht in früheren Jahren für abwegig bis böse gehalten hat, wie z.B. jeht viel Zeit auf eine schön eingerichtete Wohnung, ein schön eingerichtetes Babyzimmer zu verwenden.

So kommen ja auch Hans und Ute auf die abwegige Idee, Svendes freiwendiges Zimmer nicht mehr zu vermieten. Eltern lieben den Luxus, auch wenn's ihnen manchmal schwer auf der Seele liegt: „Argumentiert wird von Ute damit, sie müsse sich auf die neue Situation wirklich einstellen ... Sie muß sich wirklich darauf einstellen, daß sie demnächst in vier statt in drei Zimmern wohnt. Svende ist ja nicht schwanger. Sie muß sich nur wirklich darauf einstellen, daß sie überhaupt noch nicht weiß, wo sie demnächst wohnen wird.“ Klar, eine Vierwochen-



Mit Svendes Ankündigung, ab heute, Hans und Ute auch zu hause zu haben, ist die Diskussion über die Elternbewegung im AK 190.

## ... ein Elternproblem

Svende hat aber nicht die Absicht, ihre Erfahrungen mit Entsolidarisierungsercheinungen in der Linken, im KB darzustellen. Sie stellt einen ganz anderen Anspruch: einen Beitrag zur Diskussion in der Elternbewegung zu machen. Und das ist das Unglaubliche und Diffamierende an ihrem Märchen.

Da wird im Prolog erst einmal — es handelt sich ja um eine „Grusgeschichte“ — ein Schreckgespenst aufgebaut: wir leben nach Svendes Ansicht im „Zeitalter der neuen Elternbewegung“. Dabei steht Elternbewegung noch in Anführungszeichen, die später allerdings aufgegeben werden.

„Elternbewegung“? Wer, wann und wo? — kann man da nur um sachdienliche Hinweise bitten. Allerhöchstens gibt es einige Ansätze dafür, in der Regel nur im Rahmen einzelner Initiativen, weniger damit befaßt, Bewegung zu werden, sondern eher damit, ins Putzen und Renovieren der Initiative Bewegung zu bringen. Organisierte Kontaktaufnahme, Diskussion über gemeinsame Erziehungsvorstellungen, Forderungen an den Staat — und die kinderlosen Linken — sporadisch. Leider. Und im KB? Da ist Zusammenarbeit von Eltern weitgehend auch noch auf Initiative einzelner beschränkt. Wie spärlich die Anfänge sind, beweist z.B. die Beratung auf einem Vorkongreß Ende 1978, wo 13 Interessierte in einer Arbeitsgruppe „Kinder“ zusammensaßen, während vier bis fünfmal soviel Genoss(inn)en in anderen Arbeitsgruppen zu finden waren.

„Neue Elternbewegung“! — auch das ein Streitpunkt. Wo eine neue Bewegung ist, muß es ja auch eine alte geben. Im KB kaum, da waren die Eltern über Jahre zu schüchtern und von Gewissensbissen geplagt. Und die „al-

Mit Svendes Ankündigung aber wird der Eindruck erweckt, Frau müsse sich nun endlich einmal mit einer Tendenz auseinandersetzen, die jetzt schon etliche Male im AK vertreten worden ist. Nur das was Svende in ihrem Artikel darstellt, hat bisher kein Elternteil im AK gefordert, propagiert oder auch nur verteidigt.

Der Prolog geht aber noch weiter: „Wenn diese Seite der kollektiven Kindererziehung länger unberücksichtigt bleibt, wird die neue Elternbewegung langfristige ihren Kindern schaden.“ Ganz abgesehen davon, daß es immer unympathisch ist, im Fragen, bei deren Diskussion die Linke noch sehr unsicher auf den Füßen ist, historische Wahrheiten anzukündigen.

Das was Svende im Artikel an Entsolidarisierungsercheinungen beschreibt, hat nichts mit kollektiver Kindererziehung zu tun, ist weder symptomatisch, noch typisch für linke Eltern und auch keine notwendige Folgeerscheinung des Kinderkriegens. Svende hätte solche oder ähnliche Erfahrungen genauso oder ähnlich mit kinderlosen Genoss(inn)en in kinderlosen Wohngemeinschaften machen können. Die „Elternbewegung“ die es nicht gibt, hat keinen Anlaß sich mit solchen Dingen als Begleiterscheinungen der Elternbewegung zu befassen. Was man/frau als Genom/Genome davon halt, ist eine ganz andere Frage.

Nun mag man/frau nach dem Prolog noch einwenden, das sei vielleicht alles etwas mißverständlich formuliert, im Prinzip wollte Svende doch nur darauf hinweisen, daß es auch unter Eltern Elternpakete gibt. Zu so einem Einwand gehört zwar schon sehr viel Wohlwollen und die Bereitschaft, die Vorrede nur flüchtig zu lesen. Stützen könnte man/frau so eine Interpretation vielleicht auf die Passage im Mär-

herunter, dann wird er auch noch vor die Tür gesetzt. Zieht trotzdem wieder mit einer Genossin zusammen, fängt sich wieder eine ein, abermals unberechtigt, und muß die Wohnung räumen. Was würde Svende zu einem Artikel sagen, in dem die Frauenbewegung auf solcher Grundlage aufgefordert wird, sich mit der Gewalttätigkeit in der Frauenbewegung auseinanderzusetzen und es am Ende heißt: „Hans möchte weiter gerne mit Frauen zusammenwohnen, aber die linken Männer meistens eine 'runter'“?

## Die tatsächlichen Probleme von Eltern

Minderheiten sind ein beliebtes Objekt, negative Erscheinungen, die man auch bei ihnen in Einzelfällen findet, zu generalisieren und damit zu Eigenschaften dieser Minderheit zu erklären. Das kann man auch Vorurteilsproduktion nennen, und Vorurteile stellen in der Regel die tatsächliche Situation auf den Kopf. Das gilt auch für Svendes Artikel, auch wenn wir damit nicht bestreiten wollen, daß der Druck auf Eltern schon zu irrealen und egoistischen Ansprüchen führen kann.

### Vorurteil 1.

Es ist z.B. nicht so, daß meistens Eltern ihre kinderlosen Mitbewohner aus Wohngemeinschaften herauskeln. Eher und viel häufiger haben unsere Eltern-genoss(inn)en ihre Kinder unter den Arm genommen, Umzugskartons für zwei bis drei Personen gepackt und sind aus kinderfreundlichen Wohngemeinschaften geflüchtet. Wir kennen in unserem Bekanntenkreis ein Kind, das in zwölf Lebensjahren mindestens sechsmal umgezogen ist, dazu mindestens sieben jüngere Kinder, die es auch schon auf zwei bis fünf Umzüge

reichlich ökonomische Probleme stellen kann. Kindergeld gibt es 30 DM im Monat, u.U. muß ein Elternteil halbtags arbeiten, zumindest zeitweise, man/frau hat also im Endeffekt weniger Geld für drei als vorher für zwei Personen. Da mag man vielleicht berechnen, daß man/frau vorher über die finanziellen Belastungen nachdenkt (das mag bisweilen zu kurz kommen), aber verschwinden lassen kann man das Problem sicherlich nicht, indem man sich eine Ausnahme herausgreift. Wenn man Geld und Entsolidarisierung auf dem Gebiet der Finanzen angreifen will, gibt es wirklich bessere Objekte der Kritik als ausgerechnet Eltern. Besonders ärgerlich ist die kurze, beiläufige Erwähnung der Finanzierung der Babyinitiative. Es ist leider tatsächlich so, daß linke Eltern für die Finanzierung der Erziehung ihrer Kinder in alternativen Projekten erheblich mehr aufwenden müssen als Eltern z.B., die ihr Kind in einen städtischen Kindergarten schicken. Erinnert sei nur an ein Projekt wie das Kinderhaus Heinrichstraße, für das der Staat über drei Jahre keinen Pfennig herausrückte, so daß die Eltern so ziemlich alles zusammenkratzen mußten, was zusammenzu kratzen war.

Oder: für die Einrichtung einer Babygruppe muß man schon mit zwei bis dreitausend DM Anfangsinvestitionen pro Elternteil rechnen, sofern man überhaupt etwas gezeigtes findet.

Vorurteil 3: Eltern schlagen mit dem Hammer des Vorwurfs „Kinderfeindlichkeit“ um sich. Hans und Ute z.B. haben den Vorwurf offenbar immer unberechtigt erhoben, weil es sich beim ersten Lesen aus dem Artikel heraus (aber selbst in diesem Fall liegen die Dinge etwas komplizierter, u.U.). Tatsächlich ist es unserer Erfahrung nach aber so, daß mit dem Vorwurf „Kin-



# Initiativen gegen Kindesmißhandlung in den Niederlanden

In den Niederlanden sind Initiativen, die Kindesmißhandlungen als gesellschaftliches Phänomen einzuordnen verstehen, ebenso selten wie in anderen Ländern auch.

## De Triangel

An der Lauriergracht in Amsterdam gibt es jedoch eine Einrichtung, die ihrer Zielsetzung nach einmalig in Europa ist. Im dortigen „therapeutischen Auffangzentrum“ De Triangel werden vollständige Familien aufgenommen, um — oft zusammen mit anderen Familien — an ihren Schwierigkeiten zu arbeiten. Das geschieht so weitgehend wie möglich auf freiwilliger Grundlage und erfordert recht viel Motivation von den „Klienten“.

In De Triangel wird davon ausgegangen, daß Kindesmißhandlung oft durch das Unvermögen von Eltern und Kindern verursacht wird, in einer allen zuträglichen Weise miteinander umzugehen. Die Ungeduld der Eltern kann zum Beispiel dazu führen, daß sie ihre Kinder schlagen. Das Kleinkind, das beim Essen nach ein paar Happen alles wieder ausspuckt, fordert Geduld von seinen Eltern. Vor allem in Familien, wo der Umgang miteinander weniger verbal ist und mehr direkt erfolgt, kann eine solche Situation zu Konflikten führen. In De Triangel wird in einem solchen Fall versucht, an der Bewältigung eines solchen Konfliktes zu arbeiten. Die Familien üben miteinander das Verhalten in Situationen, aus denen Spannungen entstehen können. Zum Zentrum gehören zwar auch zwei Psychologen, lieber gesehen wird es aber in De Triangel, wenn die Familien einander helfen. Bis von einer wirklich erfolgreichen Behandlung festgefahrener Verhaltensweisen in einer Familie die Rede sein kann, sind einige Monate Arbeit notwendig.

Neben dem Selbsthilfegedanken der Einrichtung ist das Gute an De Triangel, daß die Familie während ihres Aufenthaltes in dem Zentrum weitgehend in Funktion bleibt. Vater und/oder Mutter gehen weiterhin jeden Tag zur Arbeit, die Kinder besuchen die Schule, die sie auch sonst besuchen. So wird der Eingriff in das Familienleben auf ein Minimum beschränkt (obwohl die Aufnahme in eine therapeutische Einrichtung natürlich immer ein Eingriff ist). — Unproblematisch ist der Aufenthalt in einem „therapeutischen Zentrum“ auch deshalb nicht, weil dies von den Eltern — und manchmal auch den Kindern — die Einsicht fordert, daß sie ihre Familienprobleme ohne Hilfe von außen nicht mehr bewältigen können.

Seit einiger Zeit verfügt De Triangel über ein „mobiles Team“. Eine Familie, die Schwierigkeiten hat, kann — gleich ob Tag oder Nacht — das Zentrum anrufen und es kommen zwei Mitarbeiter, um zu sehen, ob sie helfen können. So werden auch die ehemaligen Bewohner von De Triangel nicht allein gelassen, sondern können im Falle der Not immer die Hilfe des Zentrums beanspruchen.

De Triangel ist leider das einzige Zentrum dieser Art in den Niederlanden, obwohl auch an anderen Orten solche Einrichtungen notwendig sind. Aber dafür ist „kein Geld“ da; überdies verhalten sich die eher traditionell orientierten Beschäftigten im Kinderschutz gegenüber den Behandlungsmethoden in De Triangel sehr distanziert. Denn die Arbeit in De Triangel fordert einen maximalen Einsatz, was leider mehr ist, als mancher im Kinderschutz Tätige aufzubringen bereit ist.

Die Auffassung von den Ursachen der Kindesmißhandlung hat sich in den

Niederlanden in den letzten fünf Jahren ziemlich verändert. Von einer Herangehensweise, die anfänglich nur bevormundend war und kein anderes Ziel zu haben schien, als die „Moral“ im „Unterschicht“-Milieu zu kritisieren, ist wenig übrig geblieben. Das zeigt auch ein Plakat, das die „Vereinigung gegen Kindesmißhandlung“ anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens herausgegeben hat: „Arbeitslosigkeit, Ehescheidung, Wohnungsnot, Krankengesetzgebung, Schulden“ werden als die wesentlichen Ursachen für die Kindesmißhandlung herausgestellt.

## Vertrauensärzte

Mittlerweile bestehen in zehn Städten der Niederlande Büros von Vertrauensärzten, bei denen Fälle von Kindesmißhandlung gemeldet werden können. — 1972 wurden die ersten vier Vertrauensärzte für diese Aufgabe eingestellt und das Phänomen Kindesmißhandlung wurde breiter bekannt. — 1970 hatte eine Untersuchung ergeben, daß in den Niederlanden (13 Mio. Einwohner) etwa 1200 Kinder pro Jahr so mißhandelt werden, daß sie bleibende Schäden davontragen. 120 Kinder würden pro Jahr an den Mißhandlungen sterben und 12.000 Kinder pro Jahr mehr oder weniger ernsten Formen der Mißhandlung ausgesetzt sein. Rund 1.500 dieser Fälle kamen pro Jahr vor die Vertrauensärzte.

Bekanntgemacht wurde die Institution Vertrauensarzt über eine Kampagne, die recht fragwürdig war. Auf einem Foto war ein Kind zu sehen, das ein Pflaster über dem Auge hatte und den Arm im Verband trug, darunter stand der Text: „Jan ist von der Treppe gefallen. Olauben Sie das?“ Durch die Art dieser Kampagne wurde ein Klima geschaffen, in dem die Vertrauensärzte zu einer Art geheimen Nachrichtendienstes degradiert wurden. Ein allgemeines Mißtrauen wurde geschaffen, und Eltern, die — oft durch persönliche Sorgen getrieben und in dem Unvermögen, sich anders zu verhalten — ihre Kinder geschlagen hatte, wurden in fragwürdiger Manier an den Pranger gestellt.

allgemeines Mißtrauen wurde geschaffen, und Eltern, die — oft durch persönliche Sorgen getrieben und in dem Unvermögen, sich anders zu verhalten — ihre Kinder geschlagen hatte, wurden in fragwürdiger Manier an den Pranger gestellt.

Von dieser Linie ist die „Vereinigung gegen Kindesmißhandlung“ nun abgekommen. Die Entscheidung für eine gesellschaftskritische Herangehensweise scheint die richtige zu sein. Die Büros der Vertrauensärzte funktionieren, wie aus einer Studie der „Vereinigung gegen Kindesmißhandlung“ deutlich geworden ist, nicht besonders gut. Die Büros haben kaum Kontakt untereinander und beschreiben jedes für sich den Weg, der ihnen am besten erscheint. Untersuchungen über die Hilfeleistung bei Kindesmißhandlung gibt es kaum.

## Sozialarbeiter

Dazu haben die Vertrauensärzte in der jüngsten Vergangenheit mit professionellen Sozialarbeitern schlechte Erfahrungen gemacht, die an das Problem auf unverantwortliche — und die Betroffenen manchmal schlicht beleidigende — Weise herangehen. Aus der obengenannten Studie ging ebenfalls hervor, daß sich die niederländischen Sozialarbeiter in völlig unzureichendem Ausmaß mit der Kindesmißhandlung befassen. Die Vertrauensärzte bevorzugen daher oft freiwillige Mitarbeiter, die besser motiviert sind. Professionelle Sozialarbeiter geben recht schnell auf und sind nicht bereit, auch über die Bürostunden hinaus, alles zu tun, was in ihren Möglichkeiten liegt, um den Kindern und Familien zu helfen. Bezeichnend ist auch, daß diese Sozialarbeiter von den betroffenen Eltern und Kindern eher als



„Arbeitslosigkeit — Ehescheidung — Wohnungsnot — Krankengesetzgebung — Schulden. Als ob ein Kind das ändern kann“ (Dieses Plakat wurde von der „Vereinigung gegen Kindesmißhandlungen“, Den Haag, anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens herausgegeben)

„Arbeitslosigkeit — Ehescheidung — Wohnungsnot — Krankengesetzgebung — Schulden. Als ob ein Kind das ändern kann“ (Dieses Plakat wurde von der „Vereinigung gegen Kindesmißhandlungen“, Den Haag, anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens herausgegeben)

neuen Sozialarbeitern schlechte Erfahrungen gemacht, die an das Problem auf unverantwortliche — und die Betroffenen manchmal schlicht beleidigende — Weise herangehen. Aus der obengenannten Studie ging ebenfalls hervor, daß sich die niederländischen Sozialarbeiter in völlig unzureichendem Ausmaß mit der Kindesmißhandlung befassen. Die Vertrauensärzte bevorzugen daher oft freiwillige Mitarbeiter, die besser motiviert sind. Professionelle Sozialarbeiter geben recht schnell auf und sind nicht bereit, auch über die Bürostunden hinaus, alles zu tun, was in ihren Möglichkeiten liegt, um den Kindern und Familien zu helfen. Bezeichnend ist auch, daß diese Sozialarbeiter von den betroffenen Eltern und Kindern eher als

feindliche Instanz angesehen werden als als Personen, von denen Hilfe und Verständnis zu erwarten ist.

Um auch dem Kind die Möglichkeit zu geben, selbst etwas zu dem Vorgang zu sagen, der jetzt noch häufig über seinen Kopf hinweg zwischen Eltern und Sozialarbeitern ausgefochten zu werden scheint, werden seit zwei Jahren (auf Initiative der „Vereinigung gegen Kindesmißhandlung“) an einigen Orten Kindertelefone eingerichtet.

Nach einem Bericht eines Genossen aus Amsterdam

(Übersetzung und Bearbeitung: Kinderrechte-Kommision)

Fortsetzung von vorheriger Seite

frist für einen Auszug ist zu kurz (auch und gerade, weil Eltern mit solchen Fristen meine Erfahrungen gemacht haben).

Fortsetzung von vorheriger Seite

frist für einen Auszug ist zu kurz (auch und gerade, weil Eltern mit solchen Fristen meine Erfahrungen gemacht haben). Aber berechnung der Äußerer, an dieser Stelle einfach zu verschweigen, daß zu diesem Zeitpunkt die Geburt von Uten Kind unmittelbar bevorstand (wie sich aus dem Artikel rekonstruieren läßt), mit der seelischen Umstellung wohl eher doch die Geburt des Kindes und nicht die Gewöhnung an den zusätzlichen Luxus eines vierten Zimmers gemeint ist. So ein Seitenhieb ist — trotz alledem — schwangerenfeindlich.

Ein anderes, im Zusammenhang der Vorwürfe gegen Hans und Ute verankertes Problem ist die Eifersucht. Nach Svendes Glauben ist dies die Grundlage für Konflikte in der WG, Hans und Ute geben das nicht zu — und das gehört für Svende mit in die Rubrik „unoffen, unehrlich, unfair“.

Schwanger zu sein ist für Frau nicht nur das erhebende Gefühl, daß der Bauch immer dicker wird. Es ist gleichzeitig — äußerlich — verbunden mit dem Problem, nicht mehr zu wissen, was Frau anziehen soll. Schwangerschaftsklamotten: kariert, mit Rüschen — einfach zum Weglaufen. Da drängt sich natürlich die Frage auf: Ist Frau noch attraktiv, sexuell begehrt (der dicke Bauch erscheint „dabei“ nämlich manchmal auch „störend“)? Auf der anderen Seite psychische Veränderungen. Oftmals das Gefühl, irgendeinen Halt zu brauchen, gar nicht mehr so emanzipiert zu sein wie früher, sich an den Freund öffnen zu wollen. Wenn dann noch offener oder ungeschwelliger Ärger mit dem Typ dazu kommt, ist der Weg zu deutlich geäußerten oder verzweifelt verschluckter Eifersucht nicht gerade weit. Wir halten es für keinesfalls schlimm und auch für keinen Ausdruck miesen Charakters (unehrlich, unoffen, unfair), wenn solche Eifersucht irgendwo geäußert wird, auch wenn wir in anderen Situationen Eifersucht als etwas betrachten, wogegen Frau/man etwas angehen sollte.

Über solche Entwicklungen gehen häufiger Freundschaften „boden“, insbesondere jahrelange Frauenfreundschaften, weil freundschaftlich (kopfschüttelnd) reagiert auf die Eröffnung, daß Frau ein Kind haben möchte und bekommt oder weil Frau (und werdende Mutter) mehr mit Mann (und Vater) machen möchte. Einseitige Schuldzuweisungen sind da sicher gänzlich fehl am Platz.

Zum letzten an die Seite gedrängten Problem — dem Bezugspersonenwechsel — den Svende am eigenen Leib erlebt. Sie hat eine Beziehung zu Hartwig aufgebaut, der mag sie offenbar auch. Sie hat viel Zeit darauf verwandt, über seine Probleme nachzudenken und zu

diskutieren. Die von ihr herausgefundenen Gründe für Hartwigs „Verhaltensstörungen“ leuchten ein bis auf Punkt 9. Es ist unserer Erfahrung nach eine ganz alltägliche Reaktion kleiner Kinder, zu weinen, wenn die Mutter (sofern Kind so etwas hat) nach längerer Abwesenheit wieder kommt.

Abrupte Bezugspersonenwechsel, noch dazu häufig, gehören zu den meisten Erfahrungen, die insbesondere Kinder von Linken gemacht haben. Genauso oft, wie sie auf einsamen Entscheidungen von Eltern oder einem Elternteil beruhen — wie in Svendes und Hartwigs Fall — ergeben sie sich daraus, daß ein Elternteil oder eine andere Bezugsperson einfach abhaut, weil es mit der Mutter, mit dem Kind oder mit den Verhältnissen einfach „zu nervig“ ist. Das ist aber zugleich ein Punkt, über den „die Elternbewegung“ im KB schon länger kontrovers diskutiert, der also nicht „unberücksichtigt“ geblieben ist.

„Kinder im KB haben das Recht auf emotionale Sicherheit. Dabei gibt es die unterschiedlichsten Rahmen für diese Sicherheit: die Beziehung zu zwei Elternteilen; zu einer alleinstehenden Mutter; zu zwei Frauen, die gemeinsam für die Erziehung verantwortlich sind; zu bestimmten Kindern, mit denen es befreundet ist, Erziehern in einer Initiative etc. Sicherheit gewinnen Kinder in solchen Verhältnissen, wenn sie sich auf deren Langfristigkeit und Ernsthaftigkeit verlassen können.“ („Themen zum Leben und Arbeiten mit Kindern und ihren Interessen“, beschlossen und verkündet von der Elternbewegung im KB — ca. 20 Elternteile — im November 1979, AK 168, S. 33)

„Kinder im KB haben das Recht auf emotionale Sicherheit. Dabei gibt es die unterschiedlichsten Rahmen für diese Sicherheit: die Beziehung zu zwei Elternteilen; zu einer alleinstehenden Mutter; zu zwei Frauen, die gemeinsam für die Erziehung verantwortlich sind; zu bestimmten Kindern, mit denen es befreundet ist, Erziehern in einer Initiative etc. Sicherheit gewinnen Kinder in solchen Verhältnissen, wenn sie sich auf deren Langfristigkeit und Ernsthaftigkeit verlassen können.“ („Themen zum Leben und Arbeiten mit Kindern und ihren Interessen“, beschlossen und verkündet von der Elternbewegung im KB — ca. 20 Elternteile — im November 1979, AK 168, S. 33)

## Endlich 'mal ein offenes Wort?

In der Diskussion um Svendes Märchen hört man neben begeisterten Stellungnahmen („So richtig aus dem Leben gegriffen“) vor allem das Argument, daß hier endlich einmal ein offenes Diskussionsanstoß zum Verhältnis zwischen Elterngegnen(innen) und kinderlosen Genossen(innen) veröffentlicht worden ist. Wir haben dargestellt, wieso wir Svendes Märchen kaum für eine Beitrag zu dieser Frage halten, besser: für einen, der daneben geht.

Bei allem berechtigten Ärger, den Svende haben mag und bei aller berechtigten Empörung über die von ihr dargestellten Formen der Entsolidarisierung: einen Grund, der KB-Eltern, die doch wirklich recht zaghaft begonnen haben, ihre Position zu bestimmen und Forderungen zu erheben, damit zu erschlagen, gibt es sicher nicht. Oder?

Eltern eines kranken Kindes aus Hamburg

## Zum fünften Mal: »Alle spielen fürs Kinderhaus«

Wie in den vergangenen vier Jahren halfen auch in diesem Jahr Musiker dem Kinderhaus Heinrichstraße in Hamburg. Am 29.11. ließ es, wie dreimal davor schon: „Alle spielen fürs Kinderhaus“. Diesmal allerdings nicht — wie 1979 — an drei Abenden, sondern durch zwei Konzerte an einem Tag: fünf Stunden nachmittags und etwas mehr am Abend mit über 100 Künstlern auf der Bühne!

Mit dabei waren Gruppen und Musiker, für die die Teilnahme an dieser Benefiz-Veranstaltung offenbar eine Tradition ist: Helmut Ruge, Stintfunk, Michael Naura & Wolfgang Schlüter, Schneewittchen, Brunos Salon Band, Liederjan, Torfrock, Gerd Woltschön, Elephanz, Frizz, Alcatraz, die Sintis von Swing Gipsy Rose und dem Duo „Z“, Reiner Schöne & Band und der Jazzpianist Joachim Kühn; nach 3 Jahren Pause auch wieder Gottfried Böttger und Vince Weber.

Neu dabei waren Champion Jack Dupree, Ulla Meinecke und Band aus Westberlin, Ina Deter mit ihrer Band, Mitch Ryder mit seinen amerikanischen Rockers, Highway, Lake & Känguruh, Bad News Reunion und die Brüder Hein & Oss, die Lieder vortrugen, deren Text einige leider schon wieder vergessen haben („Einheitsfrontall“ von Bert Bruchl z.B., die „Moonsoldaten“ oder Jose Alfonso „Grandola“). Andere alte Freunde des Kinderhauses wie Alexis Korner, Konstantin Wecker und Sounds of Soweto

schraben, daß es ihnen leid tue, diesmal nicht dabei sein zu können. Insgesamt war es wieder ein Musikprogramm, das in der Vielseitigkeit seinesgleichen sucht und wohl nur zustande kommen kann, wenn viele kinderfreundliche Kulturschaffende beschließen, ihren Beitrag für einen notwendigen Zweck zu leisten.

Und dieser Zweck ist, wie in den vergangenen Jahren auch, die Erhaltung des Kinderhauses Heinrichstraße. Zwar ist der finanzielle Druck auf diese alternative Kindertagesstätte für 70 Kinder geringer geworden, seitdem der Hamburger Senat reguläre Zuschüsse zu den Unterbringungskosten der Kinder dort zahlt. Allerdings läßt sich mit diesen Zuschüssen allein und den Beiträgen der Eltern die Erziehung, die das Kinderhaus machen will, nicht finanzieren: Der Senat bezieht Personalkosten z.B. nur auf der Basis der Gruppenfrequenzen, die er in den städtischen Heimen hat: Eine Erzieherin für 25 Schulkinder, eineinhalb für 20 Kleinkinder. Das Kinderhaus ist der Ansicht, zwei Erzieher für 17 Schulkinder zu benötigen, damit kein Kind zu kurz kommt. Ähnliche Konflikte gibt es um Kosten für Essen, Gruppenreisen und was sonst noch für Kinderbetreuung gebraucht wird. So meint der Senat ernsthaft, 8 DM pro Kind im Monat reichen für Unternehmungen. Insgesamt, so rechnet das Kinderhaus vor, lagen seine Ausgaben 1979 um ca. 70.000 DM über dem, was

die Behörde bezuschussen wollte. Logisch, daß da ein Benefiz-Konzert notwendig wird.

Dabei betont das Kinderhaus allerdings, daß es ihm nicht darum geht, nun für sich selbst das Schäfchen ins Trockene zu bringen: „Wir werden darum kämpfen, daß man sich im Jugendamt auch endlich an den Bedürfnisse der Kinder orientiert. Und zwar nicht nur, was die 73 Kinderhauskinder angeht, sondern auch die über 30.000 anderen Hamburger Kinder, die in Tagesstätten gehen“.

Daß das Kinderhaus da mit seiner Forderung um angemessene Zuschüsse nicht allein steht, beweist ein Streik von Erzieherinnen und Erziehern in Westberliner Tagesstätten Anfang Dezember, die u.a. einen zweiten Erzieher pro Gruppe (wie im Kinderhaus) fordern.

Thema dieses Abends war auch das kirchliche Berufsverbot gegen den fortschrittlichen Pastor und Kinderhaus-Freund seit Jahren, Ulrich Hentschel aus Rellingen, und die merkwürdigen Ansichten des Vorgesetzten Propstes und Militärblacks, Sigo Lehmig. Das Kinderhaus und sein Freundeskreis hat einen Protestbrief an die Kirchenleitung verfaßt, den mehrere hundert Konzertbesucher ebenfalls unterschrieben haben.

All dieses und weiteres bildete den Inhalt für die engagierte und gutge-

Fortsetzung nächste Seite



An die Kirchenleitung  
der Nordelbischen Kirche  
Danische Straße 21 - 35  
2300 Kiel

Sehr geehrte Damen und Herren!  
Wir kennen Pastor Ulrich Hentschel als Mitglied des Vereins Kinderhaus Heinrichstraße und dessen Beitrag aus z.T. jahrelanger Zusammenarbeit. Wir kennen sein soziales Engagement, seinen besonnenen Rat und sein Gefühl für Gerechtigkeit, die sich in dieser Arbeit zugunsten von Kindern und Jugendlichen ausgewirkt haben.

Wir haben deshalb mit Entsetzen und Bestürzung davon Kenntnis erhalten, daß Sie in der vergangenen Woche Pastor Hentschel von seiner Tätigkeit in der Kirchengemeinde Rellingen suspendiert und ein Vernetzungsverfahren eingeleitet haben.

Soweit uns bekannt ist, begründen Sie diese Maßnahme insbesondere mit einer durch Ulrich Hentschels Engagement für den Frieden herbeigeführten angeblichen Spaltung der Gemeinde. Vorgehalten werden ihm z.B. eine Weihnachtspredigt zu diesem Thema, die einige von uns selbst gehört haben, und die ausführliche Behandlung des christlichen Friedensauftrages im Konfirmandenunterricht und des Rechtes, den Kriegsdienst zu verweigern.

Wir sind der Ansicht, daß angesichts sich vergrößernder Kriegsgefahren und sich ausweitender kriegerischer Konflikte in der Welt das Engagement für den Frieden selbstverständliche Aufgaben nicht nur von Pastoren ist. Zu diesem Engagement gehört es für uns, über die Möglichkeiten zu informieren, zum Frieden beizutragen, als auch von der Notwendigkeit sol-

für uns, über die Möglichkeiten zu informieren, zum Frieden beizutragen, als auch von der Notwendigkeit solcher Aktivitäten zu überzeugen. Dies gilt insbesondere für die junge Generation, die in diesem Land noch keinen Krieg erleben mußte und der Bedrohung des Friedens vielleicht etwas achillos gegenübersteht, wenn es ihr an Information und Auseinandersetzung um dieses Thema fehlt. Wir versuchen in diesem Sinne in Berufen als Journalisten, Erzieher, Lehrer und Hochschullehrer tätig zu sein, wie unser Kollege Ulrich Hentschel es als Pastor versucht hat. Wir sind dabei bisher davon ausgegangen, bei solchem Engagement auch und gerade die Kirchen Unterstützung zu finden. Wir haben nicht geglaubt, daß solche Aktivitäten in der Kirche selbst mit disziplinarischen Maßnahmen belegt werden.

Wie wir weiter erfahren haben, sind die Maßnahmen gegen Ulrich Hentschel im Wesentlichen von Probst Lehmgut aus Pinneberg befürwortet worden, der gleichzeitig evangelischer Militärkaplan für die BRD ist. Probst Lehmgut ist, wie in der „Frankfurter Rundschau“ zu lesen war, der Ansicht, es diene dem Frieden mehr, wenn man Soldat der Bundeswehr sei.

Viele von uns sind demgegenüber der Meinung, daß das Recht, den Kriegsdienst zu verweigern, dem christlichen Gebot, nicht zu töten, sehr viel näher steht. Wir wissen, daß es in Ihrer Kirche viele mutige Menschen wie Martin Niemöller gegeben hat, die in schwerster Zeit unter Lebensgefahr gegen den Krieg Stellung bezogen haben.

Entscheidend ist für uns aber, junge Menschen nicht die Gewissensentscheidung, die sie zu treffen haben, vorzuschreiben, sondern ihnen Information, Auseinandersetzung und Beistand bei dieser Entscheidung anzubieten. Deshalb halten wir es nicht nur für das selbstverständliche Recht, sondern auch die Pflicht eines Pastors, ausführlich über das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, das im Übrigen im gleichen Grundgesetzartikel enthalten

ist, der die Religionsfreiheit garantiert, zu informieren. Wir sind bestürzt darüber, daß gerade auf Veranlassung des Militärkaplans für die BRD Pastor Hentschel die Ausübung dieser Pflicht bzw. dieses Rechtes unmöglich gemacht wird. Wir fragen uns, ob Ihre Kirche das Thema Kriegsdienstverweigerung aus dem Dialog mit jungen Menschen, die vor dieser Gewissensentscheidung stehen, mit solchen disziplinarischen Mitteln verdrängen will.

Wir haben weiter erfahren, daß Pastor Hentschel 40 Kirchenaustritte in seiner Gemeinde vorgehalten werden. Davon werden jedoch nach uns vorliegender Information nur 4 mit den Ansichten Ulrich Hentschels begründet. Einige von uns sind vor Jahren auch aus ihrer Kirche ausgetreten, ohne daß diese Austritte jemals dem für unsere Gemeinde zuständigen Pastor angezeigt worden sind. Insofern stoßt diese Begründung auf unser völliges Unverständnis.

Die Mehrheit der Gemeindeglieder in Rellingen möchte, soweit wir wissen, daß Ulrich Hentschel dort Pastor bleibt — insbesondere junge Menschen. Dem schließen wir uns an. Wir fordern Sie auf, die Suspendierung von Pastor Hentschel aufzuheben und das eingeleitete Vernetzungsverfahren zu beenden.

Mit freundlichen Grüßen  
Henning Venske, Chefredakteur, Hamburg; Regine Armbruster-Heyer, Ärztin, Hamburg; Nanette Mramor, Rechtsanwältin, Hamburg; Klaus Armbruster, Journalist, Hamburg; Arnold von Bosse, Rechtsanwalt, Hamburg; Prof. Malte Dahrendorf, Hochschullehrer, Hamburg; Albrecht Arnold von Bosse, Rechtsanwalt, Hamburg; Prof. Malte Dahrendorf, Hochschullehrer, Hamburg; Albrecht Lüdgers, Rechtsanwalt, Hamburg; Michael Nitschke, Rechtsanwalt, Hamburg; Reinhard Kahl, Journalist, Hamburg; Prof. Dieter Richter, Hochschullehrer, Bremen; Christoph und Wolf Römig, Rechtsanwälte, Hamburg; Wolfgang Steller, Psychotherapeut, Hamburg; Gerhard Straß, Rechtsanwalt, Hamburg; Bernd Rosenkranz, Rechtsanwalt, Hamburg; Peter Tode, Rechtsanwalt, Hamburg; Gerhard Weber, Generalsekretär des CVJM, Hamburg; Rüdiger Stoye, Kinderbuchautor, Hamburg; Dieter Brumm, stellv. Vorsitzender der DJU, Ilona Kiese, Bez.-Abg. Bezirksversammlung Eimsbüttel, Hamburg; Prof. Manfred Liebel, Hochschullehrer, Westberlin; Monika Lorenzen, Journalistin, Hamburg; Brita Mangold-Subkiew, Hamburg; Hermann Vinke, Journalist, Hamburg; Bettina Morik, Rechtsanwältin, Hamburg; Hartmut Scharmer, Rechtsanwalt, Hamburg; Stefan Reid, Rechtsanwalt, Hamburg; Werner Klein, Redakteur, Frankfurt; Petra Rogge, Rechtsanwältin, Hamburg; Rainer Köcke, Rechtsanwalt, Hamburg; Wolfgang Sieg, Lehrer, Hamburg; Ursula Kirchberg, Kinderbuchautorin, Hamburg; Frank Göhre, Jugendbuchautor, München; Lottemi Doormann, Journalistin, Hamburg; F.K. Wachter, Kinderbuchautor, Frankfurt; Barbara Hüsing, Rechtsanwältin, Hamburg; Gert Haucke, Schauspieler, Hamburg; Ute Blaich, Journalistin, Hamburg; Werner Loewe, MdB, Hamburg; Carsten Rendsdorf, Wissenschaftler, Hamburg; Wolf Beileites, Journalist, Hamburg; Frank Göhre, Kinderbuchautor, München; Ekkehard v. Braunmühl, Antipädagoge, Wiesbaden; Ulla Köpfer, Journalistin, Hamburg; Andreas Conradi, Journalist, Hamburg; Peggy Parnau, Journalistin, Hamburg; Wolf Biermann, Hamburg; Martin Buchholz, Redakteur, Hamburg; Tilo Meyer-Bruhn, Verlagskaufmann, Hamburg;

## 2. Sozialistische Konferenz im Februar 1981

Vom 13. bis 15. Februar 1981 wird in Marburg die 2. Sozialistische Arbeitskonferenz stattfinden. Darauf einigte sich endgültig am 7.12. die nationale Koordinierungsgruppe zur Vorbereitung dieser Konferenz.

Die erste Konferenz hatte im Mai 1980, wesentlich auf Betreiben von Rudolf Bahro, zum Thema „Ökologie und Marxismus“ stattgefunden. Damals beteiligten sich ca. 1000 Sozialisten verschiedener politischer Richtungen an der Diskussion.

Die 2. Konferenz wird drei Themenschwerpunkte haben: Am Freitagabend, den 13.2., wird über die Entwicklung und Einschätzung der innenpolitischen Situation diskutiert. Hierbei werden die Fragen im Vordergrund stehen, was die außerordentliche Stabilität des westdeutschen Imperialismus in ökonomischer, politischer und ideologischer Hinsicht ausmacht und wo sich Ansatzpunkte für eine sozialistische Politik ergeben.

Am Samstagabend wird in Arbeitsgruppen über die Politik der Gewerkschaften und der Sozialisten in ihnen und über die Politik der neuen sozialen Bewegungen diskutiert. Ebenfalls am Samstagabend wird ein Frauenforum mit dem Arbeitstitel „Frauen und Sozialismus — Frauen in sozialisti-

schen Organisationen“ stattfinden. Am Sonntag wird das Thema „Internationale Lage — Kriegsgefahr“ behandelt.

Die 1. Konferenz war allein durch eine theoretische Debatte über die Ökologiefrage geprägt. Ansätze für eine gemeinsame Praxis wurden gar nicht erst erörtert. Dies wurde im nachhinein oftmals kritisiert. In der Zwischenzeit haben sich in ca. 15 Städten örtliche Gruppen gebildet, die sich auf die Sozialistische Konferenz beziehen, die sich aber auch die Aufgabe gestellt haben, eine gemeinsame Praxis der zerplitterten Linken zu organisieren.

Auch in der Vorbereitung der 2. Konferenz sah es lange so aus, als würde über eine rein theoretische Debatte nicht hinausgekommen. In dieser Hinsicht hat es auf dem letzten Vorbereitungstreffen eine erfreuliche Wende gegeben. Alle die Vorbereitung tragenden Kräfte sind übereingekommen, in der Frage der wachsenden Kriegsgefahr eine gemeinsame Initiative zu diskutieren. Es wird angestrebt, daß die nationale Vorbereitungsgruppe in Marburg einen Vorschlag für einen Aufruf zu Friedens- und Abrüstungsinitiativen vorlegt.

Inzwischen haben auch die Bundesverbände der Jusos und des MSB/

Spartakus ihr Interesse an der Konferenz bekundet. Beide haben angekündigt, daß sie sich an der Diskussion um die internationale Lage und möglichen Friedensinitiativen beteiligen werden. Bekannt ist jedoch, daß von der DKP und ihren entsprechenden Bündnispartnern für das Frühjahr schon eine Kampagne gegen die Nachrüstungsbeschläge geplant ist. Nach allen Erfahrungen mit der DKP wird es sich beim Auftritt des MSB dann vor allem um den Versuch handeln, die eigene Kampagne zum alleinigen Diskussionsgegenstand zu machen. Vorsicht wird in dieser Hinsicht also durchaus geboten sein.

Mitte Dezember wird ein erster Materialband zur Vorbereitung der Konferenz erscheinen. Zu bestellen ist er, gegen Bezahlung von 10 DM, bei der: Koordinationsgruppe Sozialistische Konferenz c/o SOAK Am Taubenfelde 30 3000 Hannover 1 Bei der gleichen Adresse sind auch die Rundbriefe der Koordinationsgruppe zur Vorbereitung der Konferenz zu bestellen (gegen Überweisung von 25 DM für 10 Ausgaben).

## Bündnispolitik à la DKP

Am 20.11. fand in Krefeld eine Demonstration gegen Neonazis und Ausländerhetze statt. In einem „Aufruf an alle Demokraten“ haben inzwischen die beteiligten Gruppen: Halkin Kartakum, Devrimci Yol, Krefelder Initiative gegen Polizei- und Behördenwillkür, die Volksfront und das Stadtkino Krefeld ihre Erfahrungen mit der DKP in diesem Bündnis dargestellt. Danach wurde am 4.11. auf einer Vollversammlung der „Freien Bürgerinitiative gegen Rechts“ ein gemeinsames Aufrufungsblatt beschlossen, die Organisationen, die den Aufruf der BI unterstützen, sollten dabei namentlich aufgeführt werden. Dieser Beschuß wurde von den DKPlern in der BI, die für den Druck verantwortlich waren, nicht durchgeführt, vermutlich, weil ihnen Organisationen nicht genehm sind. Stattdessen erschien auf dem Flugblatt der lapidare Satz: „Über 20 Gruppen und Initiativen rufen auf...“. Alle Transparenzen und Lösungen sollten sich auf den Inhalt des Aufrufs beschränken, „mit der Ausnahme, daß sich die türkischen Organisationen ... zu der faschistischen Militärdiktatur in der Türkei äußern dürfen“.

Am 18.11. sollten dann der Sprecher und die Abschlussrede festgelegt werden. „Bei dieser Besprechung hatten DKP und FIDEF eine deutliche Mehrheit, da sie einerseits alle ihnen nahestehenden Organisationen und Gruppen (teilweise frei erfunden, wie z.B. türkischer Lehrerverband) mobilisiert hatten, andererseits aber viele Organisationen entweder nicht eingeladen waren oder diese Besprechung für nicht so wichtig hielten.“

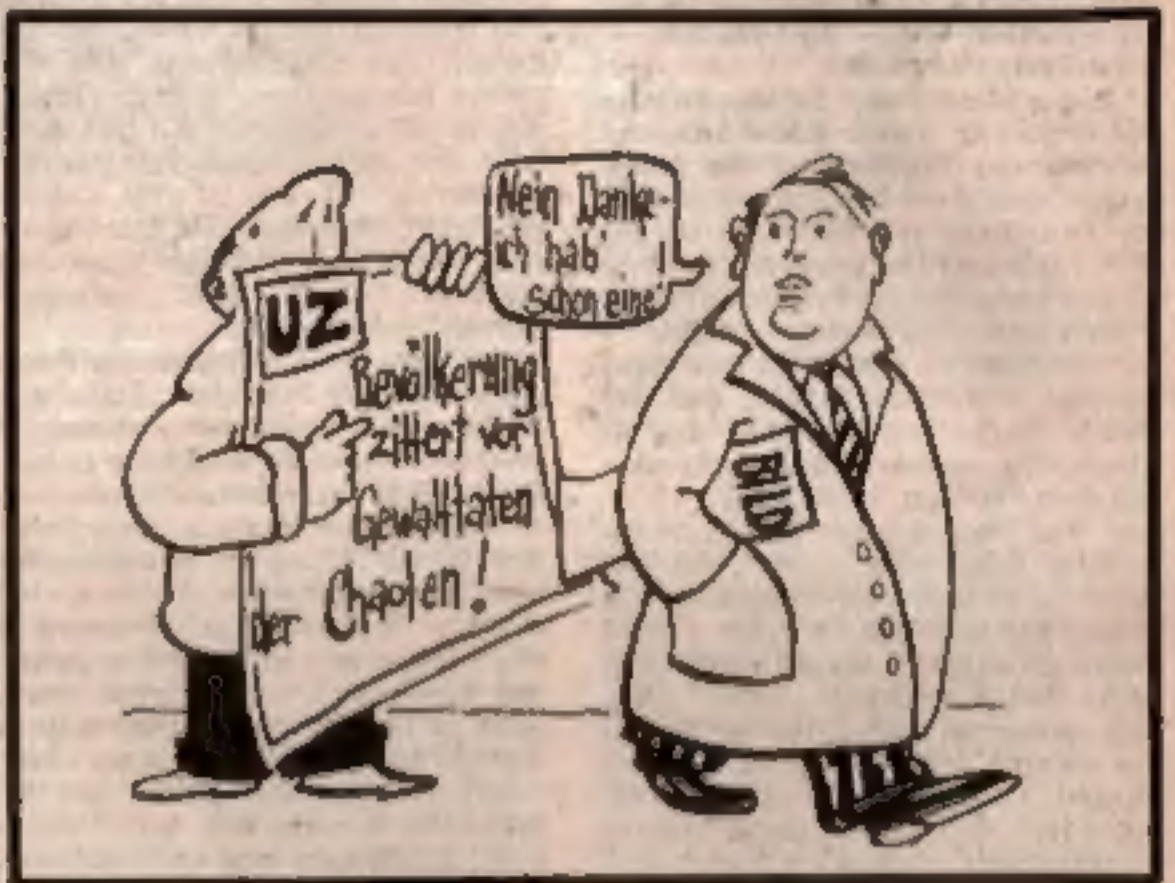
DKP und FIDEF stellten nun die Versammlung vor die Alternative: Entweder würden die obengenannten türkischen Gruppen auf die Anpreisung des Faschismus in der Türkei verzichten oder sie, DKP und FIDEF, würden sich von der Demonstration zurückziehen. Es wäre für sie unzumutbar, an einer Demonstration teilzunehmen, bei der das Regime in der Türkei als faschistisch bezeichnet würde. Einen Grund dafür konnten sie allerdings nicht angeben.

Unverschämterweise versuchte der Sprecher der DKP-nahen Ausländerorganisationen die Versammlung damit unter Druck zu setzen, er wäre der Vertreter aller 22.000 in Krefeld lebenden Ausländer. „Die Dreistigkeit dieser Behauptung wurde dann bei der Demo offensichtlich. Während der Vertreter aller Ausländer in Krefeld gerade ca. 20 Leute mitbrachte, stellten die beiden türkischen Organisationen mit jeweils ca. 100 Leuten die Hälfte der Demonstrationsteilnehmer.“

Bei der Besprechung am 18.11. machten DKP und FIDEF mit ihrer zusammengetrommelten Mehrheit den Beschluß der Vollversammlung rückgängig und verboten den türkischen Organisationen, das Regime in der Türkei als faschistisch zu bezeichnen, wobei anzumerken ist, daß dieses Verbot bei der Demo nicht beachtet worden ist. Gleichzeitig wurde der „Vertreter aller in Krefeld leben-

den Ausländer“ zum Sprecher bei der Abschlusskundgebung ernannt. Die türkischen Organisationen verlangten dann, bei der Abschlusskundgebung eine Erklärung verlesen zu dürfen. Dieses Recht wurde ihnen von den DKPlern, die die Demonstration leiteten, innewohnen, verweigert (mit Hinweis auf die Beschlüsse vom 18.11.). Daraufhin verließen die beiden türkischen Organisationen unter Protest die Kundgebung. Die meisten deutschen Demonstrationsteilnehmer schlossen sich ihnen an, nachdem sie von dem unverschämten und undemokratischen Verhalten der Demonstranten erfahren hatten, so daß DKP und FIDEF sowie ihnen nahestehende Organisationen mit ca. 30 Leuten alleine blieben.

Nachdem die meisten Demonstrationsteilnehmer aus Protest die Kundgebung verlassen hatten, wurden einige Leute, die die DKP-Machenschaften kritisierten, von DKP-Funktionären als die wahren Faschisten beschimpft. Außerdem wurde ihnen Prügel angedroht. „Wir fordern die Führer von DKP und FIDEF auf, in Zukunft offen und ehrlich am Aufbau der antifaschistischen Bewegung teilzunehmen. Sollten sie dazu nicht bereit sein, werden sie sich selbst weiter von dieser Bewegung isolieren. Unversöhnlich ist der Wille zur Einheit da, allerdings nur auf der Grundlage von Ehrlichkeit und Offenheit, wo auch andere Meinungen respektiert werden.“



## Positives beim AK-Verkauf

Der Verkauf im letzten AK(187) ist im Vergleich zu den vorhergehenden um knapp 50% gestiegen!

Das hängt sicherlich auch mit dem Wiederbeginn des Semesters zusammen: In einer Uni-Stadt wie Freiburg ist das Käuferpotential eben hauptsächlich Studenten.

Dazu kommen aber zwei weitere Faktoren, die mir für die laufende AK-Debatte wichtig erscheinen: — Gut gezogen hat der dichte Sonderheft über die Westberliner Frauen-Sommeruni. Ich hab' den entsprechenden AK-Teil immer zusätzlich als „Sonderbeilage“ aus dem Innern gezogen und angeboten. Obwohl ich selbst nicht auf der Sommer-Uni war und als Typ anfangs ein komisches Gefühl hatte, mit den Frauenseiten zu agieren, brachte dieses Vorgehen große Erfolge. So habe ich auch viele AKs an Erstleserinnen verschickt.

Hier fände ich es im Sinne der vorgeschlagenen langfristigen Projektplanung und Schwerpunktsetzung

wichtig, künftig in jedem AK so einen ausführlichen Sonderteil zu einem bestimmten Thema zusammenzustellen. Optisch sollte so ein Artikelbündel — wie diesmal — gut am Anfang des 2.Tells platziert werden.

— Angekommen ist auch der Artikel zum Freiburger Lokalknäuer „Schwarzwaldhof“, auf den ich beim Verkauf gesondert hingewiesen (z.T. aufgebläht) habe. Dies war bei den früheren Häuserkämpfen (Dreismock) auch der Fall! Daraus folgt, daß die in einigen Städten wohl etwas dürftig entwickelte Untersuchungsarbeit über lokale/regionale Fragestellungen ein wichtiger Hebel zur Verkaufsförderung werden könnte, wenn die Genoss/innen hier mal Überlegungen entwickeln (und ausführen) würden, anstatt über den „schwierigen AK-Verkauf“ zu stöhnen.

Eine Genossin aus Freiburg

## Der Arbeiterkampf ist nicht der Stern

Eine Genossin hat sich beschwert über ein Foto, das im AK 190 als Illustration zum Interview über Kindesmisshandlung mit Reinhard Wolff abgedruckt war: ein schwer geschundenes, nacktes Kind, bei dem nicht genau zu erkennen ist, ob es überhaupt noch lebt. Solche brutalen Fotos sollten nur dort in den AK, wo sie unbedingt zur Verdeutlichung des Textes notwendig sind, z.B. bei Artikeln über Nazi-KZs oder ähnlichem. Auch solches Brutaltum ist sicher nicht charakteristisch für Kindesmisshandlungen in der BRD, davon

gäbe es vielleicht zehn pro Jahr. Der Blick dafür, wie Kindesmisshandlung aussieht, werde mit solcher Einzelbildanstellung verstellt. Auch wenn wir inzwischen erfahren haben, daß jährlich weit mehr als zehn Kinder in der BRD so übel zugerichtet werden (die Schätzungen tödlicher Kindesmisshandlungen schwanken zwischen 100 und 1.000 Fällen pro Jahr) finden wir, daß die geäußerte Kritik berechtigt ist.

Zwei Mitarbeiter des Interviews aus der Kinderkommission Hamburg

vodaß auch von anderen 8 Initiativen an diesem denkwürdigen Abend die Rede war.

Das Kinderhaus befürchtet, daß es bis zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen noch einiger Konzerte bedarf. Musikfreunde werden das nicht bedauern.

Kinderkommission Hamburg

Fortsetzung von vorheriger Seite

mache Moderation Henning Venskens, der ja seit einigen Monaten Chefredakteur der neuen „pardon“ ist.

Und noch eine Premiere: Die Veranstalter hatten Hamburger Baby-, Kinder-, Jugend- und Freizeitinitiativen die Möglichkeit zu eigenen Beiträgen während der Konzerte gegeben,



# Der »Lin Biao-Putsch«

„Verschwörung zur Ermordung des Parteivorsitzenden Mao Tse-tung sowie Versuch eines bewaffneten konterrevolutionären Staatsstreichs“ ist im Pekinger Prozeß einer der schwersten Anklagepunkte gegen die „zehn Haupttäter der konterrevolutionären Cliquen um Lin Biao und Jiang Qing“.

Die Vorfälle, auf die sich dieser Anklagepunkt bezieht, sollen sich im Verlauf des Jahres 1971 zugetragen haben. Es geht um die allgemein bekannte Geschichte vom „politischen Schwindler“ Lin Biao (damals Verteidigungsminister, Stellvertreter und nominierter „Nachfolger“ Mao Tse-tungs), der im September 1971 angeblich einen Putsch plante, nach der Entdeckung und dem Scheitern seiner Pläne mit dem Flugzeug in die Sowjetunion zu flüchten versuchte – und in der Nacht des 13./14. September beim Absturz des Flugzeugs über der Mongolei ums Leben kam.

Ein Blick in die Anklageschrift (Wortlaut in „Peking Rundschau“ Nr. 48) zeigt, daß die Behandlung dieser mysteriösen Vorgänge im Pekinger Prozeß juristisch absurd ist und daß sie ausschließlich der politischen Manipulation und Propaganda dient: Juristisch und propagandistisch geht die Anklageschrift von der Fiktion des „gemeinsamen Verbrechens“ aus, d.h., den 10 Angeklagten wird pauschal vorgeworfen, sie hätten „in geheimem Einverständnis zusammengearbeitet“, seien also kollektiv für die in der Anklageschrift genannten Vorgänge verantwortlich. Konkret wird allerdings in der sehr ausführlichen und detaillierten Anklageschrift gegen 5 der 10 Angeklagten (die „Viererbände“ und Tschien Bo-da) nicht einmal der kleinste Vorwurf in Verbindung mit Lin Biaos angeblichen Putsch- und Mordplänen angeführt, also noch nicht einmal der Vorwurf einer noch so geringfügigen Mitwisserschaft. Gegen 4 weitere Angeklagte (damals hohe Militärs) wird nur der Vorwurf einer indirekten Mitverantwortung erhoben, nicht aber der einer Mitwisserschaft oder gar Beteiligung. Nur einem der 10 Angeklagten wird eine Tatbeteiligung vorgeworfen: Jiang Tengjiao, damals Politikommissar der Luftwaffe in Nanking. Während die übrigen 9 Mitglieder des Politbüros waren, gehörte Jiang Tengjiao nicht nur Parteispitze. Seine Hineinnahme in diesen Prozeß ist juristisch nur schwer zu motivieren, da die Justiz ansonsten alle „Mitschuldigen“ unterhalb der Politbüro-Ebene (z.B. zahlreiche weitere Militärs oder die ehemalige Schanghai Parteispitze) in späteren Prozessen aburteilen will. Die Einbeziehung Jiang Tengjiao's in diesen Prozeß dient offensichtlich der politischen Absicht des Pekinger Regimes, „die Militärs vor der Öffentlichkeit Schanghai Parteispitze) in späteren Prozessen aburteilen will. Die Einbeziehung Jiang Tengjiao's in diesen Prozeß dient offensichtlich der politischen Absicht des Pekinger Regimes, die benötigte Verbindung der anderen Angeklagten zu den angeblichen Putsch- und Mordplänen Lin Biaos herzustellen und überhaupt den situierten schwerwiegenden Anklagepunkt zu begründen.

Zusätzlich bedient sich das Gericht einer weiteren Manipulation: Es nennt neben den zehn jetzt vor Gericht gestellten noch weitere sechs bereits tote „Haupttäter“. Darunter sind Lin Biao selbst, seine Frau Ye Qun (damals ebenfalls Mitglied des Politbüros) und ihr gemeinsamer Sohn Lin Li-kuo, der als die zentrale Figur der angeblichen Putschpläne gilt. Die Anklageschrift führt zwar detailliert die angeblichen Verbrechen auch der toten „Haupttäter“ auf, stellt aber zugleich fest, daß laut Strafprozeßordnung über deren „strafrechtliche Verantwortlichkeit nicht mehr ermittelt“ werde. Ihre angeblichen Taten – vor allem die Putsch- und Mordpläne von 1971 – sind also einerseits Gegenstand der Anklageschrift (und der Propaganda gegen die 10 Angeklagten), sind aber andererseits nicht Ermittlungs- und Beweisgegenstand des Prozesses.

Der „Lin-Biao-Putsch“ und die dahinter verborgenen Fraktionskämpfe von 1970/71 sind nach wie vor fragwürdig, die offiziellen Versionen wechselnd und widersprüchlich. Sogar der Justiz unterliegt das peinliche Mißgeschick, daß sie zwar an der alten Version festhält, wonach Lin Biao für seine Pläne die Unterstützung der Sowjetunion gesucht habe – aber daß „vergessen“ wurde, den Tatbestand des Landesverrats mit in die Anklageschrift aufzunehmen. Der folgende Überblick soll etwas deutlicher machen, worum es bei diesen Geschichten geht.

## Die Vorgeschichte

Lin Biao war einer der bekanntesten und verdienstvollsten kommunistischen Militärführer im Widerstands-

krieg gegen Japan und in den Revolutionskriegen. Mit seiner Wahl ins Politbüro auf dem VIII. Parteitag (1956) wurde er überdies Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, des höchsten Gremiums zwischen den Parteitag.

Auf der „Luschan-Tagung“ (8. Plenum des VIII. ZK) im August 1959 wurde ein scharfer Fraktionskampf ausgetragen, der mit der Absetzung des Verteidigungsministers Peng Te-huai endete. Lin Biao wurde sein Nachfolger.

Peng Te-huai hatte u.a. Kritik an der Volkskommunenbewegung, an der Politik des „Großen Sprung nach vorn“ und an der Militärpolitik („Vernechtung“ der modernen Waffentechnik) geübt – und zwar, wie es scheint, stellvertretend für die Fraktion um Liu Schao-tschü und Deng Hsiao-ping. Trotz dieses politischen Sieges der um Mao Tse-tung gruppierten Teile des Parteiparates scheiterte der „Große Sprung nach vorn“ – wobei hier nicht untersucht werden soll und kann, ob dafür in erster Linie die mehrjährigen Naturkatastrophen oder innere Fehlerhaftigkeit dieser Politik entscheidend waren. Als Ergebnis der wirtschaftlichen Rückschläge konnte die Fraktion um Liu Schao-tschü und Deng Hsiao-ping Anfang der 60er Jahre wieder Boden gewinnen. U.a. konnten sie eine „liberalere“ Politik in der Landwirtschaft durchsetzen, die den Bauern mehr „Freiheiten“ und „Privatinitiative“ verschaffte. In Verbindung damit wurde, in erster Linie auf den Gebieten der Kultur und der Publizistik, die Forderung nach einer „Rehabilitierung“ Peng Te-huais vorgetragen. Diese Kampagne gab dann den unmittelbaren Anstoß zur Einteilung der Kulturrevolution.

Lin Biao machte sich in dieser Zeit – der ersten Hälfte der 60er Jahre – für die um Mao gruppierten Teile des Parteiparates unentbehrlich, indem er eine massive „Ausrichtungskampagne“ (im Sinne der „Maoistengedanken“) in der Armee organisierte.

Im Verlauf der Kulturrevolution rückten Militärs aus dem Umfeld Lin Biaos an die Stelle abgesetzter Militärs, die als Anhänger Liu's und Deng's galten. Zu den Aufsteigern gehörten auch vier der jetzt in Peking Angeklagten: Huang Yongsheng (Generalstabschef), Wu Fajian (Befehlshaber der Luftwaffe), Li Zuopeng (Erster Politikommissar der Marine) und Qiu Huizuo (Direktor der Hauptabteilung für Logistik). Auf dem IX. Parteitag (April 1969) wurden diese vier, ebenso wie Lin Biaos Frau Ye Qun, ins Politbüro gewählt. Der IX. Parteitag beschloß außerdem eine beispiellose Maßnahme: Lin gästik). Auf dem IX. Parteitag (April 1969) wurden diese vier, ebenso wie Lin Biaos Frau Ye Qun, ins Politbüro gewählt. Der IX. Parteitag beschloß außerdem eine beispiellose Maßnahme: Lin Biao wurde im neuen Parteistatut zum zukünftigen „Nachfolger“ des Parteivorsitzenden Mao bestimmt.

## Die Geschichte vom Putsch

Die Anklageschrift läßt die „Verschwörung zur Ermordung des Parteivorsitzenden Mao Tse-tung sowie Versuch eines bewaffneten konterrevolutionären Staatsstreichs“ bereits im Oktober 1969 beginnen: Damals ernannte Wu Fajian „auf Anweisung Lin Biaos“ dessen Sohn Lin Li-kuo zum stellvertretenden Leiter der Operationsabteilung der Luftwaffe. Ausschließlich aus dieser Ernennung wird die Mitschuld Wu Fajians konstruiert, da diese Ernennung Lin Li-kuo in eine Schlüsselstellung gebracht habe, die für die späteren Putschpläne wichtig gewesen sei.

Ein Jahr später, im Oktober 1970, habe Lin Li-kuo zusammen mit anderen Militärs (die, soweit sie noch leben, später ebenfalls vor Gericht gestellt werden sollen) eine Art Kommandozentrale unter dem Decknamen „Vereinigte Flotte“ gebildet. Diese Zentrale soll laut Anklageschrift „das Rückgrat bei Lin Biaos Komplott...“ gewesen sein.

Ab September 1970, so heißt es weiter, habe Lin Biao seine Staatsstreichpläne „intensiviert“. Gemeint ist damit das 2. Plenum des IX. ZK, das in der ersten Septemberhälfte 1970 stattfand. Was dort tatsächlich abließ, wird bis heute verschwiegen. Das damals veröffentlichte Kommuniqué betonte lediglich in nichtisierenden Phrasen die Festigung der Einheit der Partei. Heute weiß man, daß auf diesem ZK-Plenum eine jedenfalls heftige Auseinandersetzung (mit nach wie vor unbekanntem Inhalt) stattfand, bei der Tschien Bo-da und Lin Biao eine Niederlage erlitten. Tschien Bo-da wurde aus dem Politbüro ausgeschlossen und verlor auch sonst alle Posten, während Lin Biao



schwer angeschlagen blieb.

Die Anklageschrift behauptet, daß Lin Biao im Februar 1971 seinen Sohn nach Schanghai geschickt habe, um mit den Mitgliedern der „Vereinigten Flotte“ zu beraten. In diesem Kreis sei dann im März 1971 eine Putsch-Planung ausgearbeitet worden. Deckname: „Übersicht über das Projekt 571“. Teil dieses Planes sei es gewesen, „mit sowjetischer Hilfe verschiedene Kräfte im In- und Ausland niederzuhalten“.

Die Anklageschrift behauptet weiter, daß im März und April 71 „auf Anweisung Lin Li-kuos“ (nicht Lin Biaos!) örtliche Kommandos zur Vorbereitung eines Putsches gebildet worden seien. Anschließend daran nimmt die Anklageschrift den Faden der Erzählung erst im September 71 wieder auf. Zu dieser Zeit befand sich Mao Tse-tung auf einer „Inspektionsreise“ durch Süchina, die – so scheint es zumindest heute – der Vorbereitung einer Absetzung und Ausschaltung Lin Biaos diene. Auf Grund der ersten Berichte über Mao's Reden auf den ersten Stationen seiner „Inspektionsreise“ sollen Lin Biao und seine Frau Ye Qun am 6. September die Ermordung Mao's beschlossen haben; am 8. September soll Lin Biao „den Befehl zum bewaffneten Staatsstreich“ gegeben haben. „Gleichzeitig“ sollen Lin Biao und Ye Qun aber schon „Vorbereitungen für eine eventuelle Flucht nach Süchina und eine landesverräterische Flucht ins Ausland“ getroffen haben. U.a. sollen sie sich Luftverkehrskarten der Strecken nach Ulan Bator (Mongolei) und Irkutsk (Sowjetunion) besorgt haben, aber auch Unterlagen über südchinesische Flugplätze.

Am 11. September sollen Lin Biao und Ye Qun das Scheitern ihrer Mordpläne gegen Mao erkannt haben und daraufhin unmittelbare Vorbereitungen für eine Flucht nach Süchina getroffen haben. Diese Absicht sei aber durch Gegenmaßnahmen, die vom Ministerpräsidenten Tschu En-lai veranlaßt wurden, durchkreuzt worden. Daraufhin hätten sie dann in aller Hast und mit dem bekannten Ende die Flucht in die Sowjetunion versucht.

Die sehr breite offizielle Darstellung dieser Vorgänge – die erstmals anlässlich des Prozesses veröffentlicht wurde – läßt die behaupteten Putschpläne allenfalls als dilettantisch und abenteuerlich erscheinen. So wird z.B. nicht einmal erkennbar, auf welche Armees-Einheiten sich die „Verschwörer“ überhaupt stützen wollen. Falls man die Darstellung nicht insgesamt als Legende interpretieren will, bliebe als durchscheinender möglicher realer Kern allenfalls ein verzweifelter Abwehrkampf Lin Biaos, wobei die Fluchtpläne und -vorbereitungen noch das reale zu sein scheinen. (Daß die Sowjetunion das Fluchtziel gewesen sein mag, beweist politisch nichts. Welches Fluchtziel sonst wäre möglich gewesen?).

## Legenden im Wandel der Zeit

Über die politischen Differenzen, die dem Konflikt 1970/71 zugrunde lagen, kann bis heute nur spekuliert werden: die KP Chinas hat sich darüber ausgesprochen; die wenigen inhaltlichen Andeutungen sind unbrauchbar und widersprüchlich.

Grundlage der bisherigen „Kritik an Lin Biao“ waren Zitate aus der bereits erwähnten „Übersicht über das Projekt 571“ – dem angeblich im März 71 unter Leitung Lin Li-kuos ausgearbeiteten Putschplan. Dieser

Text ist bis heute in China nicht im Wortlaut veröffentlicht, sondern nur mehr bruchstückhaft zitiert worden. Die angebliche Existenz eines solchen Textes wurde erstmals von der staatlichen Nachrichtenagentur Taiwans im April 72 gemeldet; im Juli 72 veröffentlichte eine Hongkonger Zeitung erstmals den Text (Deutsche Übersetzung in „China aktuell“, Oktober 72). Da sich alle bisher in den chinesischen Medien aufgetauchten Zitate in diesem Text wiederfinden und da außerdem die chinesische Führung diese Veröffentlichung niemals dementiert hat, dürfte sich der in Hongkong publizierte Text jedenfalls mit dem Text decken, den die chinesische Führung als den Putschplan „571“ aus gibt – was nicht ausschließt, daß der Text eine Fälschung, von wem auch immer, ist.

In der „Übersicht über das Projekt 571“ finden sich nur spärliche, programmatische Aussagen. Diese wenigen Aussagen reichen aber aus, um im Licht der heutigen Anklagen Verblüffung und Zweifel zu wecken:

- Die Bauern würden unterdrückt;
- „Der tatsächliche Lebensstandard der Massen“ sei niedriger geworden;
- „Die Bauern haben nicht genug zu essen und anzusehen“;
- „Die Roten Garden wurden am Anfang umgarnet, ausgenutzt und geopfert, später dann unterdrückt und zu Sündenböcken abgerichtet“;
- „Arbeiter (besonders die jungen Arbeiter), deren Löhne ohne weiteres „eingefroren“ wurden, werden ausgebeutet“;
- Kritisiert wird auch die „Verschickung“ junger Intellektueller aufs Land („eine Art Besserungsanstalt durch körperliche Arbeit“) und die sog. „Kaderschulen des 7. Mai“ (wo Kader zur körperlichen Arbeit herangezogen wurden und damit zugleich, wie es in dem Text heißt, „ihre Posten verloren“).

Auf dieser Grundlage wird in dem Text als zentrale Parole formuliert: „Macht, daß aus einem ‚wohlhabenden Land und einem armen Volk‘ ein ‚reiches Volk und ein wohlhabendes Land‘ wird, so daß das Volk in Ruhe leben, sich im Beruf wohlfühlen und politisch sowie wirtschaftlich wirklich frei werden kann“.

Der Text enthält außerdem den Satz: „All diejenigen, die von B 52 (= Mao – Anm.AK) ungerecht beschuldigt und verfolgt wurden, werden wir politisch befreien“ („rehabilitieren“).

Dies zusammengekommen, läßt sich nicht erklären, warum Lin Biao heute ausgerechnet mit der „ultralinken Politik“ der „Viererbände“ in irgendeinen näheren Zusammenhang gebracht wird. Vielmehr sollte man doch annehmen, daß Lin Biao mit solchen Ideen und Einschätzungen – falls er sie wirklich jemals vertreten hat – den neuen Herren um Deng Hsiao-ping äußerst sympatisch sein müßte!

In diesem Zusammenhang ist auch an den Bericht Tschu En-lai's auf dem X. Parteitag (August 73) zu erinnern. Tschu gab damals folgende merkwürdige Geschichte zum besten: „Wie wir alle wissen, wurde der (von Lin Biao verlesene – Anm.AK) politische Bericht an den IX. Parteitag (1969 – Anm.AK) unter der persönlichen Leitung des Vorsitzenden Mao ausgearbeitet. Vor dem IX. Parteitag hatte Lin Biao in Kollaboration mit Tschien Bo-da (einer der 10 Angeklagten im Pekinger Prozeß – Anm.AK) einen politischen Bericht verfaßt. Sie stellten sich gegen die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und vertraten die Auffassung, daß die Hauptaufgabe nach dem IX. Parteitag in der Entwicklung der Produktion bestünde. Das war,

unter neuen Bedingungen, eine Neuauflage des absurden revisionistischen Geredes, das Liu Schao-tschü und Tschien Bo-da in den Beschluß des VIII. Parteitags (1956 – Anm.AK) eingeschmuggelt hatten. Danach wäre der Hauptwiderspruch im Inland nicht im Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, sondern im Widerspruch zwischen dem fortgeschrittenen sozialistischen System und den rückständigen gesellschaftlichen Produktivkräften zu suchen. Dieser politische Bericht von Lin Biao und Tschien Bo-da wurde selbstverständlich von dem ZK abgelehnt. Lin Biao unterstützte im geheimen Tschien Bo-da, offen gegen den unter Leitung des Vorsitzenden Mao ausgearbeiteten politischen Bericht aufzutreten; und erst nachdem er damit gescheitert war, nahm er widerwillig die politische Linie des ZK an und verließ auf dem Parteitag den politischen Bericht des ZK“ („Peking Rundschau“, Nr. 35-36/1973).

Dieser Bericht (von Tschu En-lai „im Namen des ZK“ gehalten und vom Parteitag „einstimmig“ angenommen) bringt Lin Biao – zusammen mit Tschien Bo-da – direkt in die politische Nähe von Liu Schao-tschü und damit auch von Deng Hsiao-ping. Die Lin Biao dort unterstellten Thesen sind in China unter dem Namen „Theorie der Produktivkräfte“ bekannt. Früher war diese Theorie Gegenstand der Kritik an Liu Schao-tschü und Deng, inzwischen gilt sie als unantastbares Staatsdogma.

So oder so ist festzustellen, daß das chinesische Volk über die politischen Hintergründe des Konflikts um Lin Biao kras und dreist belogen worden ist: entweder damals

So oder so ist festzustellen, daß das chinesische Volk über die politischen Hintergründe des Konflikts um Lin Biao kras und dreist belogen worden ist: entweder damals, als er zum „Rechten“ erklärt wurde, oder heute, wo er zum „Ultralinken“ gemacht wird. Unterstellt man, daß Tschu En-lai 1973 den Parteitag („im Namen des ZK“) belogen habe, so würde sich daraus zudem die Schlussfolgerung ergeben, daß diese Lüge vom gesamten ZK gedeckt worden sein müßte – da diesem Bericht der ursprüngliche Berichtsentwurf von Lin Biao und Tschien Bo-da zum IX. Parteitag bekannt gewesen sein muß. Nimmt man hingegen die Erzählung Tschu En-lai's in großen Zügen als wahr an (und die neuen Herren in Peking haben sie bis heute nicht dementiert!), so müßte die jetzige Anklage gegen Lin Biao als absurd und sogar als unverständlich erscheinen.

Die Anklage gegen den toten Lin Biao und seine noch lebenden „Gefolgshäupter“ im Pekinger Prozeß läßt nur die logische Schlussfolgerung zu, daß die Vorwürfe gegen Lin Biao, wie sie u.a. von Tschu En-lai auf dem X. Parteitag erhoben wurden (Verbindung zu Liu Schao-tschü), erlogen waren. Wäre es anders, so würde Lin Biao heute zu den Rehabilitierten gehören und sein Name stünde auf der glorreichen Liste der „Opfer der Viererbände“. Wenn dies aber erlogen war und wenn diese Lüge, wie ja angenommen werden muß, damals vom ZK „einstimmig“ gedeckt wurde, so verdient auch der Rest der Geschichte – die Putsch- und Mordpläne – kaum Glauben. Auch die „Übersicht über das Projekt 571“ – in der Lin Biao ja auch „rechte“, „revisionistische“ Positionen unterstellt werden – muß insgesamt mit größtem Mißtrauen betrachtet werden. Bowsen wird dadurch nur, wie weit es möglich war und ist, die Realität zu enttönen und zu verkehren, um der Bevölkerung das Erkennen und Verfolgen politischer Differenzen in der Parteiführung unmöglich zu machen.



# SPENDENAUFTRUF 100000 DM FÜR AK TECHNIK

Von rund 30 Genossinnen wurden bei uns derzeit die AK- und Buchauskripts auf dem Compuer geschrieben, während der AK-Erstellung im Schichtbetrieb, für den Großteil freiwillig und zusätzlich zu ihrer sonstigen Arbeit als Berufstätige.

Es ist vollkommen einleuchtend, daß wir gerade hier besonders rationell und mit möglichst wenig Straß die Arbeitsbedingungen gestalten müssen.

Die alten Compuer sind sehr laut und vor allem abgenutzt, die Tastaturen sind nicht mehr voll funktionstüchtig, eine Erneuerung stand auf jeden Fall an. Wenn wir statt der bisherigen Compuer verschiedene Tastaturen, Bildschirme und einen Speicher benutzen, hat dies erhebliche Vorteile: Zur Zeit ist ein geschriebener Text nicht mehr änderbar; für jeden Tippfehler müssen allein drei neue Zeilen geschrieben und nachträglich mühsam eingeklebt werden, das macht zur Zeit etwa 15 % der Schreib- und Layoutarbeit aus, die man weitgehend vermeiden kann, wenn der Text im Speicher auf dem Bildschirm abgerufen wird und Korrekturen nachträglich einfach eingetippt werden.

Wenn der Text erst zum Schluß am dem Speicher eingetippt wird, dann kann der Text auch jeweils in der Größe, mit den Typen, Zeilenabstand ausgedruckt werden, wie man es für das Layout wünscht.

Wir wissen, daß diese Systeme im kapitalistischen Betrieb dazu genutzt werden, um mit dem Compuer gleichzeitig die gesamte Arbeit von Tipper/innen kontrollierbar zu machen, was den Druck und den Straß enorm erhöht.

Doch auch bei uns ist es notwendig, die Belastungen für die Augen durch Bildschirme zu beschränken. Eine entsprechende Auswahl der Bildschirme, der Tastatur und der Einrichtung sowie der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, die im einzelnen von den Betroffenen zu diskutieren sind, müssen dafür sorgen, die Belastung möglichst gering zu halten.

Ohne die im einzelnen günstigsten Geräte (z.B. beim Bildschirm oder der Tastatur etc.) zu bekommen, weil nur ganze Systeme angeboten werden, würde eine entsprechende Einrichtung - gekauft - für unsere Anforderungen rund 200.000 DM kosten. Wir haben deshalb angefangen, selbst ein System aufzubauen, das schon seine Funktionsfähigkeit in Tests bewiesen hat. Zudem wollen wir gleichzeitig damit ein eigenes elektronisches Datennetzwerk für den Verlag aufbauen, der derzeit seine Datenerfassung und Buchhaltung auf einer EDV auf Mietbasis macht, was uns monatlich 2000 DM Miete kostet. Das System, das wir in diesem Jahr aufbauen wollen, hat folgende Kosten:

Der jetzige Entwicklungscomputer und spätere Verlagscomputer kostet	30.000 DM
5 Terminals für die Texterfassung	80.000 DM
2 Schnelldrucker	30.000 DM
<b>Die Gesamtsumme beträgt damit</b>	<b>120.000 DM</b>

Davon müßten bis zum Jahresende 1988 noch 100.000 DM durch Spenden aufgebracht werden.

Durch dieses neue System werden wir außerdem die monatlichen Mietkosten für Compuer und EDV von 8.000 DM auf 1.500 DM (für zwei Foto-satzmaschinen) drücken, womit wir zukünftigen, unvermeidlichen Kostensteigerungen erheblich gelassener entgegengehen könnten.

steigerungen erheblich gelassener entgegengehen könnten.

Wir möchten alle Genossinnen und Genossen und darüber hinaus alle Leser des AK auffordern, diese Spendenbemühung mit großen und vielen kleinen Beträgen solidarisch zu unterstützen.

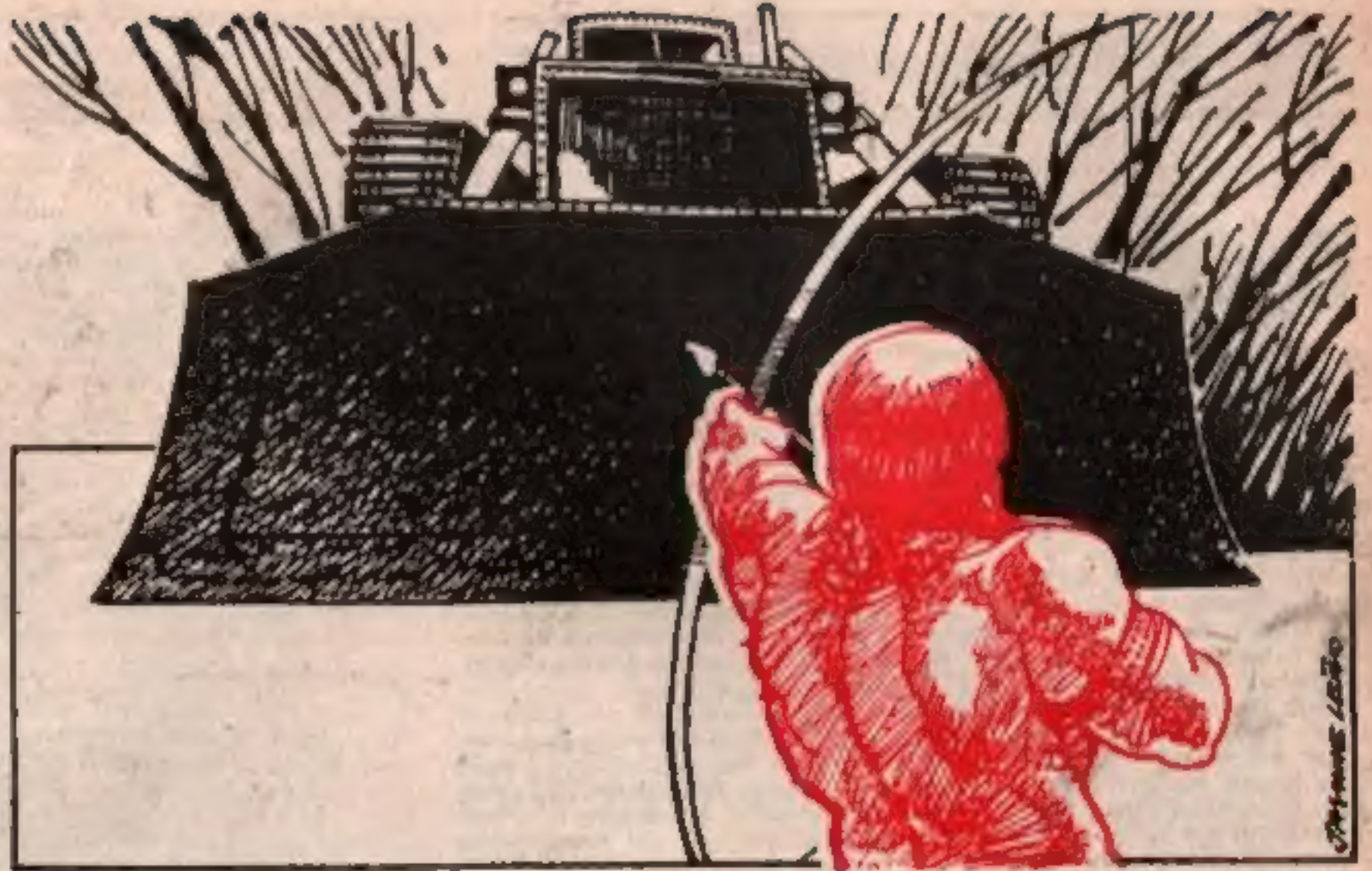
## AK-Redaktion und Verlagskollektiv

Spendenliste seit AK 190	AK-Spende	Technik-Spende
U.E.		300,00
H.G., Nürnberg		100,00
C.S., Bremen		200,00
KB/Gruppe Bremen	118,00	
N.N. (Name auf Überweisung nicht lesbar)		800,00
R.T., Hagen	200,00	
D.F., Westberlin		30,00
- von harmonicum - Altona		400,00
F., Bochum	15,00	
C.K., Frankfurt	50,00	
B.B.	60,00	
KB/Gruppe Butzbach		120,00
J.N., Freiburg	50,00	
W.P., Hamburg		1000,00
R., Hamburg		6000,00
Ha., Chemiebereich, Hamburg		100,00
Ma., Chemiebereich, Hamburg		400,00
Hel., Chemiebereich, Hamburg		50,00
Tr., BO Wandbek, Hamburg		110,00
Gl., BO Wandbek, Hamburg		500,00
Di., BO Wandbek, Hamburg		500,00
KB/Gruppe Bremen, Überschuß Org.-Kasse	500,00	
Hil., KB/Gruppe Bremen		300,00
H.D., Chemiebereich, Hamburg	100,00	
Frl., Chemiebereich, Hamburg		100,00
Ka., Chemiebereich, Hamburg		100,00
Reg., Chemiebereich, Hamburg		50,00
Helno, Chemiebereich, Hamburg		350,00
Tho., KB/Gruppe Braunschweig		500,00
E+K., KB/Gruppe Braunschweig		1000,00
DLH/Hafen, Weihnachts-Spende		140,00
<b>Insgesamt</b>	<b>1093,00</b>	<b>13250,00</b>
<b>Stand AK 190</b>	<b>32098,81</b>	<b>36035,00</b>
<b>Insgesamt AK 191</b>	<b>33191,81</b>	<b>49285,00</b>

Denkt an die WEIHNACHTS-SPENDEN!!!



Herrnrich Eckhoff  
Dresdner Bank Hamburg  
Konto 4 501 755 00  
Bankleitzahl 250 950 00



## IV. Russell-Tribunal über die Rechte der Indianer

# Am Schluß steht der Anfang!

Am 30. November wurden nach einwöchiger Verhandlungsdauer im IV. Russell-Tribunal die Urteile verkündet. Doch dieser Schlußpunkt kann für niemanden ein Anlaß sein, nun beruhigt die Hände in den Schoß zu legen. Denn die Situation der rund 36 Millionen betroffenen Indianer zwischen Grönland und Feuerland ist damit nur dokumentiert worden; an die Durchsetzung und Verwirklichung der Jury-Empfehlungen wird jetzt erst herangegangen.

Völkermord und Landraub waren die schwersten und gleichzeitig überall auftretenden Verfolgungen auf der Liste der Anklagepunkte. Bedroht wird das Leben indianischer Völker oft durch die Regierungen ihrer „eigenen“ Länder. Die Anklagen waren so zahlreich, daß nur ein Viertel von der Jury behandelt werden konnte. In vierzehn ausführlich vorgetragenen Fällen kam die Jury zu eindeutigen Schuldurteilen. (Jury und Klagen sind umfassend in AK 189, S.43 aufgelistet.)

Während der Eröffnung sprach auch der Bürgermeister von Rotterdam, Van der Loew. Er bezeichnete es als absurd, daß Privatpersonen aus aller Welt sich zusammenschließen müssen, um Menschen vor den Missetaten ihrer eigenen Regierungen zu schützen. Daher, so sagte er, wäre die Eröffnung dieses Tribunals keine Freude. Die Freude bestünde eher in der Tatsache, daß es immer noch Menschen gibt, die sich für Dinge, wie dieses Tribunal, einsetzen würden.

Neben Vertretern der indianischen Völker waren auch ein Sprecher der Maori und einer der Papua auf dem Podium. Im Verlauf des Tribunals sprachen Abgeordnete von Grönland und aus Westaustralien, wo die Ureinwohner ebenfalls in ihrer Existenz bedroht sind.

## Alle kamen, zu hören ...

Außer 180 Journalisten aus aller Welt waren 70 Indianer aus Nordamerika und 30 aus Mittel- und Südamerika gekommen sowie eine große Zahl von Gruppen, die direkt oder indirekt für die Indianer arbeiten, für Menschenrechte und Frieden kämpfen.

Wichtige Organisationen schickten ihre Delegierten, darunter der Weltkirchenrat, Amnesty International, Justitia und Pax, der Menschenrechtsausschuß der Europäischen Gemein-

schaft. Auch „Esquivel“ aus Argentinien, Friedensnobelpreisträger, war vertreten. Weiterhin Repräsentanten politischer Parteien aus Holland und anderen Ländern, von Umweltschutzorganisationen, Lateinamerika-Komitees, Universitäten, von der protestantischen Kirche und der jüdischen Gemeinschaft sowie von Survival International und deren westdeutschen Sektion, der Gesellschaft für bedrohte Völker.

Inoffiziell waren einige Leute von Botschaften und Konsulaten anwesend (wohlweislich nur im Zuschauerraum und nicht auf der Anklagebank) sowie aus dem niederländischen Außenministerium.

Fast hätte das Tribunal noch selbst einen Fall produziert, als der Xavante-Häuptling Mario Juruna von der brasilianischen Indianerbehörde FUNAI keine Ausreisegenehmigung erhielt. In Brasilien gelten Indianer nämlich - wie in vielen anderen Ländern - als unmündige, geschäftsunfähige Wesen, die einen Vormund brauchen. Dieser Vormund ist eben FUNAI und deren Chef entschied, daß Juruna nicht berechtigt sei, über die Probleme anderer indianischer Völker zu urteilen, ganz abgesehen

davon, daß das Tribunal insgesamt keinerlei internationalen juristischen Wert habe. Erst nach massiven weltweiten Protesten durfte Juruna doch noch ausreisen und konnte am letzten Tribunaltag den für ihn demonstrativ freigehaltenen Stuhl des Juryvorsitzenden einnehmen.

Über einzelne verhandelte Fälle und die Urteile werden wir im nächsten AK ausführlich berichten. Ein vorläufiges Fazit zog Jurymitglied Robert Jungk, Schirmherr der Gesellschaft für bedrohte Völker: „Diese Woche hat mir gezeigt, daß der Kampf der eingeborenen Völker in welt auseinander gelegenen Erdteilen immer gegen die gleiche Gefahr geführt wird: Die Zerstörung der Welt - über die Vernichtung naturverbundener Stammeskulturen hinaus - im Namen eines blinden technologischen Fortschritts. Im Dienste einer kleinen Gruppe von Machthabern. Mehr als bisher ist mir klargeworden: Um unsere Zukunft zu retten, müssen wir jene Menschen unterstützen, die bereits heute um ihr Überleben kämpfen - nicht nur aus ethischen Motiven, sondern auch aus eigenem Interesse.“

USA-Kommunikation



Juana und Pedro vom CUC (Komitee für die Einheit der Bauern Guatemalas) können ihre Anklage vor dem Tribunal nur maskiert vortragen, um ungefährdet in ihre Heimat zurückkehren zu können.

## Schlußerklärung

Das Tribunal erkennt an, daß der fortwährende Kampf der indianischen Völker Amerikas die unverzichtbare Bedingung ist, um diese Ziele zu erreichen.

Das Tribunal bedauert, daß die beschuldigten Regierungen und Organisationen nicht auf die Einladung reagiert haben, sich gegen die vorgebrachten Anklagen zu verteidigen. Ihr Schweigen spricht für sich selbst.

Das Tribunal will auf die weltweite Meinungsbildung Einfluß nehmen und das weitverbreitete, aber falsche Bild von den Indianern zerstören, das durch Rassismus und Feindseligkeit geschaffen worden ist. Weiterhin will es die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die von den Indianern erlittene extreme Verfolgung lenken

sowie auf die vielfältigen Eingriffe in ihre Rechte. Darüberhinaus bekennt sich das Tribunal ausdrücklich zum heroischen Widerstand der Indianer gegen die andauernden Akte von Erniedrigung, Ausbeutung und Aggression. Das Tribunal hofft, daß die betroffenen Regierungen und internationalen Organisationen seine Empfehlungen verwirklichen werden.

Schließlich geben wir unserer Hoffnung Ausdruck, daß diese Arbeit einen wirksamen Schritt vorwärts darstellt in dem nicht endenden Kampf, die menschliche Würde Wirklichkeit werden zu lassen.

IV. Russell-Tribunal  
Rotterdam, den 30. November 1980